

Zur Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer

Inhaltsanalyse der Zeitschrift "Deutsche Industrie"
des "Bundes der Industriellen", Jg. 1905 bis 1914

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Siegfried Pausewang

aus Wichstadt

Marburg 1967

Zur Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer

Inhaltsanalyse der Zeitschrift "Deutsche Industrie"
des "Bundes der Industriellen", Jg. 1905 bis 1914



Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Siegfried Pausewang

aus Wichstadt

Marburg 1967



Von der Philosophischen Fakultät der
Philipps-Universität Marburg/Lahn
als Dissertation angenommen am 2.5.1967

Tag der mündlichen Prüfung am 10.5.1967
Berichterstatter: Prof.Dr. Heinz Maus
Mitberichterstatter: Prof.Dr. Werner Hofmann

Gedruckt mit Unterstützung der
STIFTUNG WISSENSCHAFT UND PRESSE, Hamburg

ZUR ENTSTEHUNG DES
GESELLSCHAFTSBILDES
MITTELSTÄNDISCHER
UNTERNEHMER

Inhaltsanalyse der Zeitschrift "Deutsche Industrie"
des "Bundes der Industriellen",
Jg. 1905 bis 1914

GLIEDERUNG

I	<u>Methodische Vorüberlegungen</u>	1
A	Zum Mittelstandsbegriff	1
B	Abgrenzung dieser Untersuchung mittel- ständischer Unternehmer	13
C	Zur Methode der Inhaltsanalyse	18
D	Zur Technik der Inhaltsanalyse	23
E	Anwendung der Inhaltsanalyse in dieser Studie	28
F	Zur Konflikttheorie	34
G	Zum Ideologiebegriff	38
H	Folgerungen für die Inhaltsanalyse	43
II	<u>Historische Einführung</u>	46
A	Entwicklung der Gegensätze innerhalb der Industrie	46
B	Zollpolitik	49
C	Sozialpolitik	52
D	Imperialismus	54
E	Streit um den Hansabund	58
F	Durchbruch des mittelständischen Denkens	60
G	Entwicklung der Parteien und Verbände und der Öffentlichkeit	64

III	<u>Die Gesellschaftsvorstellungen im</u>	
	<u>Bund der Industriellen</u>	
	<u>- Darstellung -</u>	69
A	Der Arbeitsgang zur Ermittlung der Gesellschaftsvorstellungen	69
B	Zur Gesellschaftsordnung	77
	a) Bund der Industriellen vor 1908	77
	b) Bund der Industriellen nach 1911	82
	c) Centralverband Deutscher Industrieller	88
	d) die Entwicklung von 1905 bis 1914 (Zusammenfassung)	93
	e) Weiterentwicklung in der Weimarer Zeit	96
C	Zum Selbstbild	100
	a) Die Entwicklungstendenz	100
	b) Selbständigkeit und Unternehmerpersönlichkeit	102
	c) Individualitätsprinzip und Integration der Arbeiterschaft	110
	d) Der mittelständische Unternehmer	115
D	Wertungen in der gesellschaftlichen Orientierung	119
E	Stellung gegenüber anderen Gruppen	124
F	Wirtschaftspolitische Fragen	132
G	Allgemeine Zusammenfassung	136
IV	<u>Zum Problem der quantitativen Verifizierung</u>	140
A	Belegstellen für die Interpretation	140
B	Grundsätzliche Überlegungen zur Quantifizierung	176
C	Möglichkeiten der Quantifizierung von Worten als Indikationen	182

D	Möglichkeiten der intrerpretierenden Quantifizierung	187
E	Zum Zeitpunkt der Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer	205
V	<u>Die gesellschaftliche Bedeutung des neuen Bewußtseins</u>	217
A	Qualitative Veränderungen in der kapitalistischen Wirtschaft	217
B	Entstehung der Konsumgesellschaft	221
C	Strukturwandel der Demokratie	228
D	Bestandsaufnahme	237
E	Subjektiver Lösungsversuch und Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit	240
F	Neue Gesellschaftskonzeption	247
G	Gesellschaftliche Funktion	261
H	Exkurs: Radikalisierung nach 1918	276
I	Ideologische Struktur	279
K	Zeitpunkt der Veränderungen	287
	Anmerkungen	296-340
	Literaturverzeichnis	I-XXXVI



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Methodische Vorüberlegungen

A Zum Mittelstandsbegriff

Die Vorstellungen vom Aufbau, der Ordnung und der Funktion der Gesellschaft sind bewußt oder unbewußt maßgebend für viele Entscheidungen und Handlungen im täglichen Leben. Das gilt auch dann, wenn der einzelne sich dieses Gesellschaftsbildes selbst gar nicht bewußt ist. Die Handlungsweise eines Menschen ist deshalb häufig viel besser zu verstehen und zu beurteilen, wenn man die gesellschaftlichen Leitbilder kennt, von denen aus er entscheidet.

Unsere Gesellschaft ist heute zu einem großen Teil bestimmt von mittelständischen Anschauungen, Wertungen und Normen ¹. Sozialpolitische Maßnahmen versuchen die Arbeiter in den Mittelstand zu integrieren, ihnen mittelständische wirtschaftliche Verhältnisse zu verschaffen und sie an mittelständische Lebensformen, Verhaltensweisen und Wertungen zu gewöhnen, um sie auf diesem Wege zu entproletarisieren. Diese Bemühungen haben bereits so viel Erfolg gezeitigt, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik als "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" bezeichnet worden ist ².

Es erscheint daher für das wissenschaftliche Verständnis dieser Gesellschaft wie für die praktische Orientierung in ihr wichtig, diese spezifisch mittelständischen sozialen Ordnungsvorstellungen genauer zu kennen. Es ist erstaunlich, daß es in Deutschland - außer in Ansätzen im Rahmen von Untersuchungen der sozialen Schichtung, wie etwa bei Theodor Geiger³, oder im Zusammenhang von Analysen des Faschismus - bisher keine soziologischen Untersuchungen über mittelständische Gesellschaftsvorstellungen gibt.

Diese Arbeit hat sich zum Ziel gesetzt, das Gesellschaftsbild einer bestimmten Gruppe des "alten" Mit-

telstandes, der mittelständischen Industriellen, näher zu untersuchen.

Der Mittelstand kann nicht als eine einheitliche Schicht angesehen werden. Wie problematisch eine genaue Bestimmung des Begriffs Mittelstand und seine Abgrenzung gegenüber anderen Schichten ist, zeigen die zahlreichen Versuche dazu und die Schwierigkeiten, auf die sie stoßen. Fast jede Bestimmung des Mittelstandes beginnt zunächst mit einer Betonung der Heterogenität der gesellschaftlichen Mittelschichten.

"Zum 'alten' Mittelstand werden die selbständigen Handwerker, Händler, Gastwirte, Beamte, Angehörigen der freien Berufe und - jedoch nicht unbestritten - die Bauern gerechnet, während die Angestellten in Verwaltung und Technik den 'neuen' Mittelstand ausmachen... Diese Aufzählung zeigt, daß in ihm zum Teil recht verschiedenartige oder gar gegensätzliche Gruppen zusammengefaßt sind. Das erschwert eine genaue Definition des Begriffs und eine klare Abgrenzung des Mittelstandes von den anderen gesellschaftlichen Schichten", schreibt J.K. Richter⁴. Er nennt fünf Hauptmerkmale, die jedoch nicht immer vollzählig bei allen Gruppen des Mittelstandes vorhanden seien: Mittleres Vermögen oder Eigentum, mittleres Einkommen, berufliche Selbständigkeit oder Unabhängigkeit, mittelständische Lebenshaltung und mittelständische Gesinnung⁵. Von der Gablentz unterscheidet drei Begriffe des Mittelstandes: "1. Mittelstand im allgemeinen Sinn. In differenzierten Gesellschaften gibt es eine Schicht zwischen arm und reich, der Not enthoben, zum Luxus nicht in der Lage, interessiert an der Wahrung der bestehenden Ordnung, aber auch an einer Veränderung im einzelnen. Zusammensetzung und Bedeutung dieser Schicht verändern sich je nach der Gesamtstruktur einer Kultur oder Epoche. Aus diesem Begriff stammt die Vorstellung von der staatstragenden und ausgleichenden Bedeutung des Mittelstandes. 2. Mittelstand im historischen Sinn. Seit der industriellen Revolution droht die Gesellschaft in die zwei Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats zu zerfallen. Hier sind es die Schichten, die teils ihrer wirtschaftli-

chen Lage und Leistung, teils ihrer geistigen Haltung nach außerhalb des Klassenkampfes bleiben oder bei Umgestaltung der Gesellschaft (als 'neuer Mittelstand') aus ihm ausscheiden. 3. Mittelstand im sozialpolitischen Sinn. Die aus der vorindustriellen Gesellschaft stammenden Schichten des Mittelstandes (Handwerk, Einzelhandel, z.T. auch Bauern) haben es schwer, sich in den gewandelten Lebens- und Wirtschaftsformen zu behaupten, Sie organisieren sich daher und fordern eine Politik zu ihrem Schutz (...). Eine Interessengemeinschaft mit dem 'neuen' Mittelstand hat sich dabei nur selten ergeben."⁶

v.d.Gablenz sieht (unter Berufung auf Marbach) nur die Möglichkeit einer negativen Umschreibung des Mittelstandes als der Schichten, die nicht Kapitalisten und nicht Proletarier seien und sich nach oben durch die Unmöglichkeit der Entfaltung von Luxus abgrenzten, nach unten durch ihren bürgerlichen Lebensstil und dadurch, daß sie die Notwendigkeit des Klassenkampfes nicht einsähen. Sie hätten etwas zu verlieren (Vermögen, sichere Stellung, Prestige) und seien daher nicht nur "Gemeinsamkeit nach unten" bereit⁷.

In ähnlicher Weise versuchen verschiedene Autoren, den Mittelstand einzugrenzen als die Schicht zwischen Kapitalisten und Proletariern. Sie sehen die Einheit des Mittelstandes in dem Interesse an der Erhaltung der eigenen Position, im Kampf gegen oben und unten, gegen "Großkapital" und Arbeiterbewegung, gegen Kapitalismus und Sozialismus⁸. Dabei wird in neueren Bestimmungen des Mittelstandes Wert gelegt auf die Feststellung - die seit Anfang dieses Jahrhunderts eine zentrale These der Mittelstandsvertreter selbst und das zentrale Ziel der Mittelstandspolitik ist -, daß der Mittelstand entgegen der Prognose von Marx nicht zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse zerrieben worden sei, sondern im Gegenteil anwache und auch in Zukunft eine Überlebenschance und Existenzgrundlage (und -berechtigung) habe⁹.

Fritz Marbach glaubt in "von der Großindustrie nicht betreuten 'Produktionslücken'", die "mittelständischen Lebensraum darstellen", eine Überlebensmöglichkeit für den selbständigen Mittelstand sehen zu können¹⁰. Er versucht den selbständigen Mittelstand ökonomisch zu definieren und zugleich ihm seinen Eigenwert, sein Selbstbewußtsein und seine Existenzberechtigung wiederzugeben durch eine Gesellschaftsvorstellung, die zwischen Arbeitseigentum und Kapital unterscheidet. In einer Verbindung der Mehrwerttheorie von Marx mit der thomistischen Naturlehre, die übermäßigen Besitz und Erwerb als Sünde ansieht und in der Arbeit allein ein Anrecht auf den Genuß irdischer Güter sieht, definiert er den selbständigen Mittelstand als die Schicht, die - im Unterschied zu der der Kapitalisten - nur um der Erhaltung eines angemessenen Lebensstandards für sich und die Familie willen arbeitet, sich aber keinen Mehrwert aus fremder Arbeit aneignet und also kein Kapital akkumuliert¹¹. Entsprechend grenzt er Handwerk, Gewerbe und Industrie so ab, daß das Gewerbe eine arbeitsteilig organisierte und mechanisierte, aber noch nahrungsorientierte, nicht akkumulationsorientierte Zwischenform der Unternehmung ist¹².

Diese gleichsam religiös-ethische Abgrenzung reicht angesichts der fließenden Übergänge sowie der Marktorientierung aller Unternehmen und dem Zwang zur Rationalisierung und Automatisierung offensichtlich nicht aus. Ihre Funktion kann nur darin liegen, dem selbständigen Mittelstand den Rücken zu stärken und seiner Forderung nach Eingrenzung der kapitalistischen Entwicklung durch gesetzliche Maßnahmen ein moralisches Argument zu liefern.

Zu einem entgegengesetzten Schluß kommt die Abgrenzung und Definition von Emil Grünberg, der von der historischen Situation des Bürgertums zur Zeit der beginnenden Industrialisierung ausgeht, in der das Handwerk allmählich vom Geldkapital (Verlag) verdrängt wird und durch die Notwendigkeit zu Investitionen und damit Kapitalerhöhungen grundsätzlich verändert wird. "Das Entscheidende ist, daß alle - auch die Kleinst- und

Alleinbetriebe - in der kapitalistischen Wirtschaft zwangsläufig sich auf den kapitalistischen Betrieb hin entwickeln müssen."¹³

Ein Teil des alten Handwerks entwickelt sich weiter zur Industrie und gewinnt damit den Anschluß an die neue ökonomisch führende Gruppe; ein Teil wird durch die Industrialisierung verdrängt und sinkt ins Proletariat ab. Das dazwischen noch erhaltene Handwerk gerät in Abhängigkeit, und der Tendenz nach wird es - nach Grünberg - allmählich "vom Kapitalismus zerstört und proletarisiert"¹⁴.

Grünberg unterscheidet im Handwerk, das auch in sich zur Konzentration gedrängt werde, zwei Gruppen: die vorderhand noch gutgehenden großen Betriebe einerseits, von denen aber nur einige wenige die Chance haben, durch günstige Umstände zu kapitalistischen Betriebsformen aufzusteigen, während der Rest über kurz oder lang ⁱⁿ die Abhängigkeit der Großindustrie gerate, und andererseits die von der Wirtschaft bereits ausgeschiedenen, nicht mehr entwicklungsfähigen Zwergbetriebe¹⁵.

Daher stellt Grünberg fest, "daß eine einheitliche Bestimmung des Mittelstandes, zumal seine Abgrenzung gegen das Proletariat, nach ökonomischen Merkmalen überhaupt nicht durchführbar ist"¹⁶. Denn der gewerbliche Mittelstand gehörte seiner ökonomischen Situation und seinen Interessen nach zur Arbeitgeberseite, der nicht gewerbliche dagegen auf die Arbeitnehmerseite¹⁷: "Alter und neuer Mittelstand gehören zwei verschiedenen Klassen an: den antagonistischen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft." - "Trotzdem aber, - trotzdem die ökonomischen Bedingungen für die Aufspaltung der Gesellschaft in Kapitalisten und Proletarier in der weit vorgeschrittenen Konzentration des Kapitals und in der Proletarisierung breiter Volksschichten erfüllt sind, trotzdem breitet sich nach wie vor ein breiter Mittelstand zwischen dem Kapital und dem Proletariat aus."¹⁸

Den Grund für diese der Klassentheorie auf den ersten Blick widersprechende Tatsache sieht Grünberg in der - freilich im Ökonomischen begründeten - psychologischen Situation des Mittelstandes: "Das einzig Einheitliche einer überaus heterogenen und von Klassegegensätzen zerrissenen Schicht ist ihre Proletarisierung und ihre aggressive Abschließung gegen das Proletariat." - "Er will Mittelstand sein; sein Wollen und Fühlen macht ihn dazu."¹⁹

Die Entstehung des "neuen" Mittelstandes, der zumeist aus dem alten handwerklichen Bürgertum kommt, sieht Grünberg ebenfalls als ein "Symptom der Zwischenschichtenproletarisierung" (- wobei er unter Proletarisierung das ökonomische Abhängigwerden versteht). Dieses Absinken führe den Kleinbürger zur scharfen und aggressiven Abgrenzung gegen das Proletariat. "Nur im Rahmen des gleichen Systems, das ihn proletarisiert, kann er gegen seine Proletarisierung protestieren. Und darum muß er dieses System gegen die Arbeiterschaft verteidigen. Er, der einst bessere Tage gesehen hat, kann - solange die Erinnerung in ihm lebt - eine Hebung seiner gegenwärtigen Lage nur in der Wiedereinsetzung in seine alten Rechte, in der Vergangenheit suchen, - die Arbeiterschaft, die niemals in einer besseren Situation war, nur in einer von ihr geformten Zukunft."²⁰

Ähnlich wird die Situation des selbständigen Kleinunternehmers beschrieben, also des Arbeitgeberteiles des Mittelstandes, der sich gegen das Großkapital zu verteidigen hat, aber keine Gemeinsamkeit mit dem Proletariat akzeptiert. "Denn wenn das Großkapital seine Selbständigkeit tatsächlich vernichtet, so vernichtet das Proletariat sie im Prinzip. Nur im System der privaten Unternehmerschaft, das notwendig seiner Unternehmersherrlichkeit ein Ende bereitet, kann er für seine Selbständigkeit streiten."²¹

Ausgehend von dem unüberbrückbaren Klassegegensatz zwischen "Bourgeoisie" und "Proletariat", in dem der Mittelstand notwendigerweise zerrieben werde, beschreibt Grünberg die Bedeutung des Mittelstandes für die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft. "Er

leicht der Großbourgeoisie das Gewicht seiner Massen, ohne das keine Herrschaft imstande ist, sich zu halten... Der Mittelstand ist das Fundament, auf das die kapitalistische Herrschaft sich stützt."²²

Jedoch sieht der Mittelstand sich selbst als vermittelndes Element zwischen den gesellschaftlichen Gegensätzen. Auf diese ausgleichende Funktion gestützt, stellt er seine Forderungen. Grünberg zitiert Reichskanzler Brüning: "Kein Stand ist so bedeutsam als Mittler zwischen den extremen Gegensätzen wie der deutsche Handwerksmeister. Und weil dem so sei, habe das Handwerk auch ein Recht darauf, daß die Gesetzgebung in Reich und Ländern sowohl als auch die politische Tätigkeit der Kommunen auf die Bedeutung dieses Standes Rücksicht nehme."²³

Grünberg kritisiert: "Der Mittelstand beansprucht also, daß die gesamte wirtschaftende Gesellschaft den Interessen seines "Standes" untergeordnet werde; sie soll unwirtschaftlich - entgegen der primitiven Vernunft - handeln, lediglich um ihn vor dem Untergang zu bewahren. Daher muß der Mittelstand die Irrationalität zum Prinzip seines Selbstbehauptungskampfes erheben." Dieser Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit sei nicht nur in seinen Forderungen und in seinen Mitteln irrational, er sei auch in seiner Zielrichtung verfehlt: "Der Kampf um die Selbständigkeit verhin- dert den Kampf um eine bessere wirtschaftliche Situation."²⁴

Grünbergs Annahme, daß der Mittelstand unvermeidlich zwischen den antagonistischen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft auf die Dauer zerrieben werden und ins Proletariat absinken müsse, hat sich bis heute nicht in der erwarteten Weise erfüllt. Trotzdem gibt seine Bestimmung des Mittelstandes als gesellschaftliche Kraft die exakteste bisher vorliegende Erklärung der ökonomischen und sozial-psychologischen Situation des Mittelstandes im Deutschland seiner Zeit. Außerdem geht tatsächlich auch heute der Prozeß der Dezimierung des selbständigen Mittelstandes, oder jedenfalls einiger Gruppen aus ihm, weiter. Horst Angermann, einer der führenden Industriemakler in der Bundesrepublik,

der vor allem mit in Schwierigkeiten geratenen mittelständischen Betrieben befaßt ist, sagte unlängst, daß "...vierzig Prozent dieser Betriebe in den nächsten Jahren werden aufgeben müssen."²⁵ Auf der anderen Seite hat der "neue Mittelstand" zwar zahlenmäßig zugenommen, und auch in der Arbeiterschaft gewinnen ursprünglich mittelständische Gedanken an Boden. Nach Grünbergs Kriterium der Abhängigkeit freilich kann man von einer Entproletarisierung auf ökonomischer Basis sicher nicht sprechen. Die Tendenz der Betriebsorganisation und Menschenführung im Betrieb geht eindeutig nicht in die Richtung größerer Unabhängigkeit und Mitbestimmung, sondern auf psychologische Harmonisierung der Interessengegensätze²⁶. Und auch die in den "Produktionslücken"überlebenden gewerblichen Betriebe, das Reparaturhandwerk und der Einzelhandel haben an Unabhängigkeit eher verloren als gewonnen.

Was Grünberg freilich völlig falsch eingeschätzt hat, sind die Erfolge dieser (schon zur Zeit der Entstehung seines Buches vorhandenen) Harmonisierungspolitik, die den Mittelstand - gerade seiner sozial-psychologischen Definition nach - nicht zusammenschrumpfen, sondern durch alle politischen Veränderungen hindurch anwachsen ließen.

Eher schon bekommt Theodor Geiger diese Tendenz in den Griff. Er sieht wie Grünberg einerseits, nach Wirtschaftsmentalitäten sondernd, den alten Mittelstand als Träger des Eigentumsdenkens grundsätzlich der Gruppe der qualifizierten und minder qualifizierten Lohn-einkommensbezieher als Trägern des Arbeitsdenkens gegenüberstehen²⁷. Nach oben betont er die Grenze zwischen Mittelstand und Oberschicht: "sie trennt den modernen Hochkapitalismus von einem romantischen Altkapitalismus, die Mentalität des anonymen von der des individuellen, benannten Unternehmertums. Im Bannbereich der altkapitalistischen Wirtschaftsromantik, bei den mittleren und kleineren Unternehmern, ist noch heute das Eigentumsdenken zu Hause."²⁸

Andererseits sieht er die Entwicklung des Mittelstandes etwas anders als Grünberg: "Je heftiger das mittlere und kleine Eigentum bedroht ist - durch Wirtschaftskrisis oder dadurch, daß die Expansion des Großkapitals den Kleinbesitz an Produktionsmitteln in der Hand des Eigentümers entwertet - desto eifersüchtiger und fanatischer wird der Eigentumsgedanke verteidigt." Insofern sei die Prognose trügerisch, der Mittelstand werde durch seine fortschreitende Verarmung in den Gesinnungsbereich des Sozialismus geraten²⁹.

Geigers Analyse der Chancen des Nationalsozialismus, die er 1932 auf Grund seiner Beurteilung des Mittelstandes gab, hatte in einem entscheidenden Punkt freilich ebenso Unrecht wie Grünbergs Thesen. Er schrieb: "Ein nationales oder solidaristisches Programm, das mit ernstgemeinten sozialistischen Absichten belastet ist, bleibt für die mittleren und kleineren Unternehmer unverdaulich. Ein nationales Programm, das nicht zugleich Verwirklichung des Sozialismus bedeutet, bleibt für die höher qualifizierten Lohnbezieher so unannehmbar, wie für die minder qualifizierten."³⁰ Das Streben, sich gegen das Proletariat abzugrenzen und gegen den Sozialismus zu verteidigen, erwies sich als stärker als das "Arbeitsdenken". Solange der Nationalsozialismus noch nicht die Macht besaß, verstand er es, gegenüber den Unterschichten zwar den Anschein eines nationalen Sozialismus zu erwecken, zugleich aber die Industrie über dessen fehlende praktische Konsequenzen zu beruhigen³¹.

1949 betont Geiger stärker die Wendung des Mittelstandes gegen die antikapitalistische Arbeiterbewegung und gegen die Sozialisierung: "Dagegen verteidigte man mit Zähnen und Klauen das private Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln als einen wirtschaftlichen und moralischen Glaubensartikel."³² Das Prestigebedürfnis, meint er, hebt vor allem den neuen Mittelstand vom Arbeiter ab. "Aus völlig verschiedenen und zum Teil geradezu entgegengesetzten Beweggründen nähren so die gewerbliche Mittelschicht sowohl als große Teile der Angestellten-schicht Widerwillen gegen das Klassenmodell als sol-

ches und finden einander in einer sentimental verlogenen Standesideologie. Die letzte Konsequenz dieser neuen Frontenbildung war die Spießbürgerrevolution des Faschismus und Hitlerismus ... Es ist ein Witz der Weltgeschichte, daß Hitler binnen 12 Jahren mehr zum Ruin der gewerblichen Mittelschicht beigetragen hat, als der Kapitalismus während des ganzen vorgehenden Jahrhunderts auszurichten vermochte. Die kurze Rolle der Mittelschichten in der großen Politik ist ein Paradox der Gesellschaftsgeschichte: eine Klasse leugnet mit Entrüstung, Klasse zu sein, und führt einen erbitterten Klassenkampf gegen Wirklichkeit und Idee des Klassenkampfes."³³

Der Mittelstand gewinnt nach 1945 bald erneut an Bedeutung und Einfluß. Die gesellschaftliche Wirkung seines Kampfes gegen den Klassenkampf wird bald wieder relevant; der Mittelstand wird wieder anerkannt und geschätzt als die gesellschaftliche Mitte und ausgleichende Kraft, die den Klassengegensatz entschärft³⁴. Besonders die Bedeutung des Mittelstandes für das kulturelle Leben wird hervorgehoben: "Das starke geistige Interesse und Bildungsbedürfnis machen ihn geradezu zur kulturell tragenden Schicht. Kunst, Wissenschaft, Volksbildung und Geistesleben beziehen von hier die stärksten Impulse."³⁵

Aufgrund seines Aufstiegswillens und seiner besonderen bürgerlichen Moral erscheint der Mittelstand als Träger des technischen Fortschritts "sowohl in bezug auf die Rezeption technischer Kenntnisse als auch in bezug auf den Erwerb technischer Neuerungen auf dem Konsumgütermarkt", - was allerdings durch die Institutionalisierung des technischen Fortschritts heute allmählich zurückgehe³⁶.

Richter attestiert ihm eine "staatsbejahende Gesinnung": "da er etwas zu verlieren hat, ist er an der Erhaltung des Staates interessiert."³⁷

Die von Geiger aufgezeigten Zusammenhänge zwischen dem deutschen Mittelstand und dem Aufkommen des Nationalsozialismus werden (wie z.B. in der Neuauflage des "Brockhaus" von 1955) als ein Sonderproblem frustrierter Mittelklassen beiseite gelassen: "Solange ihr Schutzbedürfnis befriedigt ist, lehnen die Angehörigen des Mittelstandes zumeist den politischen Radikalismus ab."³⁸

"Ein gesunder und starker Mittelstand verhindert das Anwachsen von radikal-extremen Parteien. Ein geschwächter Mittelstand fällt dem Radikalismus leicht zum Opfer, wie die Entwicklung des Nationalsozialismus... zeigt."³⁹

Der Nationalsozialismus wird geradezu zum Argument für eine Mittelstandspolitik, die den Mittelstand stärken und von radikalen Bewegungen fernhalten soll, um seine ausgleichende und staatserhaltende Funktion zu nutzen. Die Befürworter dieser Politik betonen den Begriff des "Standes", um die Einfügung in die Leistungsgemeinschaft des Volkes hervorzuheben und um sich gegenüber dem Klassenbegriff abzuheben⁴⁰.

So kann Heintz feststellen, daß "in unseren Gesellschaften, wie es scheint, vornehmlich die Werte der Mittelstandsmoral als Maßstab verwendet werden, Werte, die gleichzeitig gesamtgesellschaftliche Geltung beanspruchen."⁴¹ Und mit Genugtuung wird "im Gegensatz zu Marx" festgestellt, daß - verbunden mit einer allgemeinen gesellschaftlichen Nivellierung - eine Ausdehnung des Bereichs der Mittelschichten eingetreten sei⁴², ja die Gesellschaft der Bundesrepublik wird geradezu als "nivellierte Mittelstandsgesellschaft" bezeichnet⁴³.

Freilich betrifft die Mittelstandspolitik, soweit sie eine Antwort auf die Forderungen nach Schutz des Mittelstandes ist, lediglich den selbständig produzierenden Mittelstand (nach Grünberg den zur Arbeitgeberseite zu zählenden Teil), Handwerk, Gewerbe, Handel und zum Teil die Bauern. Diesem Kreis dienen Maßnahmen der Mittelstandsförderung und Mittelstandspolitik durch Subventionen, Steuererleichterungen, Krediterleichterungen etc.⁴⁴, ihm dient auch die bevorzugte Vergabe von Aufträgen des Bundes an mittelständische Betriebe usw.⁴⁵.

Dagegen sind Maßnahmen der Sparförderung, Volksaktien, Bausparprämien etc. vor allem auf den neuen Mittelstand und die Arbeiterschaft gezielt, um Zufriedenheit mit dem bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System zu erzeugen und den Umstand auszunutzen, daß, wer etwas zu verlieren hat, nicht an der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert ist⁴⁶.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei ergänzend vermerkt, daß der Begriff "middle class" in der amerikanischen Soziologie sich vom deutschen Mittelstand grundlegend unterscheidet. "Middle class" ist ein rein technischer Begriff zur Abgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen nach verschiedenen Merkmalen wie Einkommen, Beruf, Prestige usw., wobei die Abgrenzung eine Frage der zweckmäßigen Definition der Merkmale, nicht aber der vollständigen Erfassung einer sich als einheitliche gesellschaftliche Kraft verstehenden Gruppe ist. Dementsprechend kann die amerikanische middle class nach analogen Kategorien weiter unterteilt werden in upper middle und lower middle, - eine Unterdifferenzierung, die mit der Unterscheidung zwischen "altem" und "neuem Mittelstand" in Deutschland nicht vergleichbar ist. Zwar gibt es auch in den USA eine Gruppe, die sich als Mittelstand versteht, und die als wichtig für die Stabilität der sozialen und politischen Verhältnisse angesehen wird. Die amerikanische Einteilung der Bevölkerung in classes sieht jedoch bewußt ab von den historischen und ideologischen Determinanten und bezweckt lediglich eine Bestimmung des gegenwärtigen sozialen Status, die es erlaubt, diesen Status mit anderen empirischen Daten in Beziehung zu setzen. Sie erfaßt damit nicht primär die Gruppen, die sich selbst zum Mittelstand zählen, sondern diejenigen, die durch einen bestimmten mittleren Lebensstil oder Lebensstandard gekennzeichnet sind.

Damit kann einerseits in der amerikanischen Soziologie etwas zum Gegenstand der Forschung werden, was in Deutschland bereits in die Definition des Mittelstandes eingegangen ist: die typischen gesellschaftlichen

Denk- und Handlungsweisen der Mittelgruppen. Andererseits kann die unhistorisch-pragmatische Einteilung der gesellschaftlichen Schichten die ideologischen Faktoren nicht erfassen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen anders reagieren läßt, als es ihre Stellung in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Statuspyramide erwarten ließe. Die Gegenüberstellung der Selbsteinschätzung und der Einordnung nach meßbaren Daten kann diesen Mangel nicht voll ausgleichen. Freilich spielt dieses Problem aus historischen Gründen in der amerikanischen Gesellschaft auch keine so große Rolle wie gerade in Deutschland.

B. Abgrenzung dieser Untersuchung mittelständischer Unternehmer

Im folgenden wird die Entstehung des mittelständischen Bewußtseins in einer Gruppe der modernen Gesellschaft untersucht, die sich seit Anfang dieses Jahrhunderts - genauer seit 1911 bis 1913 - als mittelständische verstanden hat. Wenngleich die Interessen und damit auch die Gesellschaftsvorstellungen der verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Mittelstandes sich in wesentlichen Grundzügen entsprechen, so ist es doch notwendig, gerade ihre Entstehung in den einzelnen Gruppen gesondert zu untersuchen. Nur so kann man die unterschiedliche historische Entstehung des mittelständischen Denkens, die von daher bedingten Unterschiede, die interessenbedingten Voraussetzungen, die Komplexität der sozialen Situation und die gegenseitige Beeinflussung der einzelnen Gruppen erkennen und verstehen.

Die Gruppe der mittelständischen Industriellen nimmt insofern eine besondere Stellung ein, als sie zwar ihrer gesellschaftlichen Position nach zum "alten Mittelstand" gehört, sich aber andererseits als eine Art Nachzügler erst Anfang dieses Jahrhunderts in den Mittelstand einbezieht, nachdem ihr die Bourgeoisie keinen ausreichenden Platz mehr bietet. Andererseits können die mittelständischen Industriellen zurückgrei-

fen auf eine ältere "mittelständische" Tradition, die eine zugleich alte und neue Variante in das mittelständische Denken einfügt. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts nämlich sah man die Gesellschaft in der Dreiteilung Adel - Volk - Mittelstand, wobei der Mittelstand die mittelmäßig begüterten und die gebildeten bürgerlichen Schichten umfaßte⁴⁷. Mittelstand oder Mittelklasse - beide Ausdrücke standen noch synonym nebeneinander - waren hier im Sinne des "Dritten Standes" der Französischen Revolution verstanden, als die Schicht des aufstrebenden Bürgertums, aus der der Pionier-Unternehmer kam, der die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten realisierte, und der nach sozialem und politischem Spielraum für seine Interessen verlangte.

Nach 1848 wird die neue Einteilung der Gesellschaft in die beiden Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats dominierend und überdeckt diese alte gesellschaftliche Differenzierung⁴⁸. Die Unternehmer fühlen sich nunmehr als Bürger, als Bourgeois, gegenüber dem Proletariat; so vollkommen setzt sich diese neue Differenzierung durch, daß gegen Ende des Jahrhunderts die gleichen Schichten, die vor 1848 sich selbst als den Mittelstand ansahen, nunmehr eine "Mittelstandspolitik" propagieren, mit deren Hilfe sie die Handwerker und Gewerbetreibenden als Mittelschichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf ihre Seite zu ziehen bestrebt sind⁴⁹. Hier nimmt die Tradition des Mittelstandes ihren Ausgang, die im Mittelstand ein stabilisierendes und staatserhaltendes Potential sieht, das ein Gegengewicht gegen die Umsturzversuche des Proletariats bildet.

Während Sombart am Beginn dieses Jahrhunderts noch die Vieldeutigkeit des Wortes und die Spielerei mit dem Worte "Mittelstand" kritisierte und vorschlug, den Begriff ganz zu meiden⁵⁰, hat sich doch der neue Mittelstandsbegriff, der vor allem das Handwerk, nicht aber die Unternehmer umfaßt, bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts bereits so weit durchgesetzt, daß die Unternehmer, die in der Konzentrationsbewegung der Kaiserzeit mit der Entwicklung der Großindustrie nicht

Schritt halten konnten, einen festen Block des "Mittelstandes" vorfinden, in den sie sich erst um 1911 bewußt eingliedern. Sie finden dabei mittelständische Denkmuster und Verhaltensweisen vor, die das bereits früher bedrohte, aber sich an die Interessen der Industrie anlehrende Handwerkertum geschaffen hat. Daß sie ihrerseits auf die ältere, ebenfalls mit dem Worte "Mittelstand" verbundene Tradition des Pionier-Unternehmers aus der Zeit der beginnenden Industrialisierung in Deutschland zurückgreifen können, bringt einen in diesem Zusammenhang neuen, eigentums- und persönlichkeitsorientierten Aspekt in die Begründung der mittelständischen Existenzberechtigung. Gleichzeitig übernehmen sie das Standesdenken aus der historischen Tradition des Handwerks.

Die kleinen und mittleren Industriellen, die wirtschaftlich aus der entscheidenden, über ökonomische Macht verfügenden Industrie, gesellschaftlich aus der Gruppe der Bourgeoisie verdrängt werden, klammern sich fest an Vorstellungen, die an den Lebensumständen des Pionier-Unternehmers orientiert sind. Verhaltensweisen, die einst den sozialen Aufstieg ermöglicht haben, werden nun nachträglich als gesellschaftliche Tugenden interpretiert, die im Interesse der Gesamtheit geschützt werden müssen⁵¹. In ihrem Ursprung lediglich durch das Wort mit den "mittelständischen" Gruppen verbunden, die am Anfang des 20. Jahrhunderts bestanden, aber auf einer ganz anderen, älteren "mittelständischen" Tradition beruhend, werden diese Tugenden nun mit dem handwerklich-mittelständischen Denken kombiniert. So entsteht durch das Absinken des selbständigen Unternehmertums aus der wirtschaftlich führenden Schicht in die Mittelschicht eine neue Kombination mittelständischen Denkens, die bis heute fortgewirkt hat - die Eigentumspolitik der Bundesregierung hat unzweifelhaft von hier ihre wichtigsten Grundgedanken entlehnt - und die deshalb von besonderer Bedeutung zu sein scheint.

Auch heute noch besteht eine Gruppe mittelständischer Unternehmer in der noch in selbständigem Familienbesitz befindlichen und unter der Leitung des Besitzers produzierenden Industrie. Angermann hält vor allem die enge Verbindung zwischen Geschäft und Familientradition für ein Charakteristikum solcher mittelständischer Betriebe. Er wundert sich über die "fast noch feudalistische Verfassung dieser Familienunternehmen". Er bezeugt die trostlose Lage eines großen Teils dieser Unternehmen in der Bundesrepublik, von denen vierzig Prozent in den nächsten Jahren zum Aufgeben gezwungen sein dürften⁵².

Diese Gruppe ist besonders organisiert (neben der Mitgliedschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie) in der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (A S U). Die ASU gibt die monatlich erscheinende Zeitschrift "Die Aussprache" heraus, außerdem veröffentlicht ihr Juniorenkreis ebenfalls monatlich die "Junge Wirtschaft".

Eine vergleichbare Organisation der selbständigen Unternehmer gibt es seit der Gründung des "Bundes der Industriellen" im Jahre 1895. In seiner Zeitschrift "Hand in Hand", die seit 1899 vierzehntägig erschien und etwa ab 1903 den Titel "Deutsche Industrie" trägt, (bis 1907 behält sie den Untertitel "Hand in Hand") läßt sich die Wandlung von einem liberal-kapitalistischen zu einem "wirtschaftsromantischen" (Geiger) Unternehmerbewußtsein, also die Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer, verfolgen, wie diese Studie im einzelnen noch erweisen soll.

Da der Bund der Industriellen (im folgenden kurz als "Bund" bezeichnet) sich bei Kriegsausbruch 1914 mit dem Konkurrenzverband der Großindustrie, dem "Centralverband der deutschen Industrie" (im folgenden als "Centralverband" bezeichnet)⁵³ im "Kriegsausschuß der deutschen Wirtschaft" verband, aus dem 1918 der gemeinsame "Reichsverband der deutschen Industrie" hervorging, besteht für die Weimarer Zeit und das Dritte Reich keine vergleichbare Organisation⁵⁴. Es ist also

auch kein vergleichbares Presseorgan vorhanden, das der "Deutschen Industrie" und der "Aussprache" entsprechendes Material bietet. So ist nur über Presseveröffentlichungen, Büchern von einzelnen Unternehmern und Reden auf regionalen Industrietagungen etc. das Bewußtsein dieser Schicht in dieser Zeit zu ermitteln.

Dabei zeigt sich, daß die mittelständische Industrie nicht mehr ausreichend charakterisiert werden kann als Fertigwaren- und Exportindustrie. Hatte der Bund noch auf diese Identität der selbständigen Unternehmerinteressen mit dem Interesse der Export- und Verarbeitungsindustrien aufgebaut, so ist eine solche Gleichsetzung später nicht mehr möglich. Schon vor 1914 waren Teile der weiterverarbeitenden Industrien in die Konzerne einbezogen worden und waren die Großindustrien auch am Export nicht unwesentlich beteiligt. Aber dennoch bestand für den Bund noch die Berechtigung, die Interessen der selbständigen Unternehmer in Gestalt der Interessen der Fertigwaren- bzw. Exportindustrien gegenüber den Rohstoffkartellen zu vertreten. Aus diesem Gegensatz heraus erst konnte das spezifische mittelständische Unternehmerbewußtsein im Bund entstehen.

Nach 1918 bestehen die zoll- und handelspolitischen Gegensätze weiter, aber die Fronten überschneiden sich mehr und mehr. Heute vollends wäre eine Gleichsetzung der mittelständischen Industrie mit Export- und Fertigindustrie durch nichts mehr gerechtfertigt. Folgerichtig bezeichnet sich ihre Vertretung als "Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer", ohne sich mit den Interessen einer bestimmten Industriellengruppe in Handels-, Zoll- oder Wirtschaftspolitik zu identifizieren.

Die ASU und ihr Organ sind nur bedingt vergleichbar mit dem Bund und seiner Zeitung. Denn während der Bund gerade aus dem Gegensatz zur Schwerindustrie und dem Centralverband heraus seine Öffentlichkeitsarbeit betrieb, sind die selbständigen Unternehmer in der ASU heute gleichzeitig zur Vertretung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen dem Bundesverband der deutschen Industrie angeschlossen. Die ASU ist keine Kampf- oder

Konkurrenzorganisation der kleineren Unternehmer gegen die Großindustrie oder gegen deren Organisation mehr, sondern ein Verband, der die großen wirtschaftspolitischen Fragen dem Bundesverband überläßt und sich lediglich der Vertretung der speziellen zusätzlichen Wünsche und Interessen der kleinen Unternehmer annimmt.

Ich habe mich im wesentlichen darauf beschränkt, in einer Analyse der Zeitschrift des Bundes die Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer zu untersuchen. Die Vorstellungen der Großindustriellen werden dabei nur herangezogen, um die Parallelentwicklung in der gesellschaftlichen Schicht, aus der die mittelständischen Unternehmer gleichsam herausinken, deutlich zu machen. Um zu zeigen, in welche Richtung die Entwicklung weiterging, kann auf die kurze Darstellung der wichtigsten Züge im Unternehmerdenken der Weimarer Zeit zum Vergleich nicht ganz verzichtet werden. Die Schlußbetrachtung wird andeuten, wie weit diese Vorstellungsreihen die Entwicklung beeinflußt haben und in welcher Richtung weitere Untersuchungen zu gehen hätten.

Diese Eingrenzung der Arbeit wird vorgenommen, um anhand eines überschaubaren und homogenen Materials mit den Mitteln der sog. Inhaltsanalyse die Veränderung in der Argumentationsweise der Unternehmer möglichst exakt herauszuarbeiten und zu lokalisieren. Ergänzend wird das Organ des Centralverbandes⁵⁵ herangezogen, um den Unterschied des neu entstehenden Bewußtseins zu dem in der Großindustrie vorherrschenden und seinen spezifischen gesellschaftlichen Stellenwert zu ermitteln.

C. Zur Methode der Inhaltsanalyse

"Inhaltsanalyse" (content analysis) nennt die Soziologie eine Summe von Techniken, die zur genaueren Untersuchung vor allem (aber nicht nur) der Aussagen der Massenkommunikationsmittel (einschließlich Film, Funk, Fernsehen etc.) sowie der Propagandatechniken und -in-

Die deutsche Bezeichnung "Inhaltsanalyse" stimmt im wesentlichen (abgesehen von besonderen Definitionen einzelner Autoren) mit der amerikanischen "content analysis" überein. Daneben ist in der DDR der Ausdruck "Dokumentationsanalyse" eingeführt worden. Da die soziologische Forschung in der DDR erst in den letzten Jahren wieder aufgenommen wird, erscheint es noch zu früh, etwas darüber auszusagen, inwieweit die "Dokumentationsanalyse" die Methoden der content analysis in der Praxis unverändert übernimmt oder eingrenzt⁵⁶.

"Es ist erstaunlich, zu sehen, auf wieviele Gebiete und Sondergebiete die Inhaltsanalyse hat angewendet werden können", schreibt René König 1958⁵⁷; "Es liegt in der Entwicklungsgeschichte der Lehre von der Massenkommunikation begründet, daß diese allzu häufig einzig über eine ad-hoc-Systematik und noch über keine eigentliche Theorie verfügt... So bleibt heute als theoretischer Rahmen eigentlich weiter nichts als die alte Formel von Lasswell, die sich mittlerweile allgemein durchgesetzt hat und gewissermaßen klassisch geworden ist: 'Wer sagt was zu wem und mit welcher Wirkung?'"⁵⁸ Diese Formel - übrigens verschieden überliefert⁵⁹ - nimmt indes in der Bestimmung dieser Methode keine zentrale Stellung mehr ein. Schon 1952 hat Berelson eine exaktere und spezifischere Formel gefunden: "Content analysis is a research technique for the objective, systematic, an quantitative description of the manifest content of communication."⁶⁰ Obwohl diese Definition in einigen ihrer Bestimmungen angegriffen worden ist (wie weiter unten noch zu erörtern sein wird) erfaßt sie doch den Gegenstand der Inhaltsanalyse genauer als die allgemeine und umfassende (obwohl durch Fragen wie z.B. "wann", "wie", "mit welcher Absicht" u.a. zu ergänzende) Formel Lasswells.

Nach 1950 haben amerikanische Soziologen versucht, eine einheitliche Methodik der content analysis herauszuarbeiten. Fast gleichzeitig erschienen 1952 die Bücher von Berelson: "Content Analysis in Communication Research" und von Lasswell, Lerner und Pool: "The Com-

parative Study of Symbols", die die Methode der content analysis ausführlich und systematisch darstellen⁶¹.

Berelson engt den Bereich dessen, was er als content analysis verstanden wissen will, mit den fünf Erfordernissen seiner Formel unzweifelhaft ein. "The requirement of objectivity stipulates that the categories of analysis should be defined so precisely that different analysts can apply them to the same body of content and secure the same results."⁶²

Das Erfordernis der Systematik soll sichern, daß die Analyse alles relevante Material berücksichtigt und daß es mit allen relevanten Kategorien analysiert wird. "The requirement of quantification...is perhaps the most distinguishing feature of content analysis. It... goes farthest toward distinguishing the procedure from ordinary reading. Of primary importance in content analysis is the extent to which the analytic categories appear in the content, that is, the relative emphases and omissions." Freilich müsse das nicht notwendig numerische Zählung bedeuten; auch Angaben wie "mehr", "immer", "oft" oder "nimmt zu" seien "just as quantitative as the terms 37 or 52 %, they are only less exact and precise."⁶³

Qualitative Methoden der Inhaltsanalyse läßt Berelson eigentlich nur als "pre-quantitative", als Vorstufe oder Hilfsmittel oder Grenzfall der eigentlichen, quantitativen Analyse, vorwiegend zur Aufstellung von Hypothesen, gelten. Er sieht deshalb "no strict dichotomy between 'qualitative' and 'quantitative' analysis."⁶⁴

Auch die Bestimmung, daß die content analysis nur den manifesten Inhalt, also streng genommen nur das, was schwarz auf weiß dasteht, berücksichtigen solle, engt das Feld ein⁶⁵.

Berelson selbst nennt drei Voraussetzungen, die seiner Bestimmung der content analysis zugrunde liegen:

1.) daß eine Beziehung zwischen dem Inhalt einer Aussage und der Absicht des Autors oder der Wirkung des Textes besteht;

2.) daß ein allgemeines Verständnis der Sprache besteht, demzufolge Worte einen festen Sinn haben, so daß sie als Sinneinheiten gezählt werden können;

3.) daß die Häufigkeit des Auftretens eines Wortes oder Zusammenhanges selbst ein entscheidender inhaltlicher Faktor ist, der Schlußfolgerungen auf den Autor oder auf die Wirkung des Textes zuläßt. "In any case, content analysis should be undertaken only when relative frequencies of content categories are relevant to the problem at hand."⁶⁶

Das Buch von Lasswell, Lerner und Pool zieht den Rahmen noch etwas enger, wenn es die content analysis mit "quantitative semantics" gleichsetzt, Objektivität, Genauigkeit und Allgemeinheit durch die Anwendung statistischer Methoden erwartet und erklärt: "The symbol analyst works with words by selecting those which best stand for the attitudes whose presence or absence he wishes to detect and describe. Symbols, thus conceived, serve as his 'operational indices' of attitude."⁶⁷

Auch bezüglich des manifesten Inhalts ist man hier noch strenger als Berelson: "Content analysis is, in the first place, a method for 'reading on the lines' and for reporting the results which can be verified."⁶⁸

Bereits 1950 plädierte Harold D. Lasswell in einem Aufsatz "Why be Quantitative" für das Erfordernis des quantitativen Vorgehens in der Inhaltsanalyse. Er kritisierte historische und sozialwissenschaftliche Arbeiten, die nur interpretierend vorgehen, als unpräzise; die meisten Dimensionen blieben "wholly qualitative, impressionistic and conjectural". Ebenso will er ausschließlich den manifesten Inhalt behandelt wissen, da für die "ideologischen" Inhalte keine gleich präzisen Methoden zur Verfügung stünden.⁶⁹ "Why, then, be quantitative about communication? Because of the scientific and policy gains that can come of it. The social process is one of collaboration and communication; and quantitative methods have already demonstrated their usefulness in dealing with the former. Further understanding and control depend upon equalizing our skill in relation to both."⁷⁰

Demgegenüber tritt Alexander L. George in seinem Aufsatz "Quantitative and Qualitative Approaches to Content Analysis"⁷¹ für die Legitimität einer qualitativen Methode der content analysis ein, von der Pool sagt, sie führe den Wissenschaftler "to a conclusion different from that of the intelligence operator. It leads him to embrace the rigors and promise of quantitative measurement as a step enabling him to get beyond where he could go otherwise."⁷² Er zeigt anhand einiger Beispiele aus der Propagandaanalyse im II. Weltkrieg, daß bei begrenztem Material eine qualitative Methode bessere Schlüsse auf Absichten, oder besonders auf Veränderungen in der Argumentation eines bestimmten Sprechers zu einer bestimmten Zeit zulassen. Eine quantitative Methode sei nicht anwendbar auf inhaltliche Charakteristika, deren bloßes Auftreten bestimmte Schlußfolgerungen zulasse, unabhängig von ihrer Häufigkeit. Gegenüber der starren Methode des Zählens sei die qualitative zur Beschreibung eines Inhaltes flexibler. "Inferences from content to non-content variables, however, need not always be based on the frequency values of content features ... It is the latter type of communication analysis, which makes use of 'nonfrequency' content indicators for purpose of inference, that is regarded here as the nonquantitative or nonstatistical variant of content analysis."⁷³

George kritisiert an einer starren nur quantitativen Analyse, daß etwa eine plötzliche Änderung in der Haltung des Kommunikators, wenn sie nicht einkalkuliert wird, die Ergebnisse beeinträchtigen kann. Gegen die Forderung nach systematischer Analyse wendet er ein, daß es ebenso wichtig sei, kein irrelevantes Material mit zu verwenden, da es sonst die relevanten Merkmale dominieren und die Ergebnisse verfälschen könne⁷⁴. Nicht jede Aussage und nicht jedes Wort habe das gleiche Gewicht in einem inhaltlichen Zusammenhang⁷⁵.

"In summary, there are relatively few theories of general hypotheses about symbolic behavior available for testing by means of rigorous quantitative content

analysis," ; "Nonquantitative (nonfrequency) content indicators are often more appropriate and productive than quantitative (frequency) indicators."⁷⁶

George gibt zu, daß qualitative Methoden weniger systematisch und weniger exakt meßbar sind als quantitative; "But in principle the reliability of such content observations, too, is subject to investigation."⁷⁷

Noch schärfer als George betont Maletzke in einer Gegenüberstellung der Argumente für und gegen qualitative Analysen, daß subjektive Faktoren auch in die rein quantitative Analyse eingehen können durch die Einordnung in Kategorien ohne vorherige inhaltlich-qualitative Deutung. Wo es um Hintergründe, Motive und Wirkungen gehe, könne man nicht mehr den manifesten Inhalt vom Zusammenhang abstrahieren⁷⁸.

D. Zur Technik der Inhaltsanalyse

Bevor ich einige Bemerkungen zu der dargestellten Methode der Inhaltsanalyse aufgrund der Erfahrungen dieser Studie mache, sollen die wichtigsten, in der vorliegenden Arbeit beachteten Gesichtspunkte zur Technik der Inhaltsanalyse aufgeführt werden. Da die einzelnen methodischen Schritte im Verlauf der Untersuchung selbst noch genauer erörtert werden, bedarf es an dieser Stelle keiner ins einzelne gehenden Darlegung.

Berelson unterscheidet zunächst zwischen Analysen, für die der Inhalt selbst relevant ist, ("as category") und solchen, für die er nur als Indikator für Schlüsse auf den Kommunikator (Autor) oder auf das Publikum von Bedeutung ist⁷⁹. Katz und Lazarsfeld kritisieren, daß diese Dreiteilung in Publikumsforschung, Inhaltsanalyse und Wirkungsanalyse irreführend sei: "Sie vernebelt nämlich die Tatsache, daß im Grunde jede Kommunikationsforschung auf eine Untersuchung der Wirkung hinausläuft."⁸⁰ Dieser Kritik kann man jedoch nicht zustimmen: tatsächlich ist für viele Untersuchungen, die zu Recht mit den Methoden der content

analysis arbeiten, die Wirkung auf das Publikum völlig uninteressant⁸¹. Auch die hier vorgelegte Arbeit, in der ich den Inhalt nur im Hinblick auf den Kommunikator und auf den Trend (s.u.) untersuchen werde, wird diese Möglichkeit als legitim erweisen. - Zudem zeigt die bekannte Studie von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet über das Wählerverhalten⁸², daß für eine Untersuchung der Wirkung sehr viele andere Methoden zusätzlich nötig sind und die content analysis hier meist nur ein Hilfsmittel sein kann. Silbermann weist ausdrücklich darauf hin, daß die Inhaltsanalyse streng genommen keine direkten Beweise über die Auswirkungen oder den Kommunikator erbringen kann.⁸³

Eine weitere wichtige Unterscheidung Berelsons ist die zwischen Analysen, die auf den Inhalt selbst abzielen und solchen, die primär einen Trend oder eine Veränderung feststellen wollen. "The classification into a single set of categories of similar samples of communication content taken at different times provides a concise description of content trends, in terms of relative frequencies of occurrence. Such descriptions of trends are often usual in themselves; in addition, they provide data which can be correlated with corresponding changes on the part of the communicator or the audience."⁸⁴

Lasswell, Lerner und Pool fügen die Möglichkeit der Untersuchung von Korrelationen verschiedener Symbole oder Vorstellungsbereiche etc. sowie das Korrelieren von Symbolen in der Kommunikation und praktischem Verhalten der Kommunikatoren hinzu⁸⁵.

Berelson empfiehlt dem Analytiker, zunächst die Einheiten seiner Analyse festzulegen. Solche Einheiten können ganze Zeitungen, einzelne Themen, Aufsätze, repräsentativ ausgewählte Sätze, Abschnitte oder Schlüsselworte sein. Er unterscheidet dabei die kleinste Einheit (recording unit), die auszuzählen ist, von der größten Einheit, deren Inhalt analysiert wird und in deren Zusammenhang die kleinste Einheit zu sehen ist (context unit).

Danach ist festzulegen, welche Einheit analysiert wird (unit of classification) und welche Einheit gezählt wird (unit of enumeration). So könnte zum Beispiel nach Absätzen klassifiziert werden, die dann nach Zeilenlänge ausgezählt werden.

Er nennt fünf hauptsächlich gebräuchliche Einheiten: Wort - Thema - Person - Aufsatz - Längeneinheiten (Zeilen, Meter, Sekunden)⁸⁶. Diese Einheiten sind je nach dem zu untersuchenden Gegenstand so zu wählen, daß der Gegenstand möglichst ökonomisch und zugleich möglichst genau erfaßt werden kann. In einer Studie können in verschiedenen Phasen der Untersuchung verschiedene Einheiten angewandt werden⁸⁷.

Zum nächsten Schritt, der Aufstellung und Formulierung von Kategorien, kann Berelson nur allgemeine Hinweise geben: "The hypothesis should adequately express the problem, the categories adequately express the hypothesis, and the indicators adequately express the categories."⁸⁸

"... the formulation and the definition of appropriate categories take on central importance. Since the categories contain the substance of the investigation, a content analysis can be no better than ist system of categories." - "There are as many ways of describing publications as there are reasons for wanting to know about them."⁸⁹

So führt Berelson nur einige Typen von Kategorien beispielhaft auf: In den "What-is-said-categories" kann man bestimmte Themenkreise zählen (etwa Artikel zu Politik - Sport - Verbrechen usw.), man kann Richtungskategorien (ja - nein, mehr - weniger) aufstellen, Werte, Charaktere, Autoritätsstrukturen, handelnde Personen untersuchen. "How-it-is-said-categories" lassen Sprachformen, Attitüden, Propagandathesen usw. klassifizieren und zählen.

Für die jeweils gefundenen Kategorien müssen zuverlässige auszählbare Indikatoren (Schlüsselworte, widerkehrende Symbole, Stereotype o.ä. gefunden werden)⁹⁰. Lasswell, Lerner, Pool begrenzen diese Möglichkeiten

ausschließlich auf Schlüsselworte, die sie als "symbols" bezeichnen⁹¹: "A single or a few words may be a valid index only when they are highly general key terms which appear in any discussion of the subject matter." Deshalb wird empfohlen, anderenfalls mehrere Wörter zu suchen, die gemeinsam den Gegenstand repräsentieren, d.h. von denen mindestens eins in jedem Gespräch über ihn vorkommen wird⁹². Dabei sei bei der Anlage der Studie darauf zu achten, mit so wenig Schlüsselwörtern, Umfang und Zeitaufwand wie möglich auszukommen, um den Zweck der Untersuchung adäquat zu erfüllen⁹³.

Auch wenn er die Dichotomie von qualitativer und quantitativer Methode bestreitet und meint, oft sei nur das numerische Auszählen sinnlos oder unmöglich, vertritt Berelson den gleichen Grundgedanken: "As in other scientific investigations, content analysis should be done not as precisely as possible, but rather as imprecisely as possible - that is, as roughly as the circumstances of the study will allow (in order to minimize costs relative to returns)."⁹⁴

So empfiehlt er, möglichst größere Einheiten und umfassendere Kategorien zu verwenden, soweit die Fragestellung es erlaubt, oder sogar ganz auf numerisches Auszählen zu verzichten, wobei man allerdings möglichst genau angeben sollte, welche Quantifizierungen nötig wären, um die Thesen exakt zu belegen⁹⁵.

Die Frage; wann muß genau gezählt werden? beantwortet er mit sieben Forderungen:

1. wenn hohe Genauigkeit des Ergebnisses erforderlich ist;
2. wenn ein hoher Grad an mathematischer Zuverlässigkeit gefordert ist (wobei er allerdings Vorsicht gebietet, falls die Kategorien so komplex sind, daß das Ergebnis eine Genauigkeit vortäuscht, die in der Substanz gar nicht enthalten ist)⁹⁶;
3. wenn das Material wichtig und repräsentativ genug ist, daß es den Aufwand lohnt;

4. wenn die Fülle des Materials anders nicht zu überschauen ist;
5. wenn ein hoher Grad der Spezifikation der Kategorien nötig ist;
6. wenn relativ große Häufigkeiten vorliegen;
7. wenn die Ergebnisse mit Statistiken korreliert werden sollen⁹⁷.

In all diesen Fällen können sowohl Häufigkeiten, als auch Verteilungen oder Stellenwerte des Vorkommens einer Kategorie gezählt werden⁹⁸.

Schließlich weist Berelson hin auf verschiedene technische Probleme beim Aufbau einer Studie: auf die Schwierigkeiten bei der Auswahl des zu analysierenden Materials; auf Probleme der Darstellung und der Folgerungen aus Analysen des Inhalts⁹⁹.

Zur Methodik der qualitativen Analyse gibt es aus der Natur der Sache heraus weniger technische Verfahrensregeln. George fordert die Suche nach spezifischen unterscheidenden Kategorien und weist auf die Gefahr hin, daß die Notwendigkeit großer Zahlen für die Verwendung statistischer Methoden die Auswahl der Kategorien und des Sample einer quantitativen Analyse beeinflussen könnten¹⁰⁰.

Daneben müsse die qualitative Analyse den Zusammenhang einer Äußerung in ihre Überlegungen einbeziehen. Da sie auch die Schattierungen eines Wortes im Zusammenhang präzise erfassen könne, könne sie eine weitere Gefahr der rein quantitativen Analyse vermeiden.¹⁰¹

Zur Verbindung von Beschreibung und Folgerung in der qualitativen Analyse sagt George: "In it content description is intimately intertwined and overlaps the assessment of inferences from the contents. Inferences as to what the propagandist ist trying to say and why he ist trying to say it are not neatly discrete."¹⁰²

Gegen die Gefahr der "circularity", daß der Analytiker in den Text genau das hineinliest, was seine Hypothese ihm nahelegt, empfiehlt George mehrmaliges Lesen und Überprüfen, ob der Schluß allen Teilen der Aussa-

gen entspricht. Außerdem solle der Analytiker Alternativen zu seinen Hypothesen angeben und im Ergebnis genau die Begründung für seine Hypothese, die Evidenz der Gegenhypothese, andere inhaltliche Hinweise und die Gründe für seinen Schluß angeben. Qualitativ gewonnene Ergebnisse quantitativ zu überprüfen, dürfte in der Praxis oft recht schwierig sein¹⁰³.

Verschiedene deutsche Autoren weisen auf die Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Inhaltsanalyse (oder, wie Maletzke diese Formen nennt, "erweiterte" Inhaltsanalysen) hin¹⁰⁴, die aber im wesentlichen nur verschiedene Kombinationen bereits erwähnter Techniken oder ihre Verbindung mit ganz anderen sozialwissenschaftlichen Methoden darstellen.

E. Anwendung der Inhaltsanalyse in dieser Studie

Zunächst sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse notwendig. Th.W. Adorno schreibt im "Handwörterbuch der Sozialwissenschaften": "Die Methode scheint am angemessensten, wenn ihre Gegenstände dem Bereich kultureller Massenproduktion - Radiosendungen, Reden von Demagogen - angehören, also selber bereits weitgehend mechanisch konstruiert sind, wesentlich durch den Gedanken an ihre Wirkung bestimmt werden, und keinen eigentlichen Sinnzusammenhang haben. Je differenzierter und höher organisiert dagegen ein geistiges Gebilde, um so problematischer wird das Verfahren samt seiner Vorstellung von "Objektivität": die content analysis eines Kunstwerkes nach Standardmethoden wäre absurd. Lasswell hat in seinem Aufsatz "Why Be Quantitative?" versucht, das Verfahren gegen die sich aufdrängenden Einwände zu verteidigen. Viele Anhänger der quantitativen content analysis lassen die Notwendigkeit der Ergänzung durch qualitative Untersuchungen, wie sie längst vor Einführung des Terminus von zahlreichen kulturologischen Autoren durchgeführt worden sind, gelten." ¹⁰⁵

Adornos grundsätzliche Kritik an der Anwendbarkeit der quantitativen content analysis wird gerade aus der Sicht dieser Arbeit bestätigt, da zumindest eine der drei von Berelson ausdrücklich aufgeführten Voraussetzungen der content analysis sich bei genauerer Betrachtung als fragwürdig erweist. Berelson setzt voraus (vgl. S. 16), daß ein allgemeines Verständnis der Sprache besteht, demzufolge Worte einen festen Sinn haben, so daß sie als Sinneinheiten gezählt werden können. Diese Voraussetzung mag vollkommen zutreffen bei einer Analyse von Texten mit relativ groben, eindeutigen Kategorien, obwohl auch hier bei einem rein mechanischen Auszählen Fehler entstehen können, etwa wenn ein Wort in einem Bild in übertragener Bedeutung verwendet wird. Fragwürdig wird dieser Positivismus jedoch bei Analysen an historischem Material und bei Trenduntersuchungen, die eine Veränderung des Inhalts bestimmen sollen, insbesondere aber bei der Bestimmung von Veränderungen im Bewußtsein der Kommunikatoren. Diese Schwierigkeiten lassen sich gerade an Beispielen aus dieser Arbeit verdeutlichen.

Daß ein Text oder ein bestimmtes Wort in seinem Kontext im Laufe der Zeit sein Verständnis allein durch Veränderungen beim Leser wandeln kann, der Sinn also keineswegs fest sein muß, zeigt zum Beispiel das Unverständnis oder die Belustigung, die die Begriffe "rechtschaffene Berufsstände" oder "ehrenhafte Stände" oder die Bezeichnung der Einrichtung einer Pension für Kasernenärzte um 1905 als "standesunwürdig" bei uns heute hervorruft. Die Vorstellung von "Ehre" hat sich so weit gewandelt, daß die Mentalität, die sich in diesen Begriffen ausdrückt, dem heutigen Leser nicht mehr ohne weiteres zugänglich ist.

Wichtiger aber ist, daß die Worte selbst im Laufe der Zeit ihren Sinn verändert haben. Ein Beispiel aus dieser Arbeit ist die inhaltliche Veränderung des Wortes "Mittelstand" bei den Unternehmern der Fertigungsindustrie zwischen 1905 und 1914 und weiter bis 1933, die eine mechanische Auszählung dieses Wortes völlig sinnlos machen würde, ja zu verfehlten Schlüssen führen könnte.

Unter Umständen kann gerade die Anwendung verschiedener Worte für gleiche oder ähnliche Zusammenhänge eine Veränderung des Bewußtseins kennzeichnen, wie als Beispiel die Zusammenstellung der Worte, die zur negativen Qualifikation einer Sache oder eines Sachverhalts in der "Deutschen Industrie" verwendet werden, zeigen wird.

So erweist sich die Technik des Zählens als nur auf bestimmte Kategorien anwendbar, die genau und in jedem Fall einzeln daraufhin geprüft werden müssen. In dieser Studie sind die meisten Kategorien überhaupt nur nach einer qualitativ-interpretierenden Analyse quantitativ erfaßbar, als Zählung der Ergebnisse vieler einzelner durch Interpretation gewonnener Einordnungen. Aber selbst hierbei ist Vorsicht geboten: auch gleiche Sachzusammenhänge oder Sinnkomplexe können im Laufe der Geschichte ihren Stellenwert ändern. Die Interpretation eines Textzusammenhangs als gegen die Demokratie gerichteten Affekt beispielsweise kann über längere Zeiträume hinweg nicht einfach numerisch gezählt werden, selbst wenn berücksichtigt wird, daß der Begriff Demokratie selbst sich inhaltlich verändert. Denn eine affektive antidemokratische Einstellung hat im Jahre 1895 einen völlig anderen gesellschaftlichen Stellenwert als im Jahre 1925 oder gar 1965.

Dazu kommt, daß einzelne inhaltliche Kategorien u.U. nicht anhand einzelner Stellen genügend verifiziert werden können, daß vielmehr nur die Betrachtung im Gesamtzusammenhang der Texte und der Analyse über eine inhaltliche Qualität Aufschluß geben kann. Dazu sei als Beispiel auf das Elitebewußtsein der Unternehmer hingewiesen, auf das vor 1914 allenfalls von den Kategorien "Selbständigkeit" und "Verantwortung" u.a. her rückgeschlossen werden kann. Hier ist jedes Zählen unmöglich, eine inhaltliche Aussage aber sehr wohl möglich und sinnvoll.

An die Stelle des unhistorischen und positivistischen rein numerischen Auszählens, wie es Berelson und Lasswell, Lerner und Pool als Voraussetzung für wissenschaft-

liche Zuverlässigkeit und Nachprüfbarkeit fordern, wird jedenfalls für eine historische Untersuchung wie die vorliegende Arbeit eine differenziertere Form der Kombination quantitativer und historisch interpretierender, qualitativer Techniken treten müssen. Erst nach der Interpretation jeder einzelnen Textstelle, die nicht nur die Stellung im Zusammenhang des Textes, sondern auch den historischen Ort berücksichtigen muß, kann hier das Auszählen zweckmäßig sein. Daher kann diese Analyse keine großen Zahlen liefern, die statistische Korrelationen erlauben oder hohe Signifikanzen erwarten lassen. Vielmehr muß der qualitativen Gewichtung mehr Raum gegeben werden. Zur Nachprüfbarkeit müßte zudem streng genommen jedes einzelne im Text gefundene Argument für eine Hypothese angeführt und interpretiert werden. Die Arbeit wird jedoch zu jeder Kategorie nur einige typische Äußerungen interpretieren, um dann für analoge Argumente nur die Zahlen anzugeben.

Berelsons Forderung, daß verschiedene Analytiker bei den gleichen Texten und Kategorien zu den gleichen numerischen Ergebnissen kommen müßten, ist durch dieses interpretierende Vorgehen nur in der mathematischen Genauigkeit, nicht grundsätzlich beeinträchtigt. Unter der Voraussetzung, daß die gleichen historisch-kritischen Maßstäbe angelegt werden - diese Voraussetzung ist freilich unumgänglich -, müßten, selbst wenn ein Interpret strenger als der andere ausscheidet, doch die Relationen im Endergebnis die gleichen bleiben. Insofern ist die wissenschaftliche Zuverlässigkeit durchaus gegeben.

Voraussetzung ist weiter freilich die genaue Angabe - und Prüfbarkeit - der Kategorien und der Schlüsse, die daraus gezogen werden sollen. Darin ist das Verfahren der Fragebogentechnik in der empirischen Sozialforschung vergleichbar, in der ja die wissenschaftliche Zuverlässigkeit mit der Zusammenstellung des Fragebogens und der Nachprüfbarkeit der aus den Interviews gezogenen Schlüsse gleichfalls steht und fällt. Die rein quantitative Analyse liefert - und

das gilt ganz allgemein, nicht nur für diese Untersuchung - eine Statistik und nicht mehr. Alles weitere ist eine Sache der Interpretation, insbesondere auch die Schlüsse, die aus dem Zahlenmaterial gezogen werden. Und selbst die Statistik wird sich auf die Stimmigkeit ihrer Kategorien hin prüfen lassen müssen.

Für diese Studie ergibt sich noch eine besondere Schwierigkeit daraus, daß das Sample des zu untersuchenden Materials bestimmt ist von der Zugänglichkeit bzw. dem Vorhandensein der Quellen. Die Zeitschrift des Bundes der Industriellen, "Deutsche Industrie", erschien von 1899 bis August 1914. Jedoch waren mir die Jahrgänge 1899 bis 1904 trotz aller Bemühung nicht mehr zugänglich^{106 107}. Da sich aber auch innerhalb der vorhandenen Jahrgänge der Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins mittelständischer Unternehmer deutlich verfolgen, identifizieren und lokalisieren läßt, scheint mir dieses Fehlen nicht als garvierendes Argument gegen die Anwendung der Methode der Inhaltsanalyse gelten zu können. Die hier benutzten Jahrgänge 1905 bis 1914 reichen durchaus aus, um die Veränderung deutlich herauszuarbeiten, die sich um 1911 - 13 vollzieht, und um den Unterschied der Vorstellungen vor und nach dieser Veränderung sichtbar zu machen.

Die Frage, inwieweit die "Deutsche Industrie" für das Bewußtsein mittelständischer Unternehmer repräsentativ sei, bedarf einiger zusätzlicher Bemerkungen. Denn es läßt sich zwar eindeutig sagen, daß der Bund der Industriellen die größte Organisation zur Sammlung dieser Gruppe bis 1914 war, jedoch ist damit noch nicht eindeutig bestimmt, ob die Zeitschrift dieser Organisation das Bewußtsein der gesellschaftlichen Schicht, die der Bund vertritt, repräsentativ spiegelt, oder ob er nur die Meinung der Verbandsführung oder bestimmter Gruppen im Bund vorzugsweise wiedergibt.

Da über den Einfluß bestimmter Personen und Richtungen noch genauere Überlegungen angestellt und belegt werden sollen, sei hier nur kurz angedeutet, daß in der Tat um 1911 mit der Gruppe um Stresemann eine neue Strömung im Verband die praktische politische Führung übernimmt, daß diese Veränderung aber offensichtlich einer Wandlung im Bund selbst entspricht.

Außerdem läßt sich sowohl aus der Reaktion des Centralverbandes auf die jeweiligen Äußerungen des Bundes, als auch aus der Tatsache, daß nirgendwo außerhalb dieser beiden Verbände eine andere Gruppe Industrieller versucht, eine eigene Konzeption eines mittelständischen Gesellschaftsbildes durchzusetzen, schließen, daß eine ernsthafte, gleichwertige konkurrierende Konzeption zu dem Bild, das die "Deutsche Industrie" vermittelt, sehr wahrscheinlich nicht bestand. Die bescheidene Formulierung des Titels dieser Arbeit, der streng genommen lauten müßte "Gesellschaftsbild der 'Deutschen Industrie'", darf daher mit einigem Recht nicht nur auf das "Gesellschaftsbild des Bundes der Industriellen", sondern auch auf das Gesellschaftsbild der mittelständischen Industriellen allgemein ausgeweitet werden.

Die Analyse soll zunächst die sich vollziehende Wandlung selbst exakt herausarbeiten. Dieser erste und größere Teil der Arbeit unternimmt eine Trenduntersuchung, wie sie Berelson u.a. als eine der Hauptanwendungsmöglichkeiten der content analysis darstellen. Diese Untersuchung wird die Veränderungen in der Argumentationsweise und den Denkformen der mittelständischen Unternehmer so exakt wie möglich aufzeigen und lokalisieren. Gleichzeitig ist diese Analyse jedoch auch auf den Inhalt selbst bezogen, indem sie die inhaltlichen Merkmale des neuen Gesellschaftsbildes herausarbeitet und belegt. Eine Parallelisierung zur Zeitschrift des Centralverbandes, "Deutsche Industrie-Zeitung", (die vollständig zugänglich ist) wird außerdem aufzeigen, ob dieses entstehende Gesellschaftsbild tatsächlich spezifisch zu dieser Gruppe gehört, oder ob sich das Bewußtsein der anderen Teile der Industrie ebenfalls entsprechend verändert hat.

Dieser erste Hauptteil der Arbeit gliedert sich in zwei Kapitel, deren erstes, Kap. III, zunächst mit Hilfe interpretierender Methoden - "pre-quantitative approaches" nach Berelsons Unterscheidung - die in Frage stehende Entwicklung herausarbeitet. Das folgende IV. Kapitel soll dann die Möglichkeiten einer quantitativen Verifizierung der Ergebnisse diskutieren und die empirischen Belege für die Interpretation zusammenstellen. Freilich bedeutet das keine Unterteilung in ein interpretierendes (oder "intuitives", um die Terminologie Berelsons anzuführen) und ein empirisches Kapitel. Denn auch die Interpretation muß sich streng an Daten halten, die empirisch gegeben und mit angebbaren und nachprüfbaren Methoden erarbeitet sind. Es wird sich noch im einzelnen erweisen, daß die quantifizierenden Methoden bei einer Analyse dieser Art keine empirisch zuverlässigeren Ergebnisse zu liefern vermögen als die Interpretation selbst.

Anschließend daran wird eine erweiterte, qualitative operierende Analyse in Kapitel V von den Ergebnissen der interpretierenden Zusammenstellung des neu entstehenden Gesellschaftsbildes ausgehend Rückschlüsse ziehen auf den Kommunikator, also die mittelständischen Unternehmer selbst. Dazu ist einmal die Heranziehung historischer Fakten nötig, zum anderen wiederum der Vergleich mit dem Organ des Centralverbandes, um die Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer einzuordnen in die geschichtliche Entwicklung der deutschen Industrie und der deutschen Gesellschaft.

F. Zur Konflikttheorie

Das Gesellschaftsbild mittelständischer Unternehmer entsteht aus dem Konflikt einerseits mit den Kartellen der Großindustrie, andererseits mit der Arbeiterbewegung. Daher ist eine Untersuchungsmethode notwendig, die den sozialen Konflikt als Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen begreift und erfaßt. Hier bietet sich Dahrendorfs Modell einer Soziologie des Konflikts an¹⁰⁸.

Von der Kritik an der Strukturell-funktionalen Theorie von Talcott Parsons ausgehend, fordert Dahrendorf eine Verbindung dieser Konzeption mit einer Theorie des sozialen Wandels. Da Parsons von einer in sich ruhenden Gesellschaft ausgehe, bleibe die "dysfunction" ein Randphänomen, und sein Modell der Gesellschaft könne den Wandel nicht einbeziehen¹⁰⁹.

Dahrendorfs Versuch, die strukturell-funktionale Theorie so zu erweitern, daß sie eine befriedigende Analyse des sozialen Wandels erlaubt, stellt den Konflikt als die treibende Kraft gesellschaftlicher Veränderungen in den Mittelpunkt. "Antagonismen und Konflikte erscheinen dann nicht mehr als Kräfte, die auf ihre eigene Aufhebung in einer 'Lösung' drängen, sondern sie machen selbst den menschlichen Sinn der Geschichte aus."¹¹⁰

Dahrendorf sucht den strukturellen Ursprung sozialer Konflikte in den Herrschaftsverhältnissen, die er als "Ausflüsse und Sonderformen der allgemeinsten Ungleichheit der Verteilung von legitimer Macht" ansieht¹¹¹. "Konflikte wachsen aus Herrschaftsverhältnissen hervor, um sie zu verändern."¹¹²

Dahrendorf sieht Konflikte nach ihrer Intensität und ihrer Gewaltsamkeit als meßbar an, wobei beide Größen beeinflußt werden können, so daß eine "Regelung" möglich sei, die mit Hilfe sozialer und politischer Einrichtungen und Techniken die Gewaltsamkeit von Konflikten herabmindere. "Konflikte verschwinden durch ihre Regelung nicht; sie werden nicht einmal notwendig weniger intensiv; in dem Maße aber, in dem es gelingt, sie zu regeln, werden sie kontrollierbar und wird ihre schöpferische Kraft in den Dienst einer allmählichen Entwicklung sozialer Strukturen gestellt."¹¹³

Konflikte lösen oder unterdrücken zu wollen, bedeute letzten Endes totalitäre Herrschaft, die zur Revolution tendiere¹¹⁴. "Es gibt in der menschlichen Gesellschaft nichts Beharrendes, weil es nichts Gewisses gibt. Im Konflikt liegt daher der schöpferische Kern aller Gesellschaft und die Chance der Freiheit - doch zugleich die Herausforderung zur rationalen Be-

wältigung und Kontrolle der gesellschaftlichen Dinge."¹¹⁵

Zur Kritik dieses Modells müssen vier Punkte berücksichtigt werden:

1.) Die Forderung nach Regelung von Konflikten als Grundlage der Demokratie sieht von der Kategorie der Macht ab, die jedoch in der gesellschaftlichen Praxis über den Charakter von Konflikten und über die Chancen der Kontrahenten entscheidet. Die Herrschaft bleibt als bloßer formaler Grund für die Entstehung von Konflikten isoliert und außerhalb der kritischen Betrachtung¹¹⁶. Insbesondere läßt Dahrendorf außer acht, daß auch bei der Regelung von Konflikten die gesellschaftliche Macht der Kontrahenten die Ergebnisse des Konflikts bestimmt. Durch die Form der Regelung, die ja ebenfalls nicht durch abstrakte, sondern von der gleichen Gesellschaft beschlossene "Spielregeln" bestimmt ist, können bereits Machtverschiebungen erreicht werden, so daß die Regelung selbst die Ergebnisse beeinflusst.

2.) Regelung von Konflikten als Grundlage der Demokratie faßt den Konflikt zu statisch als nicht änderbares Phänomen. Dahrendorf will Konflikte in geordnete Bahnen lenken - nicht lösen¹¹⁷. Diese geordnete Lenkung kann sich leicht zum Vorteil derer auswirken, die an der Erhaltung der bestehenden Ordnung interessiert sind. Damit wird seine Theorie im Sinne der gleichen konservativen Wirkung ausnutzbar, die Dahrendorf den "wertfreien" Wissenschaftlern und insbesondere der strukturell-funktionalen Theorie von Parsons vorwirft¹¹⁸.

3.) Dahrendorf sieht praktisch die Klassenstruktur als ein nicht änderbares konstantes Phänomen der industriellen Gesellschaft an, er sieht von seiner theoretischen Konzeption her weder die Notwendigkeit, noch die Möglichkeit einer Veränderung dieser Grundstruktur selbst¹¹⁹.

4.) Dahrendorf formalisiert die Konflikte, als die Voraussetzung des sozialen Wandels, die man "regeln", d.h. deren revolutionäre Explosivität man entschärfen muß, um sie dann in geregelten Formen ungestört am sozialen Wandel schaffen zu lassen. Dahrendorf ersetzt das Vertrauen auf das Bestehende durch das Vertrauen auf den Wandel - aber er überläßt den Wandel sich selbst und dem "geregelten" Wirken der Konflikte. Damit schafft er jedoch noch keinen "engagierten Soziologen", der die Konsequenzen seiner Forschungen überdenkt und überwacht¹²⁰. So erklärt er lediglich den Konflikt als einen Bestandteil des Bestehenden, um dann ebenso wie seine Kritiker auf die Eigendynamik der Gesellschaft zu vertrauen. Im gleichen Sinne kritisiert Heinz Maus an der Konflikttheorie Dahrendorfs, daß der Versuch der Soziologen, lediglich die vorhandenen Konflikte empirisch zu registrieren und die Möglichkeiten ihrer "Regelung" zu erforschen, letztlich im Sinne einer Beherrschung der Konflikte selbst und damit der gesellschaftlichen Dynamik durch die herrschenden Schichten wirken müsse, "... daß Wissenschaft nämlich, die nurmehr empirisch sein will, zur Ideologie werden kann, zur Ideologie im authentischen marxischen Sinne: zu einem falschen Bewußtsein, ärger noch; zu einem Mittel des Klassenkampfes, die Herrschaftsverhältnisse, wie sie sind, zu perpetuieren, der offenbaren Dynamik der 'industriellen Gesellschaft' also entgegenzuwirken und zum Stillstand zu bringen, was sich nicht aufhalten läßt."¹²¹

Es ist demnach eine Untersuchungsmethode nötig, die den Wandel und den Konflikt einbezieht, die aber gleichzeitig den Zusammenhang von sozialen Ursachen und politischen Folgen, mithin auch von soziologischer Untersuchung und (möglicher) politischer Folgerung, deutlich im Auge behält.

In diesem Sinne fordert Jürgen Habermas vom Sozialwissenschaftler, "statt sichtbar zu machen, was ohnehin geschieht, gerade bewußt zu halten, was wir ohnehin machen, nämlich planen und gestalten müssen, gleich-

viel, ob wir es mit Willen und Bewußtsein tun oder blindlings und ohne Besinnung..."¹²² "Wenn die kritische Soziologie ohne Anklage und ohne Rechtfertigung das, was Zwang ist, Zwang nennt, das, was Versagung ist, Versagung nennt, das, was Herrschaft ist, Herrschaft nennt, wenn sie zeigt, daß Sekurität um den Preis eines gewachsenen Risikos nicht Sicherheit ist, ... dann ist diese wie immer bittere Erfolgskontrolle ihr Beitrag, die Gesellschaft ... offen zu halten."¹²³

Eine so geartete wissenschaftliche Analyse und Erfolgskontrolle des sozialen Handelns muß notwendigerweise die gesellschaftlichen Voraussetzungen und die politischen Konsequenzen einbeziehen, um ihrem eigenen Anspruch zu genügen. Die Untersuchung des Bewußtseins einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht kann deshalb nicht auf die Methode der Ideologiekritik verzichten, die eben diese Voraussetzungen und Folgen bestimmter Denkschemata untersucht. Der Ideologiebegriff darf hierfür freilich nicht als ein geschlossenes System politisch-gesellschaftlicher Zielvorstellungen verstanden werden, wie dies in der Umgangssprache weitgehend der Fall ist.

G. Zum Ideologiebegriff

In der "Problemgeschichtlichen Einleitung" zu seinem Buch "Ideologie"¹²⁴ stellt Kurt Lenk dar, wie sich der Ideologiebegriff im Zusammenhang mit der Untersuchung der Unzulänglichkeiten menschlichen Denkens durch die Aufklärung entwickelte und wie er zur Kritik der Ideen angewandt wird, die als menschlichen Ursprungs, als durch die Lebensbedingungen des Menschen bestimmt, also als gesellschaftlich geworden erkannt werden.

Bei Marx werde erstmals diese Analyse der gesellschaftlichen Voraussetzungen der Gedanken zurückgezogen auf die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst und in diese eingefügt. "Die Marxsche Ideologiekritik führt von innertheoretischen Auseinandersetzungen zur Kritik der gesellschaftlichen Wirklichkeit, deren Ausdruck und zugleich Verschleierung

die Ideologien sind ... Als ideologisch gilt Marx jenes Denken, dem die Fähigkeit zur Einsicht in den unauflöslichen Zusammenhang seiner eigenen Bewegungen mit denen der sozialen Kräfte abgeht."¹²⁵

In seiner Untersuchung des Fetischcharakters der Ware etwa habe Marx aufgezeigt, daß die Entfremdung dem arbeitsteilig produzierenden Menschen die Umstände seiner Situation im Arbeitsprozeß als naturgegeben erscheinen läßt¹²⁶. So wird in der Vorstellung der Individuen zur göttlichen oder natürlichen Ordnung, und damit zur unwandelbaren Lebensbedingung, was in Wirklichkeit gesellschaftlich gewordene und also auch gesellschaftlich veränderbare Formen menschlichen Zusammenlebens und kollektiver Reproduktion sind.

Lieber beschreibt den Marxschen Ideologiebegriff folgendermaßen: "Ideologie ist der Geist als Rechtfertigungszusammenhang einer Gesellschaft, die dieser Rechtfertigung bedarf, in dieser Rechtfertigung jedoch notwendig ihre eigene Wahrheit verfehlt, wenn sie ihre Faktizitäten ... unbefragt als Norm und Erfüllung legitimiert."¹²⁷

Diesem Ideologiebegriff, der die gesellschaftliche Funktion eines Gedankens zum entscheidenden Kriterium macht, versuchte die deutsche Wissenssoziologie eine wertneutrale Ideologienforschung gegenüberzustellen. Karl Mannheims Unterscheidung zwischen totaler und partikularer Ideologie denunziert jedes menschliche Denken als abhängig vom gesellschaftlichen Sein, um dann ein Denken, das mit der jeweiligen gesellschaftlichen Situation nicht übereinstimmt, als ideologisch oder utopisch zu definieren¹²⁸.

Ideologie und Utopie sind (- ich folge weiter Mannheim -) zwei Varianten seins-inadäquaten Denkens, die beide nicht schuldhaftige Lüge, sondern im sozialen Sein bedingte unbewußte Verzerrungen des Denkens sind. Ideologie ist eine hinter dem gesellschaftlichen Sein zurückbleibende, Utopie eine ihm vorausseilende Gesellschaftsvorstellung¹²⁹. "Das Kriterium für Ideologie und Utopie ist die Verwirklichung", jedoch können sich beide Formen auch in einem Vorstellungskomplex vermischen¹³¹.

Mannheim sieht die Aufgabe der Wissenschaft darin, eine "Synthese" zwischen den verschiedenen partikularen Sichten zu entwickeln durch die Erkenntnis der Seinsgebundenheit des Denkens und die Zurückführung auf den wahren Kern¹³². Träger dieser Aufgabe, zwar nicht absolute, aber "die in der Zeit überhaupt erreichbare umfassendste Sicht vom Ganzen zu bieten"¹³³ soll die - (nach Alfred Weber) - "freischwebende Intelligenz" sein, die eine gesellschaftliche, wenn auch keine klassenmäßige Mitte darstelle und die Chance habe, eine dynamische Vermittlung gegenüber den Prinzipien von gestern und der einseitigen Betonung des Kommenden zu leisten¹³⁴. Gegenüber der Parteilichkeit, die Partikularität bedeute, könne die Zusammenschau eine "höhere Form politischer Wissenschaft" leisten¹³⁵. Einbeziehung der Konsequenzen des Denkens und Handelns, Verantwortungsethik, Überprüfung der Gesinnungen und Selbstprüfung sollen die Überparteilichkeit dieser Intelligenz sichern¹³⁶.

Die Wissenssoziologie muß den Ideologiebegriff notwendigerweise ihrer wertneutralen Forschungsabsicht entsprechend verändern. Mannheim umschreibt ihn so: "Falsch und ideologisch ist von ~~hier~~ aus gesehen ein Bewußtsein, das in seiner Orientierungsart die neue Wirklichkeit nicht eingeholt hat und sie deshalb mit überholten Kategorien eigentlich verdeckt."¹³⁷

Die Problematik, die im Mannheimschen Denkansatz liegt, wird in Theodor Geigers Buch "Ideologie und Wahrheit"¹³⁸ vollend deutlich. Geiger faßt Ideologie mit dem Kriterium der "Nichtübereinstimmung des ideologischen Denkens oder Denkergebnisses mit der Wirklichkeit"¹³⁹, so auch jede bewußte Lüge einbeziehend. Er sieht die Aufgabe des Wissenschaftlers ausschließlich in der wertfreien Untersuchung der Genesis der Denkfehler. Ideologiekritik "fragt gar nicht: ist dieser Satz richtig oder falsch? Sie fragt vielmehr: wie kommt es, daß gerade dieser Denker gerade diesen Denkfehler macht?..."¹⁴⁰ Die Feststellung der Richtigkeit überläßt Geiger den Logikern und Erkenntnistheoretikern, die Wertung den Politikern¹⁴¹.

H.J. Lieber kritisiert den Versuch der Wissenssoziologie, "den Ideologiebegriff zum Grundbegriff einer einzelwissenschaftlichen Methode, der Aufdeckung und des Ablaufs von sozialen Vorurteilen, auszugestalten. So sinnvoll eine solche Methode sein kann, der Ideologiebegriff ist damit jedoch wissenschaftlich neutralisiert."¹⁴²

Lieber sieht die Gefahr, daß eine wissenschaftlich-kritische sich gebende Intelligenz gerade durch ihre scheinbare Neutralität zur Apologie des Bestehenden beiträgt: "Die Intelligenz wird zur Schicht der Ideologen, die, mit dem Anspruch, Kritiker zu sein, doch auf eine hintergründige Weise gerade in ihrer Kritik der Gesellschaft diese als im Grunde fraglos gültig bestätigen."¹⁴³

"Aufgabe der Ideologienkritik kann es nur sein, den stets möglichen Verfall des Geistes an die Faktizitäten und Realitäten der Gesellschaft aus der Struktur eben dieser Gesellschaft einsichtig zu machen. So hätte Ideologienkritik einen permanenten Selbstaufklärungsprozeß der Gesellschaft anzubahnen ... Im Begriff 'Ideologie' gipfelt der Verdacht gegen einen blind der Gesellschaft verfallenen Geist ebenso wie die Kritik an einer Gesellschaft, zu deren Struktur die potentielle Verfallenheit gehört."¹⁴⁴

Kurt Lenks Kritik an Mannheims und Geigers wissenschaftlichem Konzept geht davon aus, daß "nicht die lautere Wahrheitsgesinnung, sondern einzig die Produktivität der zutage geförderten Ergebnisse gedanklicher Arbeit" den Erkenntniswert einer Aussage bestimmen¹⁴⁵. Er verlangt daher statt eines wertneutralen Ideologiebegriffs eine "radikale Ideologiekritik", die den sozialen Lebenszusammenhang mit einbezieht und zu einer "systematische(n) Analyse jener gesellschaftlichen Prozesse (führt), die für das Zustandekommen der ideologischen Gebilde von Bedeutung sind."¹⁴⁶

Er will den pejorativen und kritischen Gehalt des Ideologiebegriffs nicht preisgeben. Statt der Mannheimschen Neutralisierung der Ideologienlehre schließt er

sich der dialektisch-kritischen Gesellschaftstheorie an, wie sie Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse ua. als Weiterentwicklung der Marxschen Theorie entworfen haben. Für sie ist die Marxsche Theorie "eine revolutionäre Lehre, die gerade im Bewußtsein die einzig mögliche Voraussetzung für die praktische Veränderung der sozialen Lebensbedingungen erblickt."¹⁴⁷ In diesem Sinne kann er formulieren: "Ideologie dient zur Absicherung des einmal Gewordenen gegenüber dem neu Werdenden."¹⁴⁸

Unter einem solchen Blickwinkel betrachtet, könnte auch Mannheims wissenschaftliche Erforschung der Seinsinkongruenz in der praktischen Anwendung leicht zur Ideologie werden. Mit der Vorstellung: so ist's nun einmal, daran läßt sich nichts ändern, alles andere ist schlecht bzw. "totalitäre" Utopie, trage sie nicht wenig zu "Anpassung der Menschen an die Erfordernisse der gesellschaftlichen Realität"¹⁴⁹ bei, statt die Kritik dieser Realität und ihrer Rechtfertigungsideologien voranzutreiben.

Ernst Topitsch gibt eine Reihe von Beispielen für die Anwendung einer so verstandenen kritischen Ideologienlehre¹⁵⁰. Er untersucht eine Reihe typischer ideologischer Denkformen. Er legt dar, daß schon mit der Sprache bestimmte Wertungen verbunden seien und übertragen werden. In welchen Worten man sprechen gelernt habe, in solchen Kategorien habe man auch denken gelernt. Daneben sei der Mensch leicht geneigt, fernliegende Dinge in Analogie zu näher liegenden zu beurteilen, wodurch er seine eigene Situation und Erfahrung unbewußt zum Maßstab setze¹⁵¹.

Topitsch weist auf die Funktion von Leerformeln hin, die im Grunde nur eine allgemeine positiv oder negativ emotionale Tönung haben, aber mit beliebigem Inhalt angefüllt werden könnten. An dem Satz "Der Mord ist verbrecherisch", der dieselbe Form hat wie "Der Pflasterstein ist würfelförmig", zeigt er zum Beispiel, daß dieses Prädikat nur dann etwas Sachliches aussagen würde, wenn einwandfrei definiert wäre, welcher Unter-

schied bestehe zwischen einem "verbrecherischen" Mord und einer anders zu beurteilenden Tötung. So träten Werturteile als Tatsachenaussagen auf, zumal unsere Sprache und Grammatik zwischen beiden keinen Unterschied mache¹⁵². Vielleicht könnten Worte wie "echt", "tief", "gesund", "gewachsen", "verwurzelt" usw. diesen Effekt noch besser veranschaulichen als Topitschs Beispiele. Jedoch ist ihm sicher zuzustimmen, wenn er sagt: "Die Bedeutung derartiger Leerformeln für das ideologische Denken ist kaum zu überschätzen und verdient daher eine ausführlichere Würdigung"¹⁵³. Er spricht von einem "Apparat" von "naturrechtlichen", "dialektischen", "organischen" und "ganzheitlichen" Leerformeln, der "sich infolge seiner Inhaltslosigkeit dazu verwenden ließ, jede beliebige soziale Gegebenheit oder Aspiration mit dem Pathos der Absolutheit zu rechtfertigen oder zu bekämpfen."¹⁵⁴

In einer Art Anatomie der Ideologie führt Topitsch weiter als häufige Formen ideologischer Denkgewohnheiten auf: den Analogieschluß von Nahem auf Fernes; die Verwendung der Dialektik als Zirkelschluß; die Begründung gesellschaftlichen Zwanges mit Eigenschaften, die den Unteren erst aufgezwungen wurden etc.¹⁵⁵.

"So hat die Forschung ein weitverzweigtes Netz von Wegen - man könnte auch sagen: Schleichwegen - aufgedeckt, auf denen man beliebigen Wertungen den Anschein absoluter Geltung ... verschaffen kann, und es mag zweckmäßig sein, diesen ganzen Komplex als Bereich des ideologischen Denkens im weiteren Sinne zu bezeichnen."¹⁵⁶

H. Folgerungen für die Inhaltsanalyse

Eine Untersuchung der gesellschaftlichen Vorstellungen einer bestimmten sozialen Schicht, zumal wenn sie wie diese Arbeit das Gesellschaftsbild aus der Analyse einer Zeitschrift erarbeiten will, kann, wenn sie kritisch sein und den gesellschaftlichen Zusammenhang nicht aus dem Auge verlieren will, nicht gänzlich auf solche Gesichtspunkte verzichten, wie sie Lenk für den kritischen Ideologiebegriff darlegt und Topitsch exemplifiziert. Das

bedeutet, daß die Analyse nicht bei der bloßen Feststellung stehen bleiben darf, hinter den Veröffentlichungen der mittelständischen Unternehmer in ihrer Zeitschrift stehe offenbar diese und jene Vorstellung über gesellschaftliche Zusammenhänge und Gegebenheiten. Vielmehr ist eine solche Feststellung erst sinnvoll, wenn sich ermitteln läßt, welche gesellschaftliche Realität diese Vorstellungen ausdrücken, welche Konstellationen der Sozialen, insbesondere der ökonomischen Praxis gerade diese Formen des Denkens hervorgerufen oder doch nahegelegt haben.

Es bedarf keiner kritischen Ideologienlehre, um "die mittelständische Unternehmerideologie" herauszudestillieren. Vielmehr werden nur die typischen Bewußtseinsstrukturen dieser Gruppe daraufhin befragt, inwieweit sie ideologische Züge enthalten und worin diese begründet sind.

Gleichzeitig muß die Analyse nach den Auswirkungen dieser Vorstellungen auf die Gesellschaft fragen, inwieweit die untersuchte Gruppe die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse als "Selbstverständlichkeiten" ansieht bzw. sie auf "natürliche" Konstanten zurückführt; und wieweit sie in ihrer Betrachtung der Gesellschaft bestrebt ist, einen Schutz gegen Veränderungen der sozialen Verhältnisse zu errichten.

Zur praktischen Anwendung der ideologiekritischen Fragestellung in der Inhaltsanalyse der Äußerungen mittelständischer Unternehmer läßt sich ein Katalog von Leitfragen aufstellen, die bei der interpretierenden qualitativen Analyse der Texte zu berücksichtigen sind:

1. Entspricht die geäußerte Vorstellung der Wirklichkeit?

Was wird verschwiegen?

Was wird falsch dargestellt?

Was wird übertrieben oder verzerrt dargestellt?

Warum?

2. Was wird als gut, was als schlecht angesehen?
 Wie wird die Wertung begründet?
 Ist die Wertung haltbar?
3. Welches Weltbild steckt dahinter?
 Welches Gesellschaftsbild?
 Welche Wunschvorstellungen?
4. Woher kommt dieses Weltbild?
 Historische Zusammenhänge?
5. Gegen wen richtet sich die Polemik?
 Auf wen wird die Schuld an Mißständen abgeschoben?
6. Welches sind die unmittelbaren praktischen Konsequenzen der vorgetragenen Forderungen?
 Welchen Personengruppen nützen die Forderungen,
 wem können sie schaden?
 Wer hat ein Interesse daran und warum?
7. Welche gesellschaftlichen Folgen würde eine Verwirklichung haben?

Dieser Fragenkatalog kann nicht als Meßlatte schematisch an jedes im Text vorkommende Argument angelegt werden. Vielmehr soll er nur einen allgemeinen Überblick geben, in welcher Richtung die auf den Inhalt ausgerichtete Interpretation der qualitativen Analyse zu erweitern ist.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion eines Gesellschaftsbildes kann nicht beiseite gelassen werden. Dieser Gesichtspunkt wird besonders wichtig bei einer Gruppe, deren soziale Bedeutung zurückgeht, die daher notwendig nach Absicherungen gegen diesen Rückgang suchen wird, sowohl für das eigene Selbstverständnis als auch in der Öffentlichkeit, in der sie ihre Existenzberechtigung erhalten und nachweisen will und muß.

Historische Einführung

A Entwicklung der Gegensätze innerhalb der Industrie

"Mittelständische" Unternehmer gibt es, seit einer Gruppe von kleineren Unternehmern ein Gegensatz zur Großindustrie bewußt wird und sie daraus politische und gesellschaftliche Konsequenzen zieht¹. Ein solcher Gegensatz, der sich innerhalb einer durch gemeinsame Traditionen und Interessen mehr oder weniger einheitlichen Schicht allmählich herausentwickelt, wird bedeutsam, sobald die Überlegenheit des einen Teils dem anderen als Bedrohung spürbar wird - sei es als unmittelbare materielle Benachteiligung, sei es als Furcht vor der überlegenen Konkurrenz der Großindustrie oder vor der drohenden wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Abhängigkeit von ihr.

Mit zunehmender Kapitalkonzentration und Zentralisation und dem Übergang von der einzelunternehmerisch produzierenden Industrie zu den verschiedenen Formen der Kapitalgesellschaften differenzierten sich die Industrieunternehmen gleichzeitig und in ursächlichem Zusammenhang miteinander nach Betriebsgrößen, Branchen und Besitz- und Organisationsformen: bestimmte Produktionszweige vorwiegend der Rohstoffindustrien, die nur mit riesigem Kapitalaufwand den modernen technischen Entwicklungen angepaßt werden und weiter rationell produzieren konnten, erzwangen den Übergang zur Kapitalgesellschaft oder zur Assoziation, während andere Branchen mit spezialisierten und begrenzten Produktionsmöglichkeiten weiterhin in kleinen und mittleren Betrieben produzierten, die größtenteils in Familienbesitz verblieben. Zugleich verstärkte die Ansammlung von Kapital in den Händen der Großindustriellen diese Entwicklung, da das Bedürfnis nach Verwertung des Kapitals die Investitionen erhöhte, und zwar wiederum unproportional mehr in den (durch die Zoll- und Handelspolitik, durch Zusammenschlüsse, Kartelle

usw.) wirtschaftlich besser gestellten Großbetrieben als in den Kleinbetrieben².

So spaltete sich die deutsche Industrie in der Gründungskonjunktur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts und in der darauf folgenden Rationalisierungskonjunktur in zwei immer deutlicher voneinander abgegrenzte Gruppen auf: Auf der einen Seite standen die großen Kapitalgesellschaften vorwiegend der Rohstoffindustrien, speziell der Montan- oder Schwerindustrie, sowie einiger neuer, von kapitalkräftigen Gesellschaften in großzügiger moderner Form aufgebauten Industrien, vor allem der chemischen (die allerdings eine gewisse Sonderrolle im Verbandsleben spielt) und der Elektorindustrie. Die andere Gruppe bildeten die weiterverarbeitenden Industrien, in deren Bereich Anlagen von dem Ausmaß der Großindustrien nicht lohnten, und die deshalb mit ihrem geringeren Kapitalbedarf von den alten Besitzern aufrechterhalten werden konnten, wenn sie auch immer stärker in die Abhängigkeit ihrer Rohstofflieferanten oder ihrer übermächtigen Abnehmer aus der Großindustrie zu geraten drohten.

Parallel dazu entstanden schon früh Interessengegensätze in der Steuer- und vor allem in der Zollpolitik, da die kleineren, Fertigwaren produzierenden Firmen in großem Maße Exportindustrien waren, während die Rohstoffproduzenten vorwiegend den inländischen Markt belieferten. Während die Großen also einen hohen Zollschatz wünschten und seit der Wendung der deutschen Außenpolitik zum Schutzzoll im Jahre 1879, als auch die Landwirtschaft Zollschatz zu fordern begann, auch durchzusetzen verstanden, wünschten die Fertigwareindustrien möglichst geringe, wenn auch je nach Produkt und Konkurrenzlage auf dem Weltmarkt modifizierte Zölle und möglichst niedrige Verbrauchssteuer³.

Vor allem gegen die Zollpolitik der Großindustrie (und des Bundes der Landwirte) richtete sich darum auch die Gründung des "Bundes der Industriellen" im Jahre 1895, an dem diese Aufspaltung der Interessen der deutschen

Industrie zum ersten Male organisatorisch sichtbar wurden. Sicherlich mag vielen kleineren Unternehmern schon vorher die Problematik dieser Entwicklung bewußt gewesen sein. Doch erst mit der Gründung eines eigenen Verbandes wurde die Gruppe der selbständigen kleineren Industriellen eine gesellschaftlich relevante Kraft, die in das Bewußtsein der Öffentlichkeit rückte.

Die Konzentration der Industrie vollzog sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts besonders rasch und ging über das Maß anderer europäischer Industriestaaten weit hinaus. Die verhältnismäßig späte industrielle Entwicklung Deutschlands konnte die neuesten Tendenzen der entwickelteren Industrieländer aufnehmen und in ihrem eigenen Aufbau verwenden. Hierin ist die deutsche Entwicklung der der USA und Japans vergleichbar. Rationalisierung und Kartellierung bestimmen die deutsche Entwicklung zur Industrienation⁴. Parallel zu der Konzentrationsbewegung entwickeln sich Kartelle und Preisabsprachen und Interessenorganisationen. 1906 gab es ca. 500 Preisabsprachen und Kartelle und ca. ebensoviele Handelsorganisationen mit etwa 5 000 lokalen Organisationen zur Vertretung besonders der politischen Interessen aller Branchen der Industrie. Kartell- und Anti-Kartell-Gruppen, Handelsvereine, Hausbesitzerverbände usw. wurden gegründet und schlossen sich zu gemeinsamen Aktionen zusammen⁵. Warren unterscheidet primäre (lokale), sekundäre (eine Branche, einen geographischen Bereich oder ein bestimmtes Interesse vertretende) und schließlich zentrale Verbände⁶.

Der "Bund der Industriellen" ist seinem Selbstverständnis nach eine Gesamtvertretung der deutschen Industrie und tritt in Konkurrenz zu dem seit 1876 bestehenden "Centralverband der deutschen Industrie". Seine polemische Spitze richtet sich anfangs vorwiegend gegen den "Bund der Landwirte", der gemeinsam mit dem Centralverband für eine Politik hoher Schutzzölle eintritt. Seit um das Jahr 1870 Deutschland durch die steigende Bevölkerungszahl und die Hebung des Lebensstandards vom Agrar-Exportland zum Importland wird,

bietet der Zollschatz der deutschen Landwirtschaft, vor allem den Getreide bauenden Großgrundbesitzern, die Chance, Preiserhöhungen durch Verknappung des Brotgetreides zu erzielen⁷.

Schon der Name "Bund der Industriellen" wurde als Kampfansage gegenüber dem Bund der Landwirte empfunden, wie Vertreter des Bundes immer wieder betonen. Praktisch ist der Bund aber vor allem der Vertreter der kleinen und mittleren Industrien, im Gegensatz zum Centralverband, der die Großindustrie vertritt. Diese Tatsache drückt sich auch von Anfang an in den regionalen Schwerpunkten der beiden Verbände aus. Während der Centralverband im Ruhrgebiet entstand und immer sein Zentrum dort behielt, war der Verband Sächsischer Industrieller der größte und bis zuletzt einflußreichste Landesverband des Bundes.

B Zollpolitik

Die Zollpolitik des Bundes der Industriellen brachte ihn notwendig, entgegen dem eigenen Anspruch, eine neue organisatorische Grundlage für die Sammlung der gesamten Industrie und den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen in ihr zu bieten, in einen Gegensatz zum Centralverband. Seit 1889 der Chemieverband ("Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands") aus dem Centralverband ausgeschieden war, waren Bestrebungen im Gange, eine solche neue Grundlage unabhängig vom Centralverband, in dem die schwerindustriellen Interessen einseitig überbetont schienen, zu schaffen. Seit seiner Gründung wehrt sich der Bund, des Anspruchs wegen, die Gesamtvertretung der Industrie zu bilden, gegen den Vorwurf, freihändlerisch zu sein, und bezeichnet als Grundlage seiner Zollpolitik den Schutz des inländischen Marktes und der Ausfuhrinteressen der deutschen Industrie⁸. Praktisch wirkte sich diese zollpolitische Zielsetzung in der Forderung nach sehr differenzierten zollpolitischen Maßnahmen aus, die den Profitinteressen der kartellierten Rohstoffindustrien ebensowenig wie denen der Landwirtschaft entsprachen.

Friedrich List sah den Schutzzoll noch als ein Hilfsmittel an, um die junge Industrie eines Landes gegenüber der überlegenen Konkurrenz anderer, stärker industrialisierter Länder abzusichern und ihr den Inlandsmarkt zu sichern. Wenn sie stark genug geworden sei, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren, werde dieser Erziehungszoll überflüssig, die Industrie müsse ihre Preise auf das Weltmarktniveau senken, um zu exportieren, und damit selbst den Abbau der zollgeschützten Preisdifferenz herbeiführen⁹.

Rudolf Hilferding zeigt indessen, daß mit der Bildung von Kartellen, die den Inlandsmarkt beherrschen, der Zollschutz seine Funktion wandelt. "Gegner der Schutzzollpolitik waren der Teil des industriellen Kapitals, der in Exportindustrien angelegt war, und das Handelskapital. Der Sieg des Schutzzolls aber im Jahre 1879 bedeutete den Beginn einer Wandlung in der Funktion des Schutzzolls, indem aus dem Erziehungszoll allmählich ein Kartellschutzzoll wurde."¹⁰ Wenn es möglich ist, preis-senkende Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt auszuschalten, kann der Inlandspreis der entsprechenden Produkte den Weltmarktpreis um die Höhe der Zollsätze übersteigen, obwohl die kartellierte Industrie sich gleichzeitig auf dem Weltmarkt ausdehnt und also ihre Produktion weiter steigern kann. Dabei kann ein Teil des Extraprofits, der im Inland erzielt wird, dazu verwandt werden, auf dem Weltmarkt durch Preisunterbietung ohne Rücksicht auf die Produktionskosten (sog. Dumping) neuen Absatz zu gewinnen, der eine Ausdehnung und damit weitere Verbilligung der Produktion ermöglicht, ohne im Inland den Preis zu senken¹¹.

Ein "protektionistisches Solidaritätssystem" nennt der "Kathedersozialist" Lujo Brentano dieses System, das infolge der Überkapitalisation der deutschen Wirtschaft in der Zeit des Aufschwungs nach dem deutsch-französischen Krieg entstand, und in dem sich Industrie und Landwirtschaft gegenseitig Schutzzölle zubilligten; der Regierung fielen die Zolleinnahmen zu; gleichzeitig ermöglichte diese Lösung Bismarck die Bildung einer neuen Reichstagsmehrheit¹².

Im Übergang der deutschen Landwirtschaft von der Exportproduktion zum Absatz auf dem Inlandswarkt entstanden, wurde das Dumping-System bald von der kartellierten Großindustrie übernommen und nach der Krise von 1900-1902 ausgebaut und mittels Exportvergütungen auch auf die Produkte der Fertigindustrie ausgedehnt, allerdings nicht zugunsten der Fertigindustrie selbst¹³.

Solange sich vorwiegend nur die Grundstoffindustrien kartellierten, von deren Produkten die Fertigindustrien abhängig waren, mußte das Dumping-System den Protest dieser Industriezweige hervorrufen, zumal sie ihre Position auf dem Weltmarkt durch die Erhöhung der Rohstoffpreise einbüßten. Diese Gefahr konnte jedoch teilweise durch Exportvergütungen abgefangen werden, die die Fertigindustrie in das System der erhöhten Inlandspreise einbezogen. Eine bewegliche Handhabung der Vergütungssätze durch die Rohstoffkartelle ermöglichte es dabei den Kartellen, sich zusätzlich zu den erhöhten Preisen der eigenen Güter noch den größten Teil der Sonderprofite dieser Industriezweige anzueignen¹⁴.

Eine solche Politik der erhöhten Inlandspreise verteuert aber, ebenso wie die Erhöhung der Brotpreise durch die Getreidezölle, die Lebenshaltungskosten, insbesondere auch die der Arbeitnehmer. Damit steigen die Kosten für den Faktor Arbeitskraft auch im Bereich der industriellen Produktion. Da aber die verarbeitenden Industrien weniger kapitalisiert und mechanisiert sind, der Kostenanteil für Löhne bei ihnen daher verhältnismäßig hoch ist, spüren sie den Druck aller Preiserhöhungen um so empfindlicher. Zudem sind sie besonders empfindlich gegenüber dem Druck der Arbeiterschaft, die die höheren Preise durch Lohnerhöhungen aufzufangen bestrebt sein muß.

Daher griff der Bund der Industriellen sehr bald im Interesse der verarbeitenden Industrien den Kampf gegen die Auswüchse der Politik der großen Rohstoffsyndikate auf. Nach dem offenen Bruch mit dem Centralverband führte dies zur Kampfansage gegenüber Montanindustrie und Landwirtschaft¹⁵.

Dabei ist einzuschränken, daß auch die Landwirtschaft in ihren Interessen geteilt war. Während die Großgrundbesitzer von erhöhten Getreidepreisen profitierten, waren die kleinen Bauern, die vorwiegend Fleisch- und Milchprodukte für den täglichen Bedarf der Städte lieferten, und Getreide hauptsächlich nur für den Eigenbedarf und zur Fütterung anbauten, an einer Getreidepreiserhöhung nicht interessiert. Dagegen erschwerte jede Lohnerhöhung in der Stadt, die den Anreiz zur Landflucht erhöhte, für sie die Möglichkeit, Arbeitskräfte vor allem zu Erntezeit zur Aushilfe zu bekommen. Jedoch kam dieser hier angedeutete Gegensatz nicht voll zum Austrag, da die Bauern politisch weitgehend im Schlepptau der Großgrundbesitzer blieben, deren Interessen der "Bund der Landwirte" vertrat¹⁶. Neben dem Bündnis von Junkertum und Schwerindustrie, das seit dem Ende der Bismarckzeit die politische und wirtschaftspolitische Entwicklung Deutschlands entscheidend beeinflusste, spielten die kleinen Bauern keine wesentliche Rolle.

C Sozialpolitik

Neben dieser Frontstellung gegenüber Schwerindustrie und Großagrariern richtet sich die Politik des Bundes gegen die organisierte Arbeiterschaft. Hier sind die Interessen des Bundes grundsätzlich mit denen des Centralverbandes identisch: beide Gruppen der Industrie sind an möglichst niedrigen Lohnkosten interessiert, also grundsätzlich gewerkschaftsfeindlich (und antisozialistisch) eingestellt. Jedoch sind die lohnintensiven Kleinbetriebe viel empfindlicher gegenüber Arbeitskämpfen und daher in ihrer Position gegenüber den Gewerkschaften schwächer¹⁷, was sich im Unterschied in der Taktik der Verbände gegenüber den Gewerkschaften zeigt und häufig zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen führt. Während die Großunternehmen und mit ihnen der Centralverband aus der Position der Stärke heraus für harte Maßnahmen eintreten, soziale Verbesserungen und Gesetze ablehnen und den

patriarchalischen "Herr-im-Hause"-Standpunkt noch lange eindeutig einnehmen¹⁸, tritt der Bund recht früh bereits für eine Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner und für Tarifverträge ein¹⁹, - als "sozial nicht so reaktionär" bezeichnet Nipperdey deshalb den Bund²⁰, - er unterstützt gelbe Gewerkschaften stärker als der Centralverband und liebäugelt mit Versuchen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter und ihrer Mitbestimmung in der "konstitutionellen Fabrik". Freilich sind in diesen Fragen die Meinungen auch im Bund geteilt. Hauenstein zeigt zwei Richtungen in der Sozialpolitik des Bundes auf: die sozialreformerische und die konservative; trotz einer konservativen Majorität sei der Bund für die Gartenstadtbewegung und für den Abschluß von Tarifverträgen eingetreten²¹. Stresemann, der in den Jahren vor dem Weltkrieg die Politik des Bundes maßgeblich beeinflusste, trat für ein "friedliches Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmer" ein, etwa in dem gleichen Sinne, der heute unter dem Begriff der Sozialpartnerschaft verstanden wird" jedoch sprach er sich gegen die Mitbestimmung aus" von der "konstitutionellen Fabrik" fürchtete er eine Entwicklung zum Defizit²².

Stresemanns Stellung kennzeichnet wohl am deutlichsten den herrschenden Wunsch, die Arbeiter durch soziale Leistungen in das Unternehmen zu integrieren und am Betrieb zu interessieren, bei gleichzeitiger scharfer Ablehnung sozialistischer Forderungen nach demokratischer Mitwirkung der Arbeiter im Betrieb, bei der Lohnfestsetzung und im Staat. "Es ist tief bedeutsam, daß das ganze Sozialversicherungswesen, in dem Deutschland mit einem Schlag an die Spitze der zivilisierten Welt trat, in der Ära der Kampfgesetze gegen den Sozialismus aufgebaut wurde", schreibt Gustav Stolper in gleichem Sinne²³.

Wenngleich beide Verbände die Fragen der Lohnauseinandersetzungen im wesentlichen auf Arbeitgeberverbände delegieren - jeder der beiden gründet nach dem Crimmitschauer Streik der Textilarbeiter von 1903 einen eige-

nen Dachverband für die Arbeitgeberverbände in seinem Bereich, die sich 1913 zur "Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" zusammenschließen²⁴ - so spielen die sozialen Probleme doch in der politischen und publizistischen Arbeit der Verbände eine bedeutende Rolle. Sie führen ebenfalls zu Gegensätzen und Reibungen zwischen den Verbänden. Später (1913) wird gerade die sozialpolitische Funktion als ein entscheidendes Unterscheidungsmerkmal zwischen der mittelständischen Industrie und den Großunternehmen angeführt²⁵.

In der Anfangszeit des Bundes der Industriellen ist trotz aller Interessenunterschiede zum Centralverband noch nichts zu spüren von einem sich von der Großindustrie abgrenzenden eigenständigen mittelständischen Unternehmerbewußtsein. Der Bund hält wie der Centralverband an der alten liberalen Vorstellung vom Pionier - Unternehmer fest, der Herr in seinem Hause ist, und dessen wirtschaftliche Interessen mit den Interessen der Nation letztendlich übereinstimmen. Daß innerhalb solcher Interessen Gegensätze bestehen, wird zunächst nicht als ein Bruch dieses Systems angesehen, sondern interpretiert als ein falscher Gebrauch dieses Systems durch die Großindustrie infolge eines falschen Verständnisses oder eigennützigen Mißbrauchs des wirtschaftlichen Wettbewerbs²⁶. Die Differenzen, die vor allem auf dem Gebiet der Zollpolitik und der Kartellpolitik aufbrechen, werden auf vergleichsweise sachlicher Ebene ausgetragen. Zwar polemisieren die Verbände gegeneinander in ihren Zeitungen, aber soweit es sich nicht um bloßes Vereinsgezänk oder persönliche Gegensätze handelt, werden die Interessen noch als solche dargestellt und als Argumente genannt.

D Imperialismus

Auch die Wendung zu imperialistischen Ideologien²⁷ führte nicht zu spezifischen Unterschieden zwischen mittelständischen Unternehmern und Großindustriellen. Zwar nehmen die kleinen Unternehmer diese Ideologien zum großen Teil mit einiger Verspätung auf. Aber sie

entwickeln keine eigene mittelständische Variante, die eine Unterscheidung zuließe; insofern sind die Ideologien des Imperialismus oder die extrem chauvinistischen Stimmen, die nach 1913 auch in der Zeitung des Bundes der Industriellen zu Wort kommen, kein Indiz für eine Unterscheidung des mittelständischen vom großindustriellen Unternehmergeist.

Mit der Wendung der gesamten deutschen Handelspolitik sieht Stolper gleichzeitig auch die Wendung zur "kolonialen Ära" sich vollziehen²⁸. Sartorius von Waltershausen sieht die Schuld an der Entstehung imperialistischer Erscheinungen in Deutschland in dem langen Frieden von 1871 bis 1914, der eine beispiellos rasche wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte, "die in der Übertreibung des Industrialismus und Kapitalismus eine nicht unangezweifelte Gabe gewesen ist. Sie führte mit Notwendigkeit zu einer weltwirtschaftlichen Ausbreitung durch Außenhandel, Auslandskapital, Auslandsbanken, zu straffer Verwaltung der Kolonien, zu erhöhtem Schutz der Auslandsdeutschen."²⁹

Hallgarten zitiert zur Theorie der Entstehung des Imperialismus John H. Hobsons Auffassung, daß die Ansammlung und Existenz des Sparkapitals zu überproportionalen industriellen Investitionen oder zum Export in koloniale Räume, bzw. zu einer Kombination beider Möglichkeiten reize³⁰, weiter Fritz Sternbergs³¹ und Rudolf Hilferdings Analyse des Imperialismus³², der er sich im wesentlichen anschließt, um ihre historische Ausprägung in Deutschland vor 1914 zu untersuchen.

Hilferding sieht im Schutzzoll, obgleich er für einzelne Unternehmer einen finanziellen Vorteil bedeute, "ein Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte und damit für die Industrie"³³. Durch Kapitalexport versuche die Industrie die im Schutzzollsystem überschüssigen, akkumulierten, zur Anlage im Inland nicht benötigten Gelder nutzbringend unterzubringen. Gleichzeitig erziele sie damit koloniale Extraprofite, da der Lohnfaktor bei der Produktion in den Kolonien geringer sei als im industrialisierten europäischen Mit-

terland. Außerdem führe der Kapitalexport zur Erweiterung alter und zur Erschließung neuer Märkte, damit zur Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes und zur Verbilligung der Produktion durch Rationalisierung und Massenerstellung³⁴.

Diese wirtschaftliche Expansion geht (- ich folge weiter Hilferding -) auf Kosten der Arbeiter in den Kolonien, so daß Gegensätze zwischen den "neuen" und den "alten" Nationen entstehen, die den Kapitalexport nach Sicherungen verlangen lassen. Zugleich ergeben sich Spannungen zwischen den Handel treibenden Industriestaaten. Der Ruf nach der starken Staatsmacht, die die Interessen des Kapitalexports und des Handels überall in der Welt beschützt, das Verlangen nach militärischer Garantie und Intervention in den Kolonien setzt entsprechende innere Staatsverhältnisse voraus. Deshalb, meint Hilferding, entwickelt sich der Nationalismus zur herrschenden Triebkraft für eine solche Machtpolitik³⁵.

Heinz Maus leitet die Entstehung des Imperialismus ab aus dem Übergang vom Liberalismus zum Monopolkapitalismus; er charakterisiert die Zeit des Imperialismus direkt als die Epoche dieses Übergangs, wenn auch der Begriff freilich in etwas veränderter, teils erweiterter, teils verengter Bedeutung, weiter angewendet werde auf gegenwärtige politische Strömungen³⁶.

In dieser Übergangszeit seien die selbständigen, frei entscheidenden Unternehmerpersönlichkeiten aus ihrer gesellschaftlich führenden Stellung gedrängt worden. "An die Stelle der privaten Initiative trat in immer stärkerem Ausmaß ein anonymes Geflecht von Entscheidungsgründen der Verwaltung"³⁷. Maus beschreibt die Entstehung eines neuen Nationalismus, der nicht mehr die Einheit, sondern die äußere Machtentfaltung der Nation zum Ziel hatte, als eine Auswirkung der allgemeinen gesellschaftlichen Umschichtung und Umorientierung dieser Zeit³⁸.

Auch große Teile der im Bund vereinigten Fertigindustrien erlagen, ihrer Exportinteressen wegen, dieser Argumentation der nationalen Macht und Größe. Vor allem Stresemann brachte solche Gedanken in den Bund. Er betonte schon 1905, daß die sächsische Wirtschaft ein Interesse an der Flottenverstärkung haben müsse. Wegen der "nationalen Bedeutung der Industrie" müsse man dies berücksichtigen. Er betonte den Anspruch auf Kolonien für Deutschland, forderte den Schutz der deutschen Exportindustrie und des deutschen Welthandels und trat deshalb für die Flottenvorlage von 1905 ein³⁹. Der Anspruch, daß auch Deutschland Kolonien haben müsse, wurde freilich allgemein vor 1914 vertreten, selbst innerhalb der Sozialdemokratie, und ist also kein Spezifikum der Industriellen⁴⁰.

Die Beherrschung eines fremden Gebietes kann zugleich die Marktkonkurrenz anderer Industriestaaten ausschalten, so daß der Kolonialbesitz zu einem wichtigen Interesse der exportierenden Industrien wird. Hilferding sieht daher im Streben nach Kolonialerwerb den Grund für den stets wachsenden Gegensatz zwischen den großen Wirtschaftsgebieten, der in Europa auf das Verhältnis der einzelnen Staaten entscheidend zurückgewirkt habe⁴¹. Die Diplomatie sei zunehmend in den Dienst der Kapital-export-Interessen geraten. Vor allem in Deutschland, das keine Kolonien aus älterer Zeit besaß, habe man dabei in Konfliktfällen auf gewaltsame Lösungen gedrängt⁴².

Die Darstellung dieser Entwicklung bei Hallgarten zeigt, daß in Deutschland, wo die Staatsgewalt ohnehin eine starke Stellung im Bewußtsein des Volkes hatte, das Ideal der Größe und Macht des Staates zur Ideologie im Interesse des Kapitalexports der Industrie wurde und der nationale Gedanke sich wandelte zum nationalistischen "Gedanken der Erhöhung der eigenen Nation über andere"⁴³. Bereits bei Hilferding heißt es: "Da die Unterwerfung fremder Nationen auf Gewalt, also auf sehr natürlichem Wege vor sich geht, scheint die herrschende Nation diese Herrschaft ihren besonderen natürlichen Eigen-

schaften zu verdanken, also ihren Rasseeigenschaften. In der Rassenideologie entsteht so eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtstrebens des Finanzkapitals..."⁴⁴

Die Betonung der Macht nach außen schlägt im Innern um "in die Betonung des Herrenstandpunktes gegenüber der Arbeiterklasse ... So entsteht die Ideologie des Imperialismus als Überwindung der alten liberalen Ideale. Sie spottet deren Naivität, "schreibt Hilferding weiter. Statt dessen werde "die nationale Idee als Triebkraft in den Dienst der Politik gestellt. Die Klassengegensätze sind verschwunden und aufgehoben in dem Dienst der Gesamtheit. Anstelle des für den Besitzenden ausweglosen, gefährlichen Kampfes der Klassen ist die gemeinsame Aktion der zum gleichen Ziel nationaler Größe vereinten Nation getreten."⁴⁵

Entsprechend sieht Sartorius von Waltershausen den Grund für die Anfeindung Deutschlands nach 1871 in der deutschen Überlegenheit an Arbeitsfähigkeit, Ordnungssinn im Wirtschaftsleben, Erfindungs- und Organisations-talent, die der Neid der Feinde uminterpretiere: "Aus Disziplin wurde Militarismus, aus Fleiß Konkurrenzwt, aus wirtschaftlicher Kraft Hinterlist gemacht."⁴⁶ Bis in den Schlununterricht hinein wurde die Vorstellung von der "Deutschen Sendung" ausgebaut und dem Volk eingehämmert⁴⁷.

E Streit um den Hansabund

In den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem "Hansabund" treten "mittelständische" Denkformen zum ersten Male deutlicher in der Zeitschrift des Bundes der Industriellen hervor.

Aus einer Protestaktion gegen die Auswirkungen der Reichsfinanzreform von 1909 entsteht der Hansabund als eine Vereinigung von Industrie, Handel und Gewerbe zur Verteidigung von ihren gemeinsamen Interessen. Im Vorstand sind der Centralverband und der Bund vertreten. Über den Protest gegen die Steuerreform hinaus, von der

man fürchtet, daß sie zu Lasten der Industrie gehe, fordert die Industrie im Hansabund, im Verein mit den Banken, mit Handel, Handwerk und Gewerbe, in der politischen Krise von 1909 den Staat zur Anerkennung des Überganges zum Industriestaat auf. Die Industrie verlangt die Vorherrschaft oder mindestens die Mit-herrschaft im öffentlichen Leben⁴⁸.

In dieser Gemeinsamkeit tritt jedoch schon bald ein Gegensatz "zwischen Rohstoffherzeugung und industrieller Verarbeitung, zwischen Großunternehmern und gewerblichem Mittelstand"⁴⁹ auf, der gegenseitige Vorwürfe hervorruft und die Arbeit des Hansabundes, der satzungsgemäß nur die "gemeinsamen Interessen" vertreten soll, zeitweilig lahmzulegen droht. In der Vorbereitung zu den Reichstagswahlen von 1912 bricht die labile Koalition schließlich 1911 auseinander. Der Centralverband ist nicht einverstanden mit dem Gebrauch, den der "linke Flügel", vor allem der Bund der Industriellen, von dem beachtlichen Wahlfonds zu machen gedenkt. Aus der Furcht heraus, von den hohen Zollsätzen erdrückt zu werden, tritt die führende handelspolitisch orientierte Gruppe im Hansabund gegen konservative, für liberale Kandidaten, besonders für den linken Flügel der Nationalliberalen Partei ein. Sogar der Ausspruch, daß der Hansabund lieber Sozialdemokraten als Konservative im Reichstag sähe, wird berichtet.⁵⁰ 1911 tritt der Vertreter des Centralverbandes, Landrat a.D. Roetger, von seinem Amt im Vorstand des Hansabundes zurück, der Centralverband scheidet aus und gründet einen eigenen Wahlfonds. Anlaß dazu war der Protest Roetgers gegen die Forderung des Bundes der Industriellen an den Hansabund, den Kampf "nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts" zu führen. "Es wurde befürchtet, daß die Unterstützung links-liberaler Parteien bei den Reichstagswahlen zu einer Zusammensetzung des Reichstages führen würde, die eine schwere Gefahr für die Bismarcksche Politik des Schutzes der Nationalen Arbeit bedeutete."⁵¹ In einer Broschüre "Warum der Hansabund der Rießer'schen Parole vom 'Kampf gegen rechts' nicht folgen soll" begründete der Generalsekretär des Central-

verbandes, Axel Bueck, die Politik seines Verbandes.

Der Hansabund wurde damit praktisch zum verlängerten Arm des Bundes der Industriellen, zur Vertretung der zoll- und handelspolitischen Interessen, die den Bund mit großen Teilen des Handels und Gewerbes verbanden. Andererseits begann der Bund sich bereits seit 1910 in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit Großindustrie und Agrarierertum mehr und mehr an den Stil und auch an die Denkweise der "mittelständischen" Gruppen im Hansabund, deren Unterstützung er gegen den Centralverband benötigte, anzupassen.

Der Centralverband gründete 1913 gemeinsam mit dem "Bund der Landwirte" und einigen Verbänden des gewerblichen Mittelstandes und des Kleinbürgertums das "Kartell der schaffenden Stände", das Stresemann ironisch als "Kartell der raffenden Hände" bezeichnete⁵². Dieses Kartell konnte einen großen Teil des Kleinbürgertums für sich als treue Gefolgschaft mobilisieren, da diese Schicht von Reparatur- und Dienstleistungsbetrieben einerseits von der Industrie abhängig, andererseits vom Konkurrenzdruck untereinander am stärksten bedroht war. "Jede neue Sozialreform, jeder gewerkschaftliche Erfolg macht einer Reihe dieser Existenzen den Garaus. Hier finden die Arbeiter ihre wütendsten Gegner, hier aber auch das Großunternehmertum ihre beste Schutztruppe."⁵³

F. Durchbruch des "mittelständischen Denkens"

Etwa zur gleichen Zeit wie der Austritt des Centralverbandes aus dem Hansabund und die Entstehung des Kartells der schaffenden Stände ändert sich auch die Argumentationsweise des Bundes der Industriellen generell. Der Umbruch, der den Übergang von einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung (zwar mit einer Reihe von Modifikationen, aber immerhin erhaltener Grundtendenz) zu einem spezifischen mittelständischen Unternehmerbewußtsein kennzeichnet, läßt sich in dem Organ des Bundes, "Deutsche Industrie", durch zwei Daten lokalisieren. Ab Juli 1911 wird der bishe-

rige Schriftleiter der "Deutschen Industrie" und Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. Wilhelm Wendlandt, durch den jungen Dr. Rudolf Schneider ersetzt, der seit 1908 Geschäftsführer des Bundes ist. Einen Monat später erhält die Zeitschrift 16 statt bisher 12 Seiten je Nummer. Ab April 1913, genau zum Beginn der Auseinandersetzungen um die Wehr- und Deckungsvorlage von 1913, trägt die Zeitschrift ein neues Titelblatt. Der Einband wird im Stil der Zeit mit Schmuck versehen, und als Schrifttype, bisher Antiqua, wählt man nun - auch im Textteil - Fraktur, die als "deutsche" Drucktype angesehen wird. Gleichzeitig ist festzustellen, daß der Einfluß Stresemanns auf die Zeitschrift seit dem Jahre 1911 besonders im Jahre 1913 offensichtlich zunimmt, nachdem ein erster Anlauf im Jahre 1908 noch weitgehend ohne Resonanz im Bund geblieben war. Stresemann ist seit 1902 Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller, also des stärksten Landesverbandes des Bundes, den er systematisch ausbaut und zu einem Mittel des politischen Einflusses der sächsischen Industrie im Königreich Sachsen wie im Reich macht⁵⁴. Warren berichtet, daß Stresemanns Einfluß im Bund wie in der Nationalliberalen Partei nach der Verdrängung Wendlandts von der führenden Stellung im Bund entscheidend wuchs. "Once he had given up the idea of founding yet another central association, Stresemann 'consented' to reorganize the Industrial League (= Bund der Industriellen. - Anm. S.P.) He moved his residence to Berlin in 1910. At the insistence of the South Germans, he pensioned off the ineffectual (and conservative) Wendlandt, but begged off assuming active direction himself." Ein Drei-Mann-Präsidium mit Commerzienrat Friedrichs als Vorsitzendem und Stresemann und Wirth übernahm die Präsidentschaft; Dr. Rudolf Schneider wurde Syndikus des Bundes und Schriftleiter der "Deutschen Industrie". Stresemann arbeitete eng mit ihm und mit Riesser (Direktor der Darmstädter Bank, Präsident des deutschen Bankiertages), dem Vertreter des Bundes im Hansabund, zusammen⁵⁵. Als zweiter Syndikus trat Dr. Stapff an Schneiders Seite.

Das politische Ereignis, an dem diese Änderung in der Grundhaltung des Bundes zum mittelständischen Bewußtsein hin erstmals massiv und explizit zum Ausdruck kommt, (freilich ist die Veränderung seit 1911 deutlich, in einzelnen Zügen schon lange vorher bei einigen Autoren ablesbar) ist die Vermögenszuwachssteuer, die im Zuge der Wehrvorlage von 1913 eingeführt werden soll. In einer Erklärung, die an alle Mitglieder des Reichstages gesandt wird, protestiert der Bund der Industriellen gegen diese Steuer. In der "Deutschen Industrie" wird dieser Protest wiedergegeben. In einer Erklärung dazu heißt es gleichsam programmatisch: "Grade der industrielle Mittelstand, der vielleicht wertvollste Teil unserer Volkswirtschaft, der nicht Riesenvermögen besitzt und durch den Gegensatz dieser Vermögen zu der Klasse der Besitzlosen die sozialen Gegensätze schafft, der in der Aufschichtung kleiner Vermögen den Grund bildet für eine gesunde Fortentwicklung unserer sozialen Verhältnisse, wird hierdurch am meisten geschädigt."⁵⁶

Freilich taucht der Begriff des "industriellen Mittelstandes" bereits in den Jahren 1907 und 1908 in der "Deutschen Industrie" auf. Allerdings steht der Ausdruck in beiden Jahrgängen vereinzelt da. 1907 gebraucht ihn ein Autor, der auch in anderem Zusammenhang als "Vorläufer" mittelständischen Denkens anzusehen ist und der noch keine nennenswerte Resonanz mit seinen Aufsätzen findet⁵⁷. Im Jahre 1908 wird die Bezeichnung "industrieller Mittelstand" in einer ähnlichen Situation wie 1913, freilich nur für einen speziellen Industriezweig, gebraucht: die Tabakindustrie protestiert gegen die geplante Bänderollensteuer, die sie den ausländischen Trusts ausliefern würde, und fordert die Ablehnung dieser Steuer "im Interesse der Erhaltung des industriellen Mittelstandes"⁵⁸. Freilich hat auch diese Forderung noch keine Konsequenzen im Sinne eines allgemein sich durchsetzenden mittelständischen Denkens, wie dies 1913 der Fall ist. Jetzt, 1913, ist diese Bezeichnung mehr als ein zugkräftiges Argument für einen bedrängten Industriezweig - jetzt ist sie, einge-

bettet in eine neue Strömung mittelständischen Denkens und Fühlens, ein politisches Bekenntnis und ein Programm.

Die Untersuchung erweist, daß in der gleichen Zeit, in der sich diese Veränderung des Bewußtseins vollzieht, keine wesentlichen Veränderungen in den wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Zielsetzungen der Unternehmer vollziehen. Zwar aktualisiert sich die neue mittelständische Vorstellungswelt an aktuellen politischen Ereignissen, die bedrohlich erscheinen, wie der Vermögenszuwachssteuer; zwar fällt das massive Auftreten typisch mittelständischer Forderungen, soweit es sich in der "Deutschen Industrie" nachweisen läßt, in die Zeit des Übergangs zu einer wirtschaftlichen Rezession. Aber beide, Vermögenszuwachssteuer und Rezession, ändern die gesellschaftliche Frontstellung der kleineren Unternehmer nicht so grundsätzlich, daß sich davon eine so entscheidende Wandlung des Bewußtseins ableiten ließe. Denn mit dieser psychologischen Umorientierung in den Jahren 1911 bis 1913 geschieht ja nichts geringeres, als daß eine insgesamt nicht unbedeutende Gruppe von Industriellen in ihrem Selbstverständnis hinüberwechselt aus einer gesellschaftlichen Schicht in eine andere. Fühlten sie sich bisher als einen Teil der Industrie, die mehr und mehr die gesellschaftlich führende Machtgruppe darstellte, so sehen die kleineren Unternehmer nun ihren gesellschaftlichen Standort an der Seite von Handel, Handwerk und Gewerbe, im "Mittelstand".

Daß diese psychologische Umorientierung nicht zusammenfällt mit äußeren politischen Ereignissen, die sie erzwungen hätten, mag wohl Erstaunen erregen. Vermögenszuwachssteuer und Rezession oder der Austritt des Centralverbandes aus dem Hansabund mögen für den Zeitpunkt des Hervortretens der neuen Denkformen verantwortlich sein. Zweifellos sind sie aber nur ihr Auslöser, nicht ihre Ursache. Eine Veränderung, die sich allmählich und im Verborgenen vollzogen hat, tritt nunmehr in das Bewußtsein dieser Unternehmer, und schlägt sich auch in der Zeitung des Bundes nieder.

Die Begründung für die Veränderung selbst wird die detaillierte Analyse liefern müssen, ebenso wie die Einzelheiten der sich verändernden Vorstellungswelt. Immerhin ist es bereits hier möglich und notwendig, sie einzuordnen in die historische Entwicklung der Verbände und Parteien in Deutschland.

G Entwicklung der Parteien und Verände und der Öffentlichkeit

"Erst nach 1870 treten Verbände wirklich in den politischen Raum ein. Dafür sind die verfassungsmäßig konsolidierte Teilhabe der Parteien an der Macht und das allgemeine Wahlrecht aber nur die - allerdings wesentlichen - Vorbedingungen. Auslösend waren die Krisen, wie sie aus der beschleunigten Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft entstanden. In diesen Krisen erhob sich der Ruf nach Staatsintervention, und an diesem Ruf entzündete sich die Aktivität entstehender oder sich festigender Interessenverbände, und der werdende Interventionsstaat wiederum provozierte das Entstehen neuer Verbände"⁵⁹, schreibt Thomas Nipperdey; und Warren stellt fest, die Zusammenschlüsse der Industrie seien erfolgt, weil man nach Bismarck nicht mehr gewußt habe, wer im Reich die Entscheidungen fällte und an wen man sich zu wenden hatte. So ergriffen die Verbände selbst die Initiative⁶⁰. "Insbesondere war es der Kampf um den Übergang vom Freihandel zum Schutzzoll, der die Verbände auf den Plan rief", vermerkt Nipperdey; "der Protektionismus differenzierte die Interessen, er verselbständigte sie damit und gab ihnen ein Eigengewicht."⁶¹

Warren betont, daß Stresemann gerade in dem Ausbau des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Grundlage einer lobby der leichten Industrie seine Aufgabe sah⁶². Stresemann entwickelte dabei die Methode der politischen Einflußnahme durch unmittelbare Verbindung zu den Fraktionen. Eine eigene Industriepartei zu gründen, lehnte er ab, da eine solche Partei nicht genügend Wähler finden würde; stattdessen unterstützte er Kandidaten aller bürgerlichen Parteien, besonders aber der Natio-

nalliberalen, wenn sie seine Interessen zu vertreten versprochen⁶³. Hauenstein bemerkt dazu: "Mit der Phantasie und Intuition, die den späteren Reichsaußenminister auszeichneten, ist hier schon vorgedacht und mehr oder weniger deutlich zu realisieren versucht, was heute gang und gäbe ist, und was neuerdings die Wissenschaft von der Politik und die politische Praxis intensiv beschäftigt: die Beziehung der außerparlamentarischen Verbände zu Parlament, Regierung und Verwaltung, die Einwirkungen der Experten auf die Gesetzgebung und der Einfluß der Interessenten auf die politische Entwicklung und die öffentliche Meinung."⁶⁴ Stresemann "baute die Beziehungen zur Presse, zu den Parlamenten, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung planmäßig aus. Man sprach namentlich im Hinblick auf den Verband Sächsischer Industrieller bald von den 'halbpolitischen Landesverbänden' der deutschen Industrie".⁶⁵

Diese Wendung der Verbände zur Politik einerseits, zur Öffentlichkeit andererseits bedeutet eine Neuorientierung in der Auffassung von Staat und Öffentlichkeit. "Die bürgerliche Staatsauffassung entsteht im Kampfe gegen die merkantilistische Politik, im Kampfe gegen die zentralisierte und privilegierende Staatsmacht." Im Streben um die Loslösung aus staatlichen Bindungen "gründet sich die Politik des Bürgertums auf die Nationalökonomie, und der Kampf gegen den Merkantilismus wird zum Kampf um die wirtschaftliche Freiheit und dieser wieder wird zum Kampf um die Freiheit der Person gegen die staatliche Bevormundung erweitert."⁶⁶

Wie die Verbände nunmehr - nach der Periode des bürgerlichen Strebens nach Freiheit vom Staat - in die Politik eindringen, allerdings mit dem neuen Ziel, die Machtausübung im Sinne der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beeinflussen und die Organisationsformen der Gesellschaft gegenüber den Unterschichten abzusichern, so wandelt sich auch ihr Gebrauch der öffentlichen Meinung. Ursprünglich gab das Bürgertum öffentlich bedeutsamen Ereignissen Publizität, um eine unabhängige Öffentlichkeit zur Verteidigung und Sicherung der Freiheit der Bürger gegenüber dem Machtanspruch des

Staates zu schaffen. Öffentlichkeit entsteht, wie Jürgen Habermas feststellt, als eine machtneutrale und "herrschaftsemanzipierte" und als Interessenausgleich fungierende Sphäre der Kommunikation von Privatleuten.⁶⁷

Bereits mit der Institutionalisierung der öffentlichen Meinung im Parlament nimmt nach Habermas die machtnutral gedachte Öffentlichkeit an der Machtausübung teil. "In dem Maße, in dem nichtbürgerliche Schichten in die politische Öffentlichkeit eindringen und sich in den Besitz ihrer Institutionen setzen, an Presse, Parteien und Parlament teilhaben, wendet sich die vom Bürgertum geschmiedete Waffe der Publizität mit der Spitze gegen es selbst."⁶⁸

Den Funktionswandel der Öffentlichkeit sieht Habermas darin begründet, daß verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen innerhalb der bürgerlichen Öffentlichkeit um die Vorherrschaft ringen, und keine allgemein verbindliche Grundlage der öffentlichen Diskussion, keine gemeinsame Vorstellung von gesellschaftlicher Ordnung mehr vorhanden ist. Daher muß jede der streitenden Parteien vor allem versuchen, im Publikum Anhänger zu gewinnen. " 'Wahrheit' der Gesetze ist andererseits nur so lange verbürgt, als eine im Parlament zum Staatsorgan erhobene Öffentlichkeit es erlaubt, das im allgemeinen Interesse praktisch Notwendige durch öffentliche Diskussion zu ermitteln."⁶⁹

Habermas hat gezeigt, daß unter den neuen Bedingungen die Verbände und Interessengruppen sich ihre politischen Zielsetzungen intern bilden und die verselbständigten Medien der öffentlichen Meinung lediglich dazu benutzen, die Zustimmung des Publikums oder mindestens die wohlwollende Duldung zu erreichen. "Der im öffentlichen Raisonement erstrittene Konsensus weicht dem nicht öffentlich erstrittenen oder einfach durchgesetzten Kompromiß".⁷⁰ Der Prozeß des politisch relevanten Machtvollzugs und Machtausgleichs spiele sich jetzt direkt zwischen den privaten Verwaltungen, den Verbänden, den Parteien und der öffentlichen Verwaltung ab; das Publikum als solches werde in diesem Kreislauf der Macht sporadisch und auch dann nur zu Zwecken

der Akklamation einbezogen⁷¹. So schreibt auch Nipperdey über die Industrieverbände vor 1914: "Im allgemeinen gab es aber kein Programm und keine Ideologie, um Massen für eine auch den Unternehmerinteressen entsprechende Politik zu gewinnen, ja es fehlte fast ganz an Versuchen in dieser Richtung. Man suchte durch den Einsatz von Finanzmitteln nicht direkt Wähler zu gewinnen, sondern Abgeordnete und Parteien - eine Möglichkeit, die freilich erst im letzten Jahrzehnt vor 1914 aktuell wurde, weil jetzt erst die Finanzierung der intensivierten Wahlkämpfe für die Parteien zum Problem wurde."⁷² Diese Intensivierung der Wahlkämpfe hängt direkt zusammen mit der Wandlung der Öffentlichkeit, in der man das Publikum nun für die eigenen Interessen zu mobilisieren versucht.

"Ursprünglich garantierte Publizität den Zusammenhang des öffentlichen Raisonnements sowohl mit der legislativen Begründung der Herrschaft als auch mit der kritischen Aufsicht über deren Ausübung. Inzwischen ermöglicht sie die eigentümliche Ambivalenz einer Herrschaft über die Herrschaft der nicht öffentlichen Meinung; sie dient der Manipulation des Publikums im gleichen Maße wie der Legitimation vor ihm. Kritische Publizität wird durch manipulative verdrängt."⁷³ Ziel der Verbände wird nun "die glaubwürdige Repräsentation des Verbandsinteresses als eines allgemeinen".⁷⁴

Diese Umkehrung ihrer Funktion verwandelt die Öffentlichkeit in ein Medium der politischen und wirtschaftlichen Werbung. Aus der Freiheit für jeden Menschen zur Teilnahme an der öffentlichen Konkurrenz der Interessen und Meinungen wird nun eine Konkurrenz der Interessen um die Menschen. Dabei kommt es nicht mehr darauf an, ob jemand überzeugt oder überredet wird, ob man seinen wahren Interessen oder nur seiner Eitelkeit diene, ob er als freier denkender Mensch oder als gläubiger Nachbeter vorgefabrizierter Meinungen gewonnen wird. Habermas beschreibt diese Änderung: "Aus einem Prinzip der ... Kritik ist Publizität zu einem Prinzip der ... gesteuerten Integration umfunktioniert worden."⁷⁵

Die Verbände beginnen mit gezielter "Öffentlichkeitsarbeit". Die Vorläufer der "Public-Relations"-Arbeit entstehen mit den Versuchen, das öffentliche Raisonement, das Interesse des einzelnen an den Angelegenheiten der Gesamtheit, für private Interessen auszunutzen. So betonen die mittelständischen Unternehmer im Bund der Industriellen seit etwa 1910 immer wieder die Notwendigkeit stärkerer Öffentlichkeitsarbeit und beklagen die "Unternehmerfeindlichkeit" eines großen Teils der Öffentlichkeit, die man mit gezielten Aufklärungsmaßnahmen verändern müsse. Die eigenen Interessen werden zu öffentlichen erklärt und als solche propagiert. Die Ziele der industriellen Verbände werden nach Möglichkeit in emotionale Hoffnungen und Wünsche des Publikums übersetzt.

Am Beispiel der Lehren aus dem Crimmitschauer Streik zeigt Warren, daß Stresemann diese neue Möglichkeit viel früher erkannte und bewußt in seiner Politik für den Verband Sächsischer Industrieller und die Fertigungsindustrie ausnützte, als etwa Bueck und der Centralverband. Freilich, betont er, war diese Strategie der Interessenpolitik in der Öffentlichkeit an sich nicht neu - der Flottenverein etwa oder der Bund der Landwirte gebrauchten sie schon vorher; aber für die Industriellen bedeutete sie eine schwere Umstellung, denn "businessmen tended to shy away from politics and mass organization."⁷⁶

Die gleiche Tendenz beschreibt Nipperdey, wenn er schon für die Zeit vor 1914 feststellt: "Soweit die Verbände Massen vertraten, waren sie ... nicht einfach Organisationen, sondern Bewegungen ... Die Verbandsziele gehörten zum Bereich überprivater Hoffnungen und Wünsche, für deren Verwirklichung man sich einsetzte ... Zollprobleme, wie das Problem der Meistbegünstigung oder ein so kompliziertes Projekt wie das der Doppelwährung wurden Angelegenheiten der Weltanschauung, an denen sich außerordentliche Emotionen entfalteten."⁷⁷

Nur innerhalb dieser historischen Entwicklung des sich verändernden Verhältnisses der Interessengruppe zur Öffentlichkeit kann die Entstehung eines spezifischen mittelständischen Unternehmerbewußtseins verstanden werden.

III

Die Gesellschaftsvorstellungen im Bund der Industriellen (Darstellung)

A. Der Arbeitsgang zur Ermittlung der Gesellschafts- vorstellungen

Will man zunächst ohne Kritik oder Polemik und möglichst ohne eigene Interpretation eine korrekte Darstellung der Gedanken geben, die die mittelständischen Unternehmer im Bund der Industriellen zu gesellschaftlichen Zusammenhängen geäußert haben, so erweist sich diese auf den ersten Blick einfach erscheinende Aufgabe als höchst schwierig. Als Ausgangsmaterial dienen zehn Jahrgänge der Zeitschrift des Bundes, "Deutsche Industrie", - die noch zugänglichen Jahrgänge 1905 bis 1914 - mit jeweils 24 Nummern zu je 12 bzw. (ab August 1911) 16 Seiten. In dieser Zeitschrift werden vor allem wirtschaftspolitische, aber auch sozialpolitische Tagesfragen behandelt, selten wird jedoch zu theoretischen Fragen oder zu gesellschaftlichen Problemen allgemein und explizit Stellung genommen. Um aus diesem tagespolitisch aktuellen Material die Vorstellungen der im Bunde zusammengeschlossenen Unternehmer zu ermitteln, ist daher eine Interpretation zu leisten, die aus der Stellungnahme zu jeweils aktuellen Fragen zurückzuschließen sucht auf die Gesellschaftsvorstellungen, von denen aus ein solches Urteil gefällt worden ist.

Damit müssen notwendigerweise Gesichtspunkte an das Material herangetragen werden, die vielleicht für die Autoren subjektiv keine Rolle spielten, um Dinge zu ermitteln, die ihnen wahrscheinlich teilweise nicht bewußt waren.

Eine Darstellung, die sich jeder Interpretation enthalten wollte, müßte eine bloße Aufzählung und Aneinanderreihung von Zitaten bleiben. Jede kontinuierliche Darstellung, jeder gedanklich rekonstruierte Zu-

sammenhang zwischen verschiedenen Argumenten und verschiedenen Autoren, jede historische oder theoretische Erklärung einer Äußerung ist bereits Interpretation.

Dazu kommt, daß eine Arbeit, die eine Entwicklung aufzeigen will, bereits bei dieser ersten Interpretation nach Gesichtspunkten vorgehen muß, die einen Vergleich mit Daten aus anderen Zeitabschnitten und anderen sozialen Gruppen ermöglichen. Da die Interpretation gleichzeitig ein Ordnen und Zuordnen des Materials darstellt, ist die Aufstellung der Kategorien hierfür bereits von großer Bedeutung für die gesamte Arbeit. Gleichzeitig muß auch die kritikfreie reine Darstellung das Material zusammenfassen, muß ordnen und abstrahieren. Gerade um nach Möglichkeit die Zufälligkeiten einzelner Stellungnahmen bestimmter Autoren zu besonderen Ereignissen zu eliminieren und die für die gesellschaftliche Gruppe als ganzer typischen gedanklichen Strukturen zu erfassen, sind Interpretation und Abstraktion unbedingt erforderlich.

Zwar besteht nur scheinbar ein Widerspruch zwischen beiden Forderungen nach möglichst getreuer Darstellung einerseits und interpretierender Abstraktion andererseits. Denn die typisierende Abstraktion ist ja eine wichtige Form wissenschaftlichen Vorgehens, die nicht zur Veränderung, sondern zur Verdeutlichung der zu untersuchenden Strukturen dient. Voraussetzung dafür ist freilich die Nachprüfbarkeit der angewendeten Kategorien und der einzelnen Schritte der Abstraktion. Diese Nachprüfbarkeit sichert nachträglich die Kontrolle eventueller subjektiver Einflüsse, die durch die Interpretation einfließen könnten. Dies ist deshalb wichtig, weil bereits in die Kategorien die Forschungsabsicht des Verfassers als Komponente eingeht. Die methodisch beste Untersuchung kann keine anderen Ergebnisse erbringen, als sie durch die Fragestellung des Autors, die in der Anlage der Arbeit formuliert ist, vorgezeichnet sind¹. Die Kontrollierbarkeit sowohl der Forschungsabsicht als auch der Folgerichtigkeit der methodischen Durchführung ist also das Kriterium für die wissenschaftliche Zuverlässigkeit der Analyse

und Darstellung, nicht eine abstrakt gedachte Objektivität, die von den Bedingungen der Untersuchung abieht und ihre mangelnde Reflexion für Freiheit von solchen Bedingungen hält².

Relevant für eine Trennung der Darstellung von der kritischen Interpretation, wie sie hier in der Absonderung von Kapitel III und V vorgenommen wird, kann also nicht die vertretene positivistische These sein, die, Max Webers Unterscheidung von Wertrationalität und Zweckrationalität vereinfachend, nur die positive Feststellung und Sammlung von Tatsachen als Wissenschaft ansieht, dagegen schon jede mit der Forschungsabsicht, umso mehr noch mit der Interpretation einfließende "subjektive" Komponente als unwissenschaftlich ablehnt. Sinnvoll kann es nur sein, im Sinne von Werner Hofmanns Unterscheidung von Sachurteil (bzw. Seinsurteil) und Werturteil³ zunächst mit nachprüfba- ren Methoden festzustellen, welche Vorstellungen vom Aufbau und dem Funktionieren der Gesellschaft die mittelständischen Unternehmer in dem zu untersuchenden Zeitraum besitzen und wie diese Vorstellungen sich verändern, wobei die Forschungsabsicht so lange nicht als außertheoretisches und subjektives Moment angesehen werden kann, als sie nicht die methodische Folgerichtigkeit und Nachprüfbarkeit der Untersuchung zugunsten vorgefaßter Ansichten beeinträchtigt⁴. Nach der quantifizierenden Untermauerung der in der Darstellung entwickelten Thesen soll erst dann unter Hinzuziehung historischer, geistesgeschichtlicher und ideologiekritischer Zusammenhänge und Methoden eine wertende Interpretation und Einordnung versucht werden. Daß auch dabei das Erfordernis wissenschaftlicher Folgerichtigkeit und Nachprüfbarkeit bestehen bleibt, ist selbstverständlich⁵.

Die Frage nach der möglichst sachgetreuen Darstellung des untersuchten Gesellschaftsbildes wandelt sich so in die Frage nach einer nachprüfbaren Methode der interpretierenden Aufbereitung des Materials und nach den Kriterien der Zuordnung.

Für diese Studie wurde zunächst das Material ohne besondere kritische Kategorien gesichtet und alle Stellen, die Aussagen über gesellschaftliche Zusammenhänge im weitesten Sinne enthielten oder Schlüsse auf entsprechende Vorstellungen erlaubten, excerpiert, bzw. abgeschrieben oder fotokopiert. Dabei wurden die Zeitschriften grundsätzlich zweimal, möglichst in größerem zeitlichem Abstand, vollständig gelesen, um mögliche Fehler auszugleichen. Excerpiert wurden die Jahrgänge 1905 bis 1914 einschl. der "Deutschen Industrie" (- insges. 527 Exc. und 289 Kop. -).

Danach wurde in einer Zusammenstellung versucht, ein vorläufiges Fazit zu ziehen, und eine Arbeitshypothese entwickelt. Diese Arbeitshypothese widersprach meiner früheren Vermutung, daß die entscheidende zeitliche Grenze für die Entstehung eines spezifisch mittelständischen Unternehmerbewußtseins und eines entsprechenden Gesellschaftsbildes die politische Wende von 1918 sei. Diese vorläufige These war entstanden auf Grund eines ersten orientierenden Lesens je eines Jahrgangs (1911) der Zeitschriften des Bundes der Industriellen und des Centralverbandes sowie einer Reihe von Veröffentlichungen mittelständischer Unternehmer nach 1918. Die Zusammenstellung des excerpierten Materials zeigte nun, daß spätestens 1913 in der "Deutschen Industrie" die wesentlichen Züge des mittelständischen Bewußtseins, wie es in der Zeit nach 1918 hervortritt, deutlich zu spüren waren.

Damit wurde der Analyse die Aufgabe gestellt, diese Veränderung innerhalb der Zeitschrift des Bundes der Industriellen, "Deutsche Industrie", herauszuarbeiten. Erst jetzt wurde auch die weitere Aufbereitung des Materials im Hinblick auf dieses Untersuchungsziel vorgenommen. Ein systematischer Fehler zugunsten der Hypothese, wie er sich beim Excerpieren u.U. durch einseitige Aufmerksamkeit eingeschlichen haben könnte, erscheint also in der ersten Sichtung und Zusammenstellung des Materials als sehr unwahrscheinlich, da ich zu diesem Zeitpunkt noch von einer konträren Hypothese ausging.

Der nächste Schritt war die Aufstellung von Sachgruppen, um die Unternehmeraussagen zu gesellschaftlichen Zusammenhängen sinnvoll ordnen und aufschlüsseln zu können. Dabei wurden die Gruppen so gewählt, daß sie gegenüber den in Frage kommenden Veränderungen des Gesellschaftsbildes neutral blieben, so daß also eine mögliche Veränderung jeweils innerhalb eines Sachkomplexes durch qualitative Änderung der Äußerungen zu verschiedenen Zeiten verfolgt werden konnte. Gleichzeitig mußte die gesamte Sachgruppeneinteilung das Material vollständig erfassen und die relevanten Veränderungen möglichst leicht faßbar machen. Zugleich mußte sie auch auf die Zeitung der Großindustrie und auf die Unternehmeräußerungen nach 1918 anwendbar sein.

Die endgültige Sachgruppeneinteilung umfaßte folgende Punkte:

1. Gesellschaftsordnung

- a) Soziale Ordnungsvorstellungen
- b) Funktionieren der Gesellschaft
- c) Eigene Rolle in der Gesellschaft
- d) Mittelstand
- e) Staat, Parteien, Politik
- f) Unternehmer und Öffentlichkeit
- g) Gesellschaftspolitische Aufgaben

2. Selbstbild

- a) Selbständigkeit, Persönlichkeit, Individualität
- b) Unternehmereigenschaften, Unternehmerinitiative
- c) Führungsaufgabe, Elitedenken
- d) Unternehmer als Vorbild
- e) Notwendigkeit des Unternehmers für die Gesellschaft
- f) Stellung im Betrieb
- g) Privatwirtschaft allgemein

3. Wertungen

- a) Ethik, moralische Wertungen
- b) Gemeinwohl
- c) Verantwortung
- d) Nationale Werte
- e) Geschichtsbetrachtung

4. Gegenwelt

- a) Gegner
- b) sachliche Klagen
- c) gegnerische Tendenzen, Strömungen, Gedanken
- d) negative moralisch-ethische Wertungen
- e) negative Ausdrücke
- f) antirationale Äußerungen

5. Stellung gegenüber anderen Gruppen

- a) Großindustrie (bzw. andere Gruppen der Ind.)
- b) Arbeiter
- c) Handel, Handwerk, Gewerbe
- d) Landwirtschaft

6. Wirtschaftspolitische Fragen

- a) Sozial- und Lohnpolitik
- b) Kartellfragen
- c) Steuer- und Zollfragen, Exportpolitik
- d) Kolonial- und Flottenpolitik
- e) Machtpolitik, Imperialismus

(Die Zusammenfassung von 6 a und 6 c aus jeweils verschiedenen Komplexen erwies sich als sinnvoll, da die Bereiche in der Argumentation des Für und Gegen mit den gleichen Argumenten behandelt wurden und oftmals schwer zu trennen waren. Ohnehin erwies sich, daß die Bereich 5 und 6, also die Fragen nach der Haltung zu konkreten Gruppen bzw. politischen Problemen, am wenigsten faßbare Unterschiede bezüglich der untersuchten Veränderung der Gesellschaftsvorstellungen ergaben. Auf diese auffällige Tatsache soll später noch ausführlicher eingegangen werden.)

Nach diesem Sachgruppenschema wurden nun alle Excerpte und Kopien der Jahrgänge 1905, 1906 und 1907 sowie 1912, 1913 und 1914 aufgeschlüsselt. Von der Hypothese ausgehend, daß sich die Veränderung des Bewußtseins der im Bund der Industriellen organisierten Unternehmer von einem liberal-kapitalistischen zu einem spezifische mittelständischen Gesellschaftsbild etwa zwischen 1911 und 1913 vollzieht, sollte mit der Gegenüberstellung dieser Jahrgänge der Unterschied möglichst deutlich sichtbar gemacht werden. Um den Vergleich

mit dem Bewußtsein der Großindustriellen zu ermöglichen, wurde die "Deutsche Industrie-Zeitung" des Zentralverbandes ebenfalls in den entsprechenden Jahrgängen aufgeschlüsselt. Außerdem wurden als Vergleichsmaterial für die spätere Zeit die im Weltwirtschaftsarchiv in Kiel gefundenen Äußerungen von Unternehmern zu gesellschaftspolitischen Fragen aus Zeitungsartikeln, Aufsätzen, Vorträgen usw. aus der Weimarer Zeit excerpiert und entsprechend - gesondert nach Äußerungen von Großindustriellen und mittelständischen Unternehmern - verwandt. (insgesamt wurden 62 Aufsätze und Artikel excerpiert; dazu kommen 7 Berichte, die erst in späterer Zeit niedergeschrieben wurden; da es sich lediglich um eine Kontrollgruppe handelt, wurde dieses Material nach keinem zusätzlichen Kriterium als dem mehr oder weniger zufälligen des Vorhandenseins im Weltwirtschaftsarchiv ausgewählt. Da das Weltwirtschaftsarchiv seit 1911 die Entwicklung der Wirtschaft verfolgt und ein Ausschnittarchiv der wichtigsten Zeitungen einschließt, kann diese Auswahl als hinreichend angesehen werden.)

Innerhalb der Sachgruppen wurde nun durch Interpretation und Abstraktion die typische Haltung der Unternehmer zu den einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermittelt, und zwar zunächst unabhängig voneinander in den zeitlichen Bereichen 1905 bis 1907 einerseits und 1912 bis 1914 andererseits. Danach wurden die beiden Ergebnisse miteinander verglichen und den entsprechenden Anschauungen der Großunternehmer sowie den Äußerungen nach 1918 gegenübergestellt. Auf diese Weise war es möglich, herauszuarbeiten, wie sich die Stellung der im Bund zusammengeschlossenen Unternehmer zu einzelnen gesellschaftlichen Fragen von 1907 bis 1912 geändert hat, in welcher Beziehung diese Veränderung zu der parallelen Entwicklung in der Großindustrie steht, und inwieweit sie der Beginn der Entwicklung eines typischen mittelständischen Unternehmerdenkens ist, die sich in der Weimarer Republik fortsetzt.

Bei dieser Herausarbeitung der typischen Ansichten wurden die **exakten** Zahlenverhältnisse der einzelnen Argumente und Äußerungen nicht in jedem Falle berücksichtigt. Da es hier auf die typischen Äußerungen und nicht auf die Häufigkeit bestimmter Wendungen ankam, konnte ein nur einmal ausgesprochenes Wort eines einzelnen Unternehmers, das eine Argumentationsweise präzise zusammenfaßte, mehr Aussagewert haben als ein immer wiederkehrender Terminus. Jedoch wurden alle Äußerungen der entsprechenden Jahrgänge berücksichtigt, keine nicht in das allgemeine Bild passenden Aufsätze weggelassen. Eine Ausnahme davon bilden nur zwei Aufsätze des Jahrgangs 1906, von denen der eine in der Sachgruppe "Gesellschaftsordnung", der andere im "Selbstbild" in fast allen Punkten der Tendenz aller anderen Äußerungen widersprach. Da es sich zeigte, daß diese beiden Aufsätze dagegen sehr gut in die Argumentation nach 1912 passen, wurden sie in der Zusammenstellung vor 1914 nicht berücksichtigt, sondern als Vorläufer der späteren Entwicklung gesondert behandelt.

Auf dieser Gegenüberstellung und Herausarbeitung der Veränderungen im Unternehmerdenken beruht die folgende Darstellung des entstehenden Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer. Da eine quantitative Verifizierung der hier entwickelten Hypothesen anschließend gegeben werden soll, verzichte ich in der Darstellung selbst auf die Angabe von Häufigkeiten und Verteilungen der einzelnen Vorstellungen. Gelegentlich werden als typische Beispiele für eine Denkweise auch Stellen aus anderen Jahrgängen als den in der Gegenüberstellung benutzten verwendet, sofern sie den Gegenstand besser illustrieren können.

Um Wiederholungen zu vermeiden, hält sich die Darstellung nicht streng an die oben aufgeführte Sachgruppeneinteilung. Der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit halber werde ich auf Beispiele aus den beiden excerpierten Zeitschriften nicht mit Fußnote, sondern im Text selbst mit der Stellenangabe verweisen. Dabei gibt die Buchstabenabkürzung die Zeitschrift an - "DI" bedeutet "Deutsche Industrie", Zeitschrift des Bundes

der Industriellen, "IZ" bedeutet "Deutsche Industrie-Zeitung", Organ des Centralverbandes Deutscher Industrieller -, die folgenden Zahlen geben das Jahr (nicht den Jahrgang der Zeitschrift!) und die Seitenzahl an. Der Verweis "DI 6/110" heißt also "Deutsche Industrie, 1906, Seite 110" usw. Auf Zitate aus den angeführten Materialien aus der Weimarer Zeit muß mit Fußnote verwiesen werden, da eine entsprechende Kürzung der Titel unmöglich und eine bloße Numerierung wenig sinnvoll erscheint.

B. Zur Gesellschaftsordnung

a) Bund der Industriellen vor 1908

Zu Anfang dieses Jahrhunderts stellt die bestehende Gesellschaft für die kleineren und mittleren Unternehmer im Bund der Industriellen noch den selbstverständlichen Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit dar. Für sie ist die Gesellschaft ein Nebeneinander von Individuen mit jeweils privaten Interessen und von sozialen Gruppen, die sich aufgrund gemeinsamer Interessen bilden. Die Funktion der Gesellschaft als ganzer besteht darin, diese privaten Einzelinteressen, die notwendigerweise egoistisch sind und sein dürfen und müssen, auszugleichen und auf einen Nenner zu bringen. Die alte liberale Auffassung, daß der Gesamtheit am besten gedient sei, wenn jeder selbst für seinen Vorteil sorgt und die Allgemeinheit nur für einen reibungslosen Ausgleich der einzelnen Interessen sorgt, hat noch ihre unbezweifelte Gültigkeit im Bund der Industriellen.

So wird folgerichtig festgestellt, daß Interessenvertretungen immer egoistisch seien, und daß es gerade die Aufgabe des Staates und des Parlaments sei, einen Ausgleich der Interessen herbeizuführen. Deshalb sei es wichtig, daß Sachverständige ins Parlament gewählt würden, um Fehlentscheidungen zu vermeiden. Also müsse man - da man die Interessenten für die kompetenten sachverständigen hält - für eine angemessene Vertretung

der Industrie in den Parlamenten eintreten (DI 6/27-8). Ein anderer Aufsatz empfiehlt dementsprechend den Industriellen, nur Kandidaten zu wählen, die für die Förderung der Industrie und die Erhaltung des Außenhandels eintreten (DI 7/13-4). Da man die (eigenen) wirtschaftlichen Interessen für die wichtigsten hält, wird wirtschaftliche anstelle der politischen Interessenvertretung gefordert (DI 6/28); da die Kraft des Volkes in seinen schaffenden Berufsständen liege, tritt man für eine Angliederung von Vertretern der Berufsstände⁶ an die gewählten Abgeordneten des Reichstages ein. Dabei wird ausdrücklich betont, daß eine Ersetzung der Abgeordneten durch ständische Vertreter die offenbar in anderen Gruppen bereits gefordert worden ist - abzulehnen sei (DI 7/38-9). An anderer Stelle wird allerdings auch in der "Deutschen Industrie" die Ersetzung der Parteienvertretung durch Interessenvertretung verlängert (DI 6/27, 5/24) oder gar ein Parlament als Standesvertretung gefordert (DI 6/76). Vorherrschend ist insgesamt die Forderung nach "angemessener Vertretung der Industrie" (noch nicht ausdrücklich geschieden in einzelne Gruppen) im Staat und in den Parlamenten (DI 5/254, 6/27, 6/86).

Ein Gesetzentwurf zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, der die Gewerkschaften zu gleichberechtigten, aber auch für die Folgen ihrer Tätigkeit haftbaren Partnern im wirtschaftspolitischen Kräftespiel machen soll, wird als "Geist des Fortschritts zum sozialen Frieden" und wirtschaftlichen Kräfteausgleich gefeiert (6/269-70).

Der Staat wird dementsprechend angesehen als die Institution, die dazu dient, den gesellschaftlichen Kräfte- und Interessenausgleich zu regeln und zu überwachen und gegen Mißbrauch zu sichern, die soziale Ordnung der ihre Interessen ausgleichenden Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Deshalb ist, wer die bestehende Gesellschaft angreift, zugleich ein Staatsfeind. Aus diesem Grunde legt man so viel Wert auf die Feststellung eines Gegensatzes zwischen Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften: die Gewerkschaften tendierten dahin,

nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne parteipolitische Leidenschaft, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten - im Gegensatz zur staatsgefährdenden Sozialdemokratie, die noch am Gedanken des Umsturzes festhalte (DI 6/225). Im gleichen Sinne wendet man sich gegen den Mißbrauch der Macht der Gewerkschaften (DI 6/269-70) und gegen die Verhetzung der Arbeiter durch Lektüre, die eine schiefe, gehässige Darstellung der Besitzenden gebe und so die Unzufriedenheit steigern (DI 6/270). Man sieht sich selbst als eine Interessengruppe innerhalb dieser Gesellschaft, als einen Teil der Industrie, als einen Faktor neben anderen, freilich als einen wichtigen und aufstrebenden Wirtschaftszweig, im Kräftespiel der Interessen. So kann der Bund der Industriellen von der Einigkeit aller staats-erhaltenden Kräfte sprechen und sich zu den "solidarischen Interessen aller Stände und des Staates" bekennen, während er die Forderung zurückweist, Deutschland müsse ein Agrarland bleiben (DI 6/243-4). In einem Jahresbericht wird gefordert: "...das deutsche Volk soll handeln, um die Regierung zu stärken" (DI 5/15). Den Wert der Mitwirkung der Interessenverbände im Staate sieht man darin, daß sie die Programme der Parteien im Sinne einer sachverständigen Wirtschaftspolitik verändern und zu verantwortlicher Mitarbeit erziehen (DI 7/267).

Unterstützt der Bund der Industriellen einerseits den Staat in seiner Funktion, wo sie nützlich erscheint, so kritisiert er ihn auch und stellt seine Forderungen, wo die Entscheidungen des Staates nicht als vorteilhaft gelten. So wird Vereinheitlichung der Gesetzgebung im Reich gefordert (DI 5/184) oder darüber geklagt, daß die preußischen Wahlrechtsänderungen von 1906 die Industrie nicht berücksichtigen (DI 6/76-8) oder daß die Politik des Reiches der Exportindustrie schwere Einbußen bringe (DI 6/51). Man protestiert gegen eine geplante Zigarettensteuer mit der Begründung, daß dadurch gerade die "schwachen Schultern" getroffen würden, "die zu schonen stets zugesichert worden ist". (DI 6/102).

Im ganzen aber beurteilt der Bund die Situation der Industrie, zu der er sich trotz der Solidarität mit in Bedrängnis geratenden Zweigen der Fertigindustrie und trotz des allgemeinen Drucks der Kartelle der Rohstoffindustrien⁷ noch fraglos gehörig fühlt, optimistisch. Das Wachstum der Industrie sei nicht aufzuhalten (DI 6/243). Und man meint, daß damit auch das eigene Wachstum verbürgt sei, wenn man nur eine Störung des Interessenausgleichs durch Machtmißbrauch einzelner Gruppen verhindern könne. Dabei wird Machtausübung, wo sie installiert und gewohnt ist, nicht als Machtmißbrauch verstanden, sondern nur dort, wo sie als neu, angemaßt und unrechtmäßig erscheint. Daß jeder Interessenausgleich auch eine Frage der Machtverteilung ist, auch dort, wo er sich friedlich vollzieht und alte, als gerechtfertigt erscheinende Rechte und Verhältnisse bestehen läßt, wird nicht weiter reflektiert. Erst wenn die Macht als bedrückend empfunden wird, spricht man von der "tyrannischen Herrschaft" des Kohlensyndikats (DI 5/89-91). So wird den kleineren Unternehmen auch die Tatsache noch nicht bewußt, daß sich innerhalb der Industrie seit 1870 eine Struktur- und Machtveränderung vollzogen hat und weiter vollzieht, bei der sie selbst unweigerlich die Verlierenden sind.

Ebensowenig wird ihnen die Bedeutung der Institution "Öffentlichkeit" als politische Dimension bewußt. Sie sprechen davon, daß die Förderung der Industrie im öffentlichen Interesse liege (DI 6/51), so den Begriff "öffentlich" synonym für "allgemein" gebrauchend, und sehen in der Öffentlichkeit lediglich den Hintergrund der eigenen Tätigkeit, den alle Menschen angehenden Bereich des gesellschaftlichen Lebens. Demokratie ist für sie ein höchst verdächtiges Prinzip: durch die Demokratie werden statt wirtschaftlichen Interessenvertretern die Vertreter der politischen Parteien, also theoretischer Prinzipien, in die Entscheidungsgremien bestellt, wobei die Entscheidung darüber, welche Vertreter Sitz und Stimme erhalten, den Massen überlassen bleibt. Damit wird das Parlament zum Ort abstrakter Auseinandersetzungen, und wo es über praktische Fragen

des Interessenausgleichs zu entscheiden hat, fehlen die sachverständigen Vertreter der wirklichen, relevanten Interessen. Die Folgerung daraus ist die Stellungnahme gegen die Parteienvertretung, für die Interessenvertretung im Parlament und die angemessene Vertretung der Industrie in den Gesetzgebungsorganen (DI 6/27-8) und das Verlangen nach einer Wahlrechtsreform in Preußen zugunsten der industriellen Vertretung und zur Begünstigung industriefreundlicher Kandidaten (DI 5/230). Öffentlichkeit im Sinne der freien Auseinandersetzung kann für sie nur die Auseinandersetzung der Interessen sein. In diesem Sinne sind sie auch bereit, den Arbeitern eine Interessenvertretung zuzubilligen, die sich allerdings in die bestehende gesellschaftliche Ordnung des Interessenausgleichs einordnen, nämlich zur Mitarbeit bereit sein muß - im Staat wie in der Wirtschaft. (DI 5/138, 6/225, 6/269-70)

Die eigene gesellschaftspolitische Aufgabe sieht man im Bund der Industriellen vor allem in der "gemeinsamen und solidarischen Aktion" der Unternehmer, um "im Vaterlande Zustände zu schaffen, wie sie nötig sind, wenn das deutsche Wirtschaftsleben zu voller Blüte heranreifen soll " (DI 6/87). Man setzt sich für eine Gesamtvertretung der deutschen Industrie (DI 6/37, 6/50) oder zumindest für eine Interessengemeinschaft aller industriellen Verbände (DI 6/13, 6/37) ein und stellt eine Änderung der Aufgaben des Bundes fest, der von seiner bisher vorwiegend handelspolitischen Orientierung sein Schwergewicht auf den Ausbau der Organisation der Industrie verlege (DI 6/229).

Nicht berücksichtigt wurden bisher in dieser Übersicht eine Wiedergabe eines Aufsatzes aus einer anderen Zeitschrift, dem "Hammer", Leipzig, der Kritik am allgemeinen Wahlrecht übt und dabei wesentlich über die hier dargestellten Auffassungen hinausgeht. Der Aufsatz behauptet, daß das Parteiwesen das Volk spalte und den Charakter verderbe und daß die Massensecheidung immer der Unvernunft zum Siege verhelfen müsse. Da das gleiche und allgemeine Wahlrecht zur Herrschaft der proletarischen Massen führe, und nicht die

gerechte Verteilung der Sitze auf die Interessengruppen garantiere, müsse man die Stimmen wägen, nicht zählen. Sonst werde die radikalere, rohere und niedrigere Unterströmung den besseren Teil zum Sturz bringen. Die Schriftleitung der DI bemerkt dazu, daß der Auswegsvorschlag des "Hammer", eine Volksvertretung aus organisierten Berufsständen zu schaffen, in der praktischen Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, daß aber die Motivierung und die Kritik des jetzigen Zustandes berechtigt sei (DI 6/76-8).

Ebenfalls unberücksichtigt blieb ein Aufsatz, der feststellt, allein den persönlichen Eigenschaften des Unternehmers, seiner Kraft, seinem Wagemut und seiner Charakterstärke sei die wirtschaftliche Entwicklung zu verdanken (DI 6/110-2). Die Vorstellungen des ersten unberücksichtigten Aufsatzes mit ihren stark elitären Zügen tauchen im Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer ansonsten erst nach 1918 auf; zu Beginn des Jahrhunderts sind sie eher in Teilen des Bildungsbürgertums zu Hause. Eher noch als zu dem liberalen, interessenorientierten Denken der kleineren Unternehmer könnten sie in dieser Zeit in das stärker patriarchalische Gesellschaftsbild der Großindustriellen passen. Der zweite Aufsatz dagegen weist auf einen Zug hin, der in der Zeitschrift des Bundes nach 1911 deutlich hervortritt, jedoch auch früher bereits bei einzelnen Personen, vor allem bei Stresemann (DI 8/124, 8/171)⁸ anklingt⁹.

b) Bund der Industriellen nach 1911

Auch nach 1911 betont die "Deutsche Industrie" die große Bedeutung der Industrie für das Wirtschaftsleben (DI 12/356), aber der Akzent verschiebt sich auf die Forderung an den Staat, auf die Industrie Rücksicht zu nehmen (DI 12/40), und an die Volksvertretung, die Industrie lebensfähig zu erhalten (DI 12/374). Die Unternehmer meinen, daß Konflikte sich besser regeln ließen, wenn man guten Willen dazu zeige (DI 12/167) und einig handelte (DI 13/97-8) und daß die eigene Organisation besser als alles andere den gewerblichen Frie-

den sichere (DI 12/246). Doch das Vertrauen auf die gesellschaftliche Regelung der Interessengegensätze ist der Einsicht gewichen, daß der Ausgleich nicht von selbst funktioniert, und daß er nicht immer befriedigende Ergebnisse ergibt. So vertraut man lieber auf die eigene Macht, wo man sie durch Organisation erreichen zu können glaubt (DI 12/246) oder appelliert an den Staat, wichtige Zweige der Industrie zu schützen und zu fördern (DI 12/40, 12/374). Der Staat soll nicht mehr nur den Ausgleich der privaten Interessen überwachen und Machtmißbrauch verhindern, er soll selbst wirtschaftspolitisch aktiv werden zugunsten von im freien Konkurrenzkampf der Interessen benachteiligten Gruppen. Der Staat soll insbesondere exportpolitisch offensiv werden, die deutschen Exportinteressen durchsetzen (DI 12/ 155). Er soll aber auch bedrängten Industriezweigen durch zwangsweisen Zusammenschluß o.ä. Maßnahmen die Weiterexistenz und den ihnen im Wirtschaftsleben zukommenden Rang sichern (DI 12/ 276-8); er soll den unter Auftragsmangel leidenden Druckereien durch Schließung oder Einschränkung der staatlichen Druckereien helfen (DI 14/54, 14/211) usw.

Auch jetzt klagen die Unternehmer im Bund der Industriellen über ungenügende Vertretung im Parlament (DI 14/159) und fordern für sich mehr Einfluß auf die Gesetzgebung (DI 12/307), zumal die Parlamente auf die Unterstützung der Bürger, der Erwerbsstände und insbesondere der Industrie angewiesen und Volkswirtschaft und Politik eng verknüpft seien (DI 12/ 356-8). An anderer Stelle wird gefordert, das preußische Herrenhaus zu einer Standesvertretung zu machen (DI 12/70) und ein deutsches Oberhaus als Standesvertretung einzurichten, um ein Gegengewicht gegen die Demokratie im Reichstag zu schaffen (DI 13/214). Unter Demokratie wird verstanden ein System der Vorherrschaft der Parteiinteressen, wobei die Parteien, aus dem Wunsch heraus, Wähler zu gewinnen, sich weitgehend an der Popularität politischer Entscheidungen orientierten, dabei aber nicht genügend den "sachlichen" Forderungen des praktischen Wirtschaftslebens Rechnung trügen (DI 13/214).

Der Kampf um Einfluß in den Parlamenten und Regierungen geht jetzt freilich nicht mehr um die Mitarbeit am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt sondern er dient vor allem dem Ziel, nachteilige Gesetze zu verhindern und die staatlichen Mittel zur Erhaltung der eigenen Position anwenden zu können (DI 12/40, 12/276-8, 12/374).

Dagegen verzichten die mittelständischen Unternehmer auf die Hilfe des Staates, soweit sie, etwa in Arbeitgeber-Fragen, hoffen können, auf dem Wege der Machtauseinandersetzung allein mehr zu erreichen als durch gesetzliche Maßnahmen erreichbar wäre. Sie fordern den polizeilichen Schutz der "Arbeitswilligen" bei Streiks gegenüber gewerkschaftlichem "Terrorismus" (DI 14/5), wollen aber andererseits das Koalitionsrecht im ganzen nicht angreifen oder durch staatliche Maßnahmen einschränken lassen, sondern lieber selbst davon Gebrauch machen (DI 14/21), da starke Arbeitgeberverbände bessere Ergebnisse versprechen als gesetzliche Sicherungen (DI 12/246), und da sie immer wieder die Hoffnung hegen, einen größeren Teil der Arbeiter durch nationale Arbeitervereine, Betriebsausschüsse usw. gegen die Gewerkschaften organisieren zu können (DI 14/130, 8/211). Desgleichen begrüßen sie den "Revisionismus" innerhalb der Sozialdemokratie und die "wohlanständige, aber auch nüchterne Tüchtigkeit, die keine Revolution macht" in der deutschen Arbeiterschaft (DI 13/338).

Mit der Feststellung, daß nur eine konkurrenzfähige Wirtschaft den Arbeitern Brot verschaffen könne, ein Rückgang der Konjunktur auch den Arbeitern schade (DI 13/178-80, 13/303), wird begründet, daß also die gedeihliche Existenz der Industrie den Vorrang vor der Sozialpolitik haben müsse und die Sozialdemokratie der ärgste Feind der Arbeiterschaft selbst sei (DI 12/196). Der Bund scheut sich nicht, die Forderung nach "angemessener Vertretung der Industrie" im Preußischen Herrenhaus damit zu begründen, daß er die Anteile der Bevölkerung, die von der industriellen Produktion leben, den anderen Erwerbsgruppen gegenüberstellt (DI 12/70-3).

Neben dem Ringen um bessere Vertretung in den Parlamenten und dem Versuch, die Arbeiterbewegung in die Gesellschaft und die Arbeiter in den Betrieb einzuordnen und dadurch die Führung im eigenen Betrieb zu sichern und die Sozialgesetzgebung aufzuhalten¹⁰, ist die Öffentlichkeitsarbeit nun zu einer zentral wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgabe der Unternehmer im Bund der Industriellen geworden. Sie haben inzwischen die Bedeutung der Öffentlichkeit anders einzuschätzen gelernt. Die Erfahrung, daß sich die Öffentliche Meinung bei sozialen Konflikten auf die Seite der Arbeitnehmer zu stellen pflege (DI 12/148), führt die "Deutsche Industrie" zu der Einsicht, daß die Unternehmer sich bisher viel zu wenig in der Öffentlichkeit geregt und politisch betätigt hätten. Man könne vom "Bund der Landwirte", den man in politischen Auseinandersetzungen als den Exponenten der extremen Rechten bekämpft, sehr viel lernen in der Technik der Massenbeeinflussung und Öffentlichkeitsarbeit (DI 13/180, 14/48). Die mangelnde Anerkennung der "gewaltigen volkswirtschaftlichen Bedeutung" der Unternehmer zwingt dazu, einen Faktor in der Öffentlichen Meinung zu bilden, der einseitiger Beeinflussung entgegenwirke, fordert Stresemann. Als geeignetes Gegengewicht sieht er eine industriefreundliche Presse, insbesondere eine seriöse Fachpresse, an (DI 13/97). Um Einfluß auf die internationale Öffentliche Meinung zu gewinnen, fordert der Bund die Errichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus (DI 13/197-9). Er polemisiert gegen die "weltfremden" Urteile der "Kathedersozialisten" über sozialpolitische Fragen, die diese mit großer Wirkung in der Öffentlichkeit verbreiteten (DI 14/197-8) und unterstützt die Gründung einer "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung", die (ähnlich dem "Deutschen Industrieinstitut" heute) den Standpunkt der Arbeitgeber mit wissenschaftlichen Mitteln publizistisch vertitt (DI 14/118-9).

Die Unternehmer im Bund der Industriellen sehen jetzt ihre "erbittertsten Gegner" auf der Linken wie auf der Rechten (DI 13/298). Zwischen den Extremen von

links und rechts, sehen sie die eigene Position als die der vernünftigen Lösung und des Ausgleichs an (DI 13/247-9). Folglich fordern sie, im Bewußtsein der eigenen Mittelposition, die als "Standpunkt des Gemeinwohls", nicht als Interessenstandpunkt (DI 13/245-7) und als volkswirtschaftlicher, nicht parteipolitischer Standpunkt (DI 13/247-9) angesehen wird, von der Regierung eine "Politik der mittleren Linie" zum "allgemeinen Wohl" (DI 12/356).

Dieses Bewußtsein, selbst die mittlere Linie des vernünftigen Ausgleichs zu vertreten, ja zu verkörpern, verbindet sich mit einem Affront gegen die Bürokratie, der gegenüber die Unternehmer sich als Vertreter des praktischen Lebens fühlen. Im Kampf der "Praxis des Lebens" gegen die "Anforderungen theoretischen Übereifers" sieht sich der mittlere Industrielle dem "Geist der Bürokratie" gegenübergestellt (DI 12/114-6). Diese Rolle weist ihm in seiner eigenen Vorstellung eine besondere Funktion als gesellschaftliche Mitte und Wahrer der gesunden lebensvollen Praxis gegenüber den Auswüchsen theoretischen, bürokratischen Übereifers oder parteipolitischer Extreme und demokratischer Verführbarkeit durch den Massenwillen zu.

Damit sehen sich die Unternehmer gleichzeitig in die Rolle einer retardierenden und stabilisierenden Kraft versetzt, gegenüber dem Hang zur Sozialisierung, der die Gesellschaft ihrer Meinung nach beherrscht, und der zur Bürokratisierung des ganzen Staatsgetriebes zu führen droht (DI 12/116). Stresemann sieht zwar den "sozialistischen Zukunftsstaat" nicht als eine akute Gefahr an, stellt aber fest, daß die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen sinke und die Zahl der Beamten steige, und daß "neuerdings im Mittelstand eine Rückbesinnung auf die Zeiten freier ungehemmter Initiative als der Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung" einsetze, und wendet sich deshalb gegen eine bürokratische Gestaltung der Sozialgesetzgebung (DI 12/114).

Die Wendung gegen die Bürokratie richtet sich also einmal gegen die objektiv feststellbare gesellschaftliche Tendenz zur Abnahme der selbständigen Existenzen und Zunahme der Beamten, die den selbständigen Unternehmern bedrohlich erscheinen muß. Sie wendet sich zum zweiten gegen die bürokratische Form der Unternehmensführung und Verwaltung, die mit der Konzentrationsbewegung in der Industrie notwendig verbunden ist, und richtet sich damit mit dem Argument der Aufrechterhaltung der lebendigen Praxis - verbunden mit dem neuen Selbstverständnis der Unternehmerpersönlichkeit - gegen die Konzentration der Großindustrie selbst. Sie wendet sich drittens aber auch gegen die "bürokratische" staatliche Sozialpolitik und die Gewerkschafts- und Parteibürokratien. Der Gegner von Rechts und der Gegner von Links werden damit von einem äußerst publikumswirksamen Argument gleichermaßen getroffen.

Dieses Bewußtsein der mittleren Position führt zugleich hin zum Mittelstand und seinem Denken. Mit einigen wichtigen Gruppen des "Selbständigen Mittelstandes" arbeitet der Bund der Industriellen seit 1909 im "Hansabund" eng zusammen. Er solidarisiert sich öfters mit Forderungen dieser Mittelstandskreise. So liegt die Konsequenz nahe, aus der Gegnerschaft gegen rechts und links und der Anlehnung an den Mittelstand heraus die eigene Position als mittelständisch zu definieren. Das ständische Denken gewinnt in dem Maße im Bund der Industriellen Raum, als immer öfter einzelne Zweige kleinerer Industrien, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, den letzten Ausweg in einer staatlichen Garantie ihrer Existenz innerhalb einer Standesordnung sehen und nach einer Rettung ihres "angesehenen und wertvollen Standes" rufen (DI 13/235-7). So fordert der Bund der Industriellen zur "Erhaltung des industriellen Mittelstandes" die Ablehnung der Tabaksteuern, die den Konzentrationsprozeß in der Tabakindustrie fördern müsse (DI 8/268). Daß schließlich die Theorie der mittleren Linie als der vernünftigen Lösung auf den Mittelstand als wertvolle gesellschaftliche Gruppe übertragen wird, beweist eine Erklärung des Bundes der Industriellen an alle Mit-

glieder des Reichstages vom Juni 1913, in der gegen die im Zuge der Wehr- und Deckungsvorlage vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer protestiert wird. In einer Erklärung dazu in der "Deutschen Industrie" heißt es: "Gerade der industrielle Mittelstand, der vielleicht wertvollste Teil unserer Volkswirtschaft, der nicht Riesenvermögen besitzt und durch den Gegensatz dieser Vermögen zu der Klasse der Besitzlosen die sozialen Gegensätze verschärft, der in der Aufschichtung kleiner Vermögen den Grund bildet für eine gesunde Fortentwicklung unserer sozialen Verhältnisse, wird hierdurch am meisten geschädigt." (DI 13/178). In diesem Satz sind die Grundgedanken mittelständischen Denkens bis heute bereits enthalten.

Dieses mittelständische Bewußtsein impliziert zugleich den Übergang von einer liberalen Auffassung der Gesellschaft als Ausgleich verschiedener gleichberechtigter nebeneinander stehender Interessen zu einem Denken, das die Gesellschaft als eine organische Ordnung sieht, in der jeder Teil seinen für ihn bestimmten Platz einnimmt, und gegen die zu verstoßen eine Sünde nicht nur wider die Gesellschaftsordnung, sondern wider das allgemeine Wohl, wider die gesamte Kultur darstellt (DI 6/78, 12/168-70). In der Mitte dieser Ordnung, sowohl sozial als auch politisch, wirtschaftlich, aber auch ethisch und kulturell (DI 6/78, 13/177-8), sieht der mittelständische Unternehmer seine eigene von den Extremen bedrohte Position.

c) Centralverband Deutscher Industrieller

Will man sicher gehen, daß das, was hier konzentriert dargestellt ist, wirklich das Bewußtsein gerade der kleineren, in Abhängigkeit geratenden Unternehmer ist, und daß sich damit ein spezifisch mittelständisches Gesellschaftsbild im Gegensatz zu den Vorstellungen der Großindustriellen entwickelt, so läßt es sich nicht umgehen, auch die Vorstellungswelt dieser Gruppe kurz zu analysieren und darzustellen. Daher sollen die Ergebnisse der Zusammenstellung von Äußerungen in der "Deutschen Industrie-Zeitung" des Centralver-

bandes Deutscher Industrieller zu entsprechenden Fragen hier in ähnlicher Weise zusammengefaßt dargestellt werden.

Der im Centralverband vertretene Teil der Industriellen ist Anfang des Jahrhunderts vor allem an der Erhaltung der Ordnung und der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft interessiert. Um Autorität, Ordnung und Wohlstand zu wahren, verlangen diese Unternehmer nach einer starken Regierung (IZ 5/125). Sie empfinden darum auch das Parteiwesen als Hemmnis (IZ 7/1) und fürchten die Demokratie, die als "ein Greuel" das öffentliche Leben "durchseucht" (IZ 6/150, 6/265) und alles zu versanden und zu verflachen drohe (IZ 6/149). Das "Liebeswerben der Abgeordneten" um Stimmen erhöhe das Selbstbewußtsein der Sozialdemokratie (IZ 5/280); und die Stellungnahme des Evangelisch-Sozialen Kongresses für die Gewerkschaften leiste nur Schrittmacherdienste für die Sozialdemokratie, so daß dem internationalen Umsturz die Früchte in den Schoß fallen müßten (IZ 5/293). Man fordert daher eine Regierung, die Ruhe und Ordnung erhält und wirksame Autorität ausübt. Das Parlament soll vor allem der "Tagesströmung" und der Popularität nicht zu sehr nachgeben (IZ 5/125).

Im Interesse der öffentlichen Ordnung ist es nach Meinung der "Deutschen Industrie-Zeitung" nötig, das Koalitionsrecht einzuschränken (IZ 5/125). Da friedliche Verhandlungen in sozialpolitischen Auseinandersetzungen nur bei ständigem Zurückweichen der Unternehmer eine Aussicht auf Erfolg hätten (IZ 5/623), und man dem Versuch, die Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft einzuordnen, wenig Erfolgsaussichten beimißt (IZ 7/506), sollte mit den Gewerkschaften, die den Umsturz pflanzen, nicht verhandelt werden (5/450). Die Großindustriellen sehen in ihren Verbänden den einzigen Wall gegen die Arbeiterforderungen (IZ 5/119). Sie wollen ihre autoritäre Stellung im Betrieb erhalten, Herr im Haus bleiben (IZ 5/450). Sie stellen der Demokratie, die sie als Banausentum kennzeichnen, das aristokratische Prinzip entgegen (IZ 6/265). Das

Reichstagswahlrecht ist für sie "das radikalste der Welt" (IZ 7/398). Dem "Volksverein für das katholische Deutschland" wünscht die IZ, daß es seinen Führern im Kampf gegen die Sozialdemokratie gelingen möge, die Führung zu behalten und die Demokratie zu einer "frommen Illusion" zu machen, und verhehlt dabei nicht, daß ihr selbst die autoritär-gewaltsame Lösung des Demokratieproblems als die sympathischere und erfolgsversprechendere erscheint (IZ 6/424).

Die Großunternehmer glauben mit ihrer Politik den Gesamtinteressen des Volkes, besonders der "im gewerblichen Leben tätigen Volksteile" zu dienen (IZ 5/387). Sie sehen die fortschreitende Konzentration des Kapitals und Vergesellschaftung der Betriebe als eine wirtschaftlich notwendige Entwicklung an, die freilich den nicht zu ändernden Nachteil habe, daß die Chance, selbständig zu werden, für den einzelnen geringer werde (IZ 5/281). Als ihre gesellschaftspolitischen Aufgaben sehen die Großunternehmer weiter vor allem die Sammlung und den Appell an die eigene Kraft an (IZ 6/387) für den Kampf gegen die Gefahren der Sozialdemokratie und "zur Vertretung der Interessen der Gütererzeugung" (IZ 5/280). Sie wollen den Glauben an die Zukunft des Klassenkampfes und der Sozialdemokratie zerstören (IZ 6/387) und beklagen sich, daß die Industrie im öffentlichen Leben und in den Parlamenten fast ohnmächtig sei und nur eine Verteidigungsstellung einnehme (IZ 5/173). Man wisse die Öffentlichkeit darüber aufklären, was die Industrie alles für das Wohl der Massen und der Gesamtheit tue; das sei vor allem die Aufgabe der Presse (IZ 7/74).

Insgesamt läßt sich die Gesellschaftsvorstellung der Großindustrie um 1905-7 charakterisieren als ein ausgesprochen patriarchalisch-autoritäres Ordnungsdenken, das in der gesellschaftlichen Struktur vor allem die hierarchische Ordnung erhalten möchte. Deshalb wird alles, was diese Ordnung stören könnte, abgelehnt. Wenn die Öffentliche Meinung gestört ist und die Ordnung bedroht, muß man die Presse dazu bringen, ihre Aufgabe besser zu erfüllen und das Ansehen und die Stellung

der Industrie in der Öffentlichkeit wiederherzustellen. Wenn die Demokratie das öffentliche Leben zu verflachen droht, tritt man für das aristokratische Prinzip ein. Wenn die Sozialdemokratie den Umsturz plant, sammelt man die eigenen Kräfte, um die Autorität und Ordnung mit allen Mitteln, die vor dem Umsturz schützen können, aufrecht zu erhalten.

In den Jahren 1912-1914 hat sich dieses Bild nicht wesentlich verändert. Die Großunternehmer sind empört darüber, daß die Sozialdemokratie "hohnlachend über die Staatsautorität hinweg" geht und die Staatsgewalt ausschaltet (IZ 12/461) und fordern die Wiederherstellung der staatlichen Autorität (IZ 12/132). Die Regierung müsse stark werden und bleiben (IZ 12/59). Freilich sieht man Grund zum Klagen: ein Teil des Volkes sei rettungslos der Sozialdemokratie verfallen (IZ 12/344), während das Wahlrecht der Industrie die Möglichkeit nehme, ihre Interessen im Parlament zu verteidigen (IZ 12/559). Deshalb fordern die Großindustriellen jetzt, ähnlich der mittelständischen Industrie, ein berufsständisches Oberhaus, das dem Reichstag politischen Widerstand entgegensetzen könne (IZ 12/736). Vor allem wendet man sich gegen jede Reglementierung der Industrie (IZ 13/244). Im übrigen überantworte das allgemeine Wahlrecht den Massen "die unersetzlichen kulturellen, ethischen und materiellen Werte der Industrie (IZ 12/736).

Die Aufgabe der schaffenden Teile des Volkes ist es in den Augen der Großindustriellen, die rote Flut einzudämmen (IZ 12/59). Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, die als staats- und ordnungsfeindliche Bewegung gekennzeichnet wird (IZ 12/461), wird als "vaterländisches Rettungswerk" verstanden (IZ 12/497-8). Es sei eine Illusion zu glauben, sozialpolitische Opfer könnten die Gegensätze im Volk ausgleichen (IZ 12/123). Nur friedliche Arbeit sei der Urquell der vaterländischen Wohlfahrt (IZ 12/204). Deshalb müsse die Arbeiterschaft auf die freudliche und wohlwollende Gesinnung des Unternehmers vertrauen (IZ 12/460).

Die Großindustriellen unterscheiden "zwei Leben" in Deutschland - ein wirtschaftliches und ein politisches. Das wirtschaftliche sei kerngesund (IZ 12/42), man müsse nur die Arbeiter befreien von der Bevormundung durch eine staatsfeindliche Partei (IZ 12/666), und das wirtschaftliche Leben nicht politisieren (IZ 13/687). Stattdessen müsse man die industriellen Organisationen ausbauen als Gegengewicht gegen die Arbeiterschaft (IZ 13/687).

Die "Deutsche Industrie-Zeitung" spricht von einem "Wirtschaftlichen Organismus", in dem die Kartelle Glieder darstellten (IZ 12/190). Auf dem Eisenmarkt sei durch das Kartell Ordnung und Aufsicht eingeführt worden (IZ 12/612). Der Centralverband bezeichnet sich nach wie vor als Vertreter der gesamten Industrie - im Gegensatz zum Bund der Industriellen, der sich jetzt auch in seinem Selbstverständnis auf die Interessenvertretung der Fertigindustrie bzw. der Klein- und der Exportindustrien beschränkt. Während der Bund betont, er habe keine Wendung nach rechts vollzogen (DI 14/64), sichert der Centralverband sich ab: auf dem Wege nach links werde der Bund ihm nicht begegnen (IZ 13/565). Der Centralverband sei jedoch nicht einseitig hochschutzzöllnerisch und konservativ (IZ 13/443).

Sich selbst sehen die Großunternehmer als "Schöpfer und Träger des deutschen Industrialismus" und "Mehrere des Nationalgutes" an (IZ 12/736). Sie beklagen, daß die "Pächter der Öffentlichen Meinung" die Spaltung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertiefen (IZ 13/937), kritisieren den einseitigen Konsumentenstandpunkt und den "Bedarf an Kritiksucht und Opposition" der Öffentlichkeit (IZ 12/611) und fordern, die Presse solle Belehrung und Aufklärung treiben, um der Industrie ihren angemessenen Platz in der Öffentlichkeit zu sichern (IZ 12/736). Die Industrie sollte nicht nach der Gunst der Massen schießen (IZ 12/132); sie sollte den Massen klarmachen, "wie gefährlich die Sozialdemokratie ist" (IZ 12/460).

Schließlich widerspricht ein Aufsatz in der IZ den Stimmen, die einen Krieg zur Erhaltung der deutschen Manneskraft und Tugend empfehlen: Die Industrie übe die männlichen Tugenden der Entsagung, Opferwilligkeit und Todesverachtung genügend. So könne Deutschland, zum Krieg bereit, ein Hort des Friedens bleiben (IZ 13/3-4).

In der Entwicklung des Bewußtseins der Großindustriellen im Centralverband hat hauptsächlich die Schärfe der Sprache zugenommen; die nationalen Töne sind stärker hervorgetreten; neben der Ordnung wird jetzt auch die Nation verteidigt (IZ 12/132, 12/188). Der Staat bekommt die Aufgabe zugedacht, mit starker Hand die Bedingungen für die industrielle Produktion zu sichern (Frieden, Autorität, Gesellschaftsordnung), soll aber die Industrie in ihrer Handlungsfreiheit nicht stören. Die Öffentlichkeit wird stärker als um 1906 als ein Faktor empfunden, der gefährlich werden könnte - aber man überträgt die Verbesserung des eigenen Ansehens in der Öffentlichkeit weitgehend der "zuständigen" Presse. Man sammelt die eigenen und mobilisiert die nationalen Kräfte, um die bestehenden Gefahren einzudämmen.

d) Die Entwicklung von 1905 bis 1914 (Zusammenfassung)

Zusammenfassend läßt sich die Entwicklung der Vorstellungen der mittleren und kleinen Unternehmer zur Gesellschaftsordnung so charakterisieren:

Die selbständigen Unternehmer der Fertigindustrie sehen in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Gesellschaftsordnung als eine Organisationsform an, die den Ausgleich privater Interessen bewirkt und durch den Kräfteausgleich den sozialen Frieden sichert. In diesem Spiel der Interessen sehen sie sich selbst als eine Gruppe unter anderen. Sie sind mit dieser Gesellschaft grundsätzlich zufrieden und drängen nach Mitarbeit, um den Fortschritt zu verwirklichen und um anderen Gruppen besser entgegenzutreten zu können, die versuchen, den liberalen Interessenausgleich zu ihrem Vorteil zu stören oder zu umgehen.

Damit unterscheiden sie sich von der Großindustrie, die nicht mehr dem liberalen Ausgleich vertraut, sondern ihre inzwischen erworbene wirtschaftliche Vormachtstellung durch Betonung und Ausübung der bestehenden Autorität und Ordnung notfalls gewaltsam erhalten will, zunächst nur in der Blickrichtung. Während die Unternehmer der Fertigindustrie noch hoffen, im Zeichen des freien Kräfteausgleichs ihre gesellschaftliche Stellung verbessern zu können, und deshalb versuchen, anderen Gruppen als gleichberechtigten Konkurrenten im Interessenwettbewerb gegenüberzutreten, solange diese nicht gegen die Spielregeln der Gesellschaftsordnung, wie sie sie verstehen, verstoßen, verteidigen die Großindustriellen die bestehende Ordnung, um in ihrem Schutz die gewonnenen Vorteile ungestört genießen zu können. Sie wissen sich von der Entwicklung begünstigt und wollen alle Veränderungen vermeiden, die diese Gunst der Verhältnisse beeinträchtigen könnten.

Das ändert sich in der Zeit nach 1911. Die kleineren Unternehmer im Bund der Industriellen bekommen nun deutlich zu spüren, daß der Interessenausgleich nicht mehr funktioniert und sie in die Gefahr geraten, aus ihrer Position verdrängt zu werden. Zwischen den beiden großen Gegenspielern der kapitalistischen Gesellschaft, der Arbeiterbewegung einerseits und der Großindustrie, die weiterhin, mit gesteigerter Lautstärke, die bestehende Ordnung verteidigt, auf der anderen Seite, fürchten sie zerrieben zu werden, zumal sie auch in der Öffentlichen Meinung wenig Rückhalt spüren. So versuchen sie ihre Position als die mittlere Position in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu rechtfertigen, und wollen ihre eigene Funktion als eine gesellschaftlich wertvolle und vom praktischen Leben gerechtfertigte Aufgabe erhalten und in der Öffentlichkeit anerkannt und vom Staat geschützt wissen. Fühlten die kleineren Unternehmer sich vor 1908 noch als eine Gruppe unter anderen, so verstehen sie sich jetzt als mittelständische Unternehmer, deren Stellung in sich selbst sozial wertvoll und legitimiert ist.

Der Staat, den sie vor 1908 noch als bloßen Wächter über den ordnungsgemäßen Verlauf des Interessenausgleichs, als "Nachtwächterstaat", ansahen (im Gegensatz zur Großindustrie, die in ihm schon damals den Garanten der Autorität und Ordnung sah), bekommt nun die Aufgabe zugeordnet, bedrohte Glieder des gesellschaftlichen Organismus zu beschützen und die Interessen der Benachteiligten notfalls mit seinen Machtmitteln durchzusetzen. Dabei wird das System des Interessenausgleichs als ganzes zunächst nicht angezweifelt, sondern es soll gegen "extreme" Sonderinteressen verteidigt werden. Allerdings kündigt sich bereits die Veränderung von der Vielfalt der Interessen zum Ordnungsdenken, zur Einordnung, vom legitimen Egoismus zum "Gemeinwohl" an, die dann nach 1918 endgültig vollzogen wird¹¹.

Die Öffentliche Meinung tritt den mittelständischen Unternehmern insgesamt erst gegen 1911 als gesellschaftliche Macht ins Bewußtsein, die Gefahren in sich trägt, aber auch ein nützliches Instrument werden könnte. So ist die Neuroorientierung der Unternehmer im Bund der Industriellen zugleich auch der Versuch, vor diesem Forum die Selbstverteidigung aufzunehmen. Die Demokratisierung zwingt, wenn sie nicht mehr als aufhaltbar erscheint, zur Beeinflussung der Öffentlichen Meinung, zwingt dazu, die Meinung der Menge möglichst günstig zu stimmen. Vom Bund der Landwirte lernend, beschließt man daher im Bund der Industriellen, Propaganda zu treiben, um soweit möglich die Öffentliche Meinung für seine Zielsetzungen zu gewinnen. Die eigene Position soll in möglichst publikumswirksamen Formen der Öffentlichkeit dargeboten werden.

Die Großindustrie hat die unbequeme Rolle der Öffentlichkeit schon früher begriffen, aber ihre Beeinflussung nicht so dezidiert zu einem Programm gemacht. Stattdessen spielt sie auf dem Klavier der nationalen Begeisterung und bringt auf diesem Wege ihre eigenen Interessen als "allgemeine" nationale Interessen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Sah die Fertigindustrie ihre gesellschaftspolitische Aufgabe um 1906 noch in der gemeinsamen Arbeit zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, um bessere Zustände zu schaffen, die eine neue Blüte der Wirtschaft ermöglichen sollten, so ist ihr wichtigstes Ziel nach 1911, sich zu behaupten und durchzusetzen gegen ihre Gegner. Da die Politik und die Öffentlichkeit ihr dabei zu Hilfe kommen sollen, gewinnt die politische und öffentliche Betätigung für die Unternehmer des Bundes der Industriellen (jedenfalls als Programm) große Bedeutung.

e) Weiterentwicklung in der Weimarer Zeit

Die typischen Züge dieses neu entstehenden mittelständischen Gesellschaftsbildes der kleinen Unternehmer lassen die Kontinuität zu dem mittelständischen Unternehmerbewußtsein der Weimarer Zeit deutlich erkennen. Während sich jedoch vor 1914 die kleinen Unternehmer aus der Industrie als Gesamtheit herausentwickeln und sich gerade im Gegensatz zur Großindustrie ein eigenes, sich bewußt von der konzernierten Groß- und Rohstoffindustrie unterscheidendes mittelständisches Gesellschaftsbild schaffen, passen sich die Großindustriellen nach dem Kriege in ihren öffentlichen Äußerungen stark an die mittelständischen Vorstellungen an. Oftmals ist es schwer zu unterscheiden, ob ein Sprecher oder Schreiber der mittelständischen oder der Großindustrie entstammt.

Seit 1914 sind der "Centralverband Deutscher Industrieller" und der "Bund der Industriellen" im "Kriegsschutz der Deutschen Wirtschaft" zusammengeschlossen, dem im Februar 1919 mit der Gründung des "Reichsverbandes der Deutschen Industrie" die endgültige Verschmelzung der Verbände folgt. Mit Rücksicht auf die Einheit des Reichsverbandes, der die deutsche Industrie als einen einheitlichen Organismus ansieht¹², wird die Polemik der gegensätzlichen Interessen innerhalb der Industrie gegeneinander möglichst vermieden. Der Reichsverband versucht trotz weiterbestehender Gegensätze eine einheitliche Arbeit als "eine Art Wirt-

schaftsparlament, ein Kontrollorgan, das überparteilich alle Fragen der deutschen Wirtschaft ... zum Wohle Deutschlands zu lösen bestrebt ist"¹³.

Der Reichsverband versucht vor allem Einfluß auf die Regierung zu gewinnen¹⁴. Trotz der ständigen Bemühungen um die Einheit des Verbandes besteht oft die Gefahr des Ausscheidens einzelner Gruppen besonders der mittleren und kleineren Unternehmer, doch gelingt es bis zur Gleichschaltung am 4.4.1933¹⁵ die Einheit zu bewahren. Der Gegensatz zwischen der Großindustrie und den Kleinbetrieben aber lebt innerhalb des Reichsverbandes fort, wie sich an den ständigen Appellen ablesen läßt, die Gegensätze innerhalb des Verbandes zu diskutieren, statt sie in die Öffentlichkeit zu tragen¹⁶.

Tatsächlich äußern sich die Verbände der verarbeitenden Industrien, soweit sie als Regional- oder Fachverbände innerhalb des Reichsverbandes weiterbestehen, nur sehr zurückhaltend und belten zu den Interessengegensätzen und beschränken sich weitgehend auf fachliche Fragen. Aber in Zeitungsveröffentlichungen und einzelnen Reden werden die Gegensätze hier und dort doch versteckt oder direkt ausgesprochen.

Wie die Großindustriellen, sehen auch die mittelständischen Unternehmer in Planwirtschaft, Sozialisierung, Wirtschaftsdemokratie und Rätssystem die großen Gefahren der Nachkriegszeit¹⁷. Beide Gruppen treten deshalb gegen alle Experimente und gegen Erschütterungen des Wirtschaftslebens ein¹⁸. Auch die Großindustriellen fordern, das "freie Spiel der Kräfte" zu erhalten¹⁹. Während sie jedoch die Kartelle als "Kinder der Not" rechtfertigen und den Zusammenschluß der kleinen Industrieunternehmer für notwendig halten, da der Wille zur Selbständigkeit für den Fortschritt, gerade in der Sozialpolitik, hinderlich sei²⁰, beklagt die andere Gruppe sich darüber, daß durch die Konzentration ein Teil der selbständigen Unternehmer enteignet und zu Bürgern zweiter Ordnung gemacht werde²¹.

Beide Gruppen sehen die Industrie und die Gesellschaft als Organismus an²². Während jedoch die Großindustrie die Trennung von Politik und Wirtschaft und die Ausschaltung aller Parteidogmen aus dem Reichsverband empfiehlt²³, suchen die mittelständischen Industriellen "neue Lebensformen" auch in der Wirtschaft²⁴. Walter Eucken empfiehlt einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus in seiner "Ordo", -einer Theorie, die vor allem dem mittelständischen Unternehmertum eingeleuchtet haben muß -; Franz Oppenheimer will durch Beseitigung der Monopole, vor allem des Bodenmonopols, die Wirtschaft entgiften etc.²⁵. Beide Industriellengruppen suchen neue gesellschaftliche Ordnungsformen in den Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die mittelständischen Unternehmer bauen ihren Gedanken der friedlichen Zusammenarbeit im Betrieb und der Integration der Arbeiter in die Gesellschaft, den sie schon vor 1914 vertraten, aus zu einer "neuen Auffassung des Berufes" (des Unternehmers): Wenn früher der Eigennutz des einzelnen als der Nutzen des Ganzen angesehen worden sei, so gelte heute der Satz: Arbeit schändet nicht. Der Unternehmer müsse Mitarbeiter in der Arbeitsgemeinschaft des Betriebes werden²⁶. Auch mit der Bürokratie strebt man eine Verständigung an²⁷. Die Großindustrie fordert eine Revision des Verhältnisses von Unternehmer und Arbeiter. Man müsse an einem Strang ziehen in zielbewußtem gemeinschaftlichen Arbeiten²⁸. Im übrigen wird die Rückkehr zu der Solidarität und den "strengen Maximen der Generation vor uns" empfohlen²⁹.

Die eigene Rolle in der Gesellschaft sehen beide Gruppen als einen Dienst am Volk³⁰. Die selbständigen Unternehmer sehen sich außerdem als eine Stütze der staatlichen Autorität und Ordnung an³¹ - (was die Großen von sich gar nicht erst betonen zu müssen glauben).

Die Stellung gegenüber dem Weimarer Staat ist in beiden Gruppen der Industriellen vorsichtig bis ablehnend; man versucht einerseits, den Staatsapparat so weit wie möglich zu beeinflussen; andererseits betont vor

allein die Großindustrie die Trennung von Wirtschaft und Politik, während die mittelständischen Unternehmer befürchten, daß zu viele staatliche Regelungen das Wirtschaftsleben gefährden³². Die Demokratie wird in der Großindustrie nach wie vor als "Degeneration" angesehen, die, auf die Wirtschaft übertragen, verheerende Folgen haben würde³³. Man gibt unverhohlen seiner Sympathie zu dem autoritären Staate Bismarcks Ausdruck; die Frankfurter Zeitung stellt 1930 fest, viele Funktionäre des Großkapitals trieben der Diktatur zu, um mit Gewalt der Unzufriedenheit Herr zu werden³⁴.

Die mittelständischen Unternehmer fürchten in der "Demokratisierung" vor allem die Bürokratisierung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens und die "Angst vor der Verantwortung", die diese mit sich bringe³⁵. Sie fühlen sich mehr und mehr als Enterbte, die durch die Unzufriedenheit in die Gegnerschaft, ja Feindschaft zum Staate gedrängt werden³⁶.

In der Frage des europäischen Zusammenschlusses neigen die mittelständischen Unternehmer zur Einheit des Marktes und der Völker, während die Großindustrie erst die nationalen Kräfte stärken will, ehe sie das Risiko internationaler Konkurrenz eingeht³⁷.

Die Öffentlichkeit wird noch mehr als vor dem Kriege als Macht erkannt, in die zu wirken vor allem die mittelständischen Unternehmer als ihre Aufgabe ansehen, um eine "vernünftige Würdigung" des Unternehmers zu erreichen und eine Mehrheit im Volk für sich zu gewinnen, während die Großindustrie vor allem um Verständnis für die "wirtschaftlichen Notwendigkeiten" wirbt und das Bewußtsein vom Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern ändern möchte³⁸.

So stellt sich das Bild, das die mittelständischen Unternehmer der Weimarer Zeit von der Gesellschaftsordnung besitzen, als eine stringente Fortentwicklung der Vorstellungen dar, die sie bereits vor 1914 entwickelten. Daß diese Gesellschaftsvorstellung in der politischen Entwicklung nach dem Ende des Krieges auch für die Großindustrie, gegen die die kleinen und mitt-

leren Unternehmer sich einst mit eben diesen Vorstellungen abgrenzen und absichern wollten, an Anziehungskraft und Bedeutung gewinnt, wird in dem Abschnitt über das Selbstbild noch deutlicher werden. Es erscheint auf den ersten Blick als eine Ironie der Geschichte, daß gerade die Vorstellungen der Gruppe, die als Unterlegene aus der Industrie heraussinkt, nach dem ersten Weltkrieg die Vorstellungen der gesamten Industrie zu bestimmen beginnt. Bei einer genaueren Betrachtung wird sich das freilich als eine bedeutsame und durchaus konsequente Entwicklung herausstellen.

C. Zum Selbstbild

a) Die Entwicklungstendenz

Während sich an den unternehmerischen Vorstellungen von der Ordnung der Gesellschaft verhältnismäßig leicht eine zeitliche Veränderung feststellen und relativ genau abgrenzen läßt, ist diese zeitliche Lokalisierung der Entstehung eines neuen Selbstbildes wesentlich schwieriger. Schon im Jahre 1906 wird von einigen Autoren in der "Deutschen Industrie" eine Selbstinterpretation gegeben und propagiert, die dem alten patriarchalischen Herr-im-Hause-Standpunkt und der liberalen Konzeption der Konkurrenz der Gleichen ein völlig neues Selbstverständnis gegenüberstellt. Aber diese neue Ansicht bleibt vereinzelt, sie wird noch nicht zum allgemeinen Bewußtsein der kleineren und mittleren Unternehmer. Andererseits tauchen in den Auseinandersetzungen mit den beiden wichtigsten Gegnern in dieser Zeit Argumente auf, die zunächst noch voll in das alte Selbstbild integriert sind, sich aber später als Bestandteile der neuen Vorstellungen erweisen. So will der Bund der Industriellen die Interessen der Fertigindustrie, namentlich der mittleren und kleinen Betriebe, gegenüber den Rohstoff- und Halbstoffkartellen vertreten und stellt in diesem Zusammenhang fest: "In diesem Sinne treibt auch der Bund der Industriellen wirtschaftliche Mittelstandspolitik"(DI 5/15). Obwohl die gegenwärtige praktizierte Form dieser Interessenver-

tretung noch nichts mit Mittelstandspolitik, wie sie später verstanden wird, zu tun hat, und obwohl die Formulierung "in diesem Sinne" sich abgrenzt von der Mittelstandspolitik anderer Gruppen, ist hier doch schon der spätere Weg angedeutet. Ähnlich ist die Forderung nach Verstaatlichung eines Teils des Kohlebergbaus (DI 5/17, 5/232) zum Schutz der konsumierenden Industrien, obwohl nur als ein Korrektiv gegen willkürliche Marktverzerrung durch private Macht verstanden, doch ein erster Schritt zur Forderung nach Staatsschutz für den Mittelstand. Ähnliches gilt, wenn man die Arbeiter nicht nur in den Betrieben beherrschen will, sondern sie auch durch private Lektüre an "besseres und reineres" als die Verhetzung durch die Sozialdemokratie gewöhnen will (5/270) oder sich von der Gewinnbeteiligung eine "Hebung des Charakters" der Arbeiter erwartet (5/123). Damit ist zwar noch nicht die später übliche moralische Begründung gesellschaftlicher Positionen und Funktionen vorweggenommen, jedoch weist das Argument deutlich in diese Richtung.

Andererseits aber stellt sich bei genauem Zusehen heraus, daß das, was sich als typisch mittelständisches Selbstbild der mittleren und kleinen Unternehmer beschreiben ließe, sich auch 1914 noch nicht allgemein durchgesetzt hat. Zwar werden die wesentlichen Züge eines mittelständischen Unternehmerbewußtseins seit 1912-1913 in der Argumentation des Bundes der Industriellen zu wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Fragen offiziell verwendet; und ein größerer Teil der Mitarbeiter der "Deutschen Industrie" schreibt aus diesem neuen Selbstverständnis heraus. Aber daneben ist die alte Form der Argumentation noch keineswegs überwunden. Auch zeigt sich, wenn man die letzten Jahrgänge der "Deutschen Industrie" vor 1914 vergleicht mit den Unternehmeräußerungen nach 1918, daß in vielen einzelnen Fragen das mittelständische Konzept des unternehmerischen Selbstverständnisses im Bund der Industriellen noch nicht zu Ende entwickelt worden ist. Argumente, die 1918 bis 1933 wesentlich das mittelständische Denken bestimmen, sind im Bund der Industriellen noch gar nicht zu hören, obwohl sie sich aus der Kon-

zeption, die um 1912 im Bund entsteht, als konsequente Folgerungen ableiten lassen. Insofern läßt in einzelnen Komplexen erst die Betrachtung der Unternehmer-äußerungen nach 1918 die volle Breite des mittelständischen unternehmerischen Selbstbildes erkennen, obwohl alle diese Züge bereits in den Vorstellungen der letzten Jahre vor dem Weltkrieg angelegt sind. Aus der Tatsache, daß das neue mittelständische Unternehmerbild bis 1914 noch nicht in allen Schattierungen voll entwickelt ist, läßt sich jedoch nicht schließen, daß es illegitim wäre, es in der Zeit vor 1914 nachzuweisen. Zwar ergibt sich für die Darstellung die methodische Schwierigkeit, daß sie manche Züge nur unter Hinzuziehung späterer Äußerungen in ihrem Stellenwert voll sichtbar machen kann. Jedoch läßt sich auf diesem Wege die Tendenz feststellen, die sich bis 1933 weiter entfaltet, und ablesen, inwieweit das vor 1914 entstehende Selbstbild tatsächlich die Entstehung eines spezifischen mittelständischen Unternehmergebewußtseins kennzeichnet, das dann nach 1918 vollends wirksam wird. Eine reine interpretationsfreie positivistische Darstellung ist freilich in diesem Abschnitt noch weniger möglich als bei der Untersuchung der Ordnungsvorstellungen. Die anschließende Quantifizierung des vorhandenen Materials kann jedoch zur Absicherung der aufgestellten Hypothesen dienen und belegen, welche Züge vor 1914 bereits voll entwickelt sind, welche nur anklingen und welche erst nach 1918 hervortreten.

b) Selbständigkeit und Unternehmerpersönlichkeit

Die Gruppe kleinerer und mittlerer Unternehmer, die der Bund der Industriellen organisatorisch vertritt, sehen ihre gesellschaftliche Position nach 1911 in zunehmendem Maße bedroht und fürchten, zwischen den kräftigen Gruppen, die sich in der Gesellschaft gegenüberstehen, der Sozialdemokratie auf der Linken und der kartellierten Schwerindustrie sowie der Landwirtschaft auf der Rechten, erdrückt zu werden. Die Zollpolitik der Großindustrie und der Landwirtschaft erschwert ihre

Exportaussichten, und die Tendenz der zunehmenden Konzentration und der Kartellierung in der Großindustrie droht auf die Fertigindustrie überzugreifen und ihre selbständige Existenz zu zerstören. Auf der anderen Seite erschwert die Arbeiterbewegung durch Lohnforderungen und die ständig wirksame Furcht vor Streiks³⁹ eine rentable Produktion, die Voraussetzung der selbständigen Weiterexistenz innerhalb des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems ist, während das sozialdemokratische Ziel der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft dieses Wirtschaftssystem selbst und damit auch die Stellung des selbständigen Unternehmers in ihm abzuschaffen droht.

Gleichzeitig beginnt den Unternehmern bewußt zu werden, daß die Öffentlichkeit eine Macht ist, die sie nicht länger ignorieren können. Hatten die Unternehmer im Bund der Industriellen bisher (- und in der Großindustrie tat man es weiterhin bis 1918 -), je stärker der Druck der öffentlichen Meinung wurde, desto unwilliger reagiert und gegen die Parteien gewettert, die ihre Politik der Volksmeinung anpaßten, die nicht die "wirtschaftlichen Notwendigkeiten", sondern den Unverstand der Massen zum Maßstab der Dinge mache (DI 6/76-8, IZ 6/125-13/937, 12/132), so wird ihnen mehr und mehr deutlich, daß die Öffentliche Meinung eine Macht ist, gegen die sie nichts ausrichten können, deren Gunst ihnen dagegen eine Chance gegenüber den anderen Gruppen bieten zu können scheint (DI 12/148, 13/97). Sie begreifen, daß die Demokratisierung der Gesellschaft sich nicht mehr aufhalten läßt, ja daß der Versuch, die Rechte der Massen des Volkes zu beschneiden, zum umso schnelleren Ende der bestehenden Gesellschaftsordnung in einer Revolution führen könnte (DI 12/338-9, 13/8-10, 13/178-80, vgl. auch bereits DI 6/225 und 8/185). Sie verstehen, daß unter diesen Bedingungen gegen den Willen des Volkes, gegen die öffentliche Meinung nichts auszurichten ist, daß dagegen derjenige, dem die Öffentlichkeit zu Hilfe kommt, seine Ziele umso sicherer verwirklichen kann. Statt wie bisher die Demokratie als "Frevel an der Kultur" anzusehen (DI 6/76)

und die öffentliche Meinung zu ignorieren, beginnen sie deshalb auch und gerade vor der Öffentlichkeit die Verteidigung ihrer Position.

Die wirtschaftliche Selbständigkeit ist in den Augen der kleinen und mittleren Unternehmer das entscheidende soziale Gut, gegen das sich die Bedrohung von links wie von rechts richtet und das es zu verteidigen gilt. Die Sicherung der Selbständigkeit gewinnt daher eine zentrale Bedeutung für die Veränderung des Bewußtseins dieser sozialen Gruppe (DI 12/114, 12/227, 14/129) und für ihre Rechtfertigung und Anerkennung vor der Öffentlichkeit und vor sich selbst. Die Selbständigkeit wird als positiver persönlicher und gesellschaftlicher Wert den Kartellen und der anonymen Konzentration mit ihrer bürokratischen Regie der Großbetriebe einerseits (DI 14/10, 14/55, 13/148) ⁴⁰, der Anonymität des einzelnen in der proletarischen Masse und dem Funktionsapparat der Gewerkschaften andererseits (DI 12/114), 12/137) ⁴¹, gegenübergestellt. War der Begriff Selbständigkeit in der Zeit um 1905-7 noch gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit (DI 6/197, 7 /7), so gewinnt er nun eine neue Qualität, wird als Wert in sich empfunden, der einer näheren Begründung gar nicht mehr bedarf, der vielmehr polemisch den anderen Formen der gesellschaftlichen Stellung im Arbeitsprozeß gegenübergestellt wird (DI 12/91, 12/114, 14/54).

Da die selbständigen Unternehmer für ihr Unternehmen persönlich die Verantwortung tragen, während in anderen sozialen Gruppen Verantwortung delegiert wird und Entscheidungen oft in einem bürokratischen Instanzenweg entschieden werden, der ihnen anonym und unpersönlich erscheint und in dem sie eine Verantwortung als schwer lokalisierbar ansehen, verbinden sie den Unternehmerberuf mit der Vorstellung der persönlichen Verantwortung, die das selbständige Handeln kennzeichnet (DI 6/110, 8/124-5, 12/91, 14/211). Dabei arbeiten die selbständigen Unternehmer (zumindest vorwiegend) mit ihrem Eigentum und riskieren bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit ihren eigenen Besitz, was ihnen gerade dann, wenn sie ihre Position gefährdet sehen, be-

sonders zum Bewußtsein kommen muß. Daher verbinden sie das Bewußtsein der Verantwortung mit der Vorstellung von Besitz und Risiko zu einem einzigen Komplex, der als das eigentliche entscheidende Merkmal selbständiger unternehmerischer Tätigkeit erscheint (DI 8/124-5, 8/171-2, 12/114-6).

Durch diese Verantwortung, die sich aus Besitz und Risiko ableitet, sehen die Unternehmer ihre Persönlichkeit in den Grundzügen geprägt (DI 6/110-2, 8/171-2, 12/114-6). Mit dem Persönlichkeitsbegriff verbindet sich wiederum die Vorstellung der Individualität, die der Unternehmer gerade in seiner selbständigen Stellung als am besten realisierbar ansieht⁴².

Andererseits aber werden Persönlichkeit und Individualität auch wiederum als charakterliche Anlagen und Eigenschaften dargestellt, die nicht erlernbar, sondern angeboren sind, und einen Menschen aus der Masse herausheben und ihn eine höhere Stellung erreichen lassen. Der Unternehmer hat also damit, daß er einen Betrieb aufbauen oder übernehmen und leiten konnte, hinreichend bewiesen, daß er eine Persönlichkeit ist, daß er die charakterlichen Fähigkeiten besitzt, die ihn aus der Masse emporwachsen ließen. Daher hat er zu Recht seine gehobene gesellschaftliche Stellung inne. Denn wenn er nicht der rechte Mann dafür wäre, der Risiko und Verantwortung zu tragen versteht, dann würde das Unternehmen bald nicht mehr als selbständiger Betrieb weiterbestehen (DI 12/114, 12/148). Nicht die Genußsucht des Unternehmers, sondern die Vervollkommenung des Betriebes sei das eigentliche Motiv der Arbeit des Unternehmers (DI 10/232-3).

Es stehen sich also zwei widersprüchliche Begründungen für die Vorstellung der Identität von selbständiger Unternehmertätigkeit, Persönlichkeit, Verantwortung und Individualität gegenüber: einerseits das Argument, daß die Unternehmertätigkeit die Persönlichkeit forme, also die These, daß die Stellung die entsprechenden Eigenschaften hervorbringe, daß "der Mensch mit seinen Aufgaben wächst", andererseits die Ansicht, daß die

Leistung letztlich entscheidend sei für die Stellung, daß eine Leistungsauswahl nur den Mann mit den richtigen persönlichen Eigenschaften in die Stellung des Unternehmers gelangen lasse - also die These, daß die Stellung beweise, daß die notwendigen Eigenschaften offenbar vorhanden waren, daß "dem Tüchtigen alle Wege offen stehen".

Der Widerspruch zwischen den beiden Thesen wird, soweit er überhaupt reflektiert wird, aufgelöst, indem man die Vorstellung des individuellen Aufstieges aufgrund charakterlicher Fähigkeiten verbindet mit dem Gedanken des die Persönlichkeit prägenden Berufs: erst wenn beides zusammenkommt, wenn ein Mensch von Format, der die erforderlichen Anlagen und Begabungen mitbringt, von der Aufgabe der selbständigen Unternehmer-tätigkeit geformt wird, entsteht die spezifische Unternehmerpersönlichkeit (vgl. auch etwa Andrew Carnegies Ansicht über den Aufstieg aus armen Verhältnissen, siehe DI 6/175-7). (DI 8/67, 8/124-5, 8/171-2)⁴³. Die Kompromißthesen hieße also etwa: "Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben, wenn er tüchtig genug ist dafür".

Das Prinzip von Angebot und Nachfrage erscheint so in leicht abgewandelter Form auch für den Bereich des sozialen Aufstiegs gültig: da der Aufstieg den Tüchtigsten offensteht, die Wirtschaft aus dem Angebot die fähigsten Leute auswählt und als Nachwuchs entwickelt, da Untüchtige scheitern müssen und Tüchtigere nachrücken, führt das Wirtschaftssystem zu einer automatischen Regulierung der vertikalen Mobilität: Tüchtigkeit bedeutet ein besseres Angebot, also erhöhte Aufstiegschance - der Aufstieg beweist also die Tüchtigkeit. So stellt sich die gerechte Verteilung der Rangplätze in der Pyramide der gesellschaftlichen Hierarchie von selbst her.

Auf diese Weise wird einerseits die gesellschaftliche Position des Unternehmers gerechtfertigt: da die Leistung für seine Stellung entscheidend ist, bekleidet der Unternehmer zu Recht seine Stellung, die ihm Entscheidungsbefugnisse auch über andere, gesellschaftlichen Einfluß und Ansehen gewährt (DI 10/232-3).

Andererseits gilt neben der Begabung die Selbständigkeit als entscheidende Voraussetzung für die Unternehmerleistung. Die spezifischen Unternehmereigenschaften entwickeln sich eben nur unter den Bedingungen selbständiger verantwortlicher Unternehmensleitung, - vor allem die Unternehmerinitiative, die allein den Betrieb vorwärts bringen kann, und deren Verlust auf Kosten der Allgemeinheit gehen müßte. Bereits 1908 entwickelte Stresemann diesen Gedanken (DI 8/63, 8/100, 8/124-5), während der nicht namentlich bekannte O.B. schon 1906 als spezifische Unternehmereigenschaften den Sinn für die Praxis, Scharfblick und Umsicht, Wagemut, Selbstvertrauen und Charakterstärke und schließlich die Kraft und Lust zu rastloser Arbeit aufzählt (DI 6/110-2).

Jedoch gewinnen solche Äußerungen offenbar erst nach 1911 in stärkerem Maße Einfluß im Bund der Industriellen.

Die freie Unternehmerinitiative, die allein eine gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft garantiere, kann der selbständige Unternehmer - seinem neuen Selbstverständnis nach - nur entfalten, wenn er in seinen Entscheidungen nicht durch soziale Lasten, durch Mitspracherechte der Arbeiter, durch zu hohe Steuern oder Belastungen durch Zölle und zu hohe Preise der Rohstoffkartelle behindert wird (DI 8/256-7). Wenn gesetzliche Maßnahmen die unternehmerische Bewegungsfreiheit zu sehr einschränken, müsse das zur Hemmung der Unternehmertätigkeit und schließlich zu "Unternehmerwürdigkeit" und Resignation führen (DI 12/168). Das erscheint besonders bedenklich, da gerade die mittleren und kleineren Unternehmen "vorwiegend auf der persönlichen Leistung des Unternehmers beruhen" (DI 13/178).

Auf der anderen Seite fürchten die selbständigen Unternehmer in der Konzentration der Wirtschaft die Tendenz, die spezifische, in der selbständigen Persönlichkeit begründete, individuelle Unternehmerinitiative aus der Wirtschaft zu verdrängen und durch bürokratische Verwaltungsentscheidungen zu ersetzen (DI 8/100, 8/63). Man stellt die Selbständigkeit daher der Bürokratie polemisch gegenüber, um so die eigene Stellung gegenüber der Großindustrie und ihren Organisationsformen ab-

grenzen zu können, aber auch die Entscheidungen der gewerkschaftlichen und staatlichen Bürokratie abwerten zu können (DI 11/304), und schließlich die Sozialisierung als Weg zur totalen Bürokratisierung zu brandmarken (DI 12/116). So bleibt schließlich in den Augen des kleinen Industriellen - und wie er hofft für die Öffentlichkeit - als einziger Weg zu einer vernünftigen wirtschaftlichen Entwicklung das Vertrauen auf die individuelle Initiative der selbständigen Unternehmerpersönlichkeit, die aus der auf Besitz und Risiko beruhenden Verantwortung heraus dem Wohle der Wirtschaft und des Ganzen dient.

Diese Anschauungen sind in die Argumentation der Unternehmer eingegangen, die sich in der "Deutschen Industrie" zu Wort melden. Sie sind freilich vor 1914 noch nicht zur Selbstverständlichkeit für die Gesamtheit der mittelständischen Unternehmer geworden. Einzelne Züge sind noch kaum bewußt, geschweige denn reflektiert; manche Zusammenhänge werden vorerst nur von einzelnen Autoren aufgezeigt oder auch nur geahnt. So fällt es an einigen Stellen der Interpretation schwer, einen Beleg durch ein einzelnes Zitat oder eine Belegstelle zu geben; vielmehr müßte man eine Reihe von Aufsätzen wiedergeben, um die Richtigkeit der Interpretation zu erweisen.

Ganz anders ist dies nach 1918. Jetzt wird unzweideutig ausgeführt, was vor dem Krieg noch wie ein Entwurf anmutet verglichen mit der massiven Form nach 1918. Jetzt will der selbständige Mittelstand das Privateigentum mobilisieren gegen die Unselbständigkeit⁴⁴. Die Persönlichkeit wird der "Entpersönlichungstendenz der Zeit" entgegengestellt⁴⁵; man fordert die "Wiederverpersönlichung der Wirtschaft" und klagt die "Anonymität und Atomisierung des Wirtschaftsrisikos" an, die "schöpferische Einzelpersönlichkeit" zu verdrängen⁴⁶. Nur die aus Gewinn und Risiko entspringende Verantwortung sichere das Funktionieren der Wirtschaft⁴⁷. Daher sei der selbständige Unternehmer als Energiequelle der deutschen Wirtschaft und als Stütze der staatlichen

Autorität und Ordnung unentbehrlich⁴⁸. Der Unternehmer wird nun seiner Leistungsfunktion nach vom Kapitalisten unterschieden, der zwar durch sein Geld, aber nicht durch seine unternehmerische Leistung und Initiative dem Ganzen diene⁴⁹.

Auch die Großindustrie übernimmt in gewissem Maße diese Argumente, wenn sie betont, auch innerhalb der großen Konzerne gebe es noch genug Raum für die individuelle Unternehmertätigkeit - der Wille zur Erhaltung der Selbständigkeit und eigenen Verantwortung in den kleinen Betrieben hemme dagegen eine bessere Ausgestaltung der Sozialpolitik⁵⁰.

Gegenüber solchen Vorwürfen führen die kleinen Industriellen den "verantwortungsbewußten selbständigen Unternehmer" ins Feld, der das Risiko allein trägt und daher dem verantwortungslosen und schwerfälligen Beamtenapparat überlegen sein müsse⁵¹. Die Konzentration und Konzernbildung und die Leitung der Industrie in den Händen der Geschäftsführung der Riesenunternehmer schalte den kleinen Unternehmer aus und führe zur Unternehmerrückbildung⁵².

Als typische Unternehmereigenschaften werden - ähnlich wie vor 1914 - hervorgehoben: der Unternehmer müsse "die Dinge des Lebens" erfassen, "wie sie wirklich sind"⁵³, als Mensch von Format, als Persönlichkeit, mit Phantasie und Größe⁵⁴, mit natürlicher Willenskraft und Intelligenz und den seltenen, aber für das Volk wichtigen Führungseigenschaften⁵⁵. Sein "echtes Menschentum" tritt zum Kampf an gegen die "seelische Krise", gegen "Verantwortungslosigkeit, Entseelung, Entpersönlichung", für "Vergeistigung und Vermenschlichung der Wirtschaft"⁵⁶. Der Unternehmer sei in der Regel sowohl unterliegenden Konkurrenten als auch den Untergeordneten in seinem Betrieb an Willenskraft und Intelligenz überlegen⁵⁷; er habe gezeigt, daß er einen Betrieb leiten könne, seine Erfolge weisen ihm als fähigen Menschen aus, da der Beruf des Wirtschaftsführers nicht erlernbar sei, und nur die Leistungsauswahl über den Aufstieg zu dieser beruflichen Stellung entscheide⁵⁸.

c) Individualitätsprinzip und Integration der Arbeiterschaft

Die hohe Einschätzung der Verantwortung, die sich aus selbständigem Besitz ableitet, gewinnt aber zugleich in einer anderen Beziehung zentrale Bedeutung im Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer. Denn wenn selbständiger Besitz das Verantwortungsbewußtsein stärkt und unabhängig macht, und wenn die Verantwortung für den Besitz die individuellen Fähigkeiten entwickelt, dann kann man offenbar auch den Arbeiter durch Eigentumsbildung zum "Kapitalisten" machen, der damit volkswirtschaftlich denken lernen und zur "verantwortlichen Persönlichkeit in Politik und Wirtschaft" werden soll⁵⁹, zur "selbständigen Persönlichkeit", die sich nicht mehr an die Organisationen der Arbeiter binden läßt (DI 12/76, 12/333, 12/337). Diese Argumentation trifft zusammen mit der schon seit der Jahrhundertwende im Bund der Industriellen üblichen Vorstellung, die den Interessenausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter erleichtern will, indem sie den Arbeiter zu "wirtschaftlicher Einsicht" erziehen und ihm dadurch "das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer" vermitteln will. Der Arbeiter soll sich freimachen von der "Bevormundung politischer oder religiöser Gemeinschaften", die ihn von dem eigentlichen Ziele, der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, ablenken. Daher will der Bund der Industriellen den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit geben und sie für ihre Handlungen voll haftbar machen. Der Arbeiter soll auch wirtschaftlich für die Folgen seines Handelns einstehen, um verantwortlich denken zu lernen und die "berechtigten Bestrebungen zur Hebung seiner Lage vom nüchternen wirtschaftlichen Standpunkte aus zu betrachten und Verständnis für die Lage des Arbeitgebers zu bekommen" (DI 7/171-2, 8/246-7).

Der "Wirtschaftlichen Einsicht" soll also jetzt durch Besitz und entsprechende Interessen nachgeholfen werden (vgl. schon DI 8/246-7). Der Arbeitersolidarität läßt sich das individuelle Streben nach Besitz und Per-

sönlichkeitsbewußtsein entgegensetzen (vgl. DI 13/338, 14/64). Unter diesem Blickwinkel erscheint schließlich die Sozialdemokratie als "der schärfste Feind der Arbeiterschaft selbst" (DI 12/196). "Unsere Arbeiter stehen auf Grund praktischer Erfahrungen auf dem Standpunkt", heißt es (in DI 14/65), "daß sie, wenn sie Lohnsteigerungen erzielen und vor Arbeitslosigkeit geschützt sein wollen, heraus müssen aus der Sozialdemokratie."

Das Individualitätsprinzip wird dem Massenprinzip als überlegene Form der Lebensgestaltung gegenübergestellt. So fordert die "Deutsche Industrie" Maßnahmen gegen das Streikpostenstehen mit der Begründung, man müsse den "Schutz der Persönlichkeit" des "arbeitswilligen" Arbeiters gegen den "brutalen Massenwillen" der Gewerkschaften sichern (DI 12/333, 12/337-9). Die "Freiheit der Persönlichkeit" müsse gegen jeden Terrorismus verteidigt werden (DI 13/315).

Der Organisation setzt man die persönliche Kraft und die Freiheit entgegen (DI 12/76). Selbsthilfe und eigene Vorsorge erscheinen als Ausdruck persönlicher Kraft, deren Fortfall eine demoralisierende Wirkung habe (DI 14/374). Die Arbeiterschutzesetzgebung führe dagegen nach Ansicht der "Deutschen Industrie" zu einer Abnahme der Reservekräfte und des Arbeitswillens der Arbeiter (DI 12/91, 12/168) und schwäche das Selbstverantwortlichkeitsgefühl und den eigenen Willen (DI 13/315). Deshalb dürften die Kosten für soziale Versicherungen auch nicht voll vom Arbeitgeber übernommen werden (DI 12/69), und die Sozialversicherungsorganisationen müßten nach dem Prinzip der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe aufgebaut sein (DI 12/307, 12/370, 12/315).

Das Freiheitsprinzip wird gleichgesetzt mit dem Institut des privaten Eigentums, die persönliche Freiheit mit persönlichem Besitz begründet. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit, die nur durch Besitz erreicht werde, könne zur gesicherten politischen Freiheit des Arbeiters und des kleinen Mannes führen (DI 12/363).

Gleichzeitig ist in diesem Denken die persönliche Aufstiegschance mit dem Besitz verbunden, so daß also der Wille zum persönlichen Aufstieg identisch erscheint mit dem Streben nach Eigentum: so wird (in DI 8/182) betont, daß die Handarbeiterschaft "keine Freude am Boden und am Besitze überhaupt hat, sondern verbraucht, was sie einnimmt, und nur darum auf der untersten Stufe der Gesellschaft stehen bleibt".

Da Besitz die Verantwortung erhöht, Verantwortung aber die persönlichen Eigenschaften entwickelt und die individuelle Persönlichkeit fördert, erscheint schließlich der Besitz als Motor zur Verbesserung des Charakters (vgl. schon DI 5/123). Leistung und Besitz führen zum Aufstieg, wobei der soziale und der charakterliche Aufstieg tendenziell identisch werden, einmal aufgrund der Eigenschaft der gehobenen Funktion, die individuellen Fähigkeiten zu entwickeln, zum anderen aufgrund der Angebot- und-Nachfrage-These, die den Besten die besten Stellen sichert.

Auch diese Vorstellungsreihe wird nach 1918, soweit das noch möglich ist, verstärkt wieder aufgenommen. Was vor 1914 als eine Möglichkeit erscheint, den Arbeiter durch Besitz an den Betrieb und an die bestehende Gesellschaftsordnung zu binden, wird nun zum gesellschaftspolitischen Programm. Die mittelständischen Unternehmer wollen dieses Problem des Interesses der Arbeitnehmer am Betrieb auf kapitalistische Weise lösen. Der Arbeiter soll durch eine Kapitaleinlage am Gewinn beteiligt werden: "Der Arbeiter soll eben zur individuellen Persönlichkeit, zum Kapitalisten werden."⁶⁰ Ausdrücklich wird wiederum der "kollektivistischen Welle" das Persönlichkeitsbewußtsein und dem Massenprinzip die persönliche Freiheit gegenübergestellt⁶¹. Das Klassenkampfdenken soll durch Aufstiegsstreben und Gemeinschaftsdenken ersetzt werden. Deshalb sollen sich auch die Arbeitnehmerorganisationen als Produktionsorganisationen verstehen, die sich in die volkswirtschaftlichen Gesamtziele organisch einordnen⁶².

In der Großindustrie wird in der Weimarer Zeit auch diese Zielsetzung der Integration der Arbeiter weitgehend übernommen; allerdings wird sie stärker auf den individuellen Aufstiegswillen des Arbeiters begründet als auf das Selbständigkeitsethos⁶³. Gemeinsam ist beiden Industriellengruppen die Ansicht, wirtschaftliche Demokratie könne nur in der Form möglich und sinnvoll sein, daß jeder einzelne die Chance habe, an die Spitze zu gelangen. Der Privatkapitalismus solle im "rechten sozialen Geiste" eine Erneuerung des deutschen Volkes erreichen, indem er "das Verantwortungsgefühl im deutschen Volk" stärkt. "Kehren wir uns ab von dem Glauben, daß Staatshilfe, Demokratie und Sozialisierung uns in der Wirtschaft helfen können", heißt es in einem Aufsatz mit dem Thema "Unternehmertum und Kapitalismus"⁶⁴, "und besinnen wir uns auf unsere eigene Kraft."

Mit dem Verantwortungs-Ethos entsteht um 1911 auch eine neue Ansicht des Unternehmers von seiner eigenen Stellung im Betrieb. Wurde seine Autorität im Betrieb früher ausschließlich mit dem Eigentumsrecht und der daraus resultierenden Verfügungsgewalt legitimiert⁶⁵, so suchen die mittelständischen Unternehmer eine neue, an der Leistung des Unternehmers und seiner Verantwortung für den Betrieb orientierte Autorität (DI 8/124-5)⁶⁶. Während das patriarchalische Verhältnis des Unternehmers zu seinen Arbeitern etwa dem der Obrigkeit zu ihren Untertanen im feudalen Staate entsprach, betonen die mittelständischen Unternehmer nun das Mitarbeiterverhältnis, das dem Unternehmer wegen der besonderen Funktion seiner Leistung für die gemeinsame Arbeit auch besondere Kompetenzen zuspricht. Während der patriarchalische Unternehmer sich als Herr im Hause fühlte, und der Arbeiter sich mit Abschluß des Arbeitsvertrages bedingungslos seiner Autorität unterordnen mußte (vgl. IZ 7/474, 14/99; siehe auch DI 14/130), wird nun auf ein "gutes Verhältnis" zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Wert gelegt und eine "Atmosphäre des Vertrauens und der Zusammenarbeit" gewünscht (DI 13/281, 14/64, 14/19).

Freilich handelt es sich hierbei um zwei Tendenzen, die sich schon immer (nicht nur in der "Deutschen Industrie") mischten. Mit der patriarchalischen Autorität verband sich auch - entsprechend dem feudalistischen Obrigkeitssprinzip - ein Sorgerecht bzw. eine Verpflichtung für die Untergebenen, die freilich dem Ermessen des Patriarchen anheimgestellt waren, der es auf sich nahm, die niederen Schichten in etwas höherem Maße an den Segnungen der Kultur und Zivilisation teilhaben zu lassen (IZ 6/149). Andererseits ist die Betonung der Autorität des Unternehmers als Mitarbeiter und *primus inter pares* immer letztlich begründet in der Absicht, die Arbeiter an den Betrieb zu binden, die Gegensätze auszugleichen und die Reibungen herabzumindern, um die Herrschaft im Betrieb aufrechtzuerhalten (DI 12/114), die eigene Dispositionsfähigkeit über die Produktion zu verbessern und "haßerfüllte Feinde des Unternehmerstandes" aus dem Betrieb eliminieren zu können (DI 14/130). Darüber hinaus mischen sich beide Tendenzen vor 1914; auch 1906 erwarten sich die kleineren Unternehmer von einer besseren Zusammenarbeit mit ihren Untergebenen eine Stärkung ihrer Position (DI 5/138, 7/33), während die Großunternehmer vor allem bestrebt sind, die Arbeiter durch besondere Vergünstigungen im Betrieb von der Sozialdemokratie fernzuhalten (IZ 5/21, ebenso auch 1912: IZ 12/666). Vor 1914 wird bei den selbständigen Unternehmern die Vorstellung der Betriebsarbeitsgemeinschaft häufiger vertreten und schärfer herausentwickelt (DI 12/267, 14/19, 14/130), während die Großindustriellen das Selbstbestimmungsrecht und die autoritäre Stellung des Arbeitgebers im Betrieb verteidigen (IZ 14/99) und nur zur Abwehr der sozialdemokratischen Gewerkschaften proklamieren, sie könnten nur mit der eigenen Belegschaft - also mit einem Werksverein - verhandeln (IZ 12/459-60). Nach 1918 wird die "Betriebsarbeitsgemeinschaft" zur offiziellen Begründung für die innerbetriebliche Autorität auch in der Großindustrie⁶⁷, ohne freilich den alten Herr-im-Hause-Standpunkt im Bewußtsein der Unternehmer voll zu ersetzen⁶⁸. Eine neue Auffassung des Arbeitgeberberufes wird pro-

pagiert: habe man früher geglaubt, der Eigennutz des Unternehmers sei von selbst der Nutzen des Ganzen, so werde jetzt der Unternehmer zum Mitarbeiter, der zur Partnerschaft in seiner Betriebsarbeitsgemeinschaft verpflichtet sei, in der jeder ein Glied des Ganzen sei⁶⁹, - wobei freilich der Unternehmer im Betrieb auch weiterhin wirksamer Autorität bedürfe⁷⁰.

d) Der mittelständische Unternehmer

Wenn die Selbständigkeit ein so zentraler Wert ist, wenn durch sie allein die volle Entfaltung der Persönlichkeit möglich ist, die Verantwortung gedeihen und das Individualitätsprinzip zur Geltung kommen kann, so ergibt sich daraus mit logischer Konsequenz der besondere gesellschaftliche Wert der Schicht, die von der selbständigen wirtschaftlichen Verwertung ihres Besitzes lebt. Da die Großindustrie nicht mehr durch die Selbständigkeit einzelner charakterisiert ist, kann im Bewußtsein derer, die ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gegen rechts und links verteidigen, die selbständige Stellung sich verbinden mit der der "mittleren Position"⁷¹, die damit zu ihrer Wertschätzung als ausgleichendes Element und gesellschaftliche Mitte noch die Verbindung zu den gesellschaftlichen Tugenden der persönlichen Verantwortung und der Individualität bekommt: die Existenz vor allem kleinerer Betriebe erscheint als "vorwiegend auf der persönlichen Leistung des Unternehmers beruhend" (DI 13/177-8) - mit allen ihren Implikationen. So wird in der Argumentation in der Öffentlichkeit die Erhaltung dieser Unternehmen als notwendiges Erfordernis für das Gedeihen der Wirtschaft und für eine gesunde Struktur der Gesellschaft dargestellt.

Auf der anderen Seite ist die Selbständigkeit auch das Bindeglied zu den anderen Gruppen des selbständigen Mittelstandes, zu Handel und Gewerbe, die ebenso wie die selbständigen Unternehmer unter der Zollpolitik der Großindustrie leiden (DI 9/232, 12/131), und dem Handwerk, das sich wie alle drei anderen Gruppen von der Konzentrationstendenz und von den neuen Steuerlasten bedrängt weiß (DI 12/114, 13/298).⁷²

Der kleine Unternehmer kann sich damit als gesellschaftliche Mitte und industriellen Mittelstand verstehen, der als ein Teil des "Selbständigen Mittelstandes" ein soziales Ordnungselement darstellt und eine gesellschaftlich legitimierte und wertvolle Stellung innehat, die im Interesse der Gesamtheit verteidigt und geschützt werden muß (DI 13/177-8; vgl. DI 11/50-1). Wie weit diese Stellung im Einzelfalle tatsächlich noch selbständig ist oder wie weit das mittelständische Unternehmen möglicherweise längst als Zuliefererbetrieb oder durch Vorschriften und Pressionen der Kartelle der Rohstoffindustrie praktisch seine Unabhängigkeit eingebüßt hat, spielt dabei zunächst gar keine Rolle. Solange die Selbständigkeit formal erhalten bleibt, kann sie auch die zentrale Kategorie bleiben, aus der der Unternehmer sein Selbstverständnis und Selbstbewußtsein ableitet und mit der er sich gegenüber der Großindustrie ebenso abgrenzt wie gegenüber der Arbeiterschaft.

Aus der Forderung an den Staat, die Selbständigkeit zu schützen, ergibt sich freilich für die mittelständischen Unternehmer eine Schwierigkeit (DI 12/28-9, 12/73-4, 13/235): einerseits muß die Fertigindustrie den Gedanken des Eingreifens des Staates in wirtschaftliche Vorgänge als "durchaus gesund" ansehen (DI 12/92), ohne freilich andererseits selbst vom Staat abhängig werden zu wollen. So ergibt sich die Forderung nach staatlichem Eingreifen, wo es unbedingt nötig ist, aber "Trennung von Wirtschaft und Politik", und Zurückhaltung des Staates, wo die Unternehmer glauben, allein besser fertig zu werden (DI 12/89-92, 12/114, 12/148, 13/97).

Der Bund der Industriellen sieht um 1905-7 im "Mittelstand" eine Gruppe in der Gesellschaft, mit der er gemeinsame Interessen hat, zu der er aber die Unternehmer, die er selbst vertritt, nicht (jedenfalls nicht insgesamt) zählt (vgl. DI 5/256, 6/197). Nach 1911 dagegen versteht der Bund diese selbständigen Unternehmer der Fertigindustrie als "den industriellen Mittelstand" (DI 13/187). (Eine Ausnahme bildet O.B., der schon 1907 "weite Schichten der Fertigindustrie" als "industriellen Mittelstand" bezeichnet (DI 7/26).)

Das Bewußtsein von dem Wert der Selbständigkeit erscheint als das letztlich entscheidende Merkmal des selbständigen Mittelstandes, das ihn auch moralisch-ethisch als wertvollste Kraft der Gesellschaft und der Kultur ausweist, die als begründet auf die Einheit von Besitz und Verantwortung, Persönlichkeit und individueller Freiheit verstanden wird.

Mit diesem Selbständigkeitsethos verfügt der Unternehmer über Eigenschaften, die für die gesamte Nation vorbildlich erscheinen müssen. Zwar wird vor 1914 der Unternehmer noch nicht direkt als Vorbild der Nation bezeichnet wie nach 1918, aber schon 1906 werden - freilich zunächst nur in einem vereinzelt Aufsatz in der "Deutschen Industrie" - die wertvollen Eigenschaften des Unternehmers, die aus seinem Beruf resultieren, aufgezählt und die Entwicklung einer neuen nationalen Gesamtpersönlichkeit vom Wirtschaftsleben her gefordert (DI 6/110).

Nach 1918 wird diese Ansicht konsequent ausgebaut zu der Vorstellung, daß der Unternehmer kraft seiner spezifischen Eigenschaften und seines Wertes für die Kultur und die Gesellschaft eine Leistungselite der Nation darstelle⁷³. Deshalb komme ihm auch eine legitime gesellschaftliche Führungsrolle zu, da der Unternehmer besonders unter den überaus großen Anforderungen an seine Fähigkeiten im Krieg und in der Überwindung der Nachkriegsschwierigkeiten durch seine Tätigkeit zur Führerpersönlichkeit herangewachsen sei und sich zur Führung legitimiert und qualifiziert habe⁷⁴.

Aber auch vor 1914 lebt der Unternehmer in dem Bewußtsein, daß er für die Gesellschaft notwendig ist. Freilich ist diese Notwendigkeit um 1905-7 noch ausschließlich durch seine wirtschaftliche Funktion gegeben. Er muß den Bevölkerungsüberschuß von jährlich einer Million Menschen zusätzlich ernähren, wenn sie nicht zur Auswanderung gezwungen werden sollen (DI 6/64). Er muß für die Gesunderhaltung und Entwicklung der Bevölkerung Sorge Tragen (DI 6/110). Deshalb ist die Förderung der Industrie, besonders der Exportindustrie, im öffentlichen Interesse (DI 6/51).

Nach 1911 kommt zu der gleichen Argumentation, die der Industrie eine "gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung" bescheinigt (DI 12/148, 13/97) und den Unternehmer als den "führenden Stand in der Volkswirtschaft" ansieht (DI 10/232), noch eine ideelle Begründung hinzu: Der selbständige Unternehmer soll der Praxis des Lebens gegenüber dem Geist der Bürokratie zu ihrem Recht verhelfen (DI 12/114) und als gesellschaftliche Mitte die Gegensätze ausgleichen und eine Politik der mittleren Linien zum Wohle des Ganzen vertreten (DI 11/49-51, 12/91, 12/356, 13/314). Daher ist ein größerer Einfluß des gewerblichen Bürgertums im Interesse des Staates, wie der Bund betont (DI 12/73). Falls die Gesellschaft diese ihre Bedeutung nicht anerkennen und würdigen sollte, könnte es eines Tages - so wird in einem Vortrag gedroht - zu einem Streik der Unternehmer kommen, "unter dem aber dann alle zu leiden hätten" (DI 10/233).

Die fast verzweifelte Rechtfertigung der Privatwirtschaft als ganzer, die nach 1918 einsetzt, fehlt vor 1914 noch völlig. Die Feststellung, daß nicht Lohnerhöhungen, sondern allein fleißige Arbeit und die Kapitalakkumulation zwecks Investition den Fortschritt sichere (DI 7/160), und daß Leitung, Kapital und Arbeiterschaft nötig seien, um Gewinn zu erzielen (DI 14/19), sind praktisch die einzigen Formen der Begründung des Systems insgesamt. Nach 1918 dagegen wollen die mittelständischen Unternehmer das Privateigentum mobilisieren gegen die Unselbständigkeit⁷⁵ und betonen expressis verbis, daß unternehmerische Initiative und Risikofreudigkeit nur in der Privatwirtschaft möglich seien⁷⁶. Otto Most stellt fest, daß "an sich" keine Wirtschaftsform ethisch höher stehe als andere, entscheidend sei allein der sittliche Gedanke. Der gesamte Komplex des ethischen Wertes der selbständigen Unternehmertätigkeit wird hier mit der Privatwirtschaft verbunden, um sie kraft ihres höheren "sittlichen Gedankens", ihrer ethischen Qualität als die beste Wirtschaftsform zu rechtfertigen⁷⁷.

Auch die Großindustrie betont, daß das wirtschaftliche System bewährt sei und man an der kapitalistischen Grundlage festhalten müsse⁷⁸. Nur die Privatwirtschaft könne alle wirtschaftlichen Möglichkeiten erschöpfen⁷⁹. Die Tragödie des Weltkrieges habe nichts mit einem Versagen des Systems zu tun⁸⁰.

Während jedoch die mittelständische Industrie einen Gegensatz zwischen Unternehmern und Kapitalisten macht und nur den ersteren die sittlichen Werte des privatwirtschaftlichen Systems zu verdanken glaubt⁸¹, ist für die Großindustriellen die Privatwirtschaft als ganze gegen die Aushöhlung durch die sozialistische Politik zu verteidigen⁸².

D. Wertungen in der gesellschaftlichen Orientierung

Das Gesellschaftsbild einer sozialen Gruppe ist wesentlich gekennzeichnet durch seine Wertsetzungen und die Maßstäbe, nach denen es Ereignisse, Gruppen und Menschen beurteilt. Gerade an den Werturteilen einer Gruppe läßt sich vieles über ihre Stellung im sozialen Raum ablesen. Denn Wertmaßstäbe gesellschaftlicher Gruppen sind nicht von Natur aus oder a priori vorhanden, sondern entstehen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen selbst, auch wenn sie für den einzelnen den Anschein zeitloser Gültigkeit, naturrechtlicher oder transzendentaler Legitimation annehmen⁸³.

Werner Hofmann hält das genetische Zurückverfolgen allgemeiner Wertungen auf die Gruppeninteressen für eine der wichtigsten Voraussetzungen ideologiekritischer Wissenschaft⁸⁴. Und Topitschs Kritik der Leerformeln geht davon aus, daß Wertungen auf ihren sachlichen Gehalt hin überprüft werden müssen, um ihre Tragweite und ihre gesellschaftliche Funktion zu erweisen⁸⁵.

Um eine solche Analyse der Wertungen im mittelständischen Unternehmerbewußtsein zu ermöglichen, soll hier zunächst noch die Veränderung der Wertungen in der "Deutschen Industrie" an einigen Beispielen aufgezeigt werden, obwohl die wesentlichen Züge bereits in anderem Zusammenhang in der Darstellung erwähnt wurden.

Die grundlegende Entwicklung, die von der Begründung der eigenen Interessen mit wirtschaftspolitischen Argumenten hinführt zur Rechtfertigung der gesellschaftlichen Stellung des Unternehmers um ihrer selbst willen und mit ethisch-werthaftern, nicht mehr sachlich bezogenen Begründungen, wurde bereits in der Darstellung des Selbstverständnisses gezeigt. Hier soll nur noch einmal im Zusammenhang dargestellt werden, wie sich die Wertvorstellungen der kleinen und mittleren selbständigen Unternehmer im Zuge der Entwicklung des neuen mittelständischen Bewußtseins verändern.

In den Jahren vor 1907 spricht die "Deutsche Industrie" von "angemessener" Umschränkung der Freiheit, und von "Industrie und Handel schwer belastenden Maßnahmen" (DI 6/3), von "verantwortungsbewußter" Mitarbeit in Staat und Gesellschaft (DI 7/267), unterscheidet gerechtfertigte und ungerechtfertigte Gründe für wirtschaftliche Maßnahmen (DI 6/269, 5/256) und kritisiert die Korruption in der Beamten-schaft (DI 6/184). Solche Wertungen, so allgemein sie auch sind, sind doch jedenfalls auf die Zusammenhänge, die beurteilt werden, bezogen und aus ihnen abgeleitet und insofern als sachbezogene Wertungen zu bezeichnen.

Freilich treten daneben auch moralisch orientierte Wertungen auf, so etwa, wenn man "Besseres und Reineres" an die Stelle der "Verhetzung" der Arbeiter setzen will (DI 6/270) oder wenn die Pensionsberechtigung der Kassenärzte als "standesunwürdig" bezeichnet wird (DI 5/32), oder die Armut als Quelle der Lebensfreude und des edleren Lebens gefeiert wird (DI 6/175).

Beide Wertkategorien mischen sich in Äußerungen von den "rechtschaffenen Berufsständen" und "ehrenhaften Ständen", (DI 6/76) oder vom "Verstoß wider die guten Sitten" (DI 6/54). Hier werden offensichtlich Wertungen, die in der Gesellschaft gängig sind, unkritisch übernommen und für eigene Zwecke verwendet. Daß diese Wertungen anderen gesellschaftlichen Verhältnissen in früheren Zeiten entstammen, wird nicht weiter reflektiert.

In der Zeit nach 1911 nimmt die sachfremde, von ethischen Forderungen abgeleitete Wertung erheblich zu. Freilich werden genau wie früher sachlich begründete Klagen geführt. Einzelne Industrien sehen sich geschädigt (DI 14/150, 14/95, 14/211) oder gar ruiniert (DI 14/68, 14/128, 14/194). Sachliche Interessen werden sachlich begründet (DI 13/153, 13/166, 14/145). Aber diese Argumente werden mehr und mehr überdeckt von Wertungen, die sich nicht mehr aus der Sache heraus ergeben, sondern von einem Wertmaßstab abgeleitet sind, der mit der Sache selbst nichts zu tun hat und nicht auf seine Anwendbarkeit und Vernünftigkeit in bezug auf den konkreten Gegenstand hin überprüft wird, ja der sich mehr und mehr jeder rationalen Prüfbarkeit und Argumentation entzieht. Von einer sachbezogenen, jedenfalls teilweise rationalen Wertung gehen die mittelständischen Unternehmer über zu rein moralisch-ethisch begründeten Wertmaßstäben. Diese Ethik ist dabei vor allem am Selbständigkeitsethos und der Welt des kleinen Unternehmers und Mittelständlers orientiert.

So werden Vokabeln wie "solide", "wohlanständig", "kerngesund" (DI 13/338, 12/168), "Schmach", "wännlich und vorbildlich" (DI 13/40, 13/320) immer häufiger. Aus "ethischen Gründen" tritt man der Vermögensbesteuerung entgegen, die den Sparsinn bestraft (DI 13/177). Es ist "unanständig", in der Argumentation über Einkommen die Prostitution zu erwähnen (DI 13/237).

Gleichzeitig tritt ein Zug zur Verachtung der Vernunft, eine Theoriefeindlichkeit hervor. Die Praxis des Lebens wird gegen "theoretischen Übereifer", werden die "Lebensinteressen" gegen "ideale Bestrebungen" ausgespielt (DI 12/114, 14/319). "Trotz aller Aufklärung" werde der Arbeiter gesitteter (DI 13/338). 1914 wird in der "Deutschen Industrie" festgestellt, daß die Ratio zur Zeit von Kant und Hegel auf die Weltanschauung beschränkt geblieben sei und (künstlerisch) "weiter keinen Schaden" angerichtet habe (DI 14/9).

In der Großindustrie wird vor wie nach 1911 ein Wertkodex verwendet, der vor allem die patriarchalische Unterordnung als rechtmäßig erscheinen lassen muß. Da-

für werden vorwiegend religiöse und nationale Wertungen sowie die "Ehre" gebraucht. Der Arbeiter soll vor allem Fleiß, Gottesfurcht, Nüchternheit und Zufriedenheit zeigen (IZ 7/506), er soll das Gemeinwohl als Zweck der Arbeit ansehen: "Dann bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet" (IZ 13/761). Die "Deutsche Arbeit" wird in einem Lied besungen und soll ihren gebührenden Platz erhalten (IZ 5/475); das "Ehrgefühl der Arbeit" habe Staat und Nation groß gemacht (IZ 13/761). Man begrüßt den Beginn größeren "nationalen Pflichtgefühls" im Jahre 1913 (IZ 14/4) und beklagt die mangelnde nationale Gesinnung im Handelsvertragsverein (IZ 14/223).

Die nationalen Wertungen nehmen im Bund der Industriellen ebenso wie im Centralverband kontinuierlich bis 1914 zu. Schon vor 1911 erscheint die Flottenpolitik im Bund der Industriellen ebenso als nationale Aufgabe wie die industrielle Entwicklung, die Erhaltung des Auslandsmarktes und die Kreditgewährung an die deutsche Fertigungsindustrie (DI 5/54, 7/13, 7/125, 7/16-7). Später tritt die Forderung nach Stärkung des nationalen Bewußtseins, die Größe des deutschen Volkes und Vaterlands und die Opferwilligkeit gegenüber dem Vaterland hinzu (DI 12/53, 13/40, 12/376, 14/223). Feilich werden die "nationalistischen" Wünsche in solchen Fragen weniger hoch geschätzt, in denen sie mit eigenen Interessen in Konflikt geraten; hier ist man eher dafür, die Fragen "kühl und vom rein privatwirtschaftlichen Standpunkt" aus zu erwägen (DI 12/9-10, 13/177-8, 13/260).

An den Begriffen "Gemeinwohl" und "Verantwortung" läßt sich die Veränderung der Wertungen im Bund der Industriellen beispielhaft verdeutlichen. Im Jahre 1907 wird das "Gemeinwohl" noch nicht als fester Begriff gebraucht. Es ist lediglich von "die Gesamtheit schädigenden" Arbeiterforderungen (DI 7/13), von "solidarischen Interessen aller Stände und des Staates" (DI 6/243) und von einer "gemeinsamen solidarischen Aktion" (DI 6/86) die Rede. Die Vorstellung der Verantwortung bezieht sich auf die "verantwortungsvolle Mitarbeit" im Staat und im Betrieb, wobei Verantwortung gleichzusetzen ist mit dem Bewußtsein von der Tragweite einer

Entscheidung und der Bereitschaft, sie sachverständig (wobei als sachverständig meist die Interessenvertreter angesehen werden) zu treffen (DI 7/267, 6/269).

Nach 1911 dagegen ist das "Gemeinwohl" ein feststehender Begriff, der polemisch dem Gruppenegoismus entgegengestellt wird, wobei die mittelständischen Unternehmer freilich der Versuchung erliegen, jeweils das für das "Gemeinwohl" zu halten, was ihrem eigenen Vorteil möglichst entgegenkommt (DI 13/245, 13/247).

Auch der Begriff der Verantwortung wird unabhängig von der jeweiligen Sache als ein ethischer Wert in sich angesehen. Das "Prinzip der eigenen Verantwortung" in der Sozialpolitik bedeutet inhaltlich nichts anderes als Selbstverwaltung der Sozialversicherungsinstitutionen. Indem aber dieses Prinzip der staatlichen Bürokratie entgegengehalten wird, erscheint die Selbstverwaltung als eine ethisch höher zu bewertende Organisationsform (DI 12/91). Die "Selbstverantwortlichkeit" der Arbeiter ist letztlich nur die ins Positive gewandte, zur ethischen Forderung erhobene Weigerung der Unternehmer, höhere Sozialleistungen zu bezahlen (DI 14/ 177 - 80). Wenn Stresemann behauptet: "Mit gesteigerter Macht der Organisationen (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften - Anm. S.P.) wächst auf beiden Seiten das Verantwortungsgefühl" (DI 13/315), so ist das inhaltlich sehr fragwürdig: Der Einsatz, und damit das Risiko von Arbeitskämpfen wächst, dadurch auch die Verhandlungsbereitschaft. Ob aber Verhandlungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein gleichzusetzen sind, und ob die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände früher weniger verantwortungsbewußt handelten, ist damit nicht gesagt. Aber die Tatsache größerer Verhandlungsbereitschaft ist für die Unternehmer zu begrüßen, und so gibt Stresemann ihr die Weihe des "Verantwortungsgefühls".

Dieses Wort ist in sich bereits verräterisch: wenn Verantwortung bedeutet, daß einem Menschen die Tragweite seiner Entscheidungen bewußt ist und er dementsprechend überlegt zu handeln bereit ist, so kann man allenfalls von "Verantwortungsbewußtsein" oder von "Verantwortungsdanken" sprechen - "Verantwortungsgefühl" ist eine contradictio in adiecto, jedenfalls in diesem Zusammenhang gebraucht -.

E. Stellung gegenüber anderen Gruppen

Wie eine gesellschaftliche Gruppe andere neben ihr bestehende Interessengruppen einschätzt, und mit welchen Argumenten sie ihnen gegenüber Stellung bezieht, kann für das Gesellschaftsbild sehr wichtig sein. Obwohl diese Beurteilung teilweise bereits angeklungen ist, soll hier die Einschätzung der vier wichtigsten Erwerbsgruppen neben der mittelständischen Industrie noch einmal im Zusammenhang betrachtet werden.

Der Bund der Industriellen sieht eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, "die gesamten Interessen der Fertig- und leichten Industrie, namentlich auch zur Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe, gegenüber den Rohstoff- und Halbstoff-Industrien, ihren Kartellen und ihrem Wortführer, dem 'Zentralverband deutscher Industrieller' wahrzunehmen" (DI 5/15). Im Gegensatz zum Bund der Landwirte, dem der Bund der Industriellen bedingungslos "im Interesse der Gesamtheit der deutschen Industrie" entgegentritt, wird die Großindustrie nur insoweit als Gegner angesehen, als ihre Interessenpolitik die Interessen der Fertigindustrie schädigt. So empört der Bund sich über die Unterstützung, die der Zentralverband den hohen agrarischen Zollforderungen gewährt (DI 5/30, 5/52, 5/65). Vor allem wird die Preispolitik der

Rohstoffkartelle als schädlich für die Fertigindustrie empfunden, zumal diese kaum kartellierbar sei und eine Gegenorganisation wenig Erfolgsaussichten verspreche (DI 5/ 196). Die Preispolitik des Kohlensyndikats wird als tyrannische Herrschaft bezeichnet. Wer abbauwürdige Kohlenlager aus spekulativen Gründen, zur Erhaltung der überhöhten Kohlenpreise, zurückhalte, werde zum Feind der konsumierenden Industrie (DI 5/ 89-91). Der Bund fördert deshalb die Verstaatlichung eines Teils der Kohlenindustrie, durch die der Staat die Preispolitik kontrollieren könnte (DI 5/17). Nach 1911 hat sich die Position nicht wesentlich gewandelt. Der Bund betont einerseits den Gegensatz der Fertig- und Verarbeitenden Industrien zum Centralverband (DI 13/34, 13/ 377, 14/64). Er polemisiert weiter gegen die Preispolitik des Kohlensyndikats (DI 12/28), 13/309) und gegen die Zusammenarbeit des Centralverbandes mit den Agrariern (DI 12/114, 13/ 298). Die Zollinteressen der Schwerindustrie werden mit der Frage kritisiert, ob der Staat berechtigt sei, einer Erwerbsgruppe " die volle Höhe des Zolles in den Preisen ihrer Produkte für den Absatz im Inlande zu gewährleisten" (DI 14/101).

Ein gewisser Unterschied gegenüber 1905 - 7 kann allenfalls darin gesehen werden, daß neben die Argumentation mit den wirtschaftlichen Interessen wertbehaftete gesellschaftliche Begriffe treten, so etwa, wenn "gesunde Konkurrenz" statt Monopolbildung gefordert wird (DI 13/116, 13/281) oder wenn der Mittelstand als gesellschaftlicher Wert erscheint (DI 13/177) und die Gegner von links und rechts die eigene Mittelstellung als richtig begründen sollen (DI 13/ 298).

In der Weimarer Zeit wehren sich die selbständigen Unternehmer gegen die "anonyme" Macht der Großindustrie⁸⁶⁾ und gegen die Entwicklung der Großindustrie auf Kosten der kleineren und

mittleren Betriebe (87) und klagen über den ausschließlichen Einfluß der Großindustrie im Reichsverband. (88)

Gegenüber der Arbeiterbewegung bleibt die Stellung des Bundes der Industriellen von 1905 bis 1914 in den wesentlichen Zügen gleich. Im Unterschied zum Centralverband, der die Sozialdemokratie grundsätzlich als umstürzlerisch und nicht verhandlungsfähig ansieht (IZ 5/21, 5/365, 5/424), und diese Position auch bis 1914 nicht ändert (IZ 12/59, 12/204, 12/497 -8, 13/ 749), sind im Bund der Industriellen von Anfang an zwei Tendenzen vorhanden, die sich gegenseitig durchdringen und teilweise ergänzen. Einerseits möchte man die Gewerkschaften entschärfen und in die bestehende Gesellschaft einordnen und will sie deshalb anerkennen und zu Verhandlungspartnern machen, und ihnen innerhalb des privatwirtschaftlichen Systems Verantwortung geben (DI 5/15, 5/31, 6/225 - 12/333, 13/24, 13/57, 14/21). Andererseits aber möchten die kleineren Unternehmer die Gewerkschaften, wo es noch möglich ist, gerne ausschalten, indem sie die Arbeiter durch Beeinflussung des Bewußtseins, durch "wirtschaftsfriedliche Arbeitervereine" (nationale und Werksvereine) und durch Zusammenarbeit in den Betrieb integrieren und von den Gewerkschaften fernhalten, die Gewerkschaften selbst im Betrieb ausschalten oder ganz verbieten (DI 5/32, 5/115, 5/123, 7/33 - 13/338, 14/35, 14/130). Dabei möchte die Fertigindustrie den Arbeitern gerne, so lange sie sich friedlich in die bestehende Gesellschaftsordnung fügen, einen Teil an den Segnungen der Wirtschaft zukommen lassen, soweit die wirtschaftliche Entwicklung es ohne Nachteile für die Unternehmer erlaubt (DI 5/210, 5/65-14/2-5). Freilich in dem Bewußtsein, daß höhere Löhne auch die Kaufkraft der Arbeiter erhöhen, besonders für die Produkte der Fertigindustrien. So wird auch das Heer bereits 1908 unter dem Gesichtspunkt betrachtet, der später bei Keynes eine

entscheidende Rolle spielen soll, daß es zwar - abgesehen von der Schutzfunktion - eine nutzlose Ausgabe sei, aber eben doch die Kaufkraft erhöhe (DI 8/257-8). Die Fertigindustrie beanstandet, daß die Erhöhung der Agrarpreise die Lohnerrhöhungen aufzehre, die zur Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter gegeben worden seien, nicht zur Förderung der Landwirtschaft (DI 11/173). Im übrigen wird gelegentlich in der Zeit nach 1911 auch im Bund der Industriellen mit dem Gedanken des Polizeischutzes geliebäugelt (DI 13/156, 14/176, 14/55), oder an die nationalen Gefühle der Arbeiter appelliert (DI 13/86). Die Gewerkschaften werden in einem Aufsatz als "haßerfüllte Feinde des Unternehmerstandes" bezeichnet (DI 14/130).

Für die Großindustrie gilt der Arbeiter eindeutig nur so lange etwas, als er sich in die patriarchalische Struktur der Wirtschaft einfügt und Verbesserungen seines Lebensstandards von seinem Arbeitgeber dankbar entgegennimmt, statt Forderungen zu stellen (IZ 5/21 - 12/459). Die Großindustriellen vertreten den "Grundsatz", "die niederen und armen Schichten der Bevölkerung in etwas erhöhtem Grade an den Segnungen der Kultur und Zivilisation teilnehmen zu lassen", wollen aber dabei nicht abhängig werden von den Massen (IZ 6/149). Auch sie versuchen, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu schwächen, indem sie die Arbeiter gegen die "Verhetzung" schützen und an ihre nationalen Gesinnung appellieren (IZ 5/14, 5/21, 6/225, - 12/267, 14/19, 14/64).

Die Tendenz zur Einordnung der Arbeiter in die bestehenden Wirtschaftsformen setzt sich nach 1918 in allen Teilen der Industrie fort⁽⁸⁹⁾. Zur organisatorischen Einordnung und Betonung der Interessengleichheit von Unternehmer und Arbeiter⁽⁹⁰⁾ kommt der Ausbau der Vorstellung von der Betriebsarbeitsgemeinschaft und der gemeinsamen Aufbauleistung.⁽⁹¹⁾

Daneben tritt als ein weiteres Element speziell in der Stellung der mittelständischen Unternehmer zur Arbeiterschaft hervor, das vor dem Krieg freilich auch schon in der "Deutschen Industrie" anklingt (DI 5/15, - 14/48): die selbständigen Unternehmer sehen in der Arbeiterschaft als Konsumenten einen Verbündeten gegen die Preispolitik der Rohstoffkartelle, da sie als Verbraucher an billigen Preisen interessiert sein müssen (92). Die Einheitsfront der konsumierenden Industrie und des konsumierenden Publikums wird gegen die Einheit der Preiskartelle beschworen (ohne daß man sie freilich hätte verwirklichen können) (vgl. auch schon 5/15).

Soweit die äußeren Fakten, die freilich der Interpretation bedürften, zumal die dargestellte Sicht der Unternehmer nur aus der wirtschaftsgeschichtlichen Situation heraus verstanden und beurteilt werden kann - was aber an späterer Stelle nachgeholt werden soll, um hier nicht die Einheit der Darstellung der subjektiven Vorstellungen zu zerreißen.

Die Stellung zu Handel, Handwerk und Gewerbe ist im Bund der Industriellen ebenfalls im wesentlichen die gleiche geblieben, wenngleich die Zusammenarbeit im Hansabund seit 1909 durch die engere Führungnahme eine etwas häufigere Beschäftigung mit den Problemen dieser Gruppen bringt und die Übernahme mittelständischer Gedankengänge im Bund fördert. Man sieht eine Interessengemeinschaft mit dem Handel vor allem in zoll- und exportpolitischen Fragen (DI 6/ 146 - 14/ 182, 13/ 53), mit allen drei Gruppen in der Abwehr der Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft (DI 5/15, 5/18 - 13/298), und der Steuerpolitik (DI 6/3, 6/13, 7/208 - 12/114, 13/314, 12/ 131), im Kampf um Einfluss in den Parlamenten (DI 5/101, 6/76 - 12/131, 13/100) und schließlich in der Abwehr der Lohnforderungen der Arbeiter und in dem Versuch, durch die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Gewerkschaften in das

bestehende Wirtschaftssystem einzuordnen und durch Tarifverträge stabile Grundlagen für Kosten- und Preisberechnungen zu gewinnen (DI 7/176, -13/298). Deshalb fühlt sich der Bund mit Handel, Handwerk und Gewerbe weitgehend solidarisch und betrachtet sie als Bundesgenossen (DI 5/15, 6/3, 6/76, 7/208 - 13/298, 13/314, 14/48). Dementsprechend unterstützt er auch besondere Forderungen dieser Gruppen, solange sie ihm nicht für eigene Ziele unbequem werden (DI 5/101, 5/187 - 12/ 298).

In der Zeit nach 1911 werden auch einige typisch mittelständische Forderungen einzelner Gewerbezweige unterstützt, obwohl sie die eigentlich noch gültige Anschauung von der freien Konkurrenz- und Interessenausgleichsgesellschaft radikal in Frage stellen (DI 13/200, 13/ 235). Diese zweigleisige Argumentation, die einerseits freie Konkurrenz fordert, andererseits zunftartige Standesorganisation mit staatlicher Garantie verlangt, sobald sich ein Gewerbezug in existentieller Notlage sieht, verstärkt sich nach 1918 immer mehr, und wird auf fast alle Zweige der mittelständischen Industrie übertragen, bis sie schließlich in der Radikalität der Mittelstandsbewegungen um 1930 bis 1933, mit der Forderung nach Abschaffung der Gewerbefreiheit, Zerschlagung der Warenhäuser etc. und ständischem Aufbau der Gesellschaft ⁽⁹³⁾ und endlich in der freiwilligen Einordnung in die nationalsozialistische Organisation der Wirtschaft ⁽⁹⁴⁾ endet.

Auch die Großindustrie betont ihre Interessengemeinschaft mit Handel und Gewerbe (IZ 5/387 - 13/ 421, 13/655). Sie bezeichnet die Konzentration als wirtschaftlich notwendig und letztlich auch im Interesse des Handels liegend, der Ordnung brauche und gar nicht wieder in den früheren Zustand der Unsicherheit zurückkehren wolle (IZ 12/ 612). Im "Kartell der Schaffenden Stände " versucht

die Großindustrie Handwerk, Gewerbe und Handel für sich und ihre politischen Ziele zu organisieren (IZ 14/4).

Die Landwirtschaft ist einer der Hauptgegner des Bundes der Industriellen, der 1895 als Gegengewicht zum Bund der Landwirte gegründet wurde. Der Bund der Industriellen wendet sich 1905 wie 1914 gegen die übermäßigen Zollforderungen der landwirtschaftlichen Organisationen (DI 5/15 - 12/342, 14/100) und kritisiert, daß der hohe Zollschatz der Landwirtschaft auf Kosten der Industrie gehe (DI 5/30, 5/39 - 13/162, 14/ 32). Andererseits bedauert der Bund um 1906 aber auch die "Verhetzung" zwischen Landwirtschaft und Industrie und wünscht besseres gegenseitiges Verständnis (DI 6/4, 6/146), während 1913 ein Bündnis mit "der Landwirtschaft" begrüßt, zwischen der Industrie und dem Bund der Landwirte aber als "contra naturam" bezeichnet wird (DI 12/328, 13/314). Die Agitation des Bundes der Landwirte in der Öffentlichkeit wird einerseits als unsachlich zurückgewiesen und abgetan (DI 6/243 - 14/48), andererseits erscheint sie nach 1911 aber auch als formales Vorbild der Organisation größeren Einflusses auf die Öffentlichkeit (DI 13/180).

Die Großindustrie sieht bis 1914 im Bündnis zwischen Industrie und Landwirtschaft die Grundlage des Zolltarifs von 1879 und des wirtschaftlichen Aufschwungs nach diesem Tarif (IZ 5/172- 13/757). Allerdings kritisiert auch sie, daß im Staatsleben die Landwirtschaft vor der Industrie bevorzugt werde (IZ 5/ 391 - 13/ 610).

Die Stellung gegenüber anderen Gruppen wurde gerade deshalb so ausführlich dargestellt, weil sich zeigt, daß trotz der erheblichen Veränderungen in den gesellschaftlichen Vorstellungen der kleineren selbständigen Unternehmer zwischen 1905 und 1914 ihre Stellung zu den anderen gesellschaftlichen

Gruppen in dieser Gesellschaft fast völlig unverändert bleibt. Zwar treten um 1908 die ersten nicht sachlich begründeten, sondern auf undiskutierten Wertungen beruhenden Argumente für die eigene Position gegenüber dem Großkapital auf, ab 1911 auch in offiziellen Stellungnahmen des Bundes der Industriellen. Gegenüber den Arbeitern werden gelegentlich auch Argumente der Großindustriellen von den Unternehmern im Bund übernommen. Nach 1909 werden stärker als vorher mittelständische Forderungen von Handel und Gewerbe übernommen; überhaupt wird die Zusammenarbeit mit dem Hansabund auch in den Äußerungen des Bundes der Industriellen spürbar. Die Landwirtschaft bleibt der Feind, auf den am lautesten geschimpft wird - obwohl genau genommen nur der Bund der Landwirte als Organisation der großagrarischen Interessen gemeint ist, aber eine Gegenorganisation der Klein- und Mittelbauern, die durchaus andere Interessen haben, fehlt in dieser Zeit. Vermutlich bekommt der Bund der Landwirte, wenn er als Hauptgegner des Bundes der Industriellen erscheint, einen Teil der Prügel für die Großindustrie mit ab - da man von der Landwirtschaft weniger abhängig ist, ist das Schimpfen auf sie ungefährlicher.

Da sich auch an der Stellung des Centralverbandes zu anderen Gruppen nichts ändert, erscheint es erstaunlich, daß gerade in dieser Zeit konstanter Positionen der gesellschaftlichen Gruppen zueinander, auch in ihrer subjektiven Haltung, das Gesellschaftsbild der mittleren und kleineren Unternehmer sich so wesentlich ändert, wie dies die letzten Abschnitte zeigten. Jedoch soll es hier zunächst bei dieser Feststellung bleiben, um mit der Darstellung fortzufahren und die Interpretation einem späteren Kapitel zu überlassen.

F. Wirtschaftspolitische Fragen

Ähnlich wie in der Stellung der Gruppen zueinander verhält es sich auch in der Haltung der Industriellen zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen der Zeit. Da diese Fragen zumeist im Zusammenhang mit einzelnen Gruppen oder Argumenten bereits erwähnt wurden, können hier einige kurze ergänzende Bemerkungen genügen.

In der Sozialpolitik gibt es im Bund einen Unterschied zwischen den beiden Zeitabschnitten 1905 - 7 und 1912 - 1914 insofern, als in der ersten Phase Wert darauf gelegt wird, die soziale Situation der Arbeiter zu verbessern (DI 5/33, 6/235, 11/173)- freilich müsse dabei Rücksicht auf Handel und Industrie, insbesondere auf die Klein- und Mittelbetriebe genommen werden (DI 7/ 243-4). Im übrigen werden sozialpolitische Maßnahmen als Mittel verstanden, den sozialen Frieden zu erhalten (DI 7/219, 5/133).

Nach 1911 wird die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung ebenfalls als ein Segen für die deutschen Arbeiter und die Industrie empfunden, wenn sie auch die Tendenz zur Schwächung des eigenen Willens und die Anklammerung an den Staat und die Staatshilfe als böse Begleiterscheinungen mit sich gebracht habe (DI 13/314 -7). Gleichzeitig aber tritt die Behauptung in den Vordergrund, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Betriebe erreicht sei und man die Sozialpolitik nicht überspannen dürfe; die Wettbewerbsfähigkeit und die Stabilität der Wirtschaft müssen den Vorrang haben gegenüber der Sozialpolitik (DI 12/196, 13/ 194, 14/177). Daher wird neben den Forderungen nach Integration der Arbeiter in Betrieb und Gesellschaft der Wunsch nach einem internationalen Gleichgewicht der sozialpolitischen Leistungen stärker betont (DI 6/235-12/148, 13/194, 13/314).

Das Bekenntnis zur Selbständigkeit führt in der Sozialpolitik zu der Forderung nach Selbstvorsorge (DI 14/374) und Selbstverwaltung der Sozialversicherungsorganisationen (DI 12/307, 12/314, 12/370). Die Selbstvorsorge erscheint dabei als persönliche Kraft, deren Fortfall demoralisierende Wirkungen auf die Arbeiter ausübe (DI 12/ 374). Um die Selbsthilfe nicht zu verfälschen, dürfe der Arbeitgeber nicht die Kosten für die Versicherung allein tragen (DI 13/69). Insgesamt versuchen die mittelständischen Unternehmer nach 1911 mehr als vorher, mit allen Mitteln neue und weitergehende sozialpolitische Maßnahmen zu verhindern, da sie ihre Konkurrenzfähigkeit und ihre Möglichkeiten, in den Auseinandersetzungen mit der Konzentration und der Arbeiterschaft zu überleben, beeinträchtigen könnten.

Die Großunternehmer möchten zwar den niederen Schichten einen etwas höheren Anteil an den Segnungen der Kultur und Zivilisation gönnen (IZ 6/149), verurteilen aber, daß die sozialpolitischen Maßnahmen praktisch die Sozialdemokratie unterstützten (IZ 12/132) und die Arbeitswilligkeit beeinträchtigten (IZ 12/807). Die Übertreibung des sozialen Prinzips (IZ 13/830) vereckelt ihnen ihre Aufgaben (5/280). Ihre Stellung bleibt von 1897 bis 1914 in etwa konstant.

Im Gegensatz zum Bund der Industriellen tritt der Centralverband nicht für die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner und für ihre Rechtsfähigkeit sowie für Tarifverträge ein (DI 7/247 - 8, 7/114-13/24, 13/97; IZ 5/124, 5/365 - 12/204, 13/403).

Die grundsätzlich unveränderte Haltung des Bundes der Industriellen in der Frage der Kartellpolitik wurde bereits deutlich bei der Stellung gegenüber der Großindustrie. In der Form der Argumentation läßt sich freilich ein gewisser Wandel feststellen:

während der Bund vor 1911 lediglich die Schäden aufzeigt, die die Kartelle der Fertigindustrie zufügen, fordert er später, daß die gesunde Konkurrenz und die mittelständische Industrie gegenüber den Kartellen geschützt werden müsse (DI 7/14, 5/89, 5/254 - 13/91, 13/116, 13/164).

Eine entsprechende Veränderung in der Begründung der eigenen Zielsetzungen ist auch in der Zoll- und Exportpolitik und in Steuerfragen zu erkennen. Zwar bleibt die sachliche Frontstellung konstant: vor 1907 wie nach 1912 setzt sich der Bund für die Ausdehnung des Exports (DI 5/6, 5/15, 6/64 - 12/307, 13/215, 14/85) und deshalb für den Abbau der zu hohen Zölle und eine "maßvolle" differenzierte Zollpolitik ein (DI 5/30, 5/254, 6/146 - 13/314, 14/100, 14/153) und fordert Berücksichtigung seiner Interessen in der Finanz- und Steuergesetzgebung (DI 6/146-13/177, 13/243, 14/194-8, 12/307). Aber die Argumentationsweise ändert sich von der reinen Interessenbegründung (DI 5/30, 5/41, 6/64) zur zusätzlichen Forderung nach Schutz für den Mittelstand (DI 13/91, 14/153). Diese Veränderung vollzieht sich freilich im Zusammenhang mit einem deutlichen Wechsel von einer mehr expansiven zu einer mehr defensiven Sicht der eigenen Position.

In der Kolonial- und Flottenfrage zeigt sich keine qualitative Änderung der Ansichten. Die mittelständischen Unternehmer treten für die Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes und für die Verstärkung der deutschen Kriegsflotte ein, da sie hoffen, ihren Markt vergrößern, den Export verstärken und billigere Rohstoffe einkaufen zu können (DI 5/3, 5/15, 5/77 - 9,6/64 - 13/54, 13/66, 13/102). Allerdings wird die Argumentation gegen 1914 militanter und nimmt auch quantitativ zu.

Der Centralverband ist 1905 noch gegen die Flottenverstärkung, und muß sich deshalb vom Bund der

Industriellen des mangelnden patriotischen Sinnes bezichtigen lassen, trifft sich aber nach 1911 mit dem Bund in der Forderung nach einer starken Flotte (DI 5/3, 5/15 - IZ 12/651).

Der Bund tritt seit 1905 für deutsche Weltpolitik ein und fordert den Aufbau der nötigen Macht, einen Platz an der Sonne zu erkämpfen (DI 5/15, 6/64 - 13/130, 13/162, 13/314), da nur politische Machtentfaltung eine wirtschaftliche Machtentfaltung ermögliche (DI 6/64 - 12/227, 13/145). Ein einziger Aufsatz im Jahre 1913 (in zwei Fortsetzungen) begründet daneben den Imperialismus als kulturelle Mission des deutschen Volkes über die Erde hin (DI 13/122 -4, 13/130 - 2). Jedoch ist auch in der Forderung nach deutscher Machtpolitik eine quantitative Zunahme in den Jahren vor dem Weltkrieg deutlich.

Auch der Centralverband tritt für deutsche Machtentfaltung ein (IZ 5/571, 5/590, 6/607 - 12/204, 12/505, 13/304), allderdings motiviert er schon 1906 seine Stellungnahme stärker national (IZ 6/607), und steigert diese Vorstellungen später bis zu der Behauptung, ein Beharren auf dem bestehenden Rüstungsniveau sei ein Verbrechen am Vaterland und eine Versündigung an der Zukunft der Nation (IZ 13/304). Auch im Centralverband spricht man von der "Menschheits- und Kulturmission" des deutschen Volkes (IZ 14/628).

Auch in den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen hat sich also die Stellung des Bundes der Industriellen während der gleichen Zeit, in der die in ihm vereinigten Unternehmer ein neues, mittelständisches Bewußtsein entwickeln, nur in den Nuancen und in der Form der Argumentation, kaum aber in den grundsätzlichen Positionen verändert. Zwar ist die Ablehnung neuer sozialpolitischer Maßnahmen schärfer geworden, da die mittelständischen Unternehmer sich allgemein stärker bedroht fühlen.

Im übrigen aber ändert sich nur die Begründung für kartellpolitische und zollpolitische Forderungen - neben die Begründung mit Interessen tritt die wertvolle Begründung der selbständigen Unternehmerposition und der Erhaltung des Mittelstandes. In der Frage der Flotten- und Machtpolitik ist allein aus der Quantität, nicht aus der Qualität der Argumente eine gewissen Änderung abzulesen, - hier teilweise im Unterschied zur Großindustrie.

Deutlich ist allerdings festzustellen, daß die kleineren und mittleren Unternehmer seit 1911 stärker aus dem Gefühl der Bedrohung ihrer Position heraus denken und argumentieren, und daß ihr Bedürfnis nach Schutz gewachsen ist.

6. Allgemeine Zusammenfassung

Man muß die hier zusammengestellten Äußerungen aus der Zeitschrift des Bundes der Industriellen in der richtigen Relation sehen. Der Hauptteil der Artikel in der "Deutschen Industrie" behandelt auch noch 1914 rein sachliche Fragen, die für den Unternehmer im wirtschaftlichen Alltag wichtig sind und zur aktuellen Information und Willensbildung nötig sind. Die "Deutsche Industrie" erfüllt die Funktion einer (vierzehntägig erscheinenden) Zeitung, genau wie die "Deutsche Industrie-Zeitung" des Centralverbandes, die diese Aufgabe der aktuellen Information schon im Titel ausdrückt. Sie informiert über laufenden Zollverhandlungen, wirtschaftspolitische Entscheidungen und Auseinandersetzungen, Reichstagssitzungen, Regierungsmaßnahmen. Sie trägt die Gegensätze mit anderen Gruppen, vor allem dem Bund der Landwirte, dem Centralverband und mit dem Staat, gerade im Zusammenhang mit aktuellen Ereignissen, aus. Sie führt gleichzeitig die Auseinandersetzung des Bundes der Industriellen mit den wirtschaftspolitischen Ereignissen des Tages und sorgt

für die Kommunikation zwischen der Verbandsspitze und der Mitgliederschaft.

Daneben kommen grundsätzliche Erörterungen zu gesellschaftlichen Problemen relativ selten zur Veröffentlichung. Aber gerade in den Auseinandersetzungen mit wirtschaftlichen Ereignissen und gegensätzlichen Interessengruppen verändern sich, für viele der Unternehmer sicherlich nicht bewußt, die Gesichtspunkte, unter denen sie sich selbst und ihre Aufgabe in der Gesellschaft sehen.

Diese Veränderung vollzieht sich nicht auf einen Schlag. Schon um 1906, möglicherweise noch früher, kündigt sich das neue Bewußtsein an. Ein mit O.B. gezeichneter Aufsatz (DI 6/110-2) entwickelt schon im Jahre 1906 ein neues Selbstverständnis des selbständigen Unternehmers, das in der Praxis des gewerblichen Lebens seinen wesentlichen Orientierungspunkt erblickt und die "Entwicklung einer neuen Gesamtpersönlichkeit" aus dem Wirtschaftsleben heraus feststellt. Die für eine erfolgreiche Unternehmerpersönlichkeit nötigen Eigenschaften werden als allgemeine für die Gesamtpersönlichkeit maßgebliche positive Werte dargestellt. Obwohl sich dieser Aufsatz noch gegen die Landwirtschaft und ihre Vorherrschaft in Deutschland richtet, und die Industrie insgesamt und ohne Differenzierungen einen moralischen Anspruch auf größere Geltung und mehr Einfluß zugesprochen bekommt, ist hier doch bereits die spätere Argumentation gegen die Großkonzerne, die die Entfaltung eben jener unternehmerischen Eigenschaften unmöglich zu machen drohen, vorweggenommen.

O.B. ist eine häufiger vorkommende Abkürzung in der "Deutschen Industrie" vor 1911. Obwohl der volle Name in den vorliegenden Jahren nicht zu ermitteln ist, läßt sich anhand anderer Aufsätze feststellen, daß der Autor bereits seit der Jahrhundertwende Mitarbeiter dieser Zeitschrift ist.

Er hat, wie er in einem Fortsetzungs-Aufsatz im Jahre 1907 zeigt (DI 7/16-7, 7/26-8, 7/39-41), bereits damals den grundsätzlichen Gegensatz zwischen den Interessen des Großkapitals einerseits und der kleineren, vor allem verarbeitenden Industrie erkannt und bezeichnet bereits "wesentliche Teile der Fertigindustrie" - im Gegensatz zu den damaligen Gepflogenheiten des Bundes der Industriellen - als "industriellen Mittelstand". Er macht die Privilegien einzelner Erwerbsgruppen - vor allem des Bankkapitals und des Großgrundbesitzes - für die Kapitalknappheit und die Notlage der kleinen Betriebe verantwortlich.

Seit 1908, also seit den organisatorischen Veränderungen, durch die Dr. Rudolf Schneider, ein Protégé Stresemanns, Geschäftsführer des Bundes der Industriellen und Vertreter des Generalsekretärs Dr. Wendlandt wird, tritt Stresemann in der "Deutschen Industrie" mit dem Gedanken hervor, daß die Selbständigkeit und die Einheit von Risiko und Verantwortung das entscheidende Merkmal des Unternehmers sei (DI 8/63, 8/124-5, 8/171-2). (vgl. auch Stresemanns Buch "Wirtschaftspolitische Zeitfragen" ⁹⁵.)

Vor allem seit den Veränderungen von 1911, als Schneider als Syndikus des Bundes an die Stelle Wendlandts tritt und auch die Schriftleitung der "Deutschen Industrie" übernimmt, versteht es Stresemann, die Einsicht im Bund durchzusetzen, daß der Feind der Fertigindustrie, die mehr und mehr an die Seite der Handels- und Gewerbekreise rückt, links und rechts stehe. Er macht den Unternehmern bewußt, daß die Öffentlichkeit weit mehr Beachtung verdiene als ihr bisher geschenkt worden sei, damit sie aus einer gefährlichen unkontrollierbaren Macht in eine wohlgesonnene Helferin verwandelt werden könne.

Mit dem zunehmenden Bewußtsein von der Bedrohung der selbständigen wirtschaftlichen Stellung wird die Selbständigkeit zum zentralen Wert der kleinen und mittleren Industriellen, die sich nunmehr als

mittelständische Industrie verstehen. Ein eigenes, auf die Selbständigkeit und die mittlere, harmonisierende und das "Gemeinwohl" repräsentierende Stellung gebautes Ethos arationaler "lebensnaher" Moralität ersetzt die frühere Ansicht von der freien Konkurrenz der Gleichen und gibt den mittelständischen Unternehmern ein neues Wert- und Selbstbewußtsein und ein neues Gesicht in der Öffentlichkeit. Die Interpretation der eigenen Wertvorstellungen als "Gemeinwohl" erlaubt ihnen, die eigenen Ziele in der öffentlichen Meinung als allgemeine erscheinen zu lassen und die mittelständischen Werte im Bewußtsein der Menschen als selbstverständliche Grundlagen des Zusammenlebens zu verankern, und zugleich Massen um sich und die eigenen Interessen zu sammeln und die öffentliche Meinung als Mittel der eigenen Politik zu gebrauchen. Obwohl dieses neue Bewußtsein erst nach 1918 voll entwickelt und allgemein verbreitet ist, ist seine Entstehung in der Zeit um 1911 bereits eindeutig zu verfolgen und zu lokalisieren.

Zum Problem der quantitativen Verifizierung

A Belegstellen für die Interpretation

Das folgende Kapitel soll die Nachprüfbarkeit der in der Darstellung entwickelten Tendenzen und Trends in der Entstehung des spezifischen Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer sichern. Gleichzeitig werden die Möglichkeiten untersucht, über die interpretierende Auswertung des Materials im vorigen Kapitel hinausgehend mithilfe der quantifizierenden Methoden der content analysis die dargestellten Ergebnisse zu verifizieren.

Auf den folgenden Seiten sind zur Überprüfung der Interpretation die einzelnen Ergebnisse und Thesen, die aus der Sachgruppeneinteilung (vgl. Kapitel III Abschnitt A) gewonnen wurden, noch einmal in Stichworten systematisch zusammengestellt. Dazu werden jeweils die Belegstellen angegeben, auf die diese Ergebnisse sich stützen, - also die nach dem Sachgruppenschema aufgeschlüsselten Excerpte der Jahrgänge 1905 - 07 und 1912 - 14.

Da eine quantitative Verifizierung der angeführten Folgerungen auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, sind jeweils stichwortartig die Möglichkeiten angedeutet, die Schlüsse, die aus den angeführten Stellen gezogen wurden, empirisch-quantitativ zu überprüfen. Die Problematik solcher Verifizierungen soll anschließend diskutiert werden. Da die später folgenden Zählungen nicht nach dem hier verwendeten Sachgruppenschema vorgehen, sondern ein zusammengefaßtes, aus den Ergebnissen der Interpretation abgeleitetes und für die vorliegende Fragestellung zweckmäßigeres Kategorienschema zugrundelegen, schien dieser Hinweis auf die Quantifizierungsmöglichkeiten bei jeder einzelnen Sachgruppe notwendig.

Für die Excerpte aus der Zeit nach 1918 mußte in den Tabellen eine Kennzeichnung durch Numerierung erfolgen. Die Zahlen verweisen auf die im Literaturverzeichnis (Quellen - Weimarer Republik) angegebenen laufenden Nummern. Für die "Deutsche Industrie-Zeitung" wird jeweils Jahr und Seite angegeben.

Die Interpretation, die im vorigen Kapitel ausgeführt wurde, stützt sich nicht ausschließlich auf die in den Tabellen 1 - 34 angegebenen Stellen. Die Interpretation muß schon deshalb über die in den einzelnen Sachgruppen angeführten Einzelstellen hinausgehen, weil sie gerade durch die Kombination der Trends, die die einzelnen Sachgruppen aufweisen, eine Gesamtentwicklung herauszuarbeiten versucht. Andererseits können die Trends in einigen Sachgruppen anhand einer unübersehbaren und unnötigen Fülle von Belegstellen demonstriert werden, wobei jedoch die Gesamtinterpretation keinen wesentlich höheren Grad der Zuverlässigkeit erreichen könnte. Letztlich kann sie nur voll verifiziert und nachvollzogen werden durch die Lektüre der gesamten Zeitschrift, die ja auch der Interpret ständig im Hintergrund seiner Überlegungen gegenwärtig haben muß.

So sind als Belegstellen nur diejenigen Stellen aufgeführt worden, die zu einem bestimmten Sachbereich einen besonderen Aussagewert haben, weil sie eine Argumentation besonders beispielhaft demonstrieren, oder weil sie einen neuen Gesichtspunkt enthalten. Die routinemäßige Argumentation ist jeweils nur mit ein oder zwei Stellen belegt, die genügen zur interpretierenden, wenn auch nicht zur quantitativen Auswertung. Es war nicht die Aufgabe dieses Sachgruppenschemas, die zahlenmäßigen Verhältnisse zwischen den einzelnen Argumenten festzustellen.

1. Gesellschaftsordnung

Tab.1	a) Soziale Ordnungsvorstellungen	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis 1907	Interessenausgleich regelt das Gesellschaftsleben. Sozialer Friede durch Kräfteausgleich. Selbständ. Unternehmer eine Gruppe unter anderen. Autorität, Ordnung schützt vor Umsturz	5/15, 30, 91, 232, 6/27, 269, 270, 7/38, 197, 219, 267 Ausnahme: 6/76, 110 5/125, 280, 50, 119, 185, 450, 623, 387, 6/149, 265, 424, 7/398, 506
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis	Mittlere Linie gegen Extreme von links und rechts. Eigener Standort der richtige, sozial legitimiert. Organische Ordnung der Gesellschaft.	12/196, 197, 13/97, 177, 214, 235, 247, 298, 338, 14/5, 21, 130
1914 <u>I Z</u>	Autorität, Ordnung, nationales Denken schützt vor Umsturz	12/59, 132, 190, 391, 392, 461, 497, 612, 736, 13/437, 610, 687, 14/4, 171
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Gesellschaft muß den Mittelstand schützen. Mittelstand wertvoll für die Ordnung. Sozialer Organismus.	7, 9, 37, 39, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 49, 50, 60, 62
1933 <u>Groß- Ind.</u>	Trennung von Politik und Wirtschaft. Autorität und Ordnung schützt vor Umsturz.	2, 4, 9, 10, 16
<u>Trend</u> Zus fass ung	Vom freien Interessenausgleich zur Suche nach Schutz. Vom liberalen Interessendenken zum sozialen Ordnungsdenken, zur Organismustheorie. Von der Durchsetzung der eigenen Interessen zur Einordnung ins Ganze. Vom legitimen Egoismus zum Gemeinschaftsdenken.	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere oder spätere Vorstellungsweise nur qualitativ interpretierend feststellbar. Zeitliche Verteilung der Vorstellungen I (= Interessenausgleich) und II (= Gemeinschaftsdenken) durch Auszählen feststellbar. Zählende Einheit: Artikel; interpretativ zuordnen. (Zur interpret. Zuordnung vgl. Kap. IV Abschn. B)	

Tab.2	b) Funktionieren der Gesellschaft	Belegstellen
<u>D I</u>	Grundsätzlich zufrieden mit dem gegenwärtigen Funktionieren; Drängen nach Mitarbeit zum Fortschritt	5/15, 30, 63, 148, 230, 6/4, 134 7/13, 125, 160, 267 Ausnahme: 6/76
1905		
bis	Ordnung, bürgerliche Gesellschaft sind bedroht	5/125, 280, 293, 571, 6/149, 150, 265, 266, 7/1, 74, 474
1907		
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Angst vor Verdrängung, Verteidigungssituation. Selbständigkeit bedroht.	12/40, 70, 91, 114, 148 167, 196, 246, 276, 356 13/177, 178, 303 14/130
1912		
bis	Ordnung, Autorität, Gesellschaft, Nation bedroht	12/43, 59, 291, 497, 563, 13/3, 200, 244, 421, 600 630, 687, 757, 937 14/75, 315
1914		
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Angst vor Verdrängung und Vernichtung. Schutz suchend. Selbständiger Unternehmerberuf bedroht	1, 3, 12, 52, 56, 57, 61
1918		
bis	Wirtschaftsordnung, Autorität, Gesellschaft bedroht	2, 4, 9, 17, 53
1933		
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Gesellschaft wird allmählich bedrohlicher; vom Vorwärtsdrängen zur Verteidigungsstellung, Schutz der Gesellschaft, besonders der Mittelschichten. Differenzierung in legitime Interessen - Sonderinteressen	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 3	c) eigene Rolle i.d. Gesellschaft	Belegstellen
<u>D I</u>	Eine Gruppe neben anderen. Fortschritt vorantreiben, hemmende Sonderinteressen zurückweisen.	5/39, 52, 148, 232, 6/101, 243, 7/13, 99, 197 Ausnahme: 6/110
1905		
bis		
1907	Fortschritt sichern; Autorität und Ordnung aufrechterhalten	5/21, 119, 124, 125, 424, 462 6/149 7/75, 172, 247, 474, 623
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Ausgleichendes Element in der Gesellschaft. Standpunkt des Lebens gegen Bürokratie durchsetzen. Selbstbehauptung.	12/40, 114, 307, 309, 13/245, 247, 298, 338, 14/159
1912		
bis		
1914	Produktion sichern, Ordnung, Nation schützen	12/43, 203, 344, 611, 665, 773, 13/433, 665, 687, 14/475, 177
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Wichtigster gesellschaftserhaltender Faktor, Wert. Eigentlicher Motor der Gesellschaft, Elite. Eigene Position retten.	3, 7, 37, 61
1918		
bis		
1933	Wirtschaft erhalten Letzter Hort von Autorität, Ordnung, Nation	2, 10
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	I: eine Gruppe unter anderen - II: ausgleichende Gruppe, gesellschaftliche Mitte, besonders wertvoller Teil, der besondere kulturelle und menschliche Werte verkörpert	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl. der</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	
Veri-		
fiz.		

Tab. 4	d) Mittelstand	Belegstellen
<u>D I</u>	Mittelstand = mittlere Gruppe; gesellschaftliche Gruppe wie alle anderen.	5/15, 18, 32, 256, 6/101, 175, 197, 269 Ausnahme: 6/76
1905	Fertigindustrie zählt sich selbst nicht zum Mittelstand.	
bis	Mittelstand ist Gegner; stört	5/173, 281
1907	Autorität; ist nahe zur Masse	
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Mittelstand = mittlere Gruppe, mittlere Politik Ausgleich, Gegengewicht. Im Interesse des Gemeinwohls schützen	12/276 13/34, 43, 91, 100, 164 177, 200, 245 14/48, 54, 97, 99, 129
1912		
bis	Mittelstand ist Verbündeter gegen Sozialdemokratie	12/132, 444 13/421, 665
1914		
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Mittelstand = Ordnungsfaktor, staatserhaltend, Gegengewicht gegen Sozialismus und gegen Monopole etc.	22, 23, 67, 68, 69
1918		
bis	Industrielle sind kein Mittelstand! Einheit der Industrie erhalten!	22, 23
1933		
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Vom Mittelstand als einer Gruppe unter anderen zum Mittelstand als gesellschaftliche Mitte und Ordnungsfaktor, Wert in sich. I: Mittelstand = fremde Gruppe II: Mittelstand = eigene Gruppe	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 5	e) Staat, Parteien, Politik	Belegstellen
<u>D I</u>	Staat muß Interessenausgleich finden - daher Mitarbeit im Staat nötig.	5/15, 184, 254 6/86, 27, 50, 76 7/13, 267 Ausnahme: 6/76
1905 bis 1907	Staat und Politik muß Ordnung sichern, Autorität ausüben	5/125, 391 6/149
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Staat muß Interessenausgleich finden, bedrohte Glieder schützen; notfalls gegen Widerstand. Daher Mitarbeit nötig.	12/70, 154, 307, 356, 374 13/97, 214 14/64, 159
1912 bis 1914	Staat muß Ordnung sichern, darf Industrie nicht stören, aber Bedingungen sichern.	12/59, 132, 190, 444, 461, 563, 611, 736, 773 13/3, 178, 687, 810 14/75, 177
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Staat muß dem selbständigen Unternehmer helfen, vor Gefahr schützen, bessere Bedingungen schaffen. Einfluß nötig. Führereigenschaften d.U. nutzen.	3, 12, 14, 20, 21, 24, 25, 33, 37, 57, 63
1918 bis 1933	Staat muß stark sein, Ordnung erhalten, der Industrie Freiheit sichern	2, 3, 4, 7, 9, 12, 58
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Staat wird vom Ausgleichs- zum Schutzorgan - vom Ordner zum Garanten der Ordnung - vom Nachtwächter- zum Polizeistaat - Politik wird vom Mittel im Interessenkampf zum Mittel zum Schutz der eigenen Position.	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 6	f) Öffentlichkeit	Belegstellen
<u>D I</u>	Öffentlichkeit ist Hintergrund des Interessenausgleichs	5/230 6/51
1905 bis 1907	Öffentliche Meinung ist gestört, Stellung der Industrie muß gesichert werden	5/173,280 6/265 7/74
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Öffentliche Meinung wird zur gesellschaftlichen Macht. Daher Einfluß nötig, Propaganda. Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit	12/148 13/197,97,180,367 14/197,118,48,21
1912 bis 1914	Öffentliche Meinung ist in Unordnung - Korrektur nötig - aber sich nicht beeinflussen lassen von der Masse	12/132,460,611,136 13/937 14/
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Öffentliche Meinung wichtiges Forum. Einfluß auf öffentliche Meinung hilft weiter. Eigenen Wert bekannt machen.	3,9,49,51,60,63
1918 bis 1933	Öffentliche Meinung muß in Ordnung gebracht werden - Stellung der Industrie verbessern.	2,4,16
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Öffentliche Meinung wird allmählich als politischer Faktor anerkannt. Notwendigkeit, sich vor ihr zu legitimieren, zwingt zur Reflexion der eigenen Position, zur Propaganda, zur Meinungsbeeinflussung.	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Aufmerksamkeit für die öffentliche Meinung numerisch erfaßbar durch Auszählen aller Artikel, die sich mit öffentlicher Meinung befassen - zeitliche Verteilung ermitteln.	

Tab. 7	g) Gesellschaftspol. Aufgaben	Belegstellen
<u>D I</u>	Gemeinsame Arbeit zur Blüte der Wirtschaft. Bessere Zustände schaffen.	6/13,37,50,86,229
1905		
bis		
1907	Eigene Kräfte sammeln, um gesellschaftlichen Gefahren besser begegnen zu können	5/280,391 6/387 7/74,169
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Sich durchsetzen gegen Wider-sacher. Politische und Öffentlichkeitsarbeit dazu nötig	12/114 13/97 14/64,53,54,159, 211,223
1912		
bis		
1914	Eigene und nationale Kräfte sammeln, gesellschaftliche Gefahren eindämmen	12/59,205,498,736 13/3,151
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Sich und seine volkswirtschaftlichen Aufgaben behaupten gegen alle Anfeindungen	3,51
1918		
bis		
1933	Wirtschaft sichern und ausbauen	4
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Vom Vorantreiben der Entwicklung zur Verteidigung der eigenen gesellschaftlichen Position	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

2. Selbstbild

Tab. 8	a) Selbständigk., Persönlichk., Individualität	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis	Selbständigkeit = wirtschaftliche Unabhängigkeit, erstrebenswertes Ziel	5/254 6/197 7/7
1907 <u>I Z</u>	Selbständigkeit = wirtschaftliche Unabhängigkeit; Individualität noch nicht an Besitz gebunden.	5/281
<u>D I</u> 1912 bis	Selbständigkeit = Quelle der Verantwortung; Wert in sich Gegengewicht gegen Bürokratisierung. Drohende Unselbständigkeit abwehren	12/114, 227, 307, 370, 314, 333, 337, 363, 374 13/69 14/129
1914 <u>I Z</u>	Selbständigkeit=Wirtschaftliche Unabhängigkeit und Begründung der autoritären Stellung im Betrieb	12/391, 612 14/99
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Selbständigkeit=Quelle anderer Tugenden; Wert in sich; einzige Garantie für Funktionieren der Wirtschaft, für Unternehmerleistung. Drohende Unselbständigkeit abwehren.	2, 3, 33, 37, 49, 50, 57, 59
1933 <u>Groß-Ind.</u>	Selbständigkeit=wirtschaftliche Unabhängigkeit - nicht übertreiben! S. ist nicht Quelle der Tugenden	53, 61, 63, 66
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Von der Forderung nach Selbständigkeit zur Abwehr der Unselbständigkeit. Selbständigkeit wird von der erstrebenswerten Unabhängigkeit zur zentralen Kategorie unternehmerischer Selbstrehtfertigung; Grundlage von Charakter und Verantwortung und Leistung	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 9	b) Unternehmereigenschaften, Unternehmerinitiative	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis 1907	Unternehmer = Industrieller noch nicht persönlich (=selbstän- dig-verantwortl.) bezogene Ini- tiative, noch keine besonderen Unternehmereigenschaften Patriarchalisches Lebensgefühl und Selbstbewußtsein. Souverä- nität im Betrieb erhalten.	5/30, 63, 89 6/51, 86, 147, 243, 7/13, 16, 208, 267 Ausnahme: 6/110 6/150, 264, 280, 89
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis 1914	Unternehmerpersönlichkeit vom selbst. Wirtschaften geprägt. Persönl. Tüchtigkeit und Ethik aus Unternehmerfunktion. Unter- nehmerinit. dch. Besitz, Risiko selbst. Persönlk. Patriarchalisches Selbstbild Souveränität im Betrieb erhal- ten	12/53, 70, 76, 114, 137, 148, 168, 276 13/116, 177, 178, 147, 314, 37 14/19, 159 12/460, 730, 391 13/761, 765 14/313
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Besitz, Risiko, Gewinn, Verantwor- tung, Leistung verbinden sich zur Unternehmerpersönlichkeit - ethischer Wert. Charakter pers- önlich und beruflich geprägt.	2, 3, 20, 33, 50, 49, 51
<u>Groß- Ind.</u>	Patriarchalisches Selbstbild in der neuen Situation recht- fertigen	4, 9, 11, 33, 53, 63, 65
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Von selbstverständlicher wirtschaftlicher Funk- tionsausübung zur Verschmelzung von Besitz, Risi- ko, Verantwortung, Charakter, Leistung, Ethik zu der zentralen Persönlichkeit der Wirtschaft; Mitte der gesellschaftlichen Reproduktion materiell und ideell. Bei abnehmender materieller Bedeutung Ausweichen ins Ideelle. Verteidigung, Rechtfertigung.	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frü- here und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Ver- teilung.	

Tab.10	c) Führungsaufgabe, <u>Elitedenken</u>	Belegstellen
<u>D I</u>	Kampf um Einfluß im Staat gegen die Demokratisierung. Noch kein Führungsanspruch, kein Elitedenken	5/133,230,233,254 6/27,37,243, 7/16,38,197,267 Ausnahme:6/110, 6/76
1905 bis 1907	aristokratisches Selbstverständnis	6/265 7/74,490
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Rechtfertigung der Ansprüche auf Einfluß. Noch kein direkter Führungsanspruch. Elitedenken mit Selbstständigkeit etc. verbunden.	12/70,114,137,276, 307 13/97,145,178,245, 314,317, 14/129 Ausnahme:13/122
1912 bis 1914	aristokratisches Selbstverständnis	13/3,178,406 14/315
<u>I Z</u>		
<u>Mitt.</u> <u>Unt.</u>	Unternehmer = gesellschaftliche Führungselite	3/49,50,51,57,60, 66
1918 bis 1933	aristokratisches Selbstverständnis verbunden mit dem Führergedanken	2,4,11
<u>Groß-</u> <u>Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Vom praktischen Kampf um Einfluß zur Selbstinterpretation als Elite, die zur Führung berufen wäre, aber zu wenig Einfluß hat	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	numerisch nicht erfaßbar; bis 1914 unscharf. In Verbindung mit "Selbstbild", "Vorbild" zu interpretieren.	

Tab. 11	d) Unternehmer als Vorbild	Belegstellen
<u>D I</u>	Leistungen der Industrie hervorgehoben, nicht des Unternehmers	5/63,159,230,255 6/86,175,243 7/38,160,208
1905 bis 1907	Aristokratisches Selbstbewußtsein	5/173,450 6/265 7/1.74
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Unternehmer hat vorbildliche Eigenschaften, die vom Wirtschaftsleben geformt und in Persönlichkeit bedingt sind. Auf's ganze Volk zu übertragen	12/114,148,227 13/100,112,113, 177,338 14/18,130
1912 bis 1914	Aristokratisches Selbstbewußtsein	12/203,665 13/3,403,761
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Persönliche Tüchtigkeit des Unternehmers wird durch die selbständige Funktion herausgefordert (Auslese und Weckung). Vorbild der Nation.	3,33,46
1918 bis		
1933	Schöpferische Betätigung der Besten. Aristokratisches Bewußtsein.	4
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fassung	Von selbstverständlicher Arbeit in der Industrie zum Vorbild der Nation an persönlicher Tüchtigkeit.	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 12	e) Notwendigkeit des Unternehmers für die Gesellschaft	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis	Industrie ist wirtschaftliche Notwendigkeit - damit auch der Unternehmer	5/138 6/51,64,86,175 7/16,197,267 Ausnahme: 6/110
1907	Industrie ist wirtschaftliche Notwendigkeit. Unternehmer ist führender Mann der Industrie	5/21,173,280,391 6/150,89 7/74
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis	Unternehmer ist wirtschaftliche Notwendigkeit. Unterstützung im Volk nötig. Praxis des Lebens gegen Bürokratie. Gesellschaftlich wertvoll	12/114,148,235,370 13/97,100,177,247,317 14/19,129,159
1914	Unternehmer als führender Mann Industrie wertvoll, qualifiziert, unentbehrlich.	12/391,736,761,665 13/761
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Unternehmer ist unentbehrlich für Industrie, Fortschritt, gesellschaftliches Leben, Kultur etc.	3,7,49,51,52,59,60
1933	Unternehmer als führender Mann der Industrie wertvoll, qualifiziert, unentbehrlich.	4,16
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Von der Einbeziehung in die Industrie zum Wert des Unternehmers in sich selbst, wirtschaftliche und gesellschaftliche Unentbehrlichkeit als Mitte, Kulturträger, staatserhaltende Schicht.	
<u>Mögl.</u> Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab. 13	f) Stellung im Betrieb	Belegstellen
<u>D I</u>	Patriarchalischer "Herr-im-Hause"-Standpunkt (und Zusammenarbeitsthese)	5/31,32,65,115,123, 138,265 6/225,270, 7/33
1905		
bis		
1907	Patriarchalischer "Herr-im-Hause"-Standpunkt. Autoritäre Stellung im Betrieb.	5/14,21,281,450, 623,124 6/149,623 7/474,623
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Herr im Hause bleiben <u>und</u> Integrationsideologie. Herrschen durch gutes Verhältnis, Vaterrolle etc.	12/89,114,281,194, 267 13/104,178,338 14/130,224,64,176, 19,35
1912		
bis		
1914	Autoritäre Stellung Herr im Hause. Patriarch.	12/450,59,132,204, 344,459,498,666 13/151,244,749,778 14/99
<u>I Z</u>		
<u>Mitt.</u> <u>Unt.</u>	Autorität erhalten durch die Werksgemeinschaft	3,51,55,61
1918		
bis		
1933	Herr im Hause bleiben!	2
<u>Groß-</u> <u>Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Von Anfang an beide Tendenzen: Herr im Hause bleiben und Integrationsideologie.	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl.</u> <u>der</u>	Nicht unmittelbar auszählbar. Möglichkeit der interpretierenden Zuordnung:	
Veri-	I. nur patriarchalisch	
fiz.	II. nur integrativ	
	III. Verbindung beider Tendenzen.	
	Wahrscheinlich Unterdifferenzierung nötig.	

Tab.14	g) Privatwirtschaft allgemein	Belegstellen
<u>D I</u>	Privatwirtschaftliches System nicht in Frage gestellt. Funkt-ionieren verbessern!	5/89,149,232 6/74,86,158,175,269 7/16,160,208,267
1905		
bis		
1907	Privatwirtschaft nicht in Frage gestellt.	5/119,391 6/265 7/74
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Privatwirtschaftliches System nicht in Frage stellen! Funkt-ionieren sichern!	12/124,154,167,179, 235,342 13/303,100,113,177, 178,247,317 14/19,100,129,130, 159,223
1912		
bis		
1914	Privatwirtschaft nicht in Frage gestellt.	12/43,203,559,611 13/403,761 14/171
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Privatwirtschaftliches System ist in Gefahr. Sittliche Kraft d. Privatwirtschaft liegt im Unter-nehmer. Seinetwillen Privatwirt-schaft erhalten!	3,49,50,52
1918		
bis		
1933	Das Wirtschaftssystem hat nicht versagt; ist anderen Wirtschafts-formen überlegen; muß erhalten werden	2,4,17,18
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Vom selbstverständlichen Funktionieren der Privat-wirtschaft zur Verteidigung der Privatwirtschaft als Grundlage der positiven Kräfte des Unternehmers.	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl.</u>	Nicht auszählbar.	
der	Bis 1914 unscharf, kein relevantes Ergebnis zu erwarten.	
Veri-		
fiz.		

3. Werte

Tab.15	a) Ethik,moralische Wertungen	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis 1907	Allgemein gängige Wertungen und Termini. Nicht mit Unternehmer-tum verbunden, keine eigene Ethik.	5/123,256,32 6/64,110,175,54, 184,270 Ausnahme: 6/76
<u>I Z</u>	Allgemein gängige Wertungen und Tugenden	5/475,453 6/149 7/506
<u>D I</u> 1912 bis 1914	Rechtfertigung der eigenen Position mit gängigen Wertungen <u>und</u> Leerformeln. Eigene Unternehmerethik beginnt.	12/76,168,279 13/177,237,338,250, 320 14/223
<u>I Z</u>	Allgemein gängige Wertungen und Leerformeln	13/761
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Rechtfertigung des Unternehmertums mit leerformelhaften Wertungen. Eigene Unternehmerethik.	3,17,49,50,66,17, 18,59,60
<u>Groß-Ind.</u>	Rechtfertigung der eigenen Existenz oder Ziele mit leerformelhaften Wertungen.	16,21
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Von der Anwendung allgemeiner Wertungen zur Entwicklung einer besonderen aus der Unternehmerfunktion selbst entwickelten Ethik. Entleerung, leerformelhafte Anwendung moralisch wertender Ausdrücke.	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für früher und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab.16	b) Gemeinwohl	Belegstellen
<u>D I</u>	Eigene Interessen gleich Gesamtinteressen.	7/13,38
1905 bis		
1907	Eigene Interessen gleich Gesamtinteressen.	5/247,83
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Eigene Interessen werden zu Gesamtinteressen erklärt z.T. leerformelhaft	13/245,247
1912 bis		
1914	Eigene Interessen werden zu Gesamtinteressen erklärt z.T. leerformelhaft	13/685,761
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Eigene Interessen werden zu Gesamtinteressen erklärt. Gemeinwohl = Wert an sich, leerformelhaft gebraucht, mit Unternehmerpersönlichkeit verbunden.	50
1918 bis		
1933	Gemeinwohl = Leerformel, Wert in sich.	4,9
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Von selbstverständlicher Identität eigener und allgemeiner Interessen zur Erklärung der eigenen Interessen zu allgemeinen.	
Zus.	Zunehmend leerformelhafte Anwendung des "Gemeinwohls" als transzendenter Wert.	
<u>fassung</u>		
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für früher und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab.17	c) Verantwortung	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis	Verantwortung = Bewußtsein von der Tragweite einer Entscheidung	6/269 7/267
1907	Verantwortung = Bewußtsein von der Tragweite einer Entscheidung	5/124,173 6/265,63
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis	Verantwortung = Entscheidungsqualität <u>und</u> persönliche Eigenschaft, mit Besitz, Risiko verbunden, leerformelhafter ethischer Wert.	12/114,89,91 13/314 14/177
1914	Verantwortlich = tun, was getan werden muß. Leerformel. Subjektiv wertendes Prädikat.	13/304
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u> 1918 bis	Verantwortung mit Besitz und Unternehmerfunktion verbunden. Persönliche Eigenschaft; Wert in sich.	2,49,50,54,57
1933 <u>Groß-Ind.</u>	Verantwortung = Pflicht. Tun, was getan werden muß. Leerformel. Subjektiv wertendes Prädikat.	4,17
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Von sachbezogener zu persönlichkeitsbezogener, an Besitz und Risiko, Unternehmerfunktion gebundener Auffassung. Von einer Entscheidungsqualität zu leerformelhaftem Wert in sich	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Rein numerisch nicht erfaßbar. Argumente für frühere und spätere Argumentation sind nur qualitativ interpretierend zu unterscheiden. Zeitliche Verteilung.	

Tab.18	d) Nationale Werte	Belegstellen
<u>D I</u>	Nation = Gesamtheit national = das ganze Volk ange- hend	5/13,54 6/158 7/13,16,17,125
1905 bis 1907	Nation = Gesamtheit national = das ganze Volk an- gehend	5/281,475
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Nation = Gesamtheit und Nationalbewußtsein als Wert in sich und Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele	12/53,311,363,376 13/40,86 14/223,53
1912 bis 1914	Nationalbewußtsein als Auftrag, Pflicht, Gesinnung. Ordnungs- element. Leerformel.	13/200,304,761 14/4,223,627
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Nationalbewußtsein teils leer- formelhaft; Auflockerung durch internationale Interessen.	3,49
1918 bis 1933	Nationalbewußtsein = Wert in sich, Leerformel, Ordnungsfak- tor	10,16
<u>Groß- Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Von Nation = Gesamtheit zu Nation = Wert in sich Nationalismus als Manipulationsmittel.	
Zus. fas- sung		
<u>Mögl. der Veri- fiz.</u>	Möglichkeit des Auszählens; nur Zunahme der nati- onalen Argumentation festzustellen.	

Tab.19	e)Geschichtsbetrachtung	Belegstellen
<u>D I</u>	Nationale Solidarität nötig. Stolz auf nationale Geschichte.	6/1,6 7/3,231,280
1905 bis		
1907	Nationale Einheit, nationale Geschichte. Stolz	5/589
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Nationale Solidarität nötig. Neid des Auslands auf deutsche Erfolge führt zum Krieg. Deutschland erhielt bis 1914 den Frieden.	13/162 14/223
1912 bis		
1914	Elitär, teils rassistisch. Mission Deutschlands für die Welt.	13/1 14/628
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Deutsche Unternehmer sollen ausgeschaltet werden, werden nicht an die Führung gelassen. Nationaler Schaden.	51
1918 bis		
1933	Neid des Auslands führte zum Krieg. Gefahr der Zerstörung der nationalen Werte der deut- schen Industrie.	11
<u>Groß- Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Vom Stolz zur Furcht. Nach 1918: Geschichte benachteiligt Deutschland, besonders deutsche Industrie	
Zus. fas- sung		
<u>Mögl. der Veri- fiz.</u>	Vor 1914 keine scharfe Trennlinie zu erwarten. Entfällt.	

4. Gegenwelt

Tab.20	a) Gegner	Belegstellen
<u>D I</u>	Rohstoffkartelle Agrariertum Sozialdemokratie (Sozialpolitik, Demokratie)	Angabe entfällt (fast alle bisher angegebenen Stellen)
1905 bis 1907	Sozialdemokratie Demokratie Parteiwesen	entfällt
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Kartelle (Großindustrie) Agrariertum Sozialdemokratie Bürokratie Demokratie Parteiwesen	entfällt
1912 bis		
1914	Sozialdemokratie Demokratie Parteiwesen	entfällt
<u>I Z</u>		
<u>Mitt.</u> <u>Unt.</u>	Sozialdemokratie Kartelle (Großindustrie) Bürokratie	entfällt
1918 bis		
1933	Sozialdemokratie Demokratie Parteiwesen	entfällt
<u>Groß-</u> <u>Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Neuer Gegner 1911-14: Bürokratie. Bürokratie als Sündenbock: Argument zur Verteidigung der Selbstständigkeit; gegen Sozialisierung und Kartelle, Enteignung von oben und unten.	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Interpretierende Feststellung. Durch Beispielenstellen ausreichend zu belegen; Zählen sinnlos. (Häufigkeiten von Tagespolitik abhängig, zufällig)	

Tab.21	b) Sachliche Klagen	Belegstellen
<u>D I</u>	Interessen werden direkter angesprochen als bei der Großindustrie	Angabe entfällt (fast alle bisher angegebenen Stellen)
1905 bis 1907	Nationale, imperialistische und rassistische Argumentation	entfällt
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Interessen werden direkter ausgesprochen als bei der Großindustrie	entfällt
1912 bis 1914	Nationalistische, imperialistische und rassistische Argumentation	entfällt
<u>I Z</u>		
<u>Mitt. Unt.</u>	Interessen werden hinter allgemeinen kulturkritischen, nationalen, moralischen, organischen etc. Wertungen verborgen.	entfällt
1918 bis 1933	Interessen verborgen hinter nationalen, organistischen etc. Wertungen	entfällt
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Bis 1914 werden konkrete Klagen sehr detailliert vorgetragen, die Interessen bestimmter Industriezweige deutlich gemacht. Schlagworte erscheinen bei großen, übergreifenden, allgemeinen Fragen.	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Vor 1914 keine scharfe Trennlinie zu erwarten. Entfällt.	

Tab.22	c) gegnerische Tendenzen, Strömungen, Gedanken Beispiele
<u>D I</u> 1905 bis 1907 <u>I Z</u>	Moralische Bevormundung/Staat im Staate/bezahlte Berufspolitiker/Verhetzung/schiefe, gehässige Darstellung/Unzufriedenheit/Korruption/Klassenhaß/Verstoß wider die guten Sitten Ausnahme: Parteiensystem spaltet das Volk; Massenentscheidung (6/76) Wühlarbeit/Internationaler Umsturz/fanatisierte Menge/Revolution/Strom, der das Kulturland überflutet/Demokratie durchseucht das öffentliche Leben; ist ein Greuel/Industriefeindliche Tendenzen.
<u>D I</u> 1912 bis 1914 <u>I Z</u>	Theoretischer Übereifer/Geist der Bürokratie/Vorschriften/weltfremde Urteile/einseitige Beeinflussung/Interessenstandpunkt/Radikalisierung/Monopol Tendenzen/soziale Gegensätze/Hetze/Terrorismus/brutaler Massenwille/Agitation/Hemmung der Unternehmertätigkeit ungesunde Steuern/Rote Flut/Hader/Bevormundung/Kritiksucht/Opposition/nach der Gunst der Massen spielen/Reglementierung/Zügellosigkeit/Parteiwirtschaft/Demokratie
<u>Mittl. Unt.</u> 1918 bis 1933 <u>Groß-Ind.</u>	Verantwortungsloser Beamtenapparat/Mangel an praktischem Sinn/Opposition/Organisation/kollektivistische Welle/Überspannung/Massenprinzip/Anonymität/Entpersönlichungstendenz/Atomisierung des Risikos/Konzernierung Experimente/Parteiendogmen/Demokratisierung/Zusammenbruch/Politik (im Gegensatz zur Wirtschaft)
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	1.) Wendung gegen bestimmte Tendenzen i.d. Gesellsch. nimmt gegen 1914 zu. Immer mehr "Feinde". 2.) Weniger konkrete Angriffe, mehr Symbole für das Negative, Schlechte. 3.) Bürokratie als Sündenbock
<u>Beleg</u>	Fast alle bisher angegebenen Stellen. Siehe besonders "Gesellschaftsordnung", "Selbständigkeit", "Mittelstand".
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	1.) Auszählen unmöglich, da zu unterschiedliches Material. Häufig nicht formal zu trennen von sachlicher Gegnerschaft. 2.) Zusammenstellung der gegnerischen Tendenzen; Gegenüberstellung 1905-7 und 1912-14. Wegen d. Menge des Materials repräsentative Auswahl nötig. 3.) Numerisch nicht erfaßbar. Nur Interpretation der einzelnen Argumente gegen die Bürokratie.

Tab.23	d) negative moralisch-ethische Werte
<u>D I</u>	Spekulation/Tyrannische Herrschaft/Mißstände/Ver- letzung/Übermacht/Unzufriedenheit/Korruption/ Verstoß wider die guten Sitten
1905	Ausnahme: Frevel, sittliche Schäden (6/76)
bis	
1907	Banausentum/Geldgier/Begehrlichkeit/Radikalis- mus/Provokation
<u>I Z</u>	
<u>D I</u>	Haß/Exzesse/Radikalisierung/Hetze/Unwahrheiten/ Unrecht/Terrorismus/Neid/extrem/unanständig/ Agitation/Heimlichkeit
1912	
bis	
1914	Vergewaltigung/Verbrechen/Hader/Hochverrat/Zügel- losigkeit/machtlüstern/gewissenlos/ungesund/ver- sündigen/ordnungsfeindlich/ehrvergessen/pflicht- vergessen
<u>I Z</u>	
<u>Mittl. Unt.</u>	Masse/Typ/Krankheit/Zerstörung/Zersetzung/schän- den/enterben/verantwortungslos
1918	
bis	
1933	egoistisch/aushöhlen/parteilich
<u>Groß- Ind.</u>	
<u>Trend</u>	1) Moralisch-ethische Wertungen nehmen nach 1911 zu
Zus- fas- sung	2) Die negative Qualifizierung weicht immer mehr von der sachbezogenen Argumentation auf die mo- ralische Verurteilung aus
Beleg	Fast alle bisher angegebenen Stellen. Siehe bes. "Gesellschaftsordnung"; "Selbständigkeit"; Mittel- stand".
<u>Mögl. der Veri- fiz.</u>	1) Nicht unmittelbar auszählbar. Interpretativ zuordnen, dann Trend feststellen. 2) Gegenüberstellung der negativen Wertungen 1905-7 und 1912-14. Wegen der Menge des Materials repräsentative Aus- wahl nötig.

Tab.24	e) Ausdrücke zur negativen Bezeichnung
<u>D I</u>	übermäßig/unzeitgemäß/willkürlich/spekulativ/bedrohen/bedrängen/schädlich/belasten/gängeln/tyrannisch/Verhetzung/standesunwürdig/egoistisch/ungerechtfertigt/schädigen Ausnahme: Frevel (6/76)
1905	
bis	
1907	verekeln/versanden/verflachen/hemmen/durchseuchen/sündigen/Greuel/Siechtum/radikal/industrie-feindlich/herabwürdigend/Schwärmer/Tollheit/niedere Schichten/verhätscheln/unverantwortlich/gefährlich/Fessel
<u>I Z</u>	
<u>D I</u>	Rückgang/Gefährdung/bedenklich/verfälschen/bürokratisch/Konflikte/Belastung/extrem/erbittert/verhetzen/parteilpolitisch/ungenügend/weltfremd/einseitig/schädlich/demoralisierend/unanständig/unlauter/brutal/unsauber/Schmach/Verstoß/Unrecht
1912	
bis	
1914	um sich fressen/ Verbrechen/Versündigung/erlahmen/verweichlichen/Zügellosigkeit/ehrvergessen/ungesund/verfallen/Übertreibung/hohnlachend/Gefährdung/abgraben/rote Flut/Hader/ordnungsfeindlich/erbärmlich/widerlich/Pflichtvergessenheit/Gefahr/verraten
<u>I Z</u>	
<u>Mittl. Unt.</u>	Resignation/ausschalten/Geringschätzung/Schwächung/Zersetzung/Defaitismus/Utopismus/Öde/stumpf/entgiften/Krankheit/schänden/enterben/Verzweifelte/verantwortungslos/Verdächtigung/Verletzung/Überspannung/Erlahmung/Zerstörung/abhängig/Unselbständigkeit
1918	
bis	
1933	aushöhlen/Angriff/Degeneration/Schäden/verderblich/gegeneinander/egoistisch/Konkurrenzfeinden/Überfremdung/Tragödie/verfälschen/Konkurrenzneid/Flucht/verfälschen
<u>Groß-Ind.</u>	
<u>Trend</u>	1) Negative Ausdrücke nehmen nach 1911 zu.
<u>Zus.</u>	2) Negative Ausdrücke werden nach 1911 mehr moralisch ethisch
<u>fas-</u>	3) Negative Ausdrücke wenden sich vor 1907 mehr gegen konkrete Gegner oder Mißstände, nach 1911 mehr gegen die allgemeine Situation und allgemeine soziale Tendenzen
<u>sung</u>	
<u>Beleg</u>	Fast alle bisher angegebenen Stellen. Siehe bes. "Gesellschaftsordnung"; "Selbständigkeit"; "Mittelstand".
<u>Mögl.</u>	1) Auszählen möglich. Repräsentative Auswahl.
<u>der</u>	2) Gegenüberstellung der Ausdrücke 1905-7 und 1912-14 möglich. Interpretierend zuordnen.
<u>Veri-</u>	3) Gegenüberstellung der Bezugsworte 1905-7 und 1912-14 möglich. Interpretierend zuordnen.
<u>fiz.</u>	

Tab.25	f) antirationale Äußerungen	Belegstellen
<u>D I</u>	kein ausgesprochener Antirationalismus	5/87
1905 bis 1907	(keine Belegstellen)	
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Antirationalismus und Zweckrationalismus	12/114 13/338 14/8,64,319
1912 bis 1914	(keine Belegstellen)	
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u>	(keine Belegstellen)	
1918 bis 1933	Reine Zweckrationalität	4,9
<u>Groß- Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Nach 1911 entsteht eine antirationalistische Komponente im mittelstandischen Unternehmerdenken	
Zus. fas- sung		
<u>Mögl. der Veri- fiz.</u>	Zusammenstellen aller antirationalistischen Stellen möglich	

5. Stellung gegenüber anderen Gruppen

Tab.26	a) Großindustrie (bzw. and. Gruppen d. Industrie)	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis 1907	Protest gegen Kartell-, Zoll-, Handels- und Preispolitik der Großindustrie. Eigene Interessen offen dagegen gestellt.	5/3, 15, 17, 30, 39, 52, 65, 89, 196, 232, 254 6/52, 125, 175 7/16, 181
	Verteidigung der eigenen Position, Rechtfertigung gegenüber Angriffen, die die Einheit der Industrie stören.	5/83, 119, 391, 475 6/150
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis 1914	Protest gegen Kartell-, Zoll-, Handels- und Preispolitik der Großindustrie. Eigene Interessen tw. offen, tw. ideologisiert.	12/28, 35, 114, 212, 309 328, 370 13/20, 34, 86, 97, 116, 164, 177, 263, 281, 298, 377 14/64, 80, 100
	Verteidigung der eigenen Position, Rechtfertigung gegenüber Angriffen, die politische Sonderinteressen durchsetzen wollen.	12/23, 43, 59, 97, 117, 169, 204, 890 13/221, 628, 665 14/4, 177
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u> 1918 bis 1933	Protest gegen Macht der Großindustrie, gegen Entmachtung, Abhängigkeit; anonymes gegen verantwortliches Kapital.	9, 12, 13, 27, 29, 32, 37, 38
	Einheit der Industrie wichtig. Gemeinsame Organisation nötig.	9, 12, 13, 31
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Verurteilung der Interessenpolitik der Großindustrie. Dazu nach 1911 beginnend, nach 1914 deutlicher Rechtfertigung des besonderen Wertes der eigenen Gruppe in der industriellen Wirtschaft	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	Nur interpretierend feststellbar.	

Tab.27	b) Arbeiterbewegung	Belegstellen
<u>D I</u>	Anerkennung als Sozialpartner, aber Rechtsfähigkeit und Haftung. Arbeitsfrieden, Integration in den Betrieb. Interessengleichheit.	5/15, 31, 32, 65, 115, 12, 198, 210, 265 6/225, 270, 280, 67
1905 bis		7/13, 33, 53, 68, 88, 89, 114, 126, 136, 171, 176, 189, 219, 247
1907	Sozialdem. und Gewerkschaft sind radikale Feinde. Bollwerk bilden. Unabhängig bleiben. Trennung der Arbeiter von der Gewerkschaft. Im Betrieb integrieren; Gewerkschaft fernhalten.	5/21, 124, 247, 292, 365, 391, 387, 424, 561
<u>I Z</u>		6/149, 265, 424 7/623
<u>D I</u>	Anerkennung und Rechtsfähigkeit. Arbeiterbewegung einordnen in wirtsch. Gesamtziele. Sozialpolit. Gegner als Helfer in Kartellpolitik nutzen.	12/194, 267, 333, 337 13/7, 156, 162, 178, 196, 281, 314, 338, 354
1912 bis		14/2, 19, 21, 24, 29, 35, 48, 55, 57, 64, 86, 111, 130, 176, 197
1914	Rote Flut eindämmen. Autorität im Betrieb aufrechterhalten. Gewerkschaften nicht durch Integrationsversuche aufwerten!	12/59, 132, 204, 330, 344, 392, 459, 460, 461, 497, 498, 559, 666, 807
<u>I Z</u>		13/403, 579, 749, 778
<u>Mittl. Unt.</u>	Arbeiterbewegung einordnen in wirtschaftl. Gesamtziele. Partnerschaft, Integration, Arbeitsfrieden, Manipulation.	7, 29, 49, 50, 54, 55, 58, 60, 62, 66
1918 bis		
1933	Wirtschaftsdemokratie bedeutet Degeneration. Arbeiter einordnen in die bestehende Wirtschaft.	4, 9, 10, 18
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Von Anfang an beide Tendenzen: 1) Gewerkschaften anerkennen, entschärfen, verhandeln 2) Gewerkschaften bekämpfen durch Integration im Betrieb. Zusätzliche Wendung zur organischen Einordnung, Bildung des "Persönlichkeitsbewußtseins" der Arbeiter.	
Zus. fas- sung		
<u>Mögl. der Ver- fiz.</u>	Nicht auszählbar Veränderung nur in der Schärfe der Argumentation und im Gewicht der Tendenzen 1) und 2)	

Tab.28	c) Handel, Handwerk, Gewerbe	Belegstellen
<u>DI</u> 1905 bis	Gemeinsame Interessen gemeinsam vertreten. Stärkung der eigenen Position	5/15, 18, 101, 187 6/3, 13, 76 7/176, 208
1907 <u>I Z</u>	Gemeinschaftsinteressen des Volkes, besonders der im gewerblichen Leben tätigen Volksteile	5/387
<u>D I</u> 1912 bis	Gemeinsame Interessen gemeinsam vertreten. Abwehr der Steuern, Kartelle, Preise etc. Solidarität mit mittelständ. Forderungen, tw. übernommen ~~ganzt~~	12/114, 131, 298, 356 13/200, 235, 251, 298, 314 14/48
1914 <u>I Z</u>	Mittelstandspolitik nötig, da M. auf monarchischem Boden steht. Helfer gegen Sozialdemokratie. Eigene Politik hilft Handel und Gewerbe.	12/132, 461, 612 13/421, 665 14/4
<u>Mittl. Unt.</u> 1918 bis	Keine vergleichbaren Äußerungen; Probleme verändert. Mittelstandsfrage siehe Mittelstand	17, 37
1933 <u>Groß-Ind.</u>	keine vergleichbaren Äußerungen	
<u>Trend</u> Zus. fas- sung	Selbständige Unternehmer übernehmen nach 1911 einen Teil der mittelständischen Forderungen aus Handel und Gewerbe. Sonst keine relevante Änderung	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	entfällt	

Tab.29	d) Landwirtschaft	Belegstellen
<u>D I</u>	Feind von rechts, zollpoliti- scher Gegner; gelegentlich auch Prügelknabe für die Groß- industrie	5/15,30,59,63,254 6/4,146,243
1905 bis		
1907	Solidarität, solange man selbst auch Vorteile hat	5/173,391
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Feind von rechts, zollpoliti- scher Gegner; Prügelknabe für die Großindustrie	12/328,342,344 13/162,178,180,314 14/32,48,100
1912 bis		
1914	Solidarität, solange man selbst auch Vorteile hat	13/610,685,757
<u>I Z</u>		
<u>Mittl.</u> <u>Unt.</u>	Keine Äußerungen. Problem verändert	
1918 bis		
1933	Stütze des Binnenmarktes, Schutz nötig als Berufsstand.	2
<u>Groß-</u> <u>Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Keine relevante Änderung außer in der Form der Kritik	
Zus. fas- sung	(siehe Gegenbild = negative Ausdrücke)	
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	entfällt	

6. Wirtschaftspolitische Fragen

Tab.30	a) Sozial- und Lohnpolitik	Belegstellen
<u>D I</u>	Zweck der Sozialpolitik: Fortschritt; entradikalisieren; Arbeitsfriede. Helfen, wo unbedingt nötig und nicht zu teuer. Sozialpol. darf Wirtschaft nicht behindern.	5/33, 133, 270, 40 6/103, 161, 200, 235, 259
1905 bis		7/114, 219, 220, 243, 247, 269
1907	Sozialpolitik, wo es ohne sie nicht geht - nur als Geschenk, nicht als Anspruch. Sonst lieber Kampfmaßnahmen	5/124, 280 6/149 7/422
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Zweck: Fortschritt; entradikalisieren; Arbeitsgemeinschaft. Grenzen d. Leistungsfäh. erreicht. Gedeihen der Wirtschaft geht vor Sozialpolitik	12/148, 196, 276 13/7, 8, 10, 24, 97, 162, 194, 196, 237, 314 14/56, 64, 133, 177, 159, 225
1912 bis		
1914	Schluß mit neuen sozialpolit. Maßnahmen! Arbeiter im Betrieb integrieren ohne Gewerkschaften - oder Kampf.	12/132, 205, 460, 807 13/830, 937 14/75
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u>	Zweck: Entradikalisieren; Wirtschaftsgemeinschaft; Ruhe. Sozialpolitik nicht überspannen! Seelisch integrieren in Betrieb und Gesellschaft.	3, 7, 14, 26, 54
1918 bis		
1933	Grenzen sind überschritten. Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung!	2, 4, 9, 14
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Akzentverschiebung von: Sozialpolitik darf Wirtschaft nicht behindern zu: Gedeihen der Wirtschaft geht vor Sozialpolitik	
Zus.	von: Integrieren im Betrieb; Arbeitsfrieden zu: Integrieren in Betrieb und Gesellschaft; Betriebsarbeitsgemeinschaft	
fas-		
sung		
<u>Mögl.</u>	Keine klare Trennlinie nur interpretierend feststellbar numerisch nicht erfaßbar.	
der		
Veri-		
fiz.		

Tab. 31	b) Kartellfragen	Belegstellen
<u>D I</u>	Abwehr der tyrannischen Herrschaft der Kartelle und ihrer Schädigung der Fertigindustrie	5/17, 27, 53, 89, 256, 268, 232, 254 6/52, 125 7/14, 16, 181
1905		
bis		
1907	Kartelle werden als bewährt verteidigt. Nicht beeinträchtigen!	5/173, 281, 185, 219 6/264 7/247, 490
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Abwehr des Kartellterrorismus. Konkurrenz erhalten. Mittelstand retten. Gesunde Konkurrenz statt Monopole.	12/37, 212, 307, 328, 370 13/86, 91, 148, 116, 173 164, 215 14/10, 55, 209
1912		
bis		
1914	Kartelle werden als unentbehrlich verteidigt. Nicht gegen Exportindustrie gerichtet.	12/189, 190, 330, 611, 612
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u>	Abwehr der anonymen Herrschaft der Kartelle der Großindustrie. Konkurrenz erhalten, Mittelstand retten.	28, 29, 37, 38
1918		
bis		
1933	Kartelle werden als Kinder der Not verteidigt. Miteinander statt gegeneinander.	4, 9, 33, 53, 65
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Akzentverschiebung von der Abwehr der Schädigung zur Erhaltung der "mittelständischen Konkurrenz"	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl.</u>	rein numerisch nicht erfaßbar	
der	Interpretative Zuordnung	
Veri-	I wirtschaftspolitische Begründung	
fiz.	II Mittelstandsschutz	
	Zeitliche Verteilung ermitteln	

Tab.32	c) Steuer- und Zollfragen, Exportpolitik	Belegstellen
<u>D I</u> 1905 bis	Export erleichtern, ausdehnen. Zollabbau. Staatliche Unterstützung des Exports; Schutz durch Seemacht.	5/6, 15, 30, 39, 41, 75, 121, 183, 197, 207, 208, 254 6/146, 195, 210, 221 7/280
1907	Zoll hilft im internationalen Wettbewerb. Auch für den Export nützlich.	5/173
<u>I Z</u>		
<u>D I</u> 1912 bis	Zoll- u. Exportpolitik verbessern. Politik muß deutschen Export ermöglichen. Staat muß eingreifen, mittelständische exportierende Industrie erhalten.	12/154, 307 13/3, 19, 39, 74, 92, 100 116, 129, 177, 185, 227, 301, 314 14/8, 16, 32, 85, 100, 103, 153, 194, 198
1914	Zoll hilft auch dem Export	12/23, 612, 736 13/175, 443, 577 14/75, 117
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u> 1918 bis	Expansion nötig. Export stärken! Staatliche Hilfe gefordert. Notlage der mittelständischen Industrie.	3, 6, 8, 18, 28, 30, 34, 36
1933	Export durch Qualitätswaren steigern!	3, 6, 11
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u> Zus. fassung	Akzentverschiebung von Forderung nach staatlicher Unterstützung des Exports zur Forderung nach staatlicher Garantie für die Erhaltung der mittelständischen Industrie.	
<u>Mögl. der Verifiz.</u>	rein numerisch nicht erfaßbar Interpretative Zuordnung I wirtschaftspolitische Begründung II Mittelstandsschutz Zeitliche Verteilung ermitteln	

Tab.33	d) Kolonial- und Flottenpolitik	Belegstellen
<u>D I</u>	Verstärkung der Flotte Vergrößerung der Kolonien (Marktvergrößerung, Rohstoffgewinnung, Ermöglichung selbständiger Existenzen)	5/3, 15, 54, 77, 79, 153, 265 6/184 7/77
1905		
bis		
1907	keine Äußerungen (gegen Flottenvergrößerung: vgl. D I 5/15)	
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Verstärkung der Flotte Vergrößerung der Kolonien (Marktvergrößerung, Machtgewinn, Rohstoffgewinnung)	13/54, 66, 102, 130, 174, 190 14/69, 120
1912		
bis		
1914	Kolonien vergrößern, Flotte vergrößern. Regt gesamte Wirtschaft an.	12/328, 651
<u>I Z</u>		
<u>Mittl. Unt.</u>	entfällt	
1918		
bis		
1933	entfällt	
<u>Groß-Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Keine Unterscheidung in der Qualität Zunahme der Argumente im Zuge der allgemeinen Entwicklung	
Zus.		
fas-		
sung		
<u>Mögl.</u>		
der	Auszählen der Vorkommen möglich	
Veri-		
fiz.		

Tab.34	e) Machtpolitik, Imperialismus	Belegstellen
<u>D I</u>	Politische Macht gibt wirtschaftliche Macht, daher Ausdehnung nötig.	5/15 6/13,64
1905		
bis		
1907	Macht ist eine nationale Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit.	5/571,590 6/607
<u>I Z</u>		
<u>D I</u>	Politische Macht gibt wirtschaftliche Macht. Handel muß gesichert werden.	12/53,227 13/100,113,122,27, 130,132,145,162 314 14/223
1912		
bis		
1914	Ehre und Lebensinteressen des Volkes müssen verteidigt werden mit militärischer Macht	12/204,344,545 13/304 14/628
<u>I Z</u>		
<u>Mittl.</u> <u>Unt.</u>	entfällt	
1918		
bis		
1933	Nach Ringen um Macht im Staat - Ringen um Macht für den Staat	16
<u>Groß-</u> <u>Ind.</u>		
<u>Trend</u>	Keine Unterscheidung in der Qualität Zunahme der Argumente im Zuge der allgemeinen Entwicklung	
Zus.		
fas- sung		
<u>Mögl.</u> der Veri- fiz.	Auszählen der Vorkommen möglich	

B Grundsätzliche Überlegungen zur Quantifizierung

Berelson betont in seinem Buch über die content analysis ausdrücklich, daß quantitativ nicht notwendig numerisch heißen müsse. Ausdrücke wie "mehr", "immer", "nimmt zu" oder "oft" seien genau so gut quantitativ wie Prozentangaben, nur weniger exakt¹. In diesem Verständnis ist die interpretierende Darstellung in Kapitel III nicht ausschließlich qualitativ, wenn auch ihre quantitativen Angaben nicht durch exakte Zählungen ermittelt wurden. Jedoch genügen diese quantitativen Angaben, die die Zunahme oder Veränderung bestimmter Argumente beschreiben, nicht den Anforderungen einer "objektiven, systematischen und quantitativen"² Beschreibung des Inhalts der "Deutschen Industrie" mit "optimaler Objektivität, Genauigkeit und Allgemeinheit"³.

Berelson gibt einige Überlegungen zum Verhältnis von qualitativer und quantitativer Analyse wieder, die trotz ihrer unverbindlichen Form und trotz Berelsons Bevorzugung der quantitativen Methoden für diese Arbeit einige Bedeutung haben. Im allgemeinen, meint er, habe die qualitative Analyse es mit einer komplexeren Thematik zu tun und verwende weniger formalisierte Kategorien⁴. Zudem sei sie meist weniger mit dem Inhalt selbst als mit dahinter liegenden Phänomenen befaßt⁵. Für unser Problem läßt sich diese Aussage umkehren: wenn die content Analysis weniger mit dem Inhalt selbst als mit dahinter liegenden Phänomenen befaßt ist, und wenn sie eine komplexere Thematik untersucht, die nur mit weniger formalisierbaren Kategorien erfaßt werden kann, dann ist sie im wesentlichen auf qualitative, interpretierende Methoden angewiesen. Freilich fordert Berelson auch von der qualitativen Analyse, daß sie möglichst genau angeben soll, welche Quantifizierungen nötig

wären, um ihre Thesen exakt zu belegen⁶. Diese quantitative Verifizierung aber erweist sich in der vorliegenden Studie als problematisch.

In den einzelnen Sachgruppen wurde bereits eine Reihe von Gesichtspunkten für eine mögliche Verifizierung der Entwicklungstendenzen genannt. Da die Darstellung in Kapitel III gerade auch aus ihrer Kombination Schlüsse zieht, die über die einzelnen Sachbereiche hinausgehen, und eine Gesamtentwicklung aufzeigt, die die Entstehung eines spezifischen mittelständischen Unternehmerbewußtseins darstellt, könnte die empirische Verifizierung der einzelnen Sachbereiche jedoch nicht genügen, um das Gesamtergebnis über die Interpretation und die Angabe der Belegstellen hinausgehend zu belegen. Vielmehr sind dafür neue Kategorien nötig, die gerade die aufgewiesene Gesamtentwicklung erfassen.

Einer Verifizierung eines so komplexen Bereichs stehen jedoch einige störende Faktoren entgegen, die die praktische Durchführung erschweren und die Ergebnisse in ihrem Wert begrenzen. Deshalb muß hier zunächst überlegt werden, welche Möglichkeiten der Verifizierung überhaupt sinnvoll und durchführbar sind, und welche Funktion die quantifizierenden Analysen bei dem vorliegenden Gegenstand überhaupt ausfüllen können, was sie zu leisten vermögen und welche Grenzen ihnen aus der Sache selbst heraus gesetzt sind.

In der "Deutschen Industrie" verändern sich innerhalb einer großen Menge von Aufsätzen und Äußerungen zu konkreten wirtschaftlichen und politischen Fragen einige Nuancen, die aber typischerweise nicht die konkreten Tatsachen und Streitfragen der damaligen Wirtschaftspolitik betreffen⁷, sondern lediglich die subjektive Betrachtungsweise, unter der die Ereignisse gesehen werden. Innerhalb eines breiten

Stromes gleichbleibender politischer Zielsetzungen und Bestrebungen gilt es also die subjektiven Veränderungen der Agierenden festzustellen. Eine solche Eliminierung subjektiver Einstellungen entzieht sich notwendigerweise der Objektivierung in einem solchen Grade, daß ein rein mechanisches Verfahren der Quantifizierung unanwendbar wird⁸.

Freilich lassen sich auch sozialpsychologische Phänomene und unterschwellige Einflüsse numerisch erfassen. Untersuchungen über die Reproduktion von gesellschaftlichen Vorurteilen durch die Trivialliteratur haben beispielsweise die rassistischen Merkmale der positiven und negativen Helden in comic strips gegenübergestellt und haben eine hohe Überrepräsentation fremdrassiger negativer gegenüber vorwiegend germanischen positiven Helden festgestellt⁹.

In einem solchen Falle lassen sich eindeutige Kriterien für die zu quantifizierende Kategorie, z.B. Rassenvorurteil, angeben. Jedoch dürfte ein praktikables Unterscheidungsmerkmal schwerlich zu finden sein, mit dessen Hilfe die allgemeine Angst vor dem Erdrücktwerden zwischen zwei großen Gruppen in der gesellschaftlichen Entwicklung unterschieden werden könnte von der konkreten Gefahr für den einzelnen Unternehmer, durch die Preispolitik der Kartelle Einbußen zu erleiden. Die Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen mag in Einzelfällen durchaus von der Angst vor dem wirtschaftlichen Ruin einer ganzen Gruppe unterscheidbar sein - als praktikables Kriterium für die Quantifizierung größerer Zahlen von wirtschaftspolitischen Äußerungen ist diese Kategorie sicher nicht brauchbar.

Aus vielen kleinen, alltäglichen Sorgen heraus kommt den kleinen Unternehmern allmählich zum Bewußtsein, daß der liberale Ausgleich nicht mehr funktioniert und sie, wenn sie nicht ganz aus ihrer gesellschaftlichen Stellung verdrängt werden wollen, neue Bundes-

genossen finden und andere gesellschaftliche Vorstellungen und Sicherheiten gewinnen müssen. Beides steht in so direkter Verbindung miteinander, daß sich nur an wenigen Beispielen eindeutig unterscheiden läßt, ob ein Argument noch der liberalen oder bereits der mittelständischen Vorstellungsweise entstammt. Ob zum Beispiel Kartelle kritisiert werden aus der Ansicht heraus, daß sie das liberale Wirtschaftssystem stören und mißbrauchen, oder aus der Einsicht, daß hier eine überlegene wirtschaftliche Macht entstanden ist, vor der der kleinere Industrielle geschützt werden muß, ist am einzelnen Beispiel, in dem ein Unternehmer über den Druck der Kartelle und über ihre "Schleuderpreise" für den Export von Rohstoffen auf Kosten der deutschen verarbeitenden Industrie klagt, überhaupt nicht auszumachen. Selbst die Kritik an der "Tyrannischen Herrschaft des Kohlensyndikats"¹⁰ enthält beide Elemente unreflektiert nebeneinander.

Die Unterscheidung zwischen systemimmanenten Nachteilen für bestimmte Industriezweige einerseits und der systemändernden Verschiebung des Kräfteverhältnisses mit der Gefahr der Verdrängung der schwächeren Teile andererseits ist deshalb nur interpretierend zu treffen, nicht mehr numerisch erfaßbar. Eine so umfassende Tendenz, deren positiv faßbare Symptome so dicht beieinander liegen, ist nicht quantifizierbar. Wollte man das dennoch versuchen, wollte man alle Aufsätze interpretierend in die zwei Alternativen: systemimmanente Gefahr oder Gefahr der Verdrängung aus dem System einordnen und zahlenmäßig gegenüberstellen, so würde das Ergebnis eine Genauigkeit vortäuschen, die in der Anlage der Untersuchung selbst nicht gerechtfertigt sein kann. Nur eine Objektivierung, die exakt erfaßbare Kriterien für jede der beiden Alternativen gibt, kann demgegenüber Zahlen ergeben, die den Sachverhalt, den sie bezeichnen sollen ,

so exakt angeben, daß Zahlen überhaupt gerechtfertigt sind. In einer Skala gleitender Übergänge muß jede alternative Einteilung, die keinen eindeutigen Trennungsstrich angeben kann, zweifelhaft bleiben - umso mehr noch in einem mehrdimensionalen Komplex, dessen zu zählende Kriterien erst aus den verschiedenen anderen Faktoren und Schichten des Materials erschlossen werden müssen. Nicht nur die Abgrenzung selbst, sondern bereits die Projektion der einzelnen Stellen auf eine lineare Skala und die Lokalisierung der Merkmale auf ihr sind hierbei problematisch.

So kann in einer solchen Untersuchung, wenn sie bedenkenlos quantifiziert, die Zahl zur Lüge werden, die die Unwägbarkeiten einer vereinfachenden Zuordnung einzelner, isolierter Äußerungen in eine einzige Alternative überdeckt durch die scheinbar exakte und konkrete Ziffer¹¹. Ein Beispiel kann demgegenüber in einer solchen Untersuchung mehr Aussagewert besitzen als eine Zahlenkolonne, weil es die typischen Züge von Gedanken, die in einer gesellschaftlichen Gruppe vertreten werden, eher erfassen kann. Auch kann allein am Beispiel eine Interpretation ihre Relevanz erweisen, die nicht aus einzelnen Stellen, sondern aus deren Kombination ihre Schlüsse zieht, wie das etwa bei der Angst vor gesellschaftlicher Zurückdrängung (s.o.) der Fall ist. Insofern könnte die Quantifizierung der in Kapitel III aufgezeigten Entwicklung eher ein Rückschritt als eine zusätzliche Verifizierung sein, wenn sie in diesen Fehler verfiel. Statt einer erneuten Quantifizierung kann die Angabe der Belegstellen, auf die die Darstellung aufbaute, besser ihre Nachprüfung ermöglichen und ihre Richtigkeit belegen.

Dazu kommt, daß die Unternehmer im Bund der Industriellen konkrete wirtschaftliche Fragen häufig anders entscheiden, als ihre eigenen theoretischen Ansichten über das Funktionieren der Gesellschaft es nahelegen

müßten. Immer wieder läßt sich beobachten, daß konkrete Interessen über theoretische Einsichten und Forderungen im Einzelfall siegen. In diesem Dilemma befinden sich die Unternehmer in der Frage der Schutzzölle ebenso wie bei Lohnauseinandersetzungen, in denen sie einerseits vom Staate verlangen, daß er ihnen freie Hand läßt, andererseits aber staatlichen Schutz beanspruchen gegenüber Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften. Solche Zwiespälte werden besonders deutlich in der Frage, ob man Kartelle grundsätzlich ablehnen oder ob man die verarbeitenden Industrien gegenkartellieren soll. Wo dies möglich erscheint, betont der Bund das Recht und die Notwendigkeit, Gegenkartelle zu gründen, wo dagegen diese Maßnahme aussichtslos erscheint, werden die Rohstoffkartelle als Feinde des gesamten Volkes dargestellt und der Schutz des Staates dagegen gefordert¹². In vielen Fragen, etwa in dem Gegensatz Schutzzoll oder Freihandel, legt sich der Bund bewußt nicht fest, um freie Hand zu haben für Entscheidungen von Fall zu Fall¹³.

Eine so komplexe Argumentation ist nicht am einzelnen Beispiel zu analysieren und eindeutig zu trennen zum Zwecke der Einordnung. Die einzige Möglichkeit hierfür wäre eine weitere Differenzierung und Unterdifferenzierung der Kategorien. An einem Beispiel wird eine Unterdifferenzierung in Tab. 39 versucht. Jedoch erweist es sich rasch, daß die hier getroffene Unterscheidung zwischen der Betonung der Selbständigkeit in der wirtschaftlichen Stellung des Unternehmers einerseits und der Selbständigkeit des Arbeiters in sozialpolitischen Fragen andererseits weiter differenziert werden müßte. Damit würde aber letztlich das Material immer mehr aufgeschlüsselt, bis keinerlei zahlenmäßige Vergleiche oder Beziehungen mehr möglich wären und die Quantifizierung sich selbst ad absurdum führen müßte. Bei der Schwierigkeit der

Zuordnung und den daraus folgernden kleinen Zahlen ist eine Unterdifferenzierung praktisch nicht möglich.

Freilich ist mit der Feststellung, daß die generellen Entwicklungstendenzen des mittelständischen Unternehmerbewußtseins nicht unmittelbar quantifizierbar sind, noch nicht jede Möglichkeit ausgeschlossen, die Ergebnisse des dargestellten Kapitels zu verifizieren.

Es bieten sich hierfür zunächst zwei Verfahrensmöglichkeiten an:

1. die Quantifizierung von einzelnen Merkmalen, die zwar nicht die Interpretation selbst als richtig erweisen, aber punktuell an einigen Stellen die festgestellten Tendenzen der Veränderungen im Denken der Unternehmer belegen kann;
2. das Auszählen nach relativ groben interpretativen Kategorien, soweit sie die Formulierung einer genügend exakt erfaßbaren Alternative erlauben, unter möglichster Ausschaltung der aufgezeigten Gefahren.

C Möglichkeiten der Quantifizierung von Worten als Indikatoren

Die erste Möglichkeit ist in dieser Studie kaum anwendbar. In den 34 Sachgruppen der Tabellen 1 bis 34 ist nur in drei Bereichen direktes Auszählen ohne Interpretation möglich, um eine Entwicklungstendenz zu ermitteln: in den Gruppen "nationale Werte", "Kolonial- und Flottenpolitik" und "Machtpolitik und Imperialismus". Alle drei Gruppen ermöglichen aber nur die Feststellung einer Tendenz innerhalb der "Deutschen Industrie", die in der damaligen Gesellschaft allgemein festzustellen ist. Eine spezifische Entwicklung der mittelständischen Unternehmer kann dagegen mit ihnen nicht erfaßt werden. Auf das Auszählen kann daher verzichtet werden.

Die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, einzelne Worte zu finden, die eine solche Entwicklung repräsentieren und die also als Symbolworte gezählt werden könnten, wurde bereits dargelegt¹⁴. Zwar ließen sich Worte wie "Verantwortung", "Gemeinwohl", "Mittelstand", "Selbständigkeit", "Persönlichkeit", "Individuum", "Integrität", "Initiative", "Öffentlichkeit", "Bürokratie" oder "Schutz" auszählen. Jedoch ergab eine Versuchszählung am Jahrgang 1913, daß solche Worte relativ selten benutzt werden. Für den gesamten Jahrgang sind für diese Worte - mit Ausnahme des Wortes "Schutz" - Zahlen zwischen 3 und 23 zu erwarten. Da zudem die Worte in sehr verschiedenen Zusammenhängen gebraucht werden, die sich ihrer Qualität nach nicht vergleichen lassen, erscheint es sinnlos, angesichts so kleiner Zahlen, aus ihnen Schlüsse ableiten zu wollen, die genauer sein könnten als die Ergebnisse interpretativer Analyse. Besonders augenscheinlich ist dies bei dem Wort "Schutz", das zwar oftmals das Schutzbedürfnis der mittelständischen Unternehmer signalisiert, andererseits aber auch in der Kritik an der Parole des "Schutzes der nationalen Arbeit", am überhöhten Schutz der Landwirtschaft oder am "Heimatschutz" etc etwa ebenso häufig vorkommt. Eine Trennung ist ohne interpretierendes Vorgehen nicht möglich - womit die Quantifizierung aber notwendig wieder in den Kalamitäten der interpretierenden Quantifizierung und ihrer methodischen Schwierigkeiten gerät.

Dazu kommt die Tatsache, daß der Sinn solcher Worte sich im Laufe der Zeit ändert, wie an dem Beispiel des Begriffs "Mittelstand" bereits verdeutlicht wurde¹⁵, und wie die Untersuchung des Selbständigkeitsdenkens in Tabelle 39 noch einmal zeigen wird. Eine Auszählung einzelner Worte muß demnach für die Verifizierung dieser Untersuchungen ausscheiden, da sie sinnvolle Ergebnisse nicht erwarten läßt.

Als letzte Möglichkeit direkter Quantifizierung ohne Interpretation bleibt die in Tabelle 24 vorgeschlagene Zusammenstellung qualifizierender Attribute. Wenngleich auch hier erst die Interpretation, nicht die Zusammenstellung der Worte selbst, die einen Gegenstand als negativ oder positiv kennzeichnen, eine quantifizierende Trenduntersuchung ermöglichen, so erscheint doch dieser Weg gangbar für eine Verifizierung der These, daß die kleineren Unternehmer nach 1911 zunehmend moralisch und immer weniger sachbezogen argumentieren. Eine Zusammenstellung aller Worte, die einen Gegenstand oder Zusammenhang als negativ charakterisieren, ähnelt zwar den Beispielen in Tabelle 24, scheint aber dennoch eine genauere Erfassung der Sache zu versprechen, da die Beispiele dort nur den bereits unter bestimmten Gesichtspunkten ausgesuchten Kopien entstammten und keine repräsentative Auswahl darstellten.

Einige Probezählungen erweisen jedoch auch diese Hoffnung rasch als trügerisch. Tabelle 35 zählt die aus zwei zufälligen Ausschnitten gleichen Umfangs (je 16 Spalten aus allen thematischen Rubriken) aus dem Jahre 1906 und 1913 zusammengetragenen Worte, die einen Gegenstand oder Zusammenhang als negativ qualifizieren, auf. Schon der erste Blick auf die Tabelle zeigt die Heterogenität dieser Worte, deren Stellenwert erst aus dem Zusammenhang deutlich werden kann. Die Zusammenhänge, aus denen diese Worte stammen, sind aber so verschieden, wie die Gegenstände, die als negativ dargestellt werden, unterschiedlich sind. Es läßt sich aus diesem kleinen Ausschnitt bereits unschwer ablesen, daß es allein sinnvoll sein könnte, die negativ klassifizierenden Worte zu einem bestimmten Gegenstand zusammenzutragen, um in der Beurteilung der selben Sache (etwa der Kartelle oder der Landwirtschaftszölle o.ä.) eine Wandlung der Beurteilungskriterien und des Stils oder Argumentation

Tab. 35

Negativ qualifizierende Worte
Gegenüberstellung

	Adjektive	Substantive	Verben
aus Jahr- gang 1906	bedauerlich unvereinbar bedauernswert geringer ernst unerwünscht fürchterlich falsch strafbar strafbar nicht zu recht- fertigen falsch irreführend fälschlich nicht rechtsbe- ständig	Klage Unsicherheit Bestie Schächer Verbrechen Bestialisierung polit. Bedenken Notlage injuria Gefahr Unwahrheit Strafe Belästigung Beschädigung Schaden	verschmerzen erschöpfen anzugreifen
zus.	16	15	3
aus Jahr- gang 1913	mühsam folgenschwer bitter folgenschwer bestgehaßt unangenehm zu ungunsten unreell erschwert verwickelt folgenschwer unliebsam	Zuchthaus Enttäuschung Haß Brotwucher Rebellion Last Entstellungen Unrichtigkeiten Überspekulation Schädigung Gefahr Mitleidenschaft Hemmung Auseinander- setzung	androhen warnen leiden
zus.	12	14	3

zu untersuchen. Damit käme man aber in die kaum lösbare Schwierigkeit, taktische Wandlungen - etwa ob der Bund gerade eine Einigung mit dem Centralverband erstrebt oder im Streit mit ihm lebt - eliminieren zu müssen. Da solche taktischen Haltungen sich oft deutlich über mehrere Jahrgänge hinweg verfolgen lassen (vergleiche die Beispielstellen für die Haltung des Bundes zur Großindustrie in den Jahrgängen 1905 bis 1907 in Tabelle 26,) müßten sie die Untersuchung wesentlich beeinflussen, wenn sie nicht berücksichtigt würden. Zudem würde das Verfahren einen Aufwand erfordern, der in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis stünde.

Die Unbrauchbarkeit der Zusammenstellung negativ qualifizierender Worte erwies sich zudem an einer zweiten Probezählung, bei der einer zweiten Person die gleichen Textstellen, die Tab. 35 zugrundelagen, zu einer kontrollierenden Auswertung (ohne Kenntnis der Ergebnisse der ersten Zählung) übergeben wurden. Dabei wurde für den Jahrgang 1907 der Auftrag gleichlautend formuliert (Heraussuchen aller Worte, die einen Gegenstand oder Zusammenhang als negativ qualifizieren), während für 1913 nur nach den "negativ qualifizierenden Worten" gefragt wurde.

Die Liste der Probezählung für 1906 weist 18 Adjektive, 14 Substantive und 7 Verben auf; dabei sind aber nur rund zwei Drittel der Worte der ersten Zählung auch in der zweiten gefunden worden. Noch deutlicher zeigt das zweite Ergebnis für 1913 die Fragwürdigkeit des Vorgehens. Die Liste enthält nunmehr 52 Adjektive, 56 Substantive und 35 Verben. Worte wie "Nachteile", "Kritik", "Monopol" etc. wiederholen sich mehrmals darin. Die Differenzen zwischen diesen Zahlen und den in Tabelle 35 genannten Worten zeigt, bei allen Vorbehalten, die bei so kleinem Umfang des Materials und nur zwei Zählern gemacht werden müssen, doch eindeutig genug, wie stark auch

die reine Sammlung von negativ qualifizierenden Worten von den kritischen Maßstäben des Zählenden abhängig ist. Berelsons Forderung nach Objektivität, die darin gesehen wird, daß verschiedene Analytiker die gleichen Ergebnisse erzielen müssen¹⁶, ist schon bei so (relativ) einfacher interpretierender Zuordnung, wie die Ergebnisse der Kontrollzählung zeigen, nicht mehr zu realisieren.

Eine Probazählung positiv qualifizierender Worte zeigt bei etwas größeren absoluten Zahlen pro Spalte die gleichen Unzulänglichkeiten. Konkrete Gegenüberstellungen aufgrund solcher Zusammenstellungen zum Zweck, Veränderungen in der Argumentation zu belegen, erweisen sich damit als unmöglich.

D Möglichkeiten der interpretierenden Quantifizierung

Erweist sich so in dieser Untersuchung das Wort als zu zählende kleinste Einheit der Analyse und als Indikator für größere Zusammenhänge als unbrauchbar¹⁷, so bleibt als zweite Möglichkeit noch der Versuch, nach relativ groben und umfassenden interpretativen Kategorien jeweils die ganzen Aufsätze einer Alternative zuzuordnen, um dann im zahlenmäßigen Verhältnis der beiden Alternativen innerhalb der zehn vorhandenen Jahrgänge der "Deutschen Industrie" eine mögliche Veränderung festzustellen.

Freilich sind auch in diesem Falle einige störende Faktoren auszuschalten, die einer sinnvollen Quantifizierung im Wege stehen. Zunächst muß verhindert werden, daß die relativ wenigen eine Änderung des Bewußtseins exakt ausdrückenden Stellen in der Masse des zu verarbeitenden Materials untergehen. Die Menge des gleichbleibenden tagespolitischen Stoffes, demgegenüber die grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Erörterungen in den Hintergrund treten,

macht es notwendig, einen Teil der Äußerungen, auch wenn sie thematisch in den Fragenbereich gehören, als Konstante zu eliminieren und abzuziehen. Das ist freilich ein problematisches Verfahren, da gerade die Wiederholung gesellschaftlicher Ansichten ein Indiz für ihre Verbreitung sein kann, und andererseits auch scheinbar völlig entlegenen Diskussionen ein bestimmtes Bewußtsein zugrunde liegt. Alles zu analysieren, hieße aber, die "Bagatellfälle" dominieren zu lassen über die wirklich relevanten Äußerungen, die die Entstehung einer neuen Denkkategorie anzeigen. Da es sich bei dieser Arbeit nicht um die Ermittlung des Denkens eines statistischen Querschnitts mittelständischer Unternehmer handelt, sondern um eine qualitative Veränderung, um die Entstehung eines neuen Gesellschaftsbildes im Schoße der alten Vorstellungen, ist hier der Akzent auf das Neue zu legen, auf die Abweichung vom alten Denkstil, nicht aber auf das, was unverändert bleibt. Freilich ist auch das Neue nur so weit relevant, als es sich im Bund durchsetzt, als es nicht die Meinung Einzelner bleibt, sondern allmählich zum für die mittelständischen Unternehmer insgesamt repräsentativen Gesellschaftsbild wird. Insofern ist auch die Verbreitung eines Arguments relevant. Entscheidend ist freilich in der Übergangszeit vor dem Weltkrieg noch nicht, ob ein Argument von der Mehrheit der mittelständischen Unternehmer vertreten wird, sondern allein, ob es von ihnen aufgenommen wird, weil es ihrer gesellschaftlichen Situation entspricht. Ein besseres Kriterium als die zahlenmäßige Häufigkeit oder die Zahl der Anhänger vor 1914 ist daher die Wiederaufnahme und Weiterentwicklung eines Gedankens nach 1918. Diese Arbeit muß daher vor allem relative Entwicklungstendenzen und Trends, nicht absolute Häufigkeiten feststellen.

Auch nach Abzug aller über die ganze Zeit hinweg gleichbleibenden Äußerungen als zu vernachlässigender Größe bleibt ein weiterer störender Faktor die Unmöglichkeit einer sauberen Abgrenzung und Zuordnung bei komplexen Kategorien, wie sie die interpretative Feststellung der bewußtseinsmäßigen Hintergründe wirtschaftspolitischer Einzelentscheidungen notwendig erfordert. Denn notwendigerweise gibt es Mischformen, undeutliche und nicht eindeutig klassifizierbare Äußerungen, da es sich ja um die Untersuchung von zum Teil gar nicht bewußten Gesellschaftsvorstellungen, unreflektierten und übernommenen Argumenten handelt, die zum Teil noch falsch rezipiert sind. Will man nicht allzu willkürlich zuordnen, so muß man entweder in Kauf nehmen, daß die Null-Sparte der nicht einwandfrei klassifizierbaren Fälle im Ergebnis bei weitem den größten Anteil hat, oder aber von vornherein die Untersuchung nur auf den Trend, nicht aber auf die absoluten Zahlenverhältnisse ausrichten und sich auf die Zusammenstellung aller einwandfrei interpretierbaren und eindeutigen Stellen beschränken. Freilich nähert sich die Quantifizierung damit weitgehend einer bloßen Zusammenstellung von Beispielen stark an, wie sie in Abschnitt A gegeben wird. Dies einmal, weil diese Beschränkung zu kleine Zahlen erbringt, um wesentlich mehr Aussagewert und exaktere Belege liefern zu können, zum anderen weil das Erfordernis der Systematik, also der Erfassung alles relevanten Materials, durch die Kriterien der Auswahl relativiert wird¹⁸. Ohnehin ist ja der Ansatz einer interpretativen Zuordnung über die Forderung Berelsons, nur manifeste Inhalte zu quantifizieren, hinausgegangen¹⁹.

Dennoch kann diese Technik dazu beitragen, einige Trends zu verdeutlichen und zu belegen, die über die einzelnen Sachgruppen des ersten Schemas hinausgehen, und soll daher im folgenden an einigen Beispielen

len zur Trendfeststellung angewandt werden²⁰.

Dabei wurde ausgegangen von den wichtigsten Thesen der Entwicklungstendenz, die die interpretative Auswertung der Tabellen 1 bis 34 (in Kapitel III) ergab. Zunächst wurden zwölf Kategorien aufgestellt, mit deren Hilfe die Entwicklung selbst zu erfassen ist:

1. Soziale Sicherheit
2. Gesellschaftsordnung
3. Kommunikation
4. Gesellschaftliche Funktion
5. Soziale Eigenschaften
6. Standort in der Gesellschaft
7. Selbstbild als soziale Gruppe
8. Ordnung im Betrieb
9. Ethos
10. Gegenwelt
11. Gegner
12. Wirtschaftspolitik

Im folgenden werden diese aus der Interpretation des III. Kapitels gewonnenen Kategorien zunächst kurz erläutert und die Möglichkeiten besprochen, mit ihnen die dargestellte Entwicklung zu verifizieren.

Soziale Sicherheit

Die Entwicklung nimmt ihren Ausgang von der Feststellung, daß die kleineren und mittleren Unternehmer sich in ihrer gesellschaftlichen Position bedroht fühlen. Daher sollte die erste Frage der Untersuchung gelten, inwieweit sich die Unternehmer in ihrer Stellung innerhalb der bestehenden Gesellschaft sicher fühlen oder inwieweit sie diese Position als gefährdet ansehen. Die Überprüfung dieser zentralen Voraussetzung muß der erste Schritt einer Verifizierung gleich welcher Art sein. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um eine Kategorie

des subjektiven Empfindens handeln, da nicht die reale soziale Sicherheit, sondern nur das Gefühl der Unsicherheit eine Rolle für die bewußtseinsmäßigen Veränderungen spielen kann.

Allerdings macht sich hier die bereits besprochene Schwierigkeit geltend, daß im Einzelfall schwer zu unterscheiden ist zwischen der Angst der kleinen Unternehmer vor "normalen" Schwierigkeiten und Gefahren innerhalb des bestehenden Systems und der allgemeinen Bedrohung ihrer Schicht und ihrer Position. Denn auch innerhalb einer liberalen Interessenausgleichsgesellschaft gibt es Gefahren für den einzelnen, bis hin zum Bankrott, ohne daß dadurch das System als ganzes oder eine gesellschaftliche Gruppe insgesamt bedroht wäre. Erst die Furcht davor, als soziale Gruppe insgesamt zwischen zwei Fronten zerrieben zu werden, berechtigt dazu, von einer qualitativen Veränderung des Sicherheitsbewußtseins zu sprechen.

Diese Kategorie ist deshalb auch interpretierend nicht direkt quantifizierbar. Da eine Befragung der betroffenen Unternehmer nicht mehr möglich ist, bleibt die Untersuchung ausschließlich auf die vorhandenen Äußerungen aus ganz anderen Zusammenhängen angewiesen. Häufig sind hier nur Nuancen maßgebend, die ausschließlich interpretierend feststellbar, aber nicht mehr vergleichbar und also zählbar sind.

Die Kategorie kann daher nur an einem Symptom beispielhaft verifiziert werden. In Tabelle 36 wird das Material interpretierend geordnet nach der Alternative, ob I. eine liberale Interessenausgleichsgesellschaft als funktionierend und die vorhandenen Störungen als immanent angesehen werden, oder ob II. das Verlangen nach Ordnung, Einordnung und Schutz zeigt, daß man sich gefährdet glaubt und nicht mehr wagt, die eigene Position der sich von selbst regulierenden Konkurrenz der Interessen und also der Interessenten anzuvertrauen.

Ramit ist zugleich die zweite Kategorie angesprochen, die der Vorstellungen von der

Gesellschaftsordnung.

Denn die Interpretation ergab, daß ein wesentliches Kennzeichen der Veränderung im Denken der kleineren Unternehmer der Wandel von dem Leitbild des liberalen Interessenausgleichs zu der Vorstellung einer in sich geordneten Gesellschaft ist, in die sich der einzelne einordnen muß, von der er aber auch den Schutz seiner Stellung und seiner "berechtigten" Interessen verlangen kann.

Kommunikation

Ein weiteres wichtiges Kennzeichen der Veränderung war das entstehende Bewußtsein von der Bedeutung der öffentlichen Meinung. Der Versuch, in der Öffentlichkeit Resonanz und Anerkennung zu erwerben, der Versuch, die Demokratie insofern zu akzeptieren, als man mit ihrer Wirksamkeit rechnet und also eine Mehrheit für seine eigenen Interessen und Zielsetzungen zu erzeugen versucht, unterscheidet die Ansichten der Unternehmer nach 1911 von ihrem früheren Denken. Auch diese Veränderung ist freilich rein numerisch nicht erfaßbar. Jedoch gibt Tabelle 37 eine Zusammenstellung aller Stellen, die sich in eine der beiden Alternativen einordnen lassen: I: Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind bloßer Hintergrund des gesellschaftlichen Lebens, mit denen der Unternehmer zwar als Bürger, nicht aber speziell als Unternehmer zu tun hat; II: die Öffentlichkeit ist eine gesellschaftlich relevante Kraft, die öffentliche Meinung eine Macht, die man für sich gewinnen muß, wenn man sich in der Gesellschaft behaupten will - indem man Einfluß auf sie gewinnt und ausübt, ohne sich von ihr abhängig machen zu lassen.

Gesellschaftliche Funktion

Ihre Aufgabe für die Gesellschaft sehen die Unternehmer darin, die Produktion zu organisieren und die Wirtschaft aufrecht zu erhalten, den Massen Arbeit und der wachsenden Bevölkerung Brot zu verschaffen. Vor wie nach 1911 sehen sie diese gesellschaftliche Funktion ohne ihre Mitwirkung gefährdet; jedoch ändert sich die Begründung dafür. Eine zentrale Rolle in der neuen Gesellschaftsvorstellung der selbständigen Unternehmer spielt der Gedanke, daß nur ein Unternehmer, der mit seinem eigenen Besitz für seine Entscheidungen einsteht, dieser gesellschaftlichen Aufgabe voll gerecht werden kann. Deshalb kann mit dieser ideellen Einheit von Besitz und Leitung des Betriebes, Gewinnchance und Leistung, von Risiko und Verantwortung die wichtige Kategorie der Vorstellung der mittelständischen Unternehmer von ihrer eigenen gesellschaftlichen Funktion deutlich gemacht werden.

Da diese Vorstellung nach 1911, jedenfalls als explizit ausgedrückte Voraussetzung des Funktionierens der Wirtschaft, neu zu anderen Rechtfertigungen der eigenen Position hinzutritt, kann in diesem Falle nicht eine Zuordnung in zwei Alternativen erfolgen. Alle anderen Begründungen für die gesellschaftliche Funktion können somit als Konstante beiseite gelassen werden. Tabelle 38 verzeichnet alle Aufsätze, die sich ausdrücklich auf diesen Zusammenhang von Besitz, Risiko und Verantwortung berufen. Daß dieser Zusammenhang auch in indirekter Form in anderen Zusammenhängen anklingt, kann dabei nicht berücksichtigt werden, da dies eine eindeutige Zuordnung und Abgrenzung unmöglich machen würde.

Im Gegensatz zu Tabelle 36 und 37, die - bei allem Vorbehalt, der wegen der relativ kleinen Zahl der eindeutig klassifizierbaren Aufsätze gemacht werden muß - die in der Interpretation herausgearbeitete

Tab. 38 Gesellschaftliche Funktion

1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
		220	100 124 171 256		232	202 283	148 227	112 177 338	18
		1	4		1	2	2	3	1

Einheit von Risiko + Gewinn + Verantwortung

Entwicklung bestätigen, geht aus Tabelle 38 keine entsprechende Entwicklung hervor. Die niedrigen Zahlen, die keine auch nur halbwegs aussagekräftigen Schlüsse erlauben, können allenfalls beweisen, daß die These der Einheit von persönlichem Risiko und Verantwortung vor 1914 noch nicht besonders betont wird, sondern erst nach 1918 in der Öffentlichkeitsarbeit der mittelständischen Unternehmer als deren Charakteristikum herausgestellt wird. Man wird jedoch diese Zahlen nicht als Widerlegung der These ansehen können, daß der Komplex, den die 4. Kategorie erfaßt, bereits vor 1914 ein integrierender Bestandteil der mittelständischen Gesellschaftsvorstellungen sei. Hier zählt die Tatsache des Auftauchens dieser Argumente mehr als ihre Häufigkeit. Das geht schon aus ihrer engen inhaltlichen Verbindung zu der Wertschätzung der Selbständigkeit hervor, deren Zunahme in Tabelle 39 bestätigt wird.

Die Charakterisierung der eigenen Position, als deren wichtigstes Merkmal den typischen mittelständischen Unternehmern die Selbständigkeit erscheint, bezeichnet den grundlegenden Trend der Entwicklung in der Kategorie:

Standort in der Gesellschaft

Auch hier kann, da es keine entsprechende Alternative in den Vorstellungen der Unternehmer vor 1911 gibt, nur gezählt werden, wie oft die Selbständigkeit in den einzelnen Jahrgängen der "Deutschen Industrie" als besonderer gesellschaftlicher Wert eingeschätzt wird.

Dem selbständigen Standort in der Gesellschaft entsprechen bestimmte

soziale Eigenschaften des Unternehmers

In diese Kategorie gehört vor allem die Vorstellung von den privaten Besonderheiten und persönlichen

Tab. 39 Selbständigkeit

Analys.: Vorkommen
Zahlen: Artikel

Angaben: Seitenzahl des
entst. Jahrgangs der DI

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Selbständigkeit		175 w	7 v	63 v 124 w 171 w	40 w	232 w	202 w 206 s 220 s 221 w	89 w 114 w 148 w 168 w 227 w 258 s 291 s 298 s 307 s 315 s 337 s 363 w 370 s	69 s 91 w 148 w 164 v 173 w 177 w 215 w 298 w 302 w 538 s	2 s 64 w 66 s 86 w 97 v 129 v 159 s 177 s
zus.		1	1	3	1	1	2<2>	6<7>	8<2>	4<4>

w = Wirtschaftspolitisch

s = Sozialpolitisch

Werten des Unternehmers, der sich wenig öffentlich hervortut, vielmehr seine Initiative im eigenen Bereich entfaltet, und der deshalb auch wenig öffentliche Anerkennung findet. Doch erscheint sein Lebensbereich als eine Grundlage, auf der sein Individualismus sich entfalten und die Persönlichkeit heranreifen und sich frei entwickeln kann. Dank des Verantwortungsbewußtseins, das dem eigenen Risiko entspringt, und der Freiheit, die sich aus der Selbstständigkeit seines Besitzes und seiner Funktion ergibt, kann er seine Persönlichkeit ungehindert wachsen und reifen lassen.

Diese Kategorie überschneidet sich in den einzelnen Argumenten - und dementsprechend in den Vorkommen - in der "Deutschen Industrie" so stark mit den Kategorien 4 und 5, daß eine gesonderte Aufstellung der Vorkommen nicht zweckmäßig erscheint. Eher könnte die Auszählung der Worte "Persönlichkeit", "Verantwortung" und "Individuum" eine sinnvolle Bestätigung der These erwarten lassen, daß Individualismus und Persönlichkeit mehr und mehr geschätzt und besonders für den mittelständischen Unternehmer in Anspruch genommen werden. Doch wurde bereits gezeigt, daß auch dieses Vorgehen keine sinnvoll auszuwertenden Zahlen erbringt.

Gegenüber diesem privaten Selbstbild als im Individualismus zurückgezogen lebende Persönlichkeiten sehen sich die mittelständischen Unternehmer jedoch als Gruppe durchaus stärker in die Gesellschaft eingeordnet und auf die Gesellschaft bezogen. Ihre Selbstinterpretation als "Mittelstand" findet ihre Begründung gerade in dem mittleren gesellschaftlichen Standort, aus dem sie ihre "mittlere" Rolle nicht nur als Zwischenschicht, die einen Puffer zwischen den sozialen Antagonismen bildet, sondern zugleich als Vermittler in den sozialen Gegensätzen wie in den politischen Auseinandersetzungen ableiten. So muß als eine weitere Kategorie das

Selbstbild als soziale Gruppe

untersucht werden. Zur Überprüfung der Interpretation gibt Tabelle 40 alle Aufsätze an, die sich dem früheren oder späteren Selbstbild der Unternehmer als Gruppe zuordnen ließen.

Ob ein Artikel davon ausgeht, daß die selbständigen Unternehmer eine gesellschaftliche Gruppe unter anderen seien, mit gleichen Rechten und gleichem Wert, oder aber ob der Autor die Gruppe als soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Mitte der Gesellschaft ansieht, und ihr einen besonderen Wert als ausgleichende und zugleich die wertvollen Kräfte der Mitte, des Ausgleichs, der Kultur fördernde Schicht beimißt, ist nicht in jedem Aufsatz leicht zu ermitteln – selbst in Artikeln, die zu gesellschaftlichen Fragen Stellung nehmen. So ergibt sich auch hier nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Aufsätzen, die sich eindeutig zuordnen lassen. Dennoch bestätigt auch Tabelle 40 die in der Interpretation beschriebene Entwicklungstendenz.

Eine weitere Kategorie, in der sich die Entwicklung des mittelständischen Unternehmerbewußtseins auswirkt, ist im Verhältnis der Unternehmer zu ihren Arbeitern zu finden. Sie wird hier als

Ordnung im Betrieb

bezeichnet. Die ältere Form patriarchalischer Rechtfertigung der Herrschaftsausübung im Betrieb wird nach und nach zugunsten einer Integrationsideologie zurückgedrängt. Eine Quantifizierung dieser Kategorie erscheint von vornherein als sinnlos, da sich bei der Interpretation bereits zeigte, daß sich die beiden Tendenzen so stark vermischen, daß eine saubere Abgrenzung und Einordnung zu zahlenmäßigen Vergleichen nicht möglich ist.

Eine weitere Kategorie bildet das

Ethos,

das die mittelständischen Unternehmer aus ihrer Wertschätzung von Individualismus, Selbständigkeit und Verantwortungsbewußtsein heraus entwickeln. Ein Versuch, die Verbreitung dieses Ethos im Bund der Industriellen quantitativ nachzuweisen, könnte sich etwa auf Worte wie "Gemeinwohl" oder "Verantwortung" stützen. Eine reine Auszählung ist nicht sinnvoll, da beide Worte vor 1911 ebenfalls, allerdings mit etwas anderem Sinn, gebraucht werden. Jedoch könnte die Analyse nach der Zusammenstellung aller Vorkommen dieser Worte interpretierend klassifizieren, ob die Worte jeweils im Kontext sachlich begründet sind oder sie lediglich wie eine Leerformel benutzt werden, um eine bestimmte Sache als positiv oder negativ darzustellen. Damit ergibt sich allerdings wieder das gleiche Dilemma, in der alle interpretierenden Zuordnungen stehen, daß keine genügend große Zahl eindeutiger Zuordnungen für eine statistische Auswertung zu erreichen ist. Daher wird auf die Sachgruppen "Gemeinwohl" und "Verantwortung" in Tabelle 16 und 17 verwiesen und an dieser Stelle auf eine Quantifizierung verzichtet.

Gegenwelt

Dem positiven Ethos entspricht der Bereich dessen, was als negativ und verurteilenswert erscheint. Die Interpretation zeigte, daß die negative Beurteilung eines Zusammenhanges oder Gegenstandes im Verlaufe der Entwicklung des neuen gesellschaftlichen Bewußtseins zunehmend von sachlichen zu moralischen Kriterien übergeht, die naturrechtlich oder organistisch begründet sind oder leerformelhaft angewendet werden. Die Schwierigkeiten einer Quantifizierung dieser Kategorie wurden bereits in Abschnitt C gezeigt.

Da die Entstehung des mittelständischen Gesellschaftsbildes nicht von selbst erfolgte, sondern durch bestimmte gesellschaftliche Konstellationen erzwungen wurde, ist schließlich eine weitere wichtige Kategorie die der

Gegner,

denen die mittleren Unternehmer sich gegenübergestellt sehen. Gegen wen sich eine Polemik richtet, kann für die Ermittlung der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung eines Arguments von ausschlaggebender Bedeutung sein. Deshalb ist es wichtig und bedeutsam, die Gegner in der Politik des Bundes der Industriellen festzustellen und zu vergleichen, um zu ermitteln, ob sich die Veränderung im Bewußtsein möglicherweise auf die Notwendigkeit, sich gegen neue Gegner zu verteidigen, zurückführen läßt.

Dabei ist es wenig sinnvoll, jede neue Zollrevision eines ausländischen Staates, über die in der "Deutschen Industrie" geklagt wird oder jeden Kaufmann, dessen Geschäftspraktiken kritisiert werden, als Gegner anzusehen, um etwa auszuzählen, ob die Zahl der Gegner zugenommen habe. Entscheidend kann für diese Kategorie nur die Feststellung der wichtigen Gegner sein, von denen sich die Schicht der mittleren Unternehmer insgesamt bedroht fühlt. Deshalb ist diese Kategorie nicht auszuzählen; nur die Interpretation kann diese Hauptgegner feststellen, nur die Angabe von Beispielstellen sie belegen (Vgl. Tabelle 20). Eine Quantifizierung könnte in diesem Fall nur Verwirrung stiften. Auch die letzte Kategorie der

Wirtschaftspolitik

ist schwer quantifizierbar, da sie gerade den betont sachlichen Bereich der Äußerungen der Unternehmer, ihre Stellungnahme zu den Sachfragen der Steuer-, Zoll- und Kartellpolitik usw. umfaßt. Sicher läßt sich auch in diesem Bereich die Änderung, das Ein-

dringen der neuen Vorstellungen, verfolgen. Und sicherlich könnte man wiederum versuchen, die einzelnen Aufsätze interpretierend zu klassifizieren in I. wirtschaftspolitische Stellungnahmen, die ausschließlich nach immanenten, sachlichen Gesichtspunkten argumentieren, und II. Aufsätze, in denen der Gesichtspunkt des Mittelstandsschutzes die sachlichen Argumente verdrängt. Danach ließe sich vergleichend feststellen, in welchem Maße das Mittelstandsargument nach 1911 zugenommen hat. Dabei würde sich rasch zeigen, daß die erste Alternative immer vorhanden ist und zwar, je konkreter der Gegenstand, desto stärker und eindeutiger, und daß sie die zweite einerseits durchdringt, andererseits zahlenmäßig überwiegt. Daher wäre es wieder möglich, nach Absondern von I als Konstante nur II zu zählen. Da ja nur die Veränderung, nicht die absolute Zahl der Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Fragen aufzeigbar wäre, würde die Beobachtung der Komponente II vollauf genügen.

Allerdings würden bei dieser Untersuchung die gleichen Schwierigkeiten wieder auftreten, die sich bereits für die interpretierende Zuordnung in Kategorie I ergaben. So ist zu erwarten, daß die Quantifizierung weder größere Zahlen noch genauere oder über den Aussagewert von Tabelle 36 und 40 hinausgehende Ergebnisse erbringen würde. Auf eine aufwändige Zählung, die nicht mehr als das bereits aus der Interpretation und den vorhergehenden Auszählungen Hervorgehende erbringen könnte und auch keine Bestätigung der Ergebnisse mit einem höheren Grad von Zuverlässigkeit bedeuten könnte, kann aber verzichtet werden²¹.

Auch die methodische Möglichkeit einer Quantifizierung der Ergebnisse von Einzelinterpretationen verweist so den Analytiker zurück auf die Ergebnisse der "intuitiven", nicht quantitativen Interpretation, die durch die Angabe von Belegstellen, nicht

durch die Quantifizierung nachprüfbar gemacht sind. Zwar ergeben die interpretierenden Quantifizierungen in Tabelle 36 bis 40 eine Bestätigung einiger genereller Trends der Entwicklung von einem neuen Gesichtspunkt her, ohne aber dabei einen höheren Grad an wissenschaftlicher Genauigkeit und Zuverlässigkeit erreichen zu können als die Interpretation mit Belegstellen.

E Zum Zeitpunkt der Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer

Die Tabellen 36 und 37, 39 und 40 zeigen deutlich eine qualitative Veränderung in wichtigen Kategorien des unternehmerischen Denkens in der Entwicklung von 1905 bis 1914 auf. Nach einer mehr oder weniger deutlichen Vorbereitung in den Jahren 1908 oder 1909 beginnt im Jahre 1911 der Anstieg der neuen Vorstellungen, der 1912 und 1913 anhält. Für 1914 lassen sich über einen weiteren Anstieg weniger deutliche Anzeichen ablesen: zwar würde in Tabelle 36 die Zahl der Vorjahre sicher übertroffen, wenn man sich die acht Monate, die die Zeitschrift 1914 noch erschien, im gleichen Verhältnis fortgesetzt denkt. Für Tabelle 37 trifft das nicht zu; hier wäre eher ein leichter Rückgang zu vermuten, während Tabelle 39 und 40 etwa gleiche Zahlen wie 1913 erwarten ließen. Freilich läßt sich bei so kleinen Zahlen eine solche interpolierende Methode nur mit größten Vorbehalten - und sicher nicht mit numerischer Genauigkeit - verwenden. Immerhin darf den Tabellen 36 bis 40 insgesamt wohl eine Bestätigung der These entnommen werden, daß der Durchbruch des mittelständischen Unternehmerdenkens im Bund der Industriellen in den Jahren 1911 bis 1913 - mit einer Vorbereitung seit 1906 bzw. 1908 - erfolgt.

Dagegen spricht allenfalls die anders verlaufende Entwicklungslinie in Tabelle 38, die keine eindeutige Entwicklung erkennen läßt, allerdings wegen der noch kleineren Zahlen kaum einen Aussagewert bezüglich eines Trends haben kann. Gerade die Einheit von Risiko und Verantwortung, Gewinn und Leistung als Voraussetzung für die Unternehmerpersönlichkeit ist aber eine Kategorie, die für das neue Gesellschaftsbild zentrale Bedeutung hat. Diese Vorstellung ist nach Tabelle 38 aber offenbar im Bund der Industriellen vor 1914 noch nicht reflektiert und verbreitet gewesen, sondern erst nach 1918 - wie die entsprechenden Materialien zeigen - explizit zum zentralen Punkt des Selbstbewußtseins mittelständischer Unternehmer geworden.

Dennoch ist diese Vorstellung vor 1914 bereits im Denken dieser Gruppe indirekt und unbewußt enthalten und bei einzelnen auch schon ausgesprochen worden. Dieser scheinbare Widerspruch fordert einige weitere Überlegungen zur Frage des Zeitpunktes der Entstehung des neuen Gesellschaftsbildes heraus.

Neue Gedanken setzen sich nicht von einem Tag auf den anderen durch. Am wenigsten tun sie es, wenn es sich um das Selbstverständnis einer gesellschaftlichen Gruppe handelt, das die Tendenz hat, sich auch dann noch zu behaupten, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse verändert haben und eine Neuorientierung erforderlich wäre. Ja, gerade in dieser Situation pflegen solche Vorstellungen sich häufig zu festigen und zu versteifen in der Hoffnung, eine Situation erhalten zu können, die im Zerfallen oder schon vergangen ist.

Einzelne Männer beginnen die veränderte Situation zu sehen, erkennen, daß das alte Denken in der neuen Situation eher schaden als helfen kann, daß neuen Gefahren mit neuen Mitteln begegnet werden muß, daß man in der veränderten Gesellschaft nur die alte

Stellung erhalten kann mit an ihr orientierten neuen Vorstellungen und Verhaltensweisen. Das Gros dagegen versucht sich weiter an den alten Gedanken und Leitbildern festzuhalten, bis ihnen zum Bewußtsein kommt, daß die Gesellschaft ihre alten Ansichten mit der Strafe des Untergangs bedroht. So passen sie sich allmählich - je größer die Gefahr wird, desto rascher - an die neuen Vorstellungen an, die eine neue Existenzsicherung und Rechtfertigung in der neuen Form der Gesellschaft versprechen.

In einem solchen Prozeß einen Zeitpunkt für die Entstehung eines neuen Gesellschaftsbildes festzustellen, ist zweifellos schwierig, wie jede Einteilung in Perioden einer historischen Entwicklung problematisch ist. So ist der Beginn des mittelständischen Selbstverständnisses der kleineren und mittleren Unternehmer in Deutschland schwer genau zu datieren. Einerseits entwickeln in den Jahren 1906 und 1908 bereits einzelne führende Personen (O.B., Stresemann) Gedanken, die Grundzüge des neuen Gesellschaftsbildes enthalten. Andererseits ist noch 1914 unter den kleineren Unternehmern das neue Selbstverständnis keineswegs allgemein und vollständig verbreitet, wenngleich in der Zeitschrift ihrer organisatorischen Vertretung diese Gedanken immer wieder zum Ausdruck kommen. Die Festlegung der Entstehung des mittelständischen Unternehmersbewußtseins auf die Zeit zwischen 1911 und 1913, die dieser Arbeit zugrundegelegt ist, mag daher als willkürlich, zweifelhaft und mit den zitierten Stellen selbst widerlegbar erscheinen.

Andererseits müßte der Versuch, den Weltkrieg als die entscheidende Veränderung anzusehen, weil sein Ende die große Gefahr für die Unternehmer zu sein schien, die sie alle in der neuen gesellschaftlichen Orientierung einte, auf die viel größere Schwierigkeit stoßen, die neuen mittelständischen Elemente im Bewußtsein der Unternehmer der Fertigindustrie vor 1914 entweder ignorieren oder als bloße "Vorläufer"

klassifizieren zu müssen. Das dürfte schwer fallen, wenngleich sich zeigen läßt, daß ein großer Teil der betroffenen Unternehmer (eine genaue zahlenmäßige Angabe wird sich freilich nicht mehr ermitteln lassen) noch bis zum Kriegsende an den alten Vorstellungen von der liberalen Gesellschaft festhielt, um dann, angesichts der durch die Niederlage und die Revolution veränderten Situation, in den Ansichten des Stresemann - Flügels im Bund der Industriellen den letzten Rettungsanker vor Enteignung und Sozialisierung zu erblicken. So könnte die Möglichkeit naheliegen, den Zeitpunkt zur Wendemarke einer kritischen Unterscheidung zu machen, an dem mit einem Schlage alle ernst zu nehmenden selbständigen Unternehmer, ja, darüber hinaus auch bis zu einem gewissen Grade ein großer Teil der Großindustriellen, das "mittelständische" Gesellschaftsbild übernehmen und von ihm die Rettung ihrer sozialen Position erwarten.

Aber eine solche Abgrenzung müßte die historischen Entstehungsgründe für dieses Bewußtsein außer acht lassen. Wer 1918 als entscheidende Wende ansehen wollte, hätte keine Erklärung dafür, warum Stresemann und eine Reihe ihm nahestehender junger Leute bereits seit 1911 im Bund der Industriellen für diese gesellschaftliche Umorientierung werben und Anhänger gewinnen konnten und schließlich den Bund selbst entscheidend damit zu beeinflussen vermochten. Wenn auch für die Vorstellungen Stresemanns oder des einen oder anderen jungen Mannes die Hilfskonstruktion der "genialen Voraussicht" einzelner "begnadeter" Köpfe eine Erklärung bieten könnte, die auch heute noch in Deutschland einige Aussicht auf Anerkennung hätte, so ist doch die Existenz einer diese Gedanken aufnehmenden Gruppe, die 1914 bereits einen erheblichen Teil des Bundes umfaßte, in diese Konstruktion nicht einzufügen.

Gegenüber diesem Versuch, die Abgrenzung nach den großen historisch- politischen Veränderungen vorzunehmen, könnte eine andere Möglichkeit darin gesehen werden, die ersten Äußerungen dieses Gesellschaftsbildes, den Aufsatz von O.B. aus dem Jahre 1906 und Stresemanns Äußerungen von 1908, als den Beginn dieser neuen Gesellschaftsorientierung zu werten. Auch diese geistesgeschichtlich orientierte Abgrenzung kann jedoch einer soziologischen Analyse wenig dienen. Für den Soziologen ist nicht in erster Linie von Interesse, wer wann zum ersten Male ein neues Gesellschaftsbild gedacht hat (obwohl auch dieses Ereignis einige Aufschlüsse geben kann), sondern vielmehr, wann, wie und aus welchem Grunde sich das Bewußtsein einer gesellschaftlichen Gruppe verändert.

Wenn also einerseits vor 1908 das werdende mittelständische Gesellschaftsbild noch auf die Äußerungen weniger Einzelner beschränkt bleibt, nach 1911 aber bereits eine wesentliche Gruppe im Bund der Industriellen es sich zu eigen macht, die mehr und mehr die Entwicklung des Bundes bestimmt, so kann - auch wenn der Prozeß vor 1914 keineswegs abgeschlossen ist - die Entstehung dieses Gesellschaftsbildes soziologisch sinnvoll nur innerhalb dieses Zeitabschnittes zwischen 1908 und 1914 gesucht werden. In dieser Zeit muß sich in der Gesellschaft eine Änderung vollzogen haben, die nicht nur die neue Orientierung des selbständigen Unternehmertums als einen Gedanken einiger Verbandsfunktionäre, vor allem Stresemanns, entstehen ließ, sondern die einem erheblichen Teil dieser Gruppe die neue Orientierung für ihr praktisches Handeln aufnötigte. Natürlich kann es sich dabei auch um die Auswirkungen einer längst früher vollzogenen gesellschaftlichen Entwicklung handeln, die aber erst jetzt so stark fühlbar werden, daß sie eine Anpassung und Umorientierung erzwingen.

Da dieses Kapitel zunächst nur der Feststellung und Ordnung der Fakten dienen soll, die sich aus der Zeitschrift des Bundes der Industriellen selbst ergeben, soll die Frage nach dieser gesellschaftlichen Veränderung zunächst zurückgestellt werden und stattdessen nach empirischen Belegen für eine Lokalisierung der Veränderung gesucht werden.

Die zwei (bzw. drei) Daten, die im zweiten Kapitel für diese Veränderung genannt wurden - die Einsetzung von Dr. Rudolf Schneider zum Schriftleiter der "Deutschen Industrie" und Syndikus des Bundes im Jahre 1911 (und bereits 1908 zum Geschäftsführer des Bundes) sowie die Veränderung des Gesichts der Zeitschrift, die 1913 erfolgt, bedürfen in diesem Zusammenhang der Ergänzung. Wenn diese Daten als entscheidende Ereignisse für die Entstehung eines Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer angesehen werden können, dann deshalb, weil sie Symptome eines Generationswechsels im Bund der Industriellen sind. Die Ablösung der Gründergeneration in den führenden Positionen des Bundes bringt mit den jüngeren Leuten zugleich eine neue verbandspolitische Konzeption und eine veränderte gesellschaftliche Orientierung. Warren beschreibt diese neue Verbandspolitik als den Versuch Stresemanns, eine effektive nationale Vertretung (lobby) der Kleinindustrie zu schaffen²². Jedoch sieht Warren keine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Situation, der politischen Zielsetzung oder der Ideologie und kann daher die volle Bedeutung dieses Generationswechsels nicht erfassen²³.

Nicht zufällig fällt die Übernahme der Geschäftsführung durch Rudolf Schneider zusammen mit Stresemanns ersten Ausführungen zur Frage der individuellen Entscheidungsfreiheit des selbständigen Unternehmers in der "Deutschen Industrie", aber auch im Reichstag und in der Öffentlichkeit. Laut Warren²⁴ ist es

Stresemann selbst gewesen, der Schneider in diese Stellung gebracht hat. Ebenso wenig darf man das Zusammenfallen der Ablösung Wendlandts durch Schneider mit dem Austritt des Centralverbandes aus dem Hansabund im Juli 1911 als zufällig ansehen. Möglicherweise hätte ohne den wachsenden Einfluß der Gruppe um Stresemann der Austritt des Centralverbandes erst später stattgefunden oder ganz verhindert werden können. Denn der Austritt wird ja ausdrücklich mit der Schwenkung des Hansabundes und des Bundes der Industriellen nach "links" und ihrem "Kampf gegen rechts" begründet. Daß der Tod Hermann Wirths, des langjährigen Vorsitzenden des Bundes der Industriellen, im Mai 1911 mit diesen Ereignissen zusammenfällt, mag ein Zufall sein, der jedoch den Generationswechsel umso deutlicher macht.

Daß die Übernahme der Zeitschrift eine wichtige Veränderung bedeutet, die der neuen Generation eine entscheidende Position einräumt, zeigen die folgenden Tabellen 41 bis 43. Wie sehr man sich dieser Bedeutung der Zeitschrift bewußt war, geht auch daraus hervor, daß Schneider schon einen Monat nach seiner Übernahme die Zeitschrift von 12 auf 16 Seiten je Heft (oder um ein Drittel des bisherigen Umfangs) erweitert.

Schließlich ist es auch kein Zufall, daß gerade im Kampf um die Wehrvorlage von 1913, die eine Annäherung Stresemanns und der Schriftleitung der "Deutschen Industrie" an den wachsenden Nationalismus in Deutschland, freilich unter den neuen Gesichtspunkten der Öffentlichkeitsbezogenheit und des Schutzinteresses der mittelständischen Industrie, mit sich bringt, die Zeitschrift des Bundes sich ein "modernes" Gesicht mit "deutschen" Lettern und Jugendstil-Schmuck gibt.

Noch eindeutiger läßt sich dieser Generationswechsel verfolgen anhand der Namen der Autoren, die in

der Zeitschrift schreiben. Die Veränderung, die in der "Deutschen Industrie" zwischen 1907 und 1912 sich vollzogen hat, ist mit einem Wechsel im Stab der häufigsten Mitarbeiter verbunden. Das zeigt die folgende Aufstellung der häufigsten Namen und Abkürzungen für die Autoren:

Tab. 41

Name	vor nach Umsetzng.							
	1905	1906	1907	1911	1911	1912	1913	1914
O.B.	4	3	5	0	-	-	-	-
Wendlandt	1	1	1	3	-	-	-	-
A.D.	2	0	4	0	-	-	-	-
Prof. C. Weigelt	0	0	4	0	-	-	-	-
Stresemann	2	1	0	1	0	2	9	3
Schneider	-	-	-	-	0	3	5	4
Stapff	-	-	-	-	1	1	4	0

Von den sieben genannten Autoren - den einzigen, bei denen eine kontinuierliche Mitarbeit in der "Deutschen Industrie" erkennbar ist - ist nur Dr. Stresemann in beiden Perioden vertreten; jedoch hat sein Einfluß zweifellos nach 1911 zugenommen, wie nicht nur die Häufigkeit seiner eigenen Beiträge, sondern auch derer von Dr. Schneider, der politisch und gesellschaftlich die gleichen Ansichten vertritt, zeigt.

Allerdings bestätigt sich die Vermutung nicht, die sich aufgrund der Jahrgänge 1911 bis 1914 aufdrängt, daß der Übergang von Wendlandt zu Schneider zugleich ein Übergang sei von der anonymen Autorenschaft im Namen des Verbandes zur selbstbewußten "persönlich verantworteten" Autorenschaft, die mit vollem Namen zeichnet. Zwar sind 1911 ganze 8, 1912 bereits 20

Beiträge, 1913 sogar 68 und in den ersten sieben Monaten von 1914 schon 43 Aufsätze namentlich gekennzeichnet. Diese Tendenz ließe darauf schließen, daß mit der Betonung der individuellen Persönlichkeit auch mehr Wert gelegt wird auf die persönliche Leistung des Autors - wenn nicht auch im Jahrgang 1907 bereits 28 Beiträge mit vollem Namen und 19 weitere mit den Initialen des Autors versehen wären.

Eindeutig läßt sich dagegen die Tendenz feststellen, statt der Initialen den vollen Namen zu nennen. Ist es vor 1911 selbst bei einem so häufig zu Wort kommenden Mitarbeiter wie O.B. nicht möglich, den vollen Namen aus der "Deutschen Industrie" zu ermitteln, so gibt es nach 1911 überhaupt nur noch viermal die Kennzeichnung mit Anfangsbuchstaben. Im einzelnen ergibt sich folgende Aufstellung:

Tabelle 42: Namenskennzeichnung

	1907	1911	1912	1913	1914
Voller Name	28	8	19	65	43
Anfangsbuchstaben	19	0	1	3	0
"Von einem Industriellen der ... Branche"	0	1	2	1	0
Seitenzahl des Bandes	288	328	384	390	236

Tabelle 43 vergleicht die Jahrgänge 1907 und 1913 bezüglich des Verhältnisses von offiziellen Verbandsäußerungen, namentlich gekennzeichneten und ohne Namensangabe veröffentlichten Beiträgen und Nachrichten.

Dabei fällt vor allem der Rückgang der mit Abkürzungen gekennzeichneten Beiträge von 7,9 % im

Tab. 43 Namenskennzeichnung
und Verteilung auf redaktionellen Raum

1907					1913			
Heft Nr.	Off.	voll.	Abk.	ohne	Off.	voll.	Abk.	ohne
Monat		Name		Ang.		Name		Ang.
1	0,3	5	0	11	1,1	6,7	2,5	16,5
2 Jan.	1	0	3,5	14	2,6	16,4	0	9,6
3	0	2	4,5	9,5	0,7	11,2	0	18,9
4 Feb.	1	2	6	8	0,7	0	2	24,9
5	0,5	3	0	11	0,3	2,1	0	26
6 Mz.	0,7	3	1	11,5	0,7	6,7	0	21,5
7	0	3,5	1	10	1	14	0	9,5
8 Apr.	0,5	4	0	12,5	2,4	15,6	0	11,4
9	0	7,5	0	7	1,6	12,1	0	16,5
10 Mai	0	2,7	1,7	12	0,3	18,2	0	10,3
11	0,5	0,5	0	13,5	1,5	17,	0	9
12 Jun.	4	3	1,2	8	0,7	11,3	0	12,1
13	0,2	4,5	0	10,3	2,1	12,6	0	10,2
14 Jul.	1,8	8	0	8	1,5	1,3	0	25
15	0,8	6	0	10,3	4,4	11,9	0	11,6
16 Aug.	0,2	3,4	4,8	8	4,4	1,3	0	22,9
17	0,2	0	1	13	6,7	11,5	1	4,3
18 Sep.	1,9	0,8	0,4	14,	22,8	2	0	2,5
19	1,8	3,7	1,5	8,5	0,8	6,8	0	13,3
20 Okt.	2,3	2,2	1,3	10,8	1	15,9	0	12
21	0,2	0	0	14	3,5	6,3	0	18,5
22 Nov.	0,3	5	0,5	9,8	18	0	0	14,6
23	0,2	0	0	14,5	0,3	13	0	10,5
24 Dez.	0,2	4,1	1,8	9,3	0,7	10,3	0	18
Summe	18,6	75,9	30,2	28,5	78,8	21,3	5,5	349,6
Gesamtsumme	383,2				665,2			
%	4,7	19,8	7,9	67,5	11,8	34,8	0,8	52,6

Angaben in redaktionellen Spalten bei zweispaltigem
Satzspiegel

Jahre 1907 auf 0,8 % im Jahre 1913 (oder auf 1/10 des relativen Anteils von 1907) auf. Dabei muß berücksichtigt werden, daß seit der Übernahme der Zeitschrift durch Dr. Schneider die "Deutsche Industrie" um vier auf 16 Seiten pro Nummer, also um 1/3 ihres bisherigen Umfangs oder von 288 auf 384 Seiten jährlich erweitert wurde. Das bedeutet, daß die Abkürzungen in der absoluten Zahl von 30,2 auf 5,5 Spalten, also auf ein reichliches Viertel ihres Umfangs von 1907 zurückgegangen sind.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge nehmen 1913 immerhin 34,8 % des Raumes, also fast das doppelte ihres Anteils im Jahrgang 1907, nämlich 19,8 %, ein. In absoluter Länge bedeutet dies bei 75,9 zu 231,3 Spalten sogar eine Zunahme um gut 200 %. Die ohne Angabe des Autors gedruckten Beiträge gehen von 67,5 % im Jahre 1907 auf 52,2 % im Jahre 1913 zurück, welcher Anteil immerhin noch einer absoluten Zunahme von 91,1 Spalten (von 258,5 auf 349,6 Spalten) entspricht. Der für verbands-offizielle Mitteilungen verwandte Raum steigt von 4,7 % auf 11,8 % oder von 18,6 auf 78,8 Spalten an.

Der Wechsel in der Schriftleitung der "Deutschen Industrie" im Juli 1911 markiert demnach nicht nur einen Wechsel der Generationen der Mitarbeiter. Die neue Generation setzt zugleich andere Auffassungen über die Arbeit der Zeitschrift durch, die sich in der Änderung der Form im Jahre 1913 ebenso auswirken wie in der Bedeutung, die der Kennzeichnung der Beiträge mit vollem Namen beigemessen wird. Daß die verbands-offiziellen Mitteilungen so erheblich an Raum zunehmen, läßt außerdem darauf schließen, daß auch dem Verband selbst eine wichtige Funktion zugemessen wird.

Dieser Generationswechsel erscheint insofern wichtig, als durch diesen Wechsel eine neue Gesell-

schaftsauffassung zum Zuge kommt. Er relativiert insofern die zeitliche Lokalisierung des neuen Gesellschaftsbildes, als ja nicht unbedingt sicher ist, daß die jüngere Generation erst mit dem Aufrücken in die führenden Stellen des Bundes der Industriellen neue Gedanken entwickelt. Jedoch zeigt sich an der Person Stresemanns, der die neue Sicht des Unternehmers in der Gesellschaft im Jahre 1908 zum ersten Male konsequent im Bund vertritt (wenn man von den Ansätzen des mit O.B. zeichnenden Mitarbeiters um 1906 absieht), daß auch für diese Generation das mittelständische Unternehmerbewußtsein erst im Entstehen ist.

Daß dieser Generationswechsel nicht als der Grund der Veränderung des Gesellschaftsbildes angesehen werden kann, sondern allenfalls als ihr Auslöser, - wenn nicht umgekehrt die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Umorientierung erst diesen Generationswechsel ausgelöst hat, indem er den jungen Leuten die Chance bot, sich mit neuen gesellschaftlichen Vorstellungen, die den neuen Bedingungen besser entsprachen, an die Spitze des Verbandes zu setzen - wird im folgenden Kapitel deutlich werden.

Die gesellschaftliche Bedeutung des neuen Bewußtseins

A Qualitative Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft

"Der Sieg des Schutzzolls ... im Jahre 1879 bedeutete den Beginn einer Wandlung in der Funktion des Schutzzolls, indem aus dem Erziehungszoll allmählich ein Kartellschutzzoll wurde"¹, schreibt Rudolf Hilferding. Spätestens mit dem Durchbruch des Schutzzollsystems hatte sich eine Richtung in der Entwicklung der deutschen Industrie endgültig durchgesetzt, deren wirtschaftliche Praxis nicht mehr der liberalen Theorie entsprach, derzufolge die allseitige Konkurrenzwirtschaft von selbst und kraft ihrer inneren Logik den gerechten Ausgleich der Interessen und den Erfolg der besten Leistung garantierte. Nach Friedrich List's Theorie sollte der Schutzzoll dazu dienen, die inländische Industrie gegenüber der technisch weiter entwickelten ausländischen Konkurrenz abzuschirmen und ihr so die Chance zum Nachholen zu geben, bis sie, international konkurrenzfähig geworden, den Zoll durch billigere Produktion gegenstandslos macht. Stattdessen hatten nun mächtige industrielle Gruppen, wie Hilferding deutlich macht, auf dem Inlandmarkt für bestimmte Produkte, vor allem Kohle und Rohstoffe, durch Kartelle die Konkurrenz ausgeschaltet. Durch Zölle gegenüber der Konkurrenz des Auslandes abgesichert, konnten sie die Preisbildung der eigenen Disposition unterwerfen und die Preise jeweils bis zur Höhe der Zollsätze über dem Weltmarktpreis halten. Das ausgeklügelte System der Exportvergütungen sorgte dafür, daß das Angebot im Inland der Nachfrage entsprach und die Gefahr ausgeschaltet wurde, daß das Kartell an Überproduktionsschwierigkeiten zerbrechen konnte². So wurde, wie Hilferdings bemerkt, die "Zollpolitik der Entwicklung des

Kapitalismus ... in ihr Gegenteil verkehrt durch die Zollpolitik des entfalteten Kapitalismus."³

Dieser Funktionswandel der Zollpolitik war vielleicht der deutlichste Ausdruck, jedoch nur ein Symptom neben anderen für eine Entwicklung der deutschen (und nicht nur der deutschen) Wirtschaft, die an die Stelle der liberalen Gesellschaft der Konkurrenz der Gleichen, in der jedes Wirtschaftssubjekt über die gleichen Rechte und die gleichen Chancen verfügte, etwas qualitativ Neues setzte⁴. George W. F. Hallgarten beschreibt diese Entwicklung, die er vor allem unter dem Aspekt der Entstehung des Imperialismus untersucht. Er sieht als auslösendes Ereignis die Wirtschaftskrise der 70er Jahre an⁵; jedoch muß man die Ereignisse dieser Zeit vor dem Hintergrund der Gründungskonjunktur sehen, die nach 1848 und vor allem seit 1871 für Deutschland in kürzester Zeit den Aufstieg zur Industrienation brachte⁶. Diese rasche Folge der Gründungen von Industrieunternehmungen und Kapitalverwertungsgesellschaften war nur möglich durch die Beteiligung aller Volksschichten an der Gründertätigkeit und eine Gründungsspekulation größten Ausmaßes. Hilferding zeigt, daß die Aktiengesellschaft in dieser Zeit in Deutschland die Funktion der Kapitalansammlung aus allen Schichten des Volkes hatte, und die Banken als Vermittler und Sammelstellen zur Finanzierung der Aktiengesellschaften eine besondere Bedeutung und großen Einfluß gewannen⁷.

Mit der Macht der Banken und Aktiengesellschaften aber wurde der Grund gelegt für die Differenzierung von Kapitalgesellschaften und Familienunternehmen, von Groß- und Kleinindustrie, Rohstoff- und Exportindustrie.

Vor 1860 war die deutsche Industrie im wesentlichen schutzzöllnerisch, die Agrarier dagegen waren, des Exports vor allem nach England wegen, freihändlerisch eingestellt⁸. Die Jahre nach 1866 bis 1870 brachten

für Deutschland einen großen wirtschaftlichen Aufschwung, durch den für eine kurze Zeit auch die Industrie dem Freihandel zuneigte, der vor allem für den Eisenbahnbau von Vorteil war⁹. Wie Hallgarten weiter darstellt, veränderte die allgemeine wirtschaftliche Krise die innenpolitischen Verhältnisse wie die außenpolitische Konstellation. Der Finanzkrach von 1873 war eine Katastrophe für die herrschenden Schichten, zahlreiche Gründungen brachen zusammen. Um die Eisenbahnen rentabel zu machen, wurden die Frachttarife um 20 % erhöht. Die Eisenindustrie, die sich durch diese Erhöhung gefährdet sah, forderte Schutzzölle. Von Kardorff, der Führer der "Freikonservativen", der Partei der junkerlichen Gründer (vor allem Ostelbiens), gründete 1876 den "Centralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit". Kardorff verband geschickt seine Eiseninteressen mit den Interessen des Großgrundbesitzes, der nur noch für den Inlandsmarkt produzierte und auch hier allmählich die ausländische Konkurrenz, vor allem in Holz und Getreide, zu spüren bekam, und entsprechende Zölle zu fordern begann. "Damals entstand der gewichtige Interessenring der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, der von jetzt ab für Innen- und Außenpolitik entscheidend wurde."¹⁰

Die Krise und der Kampf um die Schutzzölle wurden zur Grundlage für die Entstehung der Kartelle, die so mächtig wurden, daß die Regierung von ihnen, vor allem von der Eisenindustrie, abhängig wurde. 1879 trat der neue Zolltarif in Kraft¹¹.

Diese Entwicklung ist mehr als eine wirtschaftspolitische Entscheidung. Sie hat zugleich weitreichende Konsequenzen für die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur, sie markiert einen grundsätzlichen Funktionswandel der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. In seinem Buch "Die säkuläre

Inflation"¹² zeigt Werner Hofmann, daß von dem Zeitpunkt an, zu dem die Binnenmärkte von Kartellen beherrscht und durch Zölle geschützt werden und die nötigen Absatzerweiterungen und die Preisstabilität durch Exportprämien-systeme gesichert werden¹³, die liberale Konkurrenz-wirtschaft durch ein neues System der Organisation des wirtschaftlichen Gleichgewichts ersetzt wird. "Über die Konzentration der Produktions- und Geschäftseinheiten hinaus griffen Marktkoalitionen der Unternehmungen (Kartelle, Syndikate) nach allen Seiten aus: die Märkte wurden planmäßig geteilt und reguliert."¹⁴ Hofmann weist nach, daß seit dieser Zeit der Mechanismus von Angebot und Nachfrage de facto nicht mehr den Preis bestimmt. Die Preise sind von der Produktionsseite her festgelegt durch die weniger elastischen Produktionskosten. Der hohe Anteil der festen Kapitalkosten wie die geringeren Möglichkeiten, sinkende Preise auf die Lohnkosten abzuwälzen, da die Gewerkschaften stark genug geworden sind, solche Lohnsenkungen zu verhindern, lassen beliebige Preisrückgänge nicht zu. Andererseits sind die Betriebe mit zunehmender Grösse und Mechanisierung immer stärker auf die Ausnutzung der Kapazitäten, auf die Produktion und den Absatz im Großen angewiesen. Eine Manipulierung der Preise durch Verknappung des Angebots ist deshalb ebenfalls nur in engen Grenzen und nur vorübergehend möglich, sobald nicht mehr die Aussicht besteht, durch Preisunterbietung einen Konkurrenten ausschalten und damit den eigenen Markt erweitern zu können¹⁵.

Ein vorgegebenes Angebot kann aber zu festgelegten Preisen in einer Marktwirtschaft nur verkauft werden, wenn ausreichende Nachfrage vorhanden ist. Das Problem einer am Markt orientierten Wirtschaft mit einer expandierenden kartellierten und kapitalintensiven Produktion und hohem Organisationsgrad der Arbeiterschaft, also mit einem nach Menge und Preis wenig

elastischen Warenangebot, besteht darin, für ein sich ständig ausdehnendes preisstarres Angebot entsprechende Nachfrage zu schaffen¹⁶.

An die Stelle der Konkurrenz um die vorhandenen tritt die Schaffung neuer Märkte. Die deutsche Schwerindustrie konnte das Problem zunächst noch durch hohen Zollschutz und den Ausgleich des Angebots durch das Dumping- System, also den Verkauf mit Verlust an das Ausland, um die Inlandpreise hoch zu halten, lösen. Dieses System hatte jedoch den Nachteil, daß es auf Kosten der Inlandsverbraucher, vor allem der verarbeitenden Industrie, ging, die auf die verteuerten Rohstoffe angewiesen waren zur Produktion, für die sich aber infolge der höheren Produktionskosten die Schwierigkeiten potenzierten, für die steigende Produktion kaufkräftige Absatzmärkte zu finden. Das Exportvergütungssystem, durch das die zollgeschützten Rohstoffkartelle den Exportindustrien für den exportierten Anteil der Produktion nachträglich billigere Rohstoffpreise gewährte, konnte diese Schwierigkeiten auf die Dauer ebensowenig lösen wie das Dumping. Die Wirtschaft mußte sich am Markt grundsätzlich umorientieren; von der Produktion zur Deckung der vorhandenen Nachfrage mußte sie übergehen zu der planmäßigen und organisierten Schaffung der nötigen zahlungskräftigen Nachfrage für ihre Produktion¹⁷.

B Entstehung der Konsumgesellschaft

Diese Umorientierung kommt zum Ausdruck einerseits in der Welle des Imperialismus, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts die fortgeschrittensten Industrienationen und vor allem das als Kolonialland zurückstehende und sich benachteiligt fühlende deutsche Volk erfaßte. Hier wurde zunächst und vor allem die Exportindustrie erfaßt, die auf steigenden Auslandsabsatz angewiesen war¹⁸, sowie das Kleinbürgertum,

das auf neue Entfaltungsmöglichkeiten selbständiger kleinwirtschaftlicher Initiativen in den Kolonien hoffte¹⁹, während die Großindustrie, soweit sie nicht an bestimmten größeren kolonialen Projekten beteiligt oder direkt interessiert war, sich anfangs zurückhielt - noch 1905 nahm der Centralverband deutscher Industrieller gegen das Flottenbauprogramm der Regierung Stellung²⁰. In der Folgezeit schließen sich dann freilich auch die Großindustriellen der nationalen Machtpolitik in Übersee und dem imperialen Ausdehnungsdrang des deutschen Reiches an²¹. Obwohl die Rohstoffindustrie, die nicht oder kaum an den Endverbraucher verkauft, stabilere Absatzverhältnisse hat und eine Absatzstockung in der Regel erst zu spüren bekommt, wenn die Industrien der Fertigprodukte sie nicht mehr abzufangen vermögen, und obwohl die Rohstoffkartelle im Exportprämien-system bereits einen Ausgleichsmechanismus besaßen, waren sie doch an der weiteren Ausdehnung der Märkte interessiert, weil ihre Expansion, die der generell günstigeren Gewinnraten in der Kartellwirtschaft wegen ohnehin schneller vor sich gehen konnte als in der Fertigfabrikation, nur bei gleichzeitiger Erweiterung der Märkte der gesamten Industrie möglich war. Zudem sprach ein Interesse an billigen kolonialen Rohstoffen für die Ausdehnung des deutschen Kolonialreiches²².

Die Umorientierung auf die Produktion für einen Markt, der dem Angebot entsprechend erst geschaffen werden muß, zeigt sich aber gleichzeitig auch im Innern des Landes in Form einer gesellschaftlichen Umstrukturierung. Wenn diese auch nur langsam erfolgte und den Agierenden zum größten Teil unbewußt war, so läßt sie sich doch an einigen verräterischen Äußerungen auch der Unternehmer im Bund der Industriellen veranschaulichen. Sie läßt sich kurz gesagt damit umschreiben, daß die Industrie beginnt mit Mitteln der Propaganda ihren Gesamtabsatz zu steigern, und daß sie insbesondere den Arbeiter als Kunden entdeckt und entsprechend um ihn wirbt.

Für die Tendenz, mit Propagandamitteln den Absatz zu heben, mag als Beispiel die nach dem Vorbild der "by british" - Bewegung in England aufgebaute Kampagne für den bevorzugten Kauf deutscher Waren gelten, die etwa 1911 in großem Stil beginnt²³. Werbung ist nun nicht mehr Mittel der Marktkonkurrenz, sondern Mittel zur Vergrößerung des Marktes. Am deutlichsten zeigt sich die Wandlung, die sich daraus ergibt, in dem neuen Blickwinkel, unter dem die Industrie den Arbeiter zu sehen beginnt.

In einer Kritik an einer Statistik des Bundes der Landwirte im Jahre 1911 betont die "Deutsche Industrie", die Tatsache, daß die Löhne stärker gestiegen seien als die Lebenshaltungskosten, besage nicht, daß die Lebensmittel teurer werden dürften. Vielmehr seien die Lohnerhöhungen dazu da, den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen. Angesichts der Ernsteschäden infolge der Trockenheit des Jahres 1911 fordert der Bund der Industriellen deshalb Einfuhrerleichterungen für Agrarprodukte, um die gestiegene Kaufkraft der Arbeiter für industrielle Produkte zu erhalten²⁴. Noch drastischer wird dieser Gedanke in der "Deutschen Industrie" im November 1912 ausgesprochen. In einem Aufsatz "Industrie und Lebensmittelteuerung" wird dargelegt, daß die Verteuerung des Fleisches keine vorübergehende, sondern eine dauernde Erscheinung sei, und daß sie ein Sinken der Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten für Bedarfsgegenstände bedeute, von deren Verkauf die Rentabilität der Fertigindustrie abhängt. Deshalb fordert der Aufsatz Maßnahmen der Regierung zur Verbilligung der Lebensmittel²⁵.

In einem bemerkenswerten Aufsatz aus dem Jahre 1908 wird bereits in der DI geschrieben, es sei besser, statt den Verbrauch an Luxusgütern einzuschränken, die Löhne zu erhöhen - freilich unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Betriebsleiter

und Risikoträger - so daß die Arbeiter auch für Luxusarbeiten kauffähig blieben²⁶.

Mit dieser Umorientierung der Wirtschaft wird der Markt aus einem Ausgleichsmechanismus von Angebot und Nachfrage zu einem immer stärker manipulierbaren und vermehrbaren wirtschaftlichen Gut umfunktioniert. Ihre theoretische Fixierung findet diese Tendenz schließlich bei J. M. Keynes, der als Steuerungsmechanismus für die Expansion der Wirtschaft, als Mittel, Krisen auszuschalten und ein stetiges Wachstum zu sichern, öffentliche Ausgaben empfiehlt, die nicht produktiv sind, also das Angebot nicht erhöhen, wohl aber der Wirtschaft zusätzliche Aufträge sichern und zugleich Lohnkosten verursachen, also die Kaufkraft erhöhen. Als geeignetste unproduktive Investitionen sieht Keynes für diesen Zweck solche Ausgaben an, die möglichst viele brachliegende Industriekapazitäten auslasten - also bei der sich steigernden Disproportionalität der Wirtschaftszweige vor allem der Schwerindustrie Aufträge sichern - und gleichzeitig über weitere abhängige Industrien einen Multiplikator-Effekt erzielen. In den gegenwärtigen kapitalistisch organisierten Ländern sieht er daher den Rüstungs-etat als das wichtigste Mittel zum konjunkturellen Ausgleich und zur Sicherung der Expansion an²⁷.

Werner Hofmann zeigt freilich auch, daß ein solcher Mechanismus der unproduktiven Geldeinkommensschöpfung notwendigerweise den Trend der ungleichen Wachstumsgeschwindigkeit der verschiedenen Industriezweige fördern muß, da er das Abfließen des Kapitals in produktiver arbeitende Bereiche verhindert und überflüssige Kapazitäten ausschöpft und weiter erhöht. Daraus ergibt sich eine langfristige inflationäre Tendenz, die tatsächlich in allen Industriestaaten seit dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts nachweisbar ist²⁸.

Daß jene Gesetzmäßigkeit, die Keynes zu einem praktischen Instrument der Konjunkturpolitik ausgebaut hat, schon Anfang dieses Jahrhunderts in der deutschen

Fertigindustrie in gewissem Maße bewußt war, zeigt ein bereits zitierter - nicht namentlich gezeichneter Aufsatz in der DI im November 1908. Der Autor dieses Artikels mit dem Titel "Trugschlüsse" kritisiert die Forderungen nach "Maßhalten" angesichts der niedrigen Konjunkturlage und nach Einsparungen im privaten Konsum. "Diese Gedankengänge", heißt es, "beruhen auf der völlig falschen Annahme, daß ein Volk Kapital und Geld durch Sparen bilden könne. Gewiß ist dies für den Arbeiter eines der Mittel, um sich und seine Nachkommenschaft allmählich auf eine höhere soziale Basis zu bringen. In großem und für die Volkswirtschaft erheblich fühlbar werdendem Maßstabe vollzieht sich die Kapitalbildung aber durch eine intensive Produktion ..."²⁹ Erhöhte Produktion sei aber nur bei größerem Absatz möglich, also nur durch Erhöhung der Kaufkraft und der Nachfrage zu erreichen. Die Argumentation, daß das Heer, abgesehen von seiner Schutzaufgabe, eine nutzlose Ausgabe des Staates sei, bezeichnet der Autor als irrig. Die Auflösung des Heeres würde erhebliche wirtschaftliche Probleme mit sich bringen. Statt den Verbrauch an Luxusgütern einzuschränken, sei es aus den gleichen Gründen besser, die Löhne und damit die Kaufkraft der Arbeiter auch für Luxusgüter zu erhöhen³⁰.

Diese Umfunktionierung des Marktes kennzeichnet den Beginn der am Konsum orientierten Gesellschaft. Mit der quantitativen Zunahme der Industrialisierung vollzieht sich eine qualitative Veränderung der Wirtschaft und damit der gesellschaftlichen Reproduktion und der Gesellschaft insgesamt. Das Wirtschaftswachstum wird zum eigentlichen Zweck, für den in der Gesellschaft der nötige Absatz und Verbrauch geschaffen werden muß.

Damit vollzieht sich gleichzeitig eine gesellschaftliche Umorientierung, die den einzelnen Menschen nicht mehr als Individuum mit bestimmten Wünschen

und Bedürfnissen ansieht, die die industrielle Produktion zu befriedigen versucht, sondern als potentiellen Käufer und Konsumenten, der als Verbraucher für die eigenen Produkte zu gewinnen ist³¹.

Wenn vor allem die Fertigindustrie damit beginnt, eine neue Marktauffassung in der Praxis zu erproben, so liegt das an ihrer ungünstigeren Ausgangsposition, die sie zur Suche nach neuen Auswegen zwingt. Zwar hat die Großindustrie infolge ihres schnelleren Wachstums, der größeren Kapitalintensität und der Konzentration eher die Grenzen der normalen Expansion innerhalb einer konkurrenzorientierten Nationalökonomie erreicht als die Fertigindustrie. Doch konnte sie in Form der Zölle und Exportprämien eine vorläufige Lösung der Absatzschwierigkeiten auf Kosten schwächer entwickelter Länder und der Inlandsverbraucher finden. Damit verschärfte sie die Schwierigkeiten für die Fertigindustrie, die kaum kartelliert oder kartellfähig war³² und keine Aussicht hatte, ein ähnliches System zur Sicherung ihres Absatzes zu finden³³.

Die zollgeschützten Kartelle konnten so die Schwierigkeiten und das Risiko auf andere abschieben und sich selbst einen ausreichenden Anteil am Wirtschaftswachstum sichern. Die Sorge um die Ausweitung des Endverbrauchs und des Absatzes konnten sie so zunächst der Fertigindustrie überlassen. Dies ist der Grund, warum nicht zufällig in dieser Zeit die Trennlinie in erster Linie zwischen Rohstoff- und Fertigindustrie verlief und nicht unmittelbar zwischen Groß- und Kleinbetrieben.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zeigten sich für die Fertigindustrie nicht nur in dem Zwang zur Ausdehnung des Absatzes und im Preisdruck, der sich damit vergrößern mußte. Die Versuche, Gegenkartelle zu gründen oder sich an die Rohstoffkartelle kollektiv anzuhängen, mußten scheitern. Ihre Verwirklichung

hätte eine Verteuerung der Lebenshaltung und damit eine Einschränkung statt der geforderten Ausweitung des Inlandsverbrauchs bedeutet³⁴. Der Preisdruck drängte gleichwohl auf Konzentration auch in der Fertigindustrie, um rationeller produzieren und verkaufen zu können. Damit war vor allem für die kleinen Firmen die Gefahr verbunden, die selbständige Existenz zu verlieren durch Konkurs oder durch die Abhängigkeit von Großbetrieben. Verschärft wurde diese Situation weiter durch die Angliederung von Fertigfabrikationsbetrieben an große Konzerne der Rohstoffindustrien, die mit den Preisvorteilen der vertikalen Konzernierung einen entsprechenden Wettbewerbsvorsprung genossen.

So stellt sich die neue Qualität wirtschaftlichen Wachstums für den einzelnen selbständigen Unternehmer der Fertigindustrie vorwiegend als eine Bedrohung seiner wirtschaftlichen und sozialen Existenz dar. Auch die neue Marktorientierung ändert an dieser Situation nichts Grundsätzliches, sie läßt die Lage nur zeitweilig erträglicher werden. Die innere Umstrukturierung des Marktes ist zugleich eine Umschichtung der Wirtschaft und insbesondere der Industrie. Auch die Fertigindustrie muß sich von der Produktion für den real vorhandenen Kunden (gleichgültig ob er direkt der Besteller eines Produkts ist oder ob man sich an einer bekannten und konkreten Nachfrage orientiert) umstellen auf den Großmarkt, der erst zu schaffen ist, auf den potentiellen Kunden, der erst als Käufer gewonnen werden muß, auf eine erst zu weckende Nachfrage. Die Reibungsverluste dieser Umorientierung gehen aber weiter auf Kosten der kleinen Industriellen in der Fertigindustrie, während die Kartelle den Absatz der Großindustrien zu stabilen und ausreichenden Preisen sichern³⁵.

C Strukturwandel der Demokratie

Gleichzeitig wurde die Fertigindustrie viel stärker als die Großindustrie von den Gewerkschaften bedrängt, die höhere Löhne für die Arbeiterschaft forderten. Denn die Gefahr, die von der Drohung eines Streiks ausgeht, ist umso größer, je kleiner der Betrieb ist, je weniger Reserven er hat, um einen Streik durchzustehen, und ein je größerer Anteil der Produktion durch einen Streik lahmgelegt wird³⁶.

Deshalb traten die Fertigindustrien - und mit ihnen der Bund der Industriellen - bereits seit Anfang des Jahrhunderts für die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften ein, um sie für entstehende Schäden haftbar machen zu können, und versuchten den Arbeitern so weit wie möglich entgegenzukommen, ihre "berechtigten Forderungen" anzuerkennen und ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, um sie zu entradikalisieren und Streiks zu umgehen³⁷.

Dagegen polemisierte die Großindustrie; die Deutsche Industrie-Zeitung stellt fest, daß jedes Zugeständnis die staatsfeindlichen Tendenzen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stärke, und man deshalb einen festen Wall von Autorität und Ordnung gegen die "rote Flut" errichten müsse³⁸. Besonders deutlich wird der Gegensatz dieser Frage an einer Polemik Steinmann-Buchers, des Herausgebers der DIZ, aus dem Jahre 1908. Das Zitat von Stresemann: "Die Industrie wird liberal sein, oder sie wird nicht sein", das Steinmann-Bucher zum Titel seines Aufsatzes wählt, kritisiert er: "... Jedes Zugeständnis, das unser Parlamentarismus in der Richtung der Demokratie macht, bedeutet eine Gefährdung unserer handelspolitischen Stellung ...", denn "... im letzten Grunde ist die Demokratie der eigentliche Feind, ob er nun im Gewande der Sozialdemokratie oder des Liberalismus auftritt."³⁹ Die inneren Streitfragen der Industrie seien nur Kinderkrankheiten der Industrialisierung, deren Lösung man ohne den Staat

finden müsse, da sie keine politischen Fragen seien. Stresemann beuge sich aber auf den Standpunkt Friedrich Naumanns, "dem es in letzter Linie um die Demokratisierung der Industrie zu tun ist und (der) die Qualitätsindustrie durch die Demokratie gegenüber der Rohstoffindustrie stärken will"⁴⁰.

Auch die Fertigindustrie und auch Stresemann als der führende Kopf des Bundes der Industriellen versuchen die Demokratie so weit wie möglich einzuschränken und sind keineswegs Demokraten im heutigen Sinne. Jedoch erkennen sie gleichzeitig gewisse parlamentarische Formen als Realitäten an und sehen die Notwendigkeiten, die sich aus dem Parlamentarismus ergeben. Sie wissen, daß sie die Demokratie nicht mehr zurückdrängen können und versuchen, aus der Entwicklung, die sie nicht aufhalten können, wenigstens für sich das Beste zu machen. Insofern hat Steinmann- Bucher sicher Recht, wenn er Stresemann eine de-facto-Unterstützung der Demokratie vorwirft. Er übersieht freilich, daß Stresemann und seine Anhänger im Bund die Demokratie, dort wo sie sich ihr beugen und sie unterstützen, in ihrem Sinne beeinflussen und verändern. Die Umorientierung auf dem Markt ist zugleich eine Umfunktionalisierung der Demokratie. Wie man in der Wirtschaft nicht mehr ohne den Arbeiter auskommt, weil man auf ihn als Konsumenten angewiesen ist und ihn also kauffähig machen muß, und weil man auf seine Mitarbeit angewiesen ist, die man durch Zugeständnisse besser als durch Gewaltmaßnahmen zu erreichen hofft, ebenso kann man auch in der Politik den Willen der Arbeiter nicht mehr ignorieren oder unterdrücken. Der Liberalismus (auf wirtschaftlichem Gebiet), den Steinmann- Bucher an Stresemann und Naumann kritisierte, bedeutet letztlich nichts anderes als den Versuch, den Arbeiter in die Konsumgesellschaft einzuordnen. Wenn man den Arbeiter statt durch äußeren Zwang auf sein Interesse an höherem Konsum und sein Besitzinte-

resse hin ansprechen kann, fördert man damit sein Interesse am Verdienst. Umgekehrt gibt man dem Arbeiter durch die Chance zu höherem Verdienst und individuellem Gewinn an Besitz und Prestige ein Mitarbeiter-Bewußtsein und entfremdet ihn damit der Solidarität der Arbeiter und ihrem Ziel, gemeinsame gesellschaftliche Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig gewinnt man mit dem so entstandenen höheren Einkommen neue kauffähige Kunden, einen neu zu erschließenden Markt. Die neue Taktik gegenüber der Arbeiterschaft ist also nicht nur eine kluge Erfindung einzelner schlauer Unternehmer gewesen, sondern sie wurde durch die wirtschaftliche Entwicklung gefordert und erzwungen.

Mit der gleichen Zwangsläufigkeit vollzog sich auch im politisch- gesellschaftlichen Bereich die Umorientierung. Den Unternehmern begann bewußt zu werden, daß die Öffentlichkeit eine Macht war, die sie nicht länger ignorieren konnten. Seit die Demokratisierung auch in Deutschland in einem langsamen, aber stetigen Prozeß - wenn auch nur schrittweise - durchgesetzt wurde, seit die Reichsverfassung für den Reichstag das allgemeine und gleiche Wahlrecht vorschrieb, seit die Arbeiterschaft sich in Gewerkschaften organisiert hatte und über die sozialdemokratische Partei Einfluß in der Öffentlichkeit und im Parlament erreichte, spürten die Unternehmer den Druck der öffentlichen Meinung als einen Wind, der ihnen ins Gesicht blies.⁴¹

Der Parlamentarismus hatte den ersten Schritt zur Demokratisierung getan. Ein Zurück erkannten die einsichtigeren Unternehmer als unmöglich. Eine Revision des Wahlrechts wurde vom Bund der Industriellen abgelehnt, da man den Ausbruch eines Generalstreiks oder einer Revolution befürchtete⁴². Also blieb als einziger Ausweg der Versuch, die Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaft einzuordnen,

die revisionistischen Kräfte in ihr zu bestärken und sie so stark an der bestehenden Ordnung zu interessieren, daß sie von sich aus den Gedanken eines gewaltsamen Umsturzes aufgab und sich in die neu entstandene Konsumgesellschaft einfügte.

Daher versuchten die Unternehmer sich in ihrer Argumentation möglichst an die in der Öffentlichkeit akzeptierten Vorstellungen anzupassen oder doch die eigenen Vorstellungen und Argumente möglichst publikumswirksam vorzutragen. So läßt sich bei Stresemann beispielsweise deutlich verfolgen, daß er in der Zeit um 1913 - 14 schrittweise auf die Linie des chauvinistisch- rassistischen Imperialismus der Propaganda der Alldeutschen und Teilen der Großindustrie einschwenkte, um sich "anzuhängen" an die entsprechenden Tendenzen in der Öffentlichkeit, um die "Volksstimmung" für seine Interessen ausnutzen zu können⁴³.

Jürgen Habermas zeigt in seinem Buch "Strukturwandel der Öffentlichkeit"⁴⁴, daß der Begriff der Demokratie in seiner Entstehung unlösbar verbunden ist mit dem Aufstieg des Bürgertums, das seit dem Ende des Mittelalters danach drängte, die bisher herrschenden feudalen Schichten abzulösen. Das Bürgertum war zum Kampf um seine Emanzipation gezwungen, weil es innerhalb der bestehenden Gesellschaftsform die neuen technischen Möglichkeiten nicht rationell wirtschaftlich ausnutzen konnte. Gegen die Schranken des Zunftwesens, fürstliche Monopole usw. setzte das Bürgertum die Ideale von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Man glaubte, daß dem Allgemeinwohl am besten gedient sei, wenn keine staatliche Gewalt in die Beziehungen zwischen den Bürgern eingreife. Der Volkswille allein könne der Souverän sein, der das Minimum an Spielregeln festsetzt, das für den zwischenmenschlichen, insbesondere den wirtschaftlichen Verkehr nötig ist. Eine Diskussion in der Öffentlichkeit, an der jeder Bürger teilzunehmen berechtigt sein

sollte, sollte sichern, daß die dem Allgemeinwohl förderlichen Maßnahmen von den beauftragten staatlichen Stellen durchgeführt würden. Diese demokratische Öffentlichkeit sollte im Gegeneinander verschiedener Meinungen, durch Kritik und Diskussion, der vernünftigen und für die Allgemeinheit besten Lösung anstehender Fragen zum Sieg verhelfen⁴⁵.

Solange das Bürgertum um die Teilhabe an der Herrschaft kämpfte, hatte es von der Vernunft, von rationaler Diskussion und daran anschließender demokratischer Abstimmung nur Positives zu erwarten. Es war sich der Überlegenheit seiner eigenen Ordnungsvorstellungen bewußt und wußte die große Mehrheit in der Öffentlichkeit hinter sich. Dies änderte sich jedoch, als das Bürgertum nach der Französischen Revolution und den Ereignissen des Jahres 1848 in zunehmendem Maße emanzipiert und an der Machtausübung beteiligt war. Seine Rechte waren nun verfassungsmäßig gesichert und seine ökonomische Machtstellung fand die Unterstützung des Staates. Mit der industriellen Entwicklung wuchs die abhängige Schicht der Lohnarbeiter, die nun ihrerseits nach Emanzipation und materieller wie geistiger und politischer Unabhängigkeit strebte⁴⁶. Sobald die Arbeiterschaft ein eigenes politisches und gesellschaftliches Konzept entwickelte und verlangte, an der Machtausübung beteiligt zu werden, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen, begann die Demokratie die Machtpositionen des Besitzbürgertums zu gefährden. Die Funktion der öffentlichen Meinung, unter Teilnahme aller den Willen der Mehrheit durch Diskussion zu ermitteln, wurde nun bedrohlich für die inzwischen erreichte Machtstellung des Bürgertums⁴⁷.

In Kapitel II wurde bereits gezeigt, daß die Entstehung grundsätzlich verschiedener gesellschaftlicher Konzeptionen die demokratische Meinungsbildung

und Entscheidungsfindung durch die Diskussion funktionsunfähig macht⁴⁸. Wenn statt vieler rational abwägender Einzelner sich eine bestimmte Anzahl von festen Gruppen gegenüberstehen, deren Entscheidungen aufgrund wirtschaftlicher Interessen und gesellschaftlicher Zielsetzungen von vornherein feststehen und nicht durch Vernunftgründe der Gegenseite in der Diskussion verändert werden können, wird die Diskussion der Freien und Gleichen gegenstandslos. An ihre Stelle tritt die Werbung der einzelnen Interessengruppierungen und der Gesellschaftskonzeptionen um die Anerkennung oder auch bloß um die Stimmen der Massen⁴⁹. Während die Theorie der freien Meinungskonkurrenz erhalten bleibt, werden Meinungsgruppierungen gebildet, deren Anhänger ihren Parteien - wenigstens in gesellschaftlich einigermaßen stabilen Zeiten - die Treue halten, ungeachtet des konkreten politischen Geschehens. Aus der Freiheit für jeden Menschen zur Teilnahme an der öffentlichen Konkurrenz der Meinungen und Interessen wird so eine Konkurrenz der Interessen und Meinungen um die Menschen. Dabei kommt es nicht mehr darauf an, ob jemand überzeugt oder überredet wird, ob man seine Interessen oder seine Eitelkeit anspricht, ob man seine Gedanken oder seine unbewußten Instinkte mobilisiert, ob er als freier, denkender Mensch oder als gläubiger Nachbeter vorfabrizierter Meinungen gewonnen wird⁵⁰.

Gleichzeitig versucht das Bürgertum, um nicht der eigenen Theorie zum Opfer zu fallen, in das System der Demokratie Sicherungen gegen die Ansprüche der Unterschichten einzubauen. Reste der feudalen Ordnung werden nun mit gewandelter Zielrichtung verwendet - so etwa die Zensur, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen usw. So wird z.B. noch in den Jahren 1905 und 1906 in zwei deutschen Stadtstaaten (Lübeck und Hamburg), die eine besonders aktive Arbeiterbewegung hatten, das Wahlrecht zu ungunsten

der untersten Klasse der Wähler verändert, um den Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten zu verringern⁵¹. Man versucht gleichzeitig die Bildung eines einheitlichen, zielbewußten Willens in der Arbeiterschaft zu verhindern. Durch die Verketzerung bestimmter sozialer Zielsetzungen als "Volksverhetzung", "Vaterlandsverrat" und "asoziale Gesinnung" versucht man die Arbeiter von den revolutionären Theorien und von der aufstrebenden Sozialdemokratie fernzuhalten⁵².

Jedoch erweisen sich alle mehr oder weniger gewaltsamen Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung als Fehlschläge. Vor allem diejenigen Industriezweige, die von der guten Mitarbeit ihrer Belegschaft wie von der Kaufkraft der Arbeiter als Produzenten von Verbrauchsgütern am stärksten abhängig sind, beginnen rasch den umgekehrten Versuch, die Arbeiterbewegung durch Anerkennung und Haftbarmachung für Schäden, aber auch durch Zugeständnisse und Betonung ihrer Hilfsbereitschaft und Kompromißbereitschaft an die bestehende Ordnung zu binden und in sie einzufügen⁵³. So entdecken die Unternehmer die Öffentlichkeit als wichtiges Feld ihrer politischen Betätigung und beginnen mit systematischer Propaganda nach dem Vorbild des Kolonial- und des Flottenvereins und des Bundes der Landwirte. Man sagt nicht mehr "Wir sind Herr im Haus!", sondern spricht von der "Betriebsgemeinschaft" und der Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter und ihren gemeinsamen Interessen⁵⁴. Statt die Forderungen der Gewerkschaften zu widerlegen oder zurückzuweisen, sammelt man mit einer geschickten Propaganda Arbeiter um die eigenen, vorgeblich mit denen der Arbeiter identischen Interessen und versucht, die freien Gewerkschaften durch "Vaterlandstreue Arbeitervereine" oder Werksgemeinschaften zu ersetzen⁵⁵. Schließlich kommt die bis heute wiederholte Feststellung auf, die Unternehmer tuen schon so viel für die Arbeiter, daß es jetzt nicht mehr

darauf ankomme, die sozialen Leistungen zu erhöhen, vielmehr den Arbeitern in plausibler Weise zu veranschaulichen, was man alles für sie tue⁵⁶.

Man muß nicht mehr einen neuen Gedanken fürchten, solange man in der Lage ist, die Massen davon fernzuhalten. Bismarck charakterisierte sein Verständnis des bekannten Zitates von Marx⁵⁷ einmal mit der Feststellung, Gefahr drohe erst, wenn die Volksstimmung der Massen den Evangelien der Redner und Schriftsteller die materiellen Kräfte zur Verfügung stelle und den Befehlen von oben nicht mehr folge⁵⁸.

Die öffentliche Meinung wird jetzt allmählich ausgebaut zum Machtinstrument des Bürgertums, das die Interessen der Vertreter von Besitz und Bildung ausdrückt und dafür sorgt, daß deren Meinung die herrschende bleibt. "Die nach Verallgemeinerung strebende bürgerliche Denkungsart" nennt der Soziologe Tönnies die öffentliche Meinung⁵⁹. In ihren Definitionen der öffentlichen Meinung betonen neben Tönnies eine Reihe von Theoretikern ausdrücklich diese Funktion, den Äußerungen der Besitz- und Bildungsschichten die Anerkennung als herrschende öffentliche Meinung vorzubehalten⁶⁰. Die "Öffentliche Meinung" wird umgebildet und uminterpretiert als die Diskussion derer, die durch ihre bildungsmäßige und fachliche Qualifikation legitimiert sind zur Teilnahme, und die, was sie sagen, auch persönlich verantworten⁶¹. Die öffentliche Meinungsbildung wird von der öffentlichen auf die repräsentative Diskussion verengt⁶², die breite Öffentlichkeit aber bewußt ausgeschlossen und der Beeinflussung durch die Propaganda überlassen⁶³. Der Begriff der Öffentlichkeit wird formalisiert und in seiner Funktion gewandelt. Helmuth Flessner führt aus, daß die neue Konzeption der Öffentlichkeit darauf zielt, daß der einzelne sich einordnet, daß er die Arbeit als Maßstab für die soziale Orientierung anerkennt und mit der inneren

Bereitschaft für die industrielle Arbeitswelt ein neues Verhältnis zur Öffentlichkeit gewinnt⁶⁴.

Die letzte Konsequenz dieser Entwicklung, die seit dem Ende des 19. Jahrhunderts stetig fortgeschritten ist, ist das Demokratiemodell von Schumpeter/Downs, das dem Volk lediglich eine Alternativentscheidung zwischen zwei oder drei führenden Leuten läßt, die von den interessierten Parteien nominiert und deren Programme wie Markenartikel "verkauft" werden. Die Demokratie erscheint hier als freier Wettbewerb um die Stimmen der Wähler, analog dem wirtschaftlichen Kampf um die Käufer⁶⁵. Damit hat sich in der Demokratie genau die gleiche Entwicklung vollzogen wie auf dem Markt, der von der Befriedigung der vorhandenen Bedürfnisse auf die Schaffung des Absatzes für die vorhandene Produktion umgestellt wurde.

Durch die wirtschaftliche Werbung, die erst Anfang des 20. Jahrhunderts beginnt einen entscheidenden Platz in der Wirtschaft einzunehmen⁶⁶, wie durch die politische Propaganda, die sich mehr und mehr an der ersten orientiert und ihre Methoden übernimmt, versucht die gesellschaftlich führende Schicht die Menschen zu beeinflussen und erzeugt so allmählich, in Anpassung an die neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, eine Konsumentenhaltung in der Bevölkerung⁶⁷. Der Bürger entscheidet sich nicht mehr vom Bedürfnis her, sondern vom Angebot und dem Wunsch nach Besitz und Konsum der angebotenen Waren für einen Kauf; und das Gros der Bevölkerung denkt nicht mehr über politische Entscheidungen und soziale Interessen nach, sondern überläßt dies den "Fachleuten" und wählt nach dem Gesichtspunkt des verlockendsten Angebots unter den vorhandenen Parteien eine aus, der man pflichtgemäß seine Stimme gibt⁶⁸.

D Bestandsaufnahme

In diese Entwicklung gehört die Entstehung des Gesellschaftsbildes mittelständischer Unternehmer; in ihr nimmt das Umdenken dieser industriellen Gruppe einen wichtigen Platz ein.

Die Unternehmer der Fertigindustrie beginnen zu Anfang dieses Jahrhunderts zu erkennen, daß ihre wirtschaftliche und damit ihre soziale Stellung gefährdet ist. Es wird ihnen bewußt, daß sie nicht mehr zu dem Personenkreis gehören, der die grundlegenden Dispositionen in der Wirtschaft treffen kann, und daß es einer gesellschaftlichen Gruppe, auf die sie keinen Einfluß mehr ausüben können, gelungen ist, die wichtigen wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Entscheidungen der Regierung maßgeblich zu bestimmen - auch dann, wenn diese Entscheidungen sich gegen die Interessen der Unternehmer der Fertigindustrie richten, die noch bis vor einiger Zeit selbst mit zu dieser bestimmenden Gruppe gehörten⁶⁹.

Gleichzeitig begreifen sie, daß die Arbeiter mit den alten Methoden der Unterdrückung ihres Eigeninteresses nicht mehr zu beherrschen sind, und daß es vorteilhafter sein kann, sie durch soziale, materielle und politische Zugeständnisse als Mitarbeiter wie als Konsumenten und Kunden zu gewinnen. Damit eng verbunden ist die für die selbständigen Unternehmer bedrohliche Feststellung, daß - vor allem wohl durch die Lehren des Sozialismus und die Aufklärungs- und Propagandatätigkeit der Gewerkschaften - das Ansehen der Unternehmer in der Öffentlichkeit immer stärker in ein Zwielicht gerät, das auch ihr soziales Ansehen stark gefährdet. Dazu kommt, daß deutlich sichtbar die Meinung der breiten Volksschichten an Einfluß gewinnt, daß diese Schichten aber immer stärker vom sozialistischen Denken erfaßt werden. Der Stimmenanteil der Sozialdemokraten stieg seit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 stetig an. 1893 gewann die SPD 23,3 % der Stimmen,

1898 waren es 27,2 %, im Jahre 1903 bereits 31,7 %. Einen Rückgang auf 28,9 % (bei annähernd gleichbleibender absoluter Zahl der Stimmen) brachten die Wahlen von 1907, die "Hottentotten- Wahlen", denen ein Wahlkampf im Zeichen einer nationalistischen Welle infolge des Aufstandes der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika vorausgegangen war, da die Sozialdemokraten die inhumanen Aktionen der deutschen Schutztruppen unter Admiral v. Trotha im Reichstag scharf angegriffen hatten⁷⁰. Jedoch gewann die Partei 1912 sogar 34,8 % der Stimmen und wurde mit 110 (von 400) Abgeordneten die stärkste Fraktion im Reichstag⁷¹. Der Wahlerfolg der SPD im Februar 1890, also noch unter dem Sozialistengesetz, bei dem die Partei einen Anstieg (von 763000 Stimmen = 10,1 % im Jahre 1887) auf 1 427 000 Stimmen verzeichnen konnte, hatte Bismarck zu der Einsicht gebracht, daß seine Pläne eines Staatsstreichs von oben, der den Reichstag ausschalten und das Reich ausschließlich auf einen Bund der Fürsten bauen sollte, nicht mehr durchführbar waren.⁷² Um so aussichtsloser und gefährlicher mußte es jetzt - nach dem weiteren Ansteigen der Sozialdemokratie - erscheinen, durch Gewaltmaßnahmen wie ein neues Sondergesetz oder eine Änderung des Reichstagswahlrechts die Demokratie wieder zurückzudrängen. Spekulationen oder Vorschlägen dieser Art trat der Bund der Industriellen immer wieder energisch entgegen: ein Sondergesetz würde nur Aufregung und Aufruhr erzeugen und der Sozialdemokratie neuen Agitationsstoff liefern, und eine Veränderung des Wahlrechts könnte, wie die Unternehmer fürchteten, den Generalstreik und eine Revolution auslösen⁷³. Wenn aber die Demokratie nicht mehr zurückzudrängen war, wenn der Einfluß der breiten Massen weiter wuchs, so mußte es den Unternehmern umso gefährlicher erscheinen, wenn ihr Ansehen in der Öffentlichkeit schwand. Sobald die Demokratisierung als unaufhaltbar erkannt war, mußte die öffentliche Meinung als ein höchst bedeutsamer und, sofern sie sich gegen die eigenen Ziele und Interessen wandte, äußerst

gefährlicher Faktor in der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Erscheinung treten ⁷⁴. Deshalb mußten die mittelständischen Unternehmer alles daran setzen, in der öffentlichen Meinung einen Rückhalt zu gewinnen und ein positives Bild von sich zu erzeugen. " Wir leben im Zeitalter der Massenwirkung, weshalb es auch die Industrie versuchen muß, Massen um sich zu versammeln, um dadurch auch im Zeitalter des Reichstagswahlrechts ein Machtfaktor der politischen Meinung zu werden", sagte Stresemann im Jahre 1913 ⁷⁵. Diese Überlegung war sicherlich weniger bedeutsam für die Großindustriellen, die im Bewußtsein ihres Einflusses auf Regierung und Reichspolitik, gestützt auf das Bündnis von Schwerindustrie und Großagrariertum, noch glaubten, die Demokratie erfolgreich bekämpfen und die " rote Flut" der Sozialdemokratie eindämmen zu können, und die hofften, selbst das Heft in der Hand zu behalten und Autorität, Ordnung und Ruhe erhalten und schützen zu können ⁷⁶. Die Fertigungsindustriellen dagegen, die sich von der Teilhabe an den grundlegenden wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen ausgeschlossen und aus der ökonomisch und sozial führenden Gruppe verdrängt sahen, während das Proletariat als soziale Macht erstarkte, mußten fürchten, daß sich die marxistische Prognose bewahrheiten werde, derzufolge die Gesellschaft sich immer deutlicher in zwei mächtige Klassen, in die kleiner werdende der Kapitalisten und in das Proletariat, aufteilen werde, und daß der selbständige Mittelstand zwischen diesen beiden Blöcken zerrieben und bis auf wenige einzelne ins Proletariat absinken werde. Gegen diese Gefahr mußten sie sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen, um ihre unabhängige Stellung zu erhalten und ihre soziale Position zu bewahren ⁷⁷.

E Subjektiver Lösungsversuch und Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit

Bei aller hinterher feststellbaren Konsequenz der Entwicklung im ganzen mußte diese Situation sich für den einzelnen Unternehmer doch lediglich als ein Gefühl der mehr oder weniger konkreten Bedrohung durch verschiedenste fremde gesellschaftliche Mächte darstellen. Nicht immer ließ sich eine konkrete soziale Gruppe als Schuldiger an den Mißständen finden, wie es bei den hohen Rohstoffpreisen und den hohen Zöllen möglich war. Die Umorientierung auf den Märkten von der Nachfrage auf den Konsum (oder vom Bedarf auf die Bedarfsweckung) mußte für den einzelnen als eine undurchschaubare Kräfteverschiebung und rücksichtslose Ausnutzung wirtschaftlicher Vorteile erscheinen, als deren unschuldiges Opfer er sich fühlte. Umso ungerechter mußte es ihm erscheinen, wenn er als Unternehmer in der Öffentlichkeit mehr und mehr als der "Ausbeuter" und Nutznießer des Arbeitsverhältnisses dargestellt wurde, während ihm praktisch selbst das Wasser bis zum Hals stand. Vollends mußte es seine Verbitterung hervorrufen, daß gerade die Rohstoffkartelle, deren Zoll- und Preispolitik seine selbständige Existenz gefährdeten, ihm vorwarfen, daß seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen die Einheit der Industrie zerstörten⁷⁸, und daß die gleiche Gruppe der Industriellen, denen er sich selbst gerne weiterhin zugerechnet hätte, in einem Atemzug die Selbständigkeit seines Betriebes und seiner Existenz ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen opferten und ihn zur Solidarität und Loyalität gegenüber ihren Zielen ermahnten. So mußte das subjektive Gefühl der Verlassenheit und der Bedrängnis, die Furcht, zwischen den beiden gesellschaftlichen und politischen Gegenspielern, den grossen Kapitalisten und Konzernen und der Arbeiterbewegung, zerrieben zu werden, die Lage für den kleinen Unternehmer eher noch verzweifelter erscheinen

lassen als sie in Wirklichkeit schon war, wenn es nicht gelang, sich gegen den gesellschaftlichen und ökonomischen Druck gemeinsam mit anderen sozialen Gruppen wirksam Schutz zu suchen und zugleich dem psychologischen Druck durch subjektive Kräfte einen Gegendruck entgegenzusetzen.

Um sich gegen die anonyme Bedrohung verteidigen zu können, und zugleich ein Selbstverständnis zu gewinnen, das dem einzelnen Widerstandskraft gegen den sozialen Druck verlieh, mußten sich die kleineren Unternehmer der Fertig- und Exportindustrien vor allem einmal als Gruppe gegenüber anderen sozialen Schichten abgrenzen. Um sich zu schützen, mußte man vor allem wissen, wen und was man verteidigen wollte.

Die Eigenschaft, mit der sich die betroffene Gruppe am besten gegen oben wie gegen unten abgrenzen konnte, zugleich das soziale Gut, das am meisten gefährdet erschien und das man vor allem sich zu erhalten bestrebt war, war die wirtschaftliche Selbständigkeit. Die Selbständigkeit unterschied den Unternehmer vom Arbeiter, aber auch von den als anonym empfundenen Kartellen und den Kapitalkonzentrationen der großen, meist als Aktiengesellschaften organisierten Rohstoffindustrien und Konzernen mit angestellten Managern als Unternehmensleitern. Gleichzeitig war es der Druck zur Konzentration der Betriebe, die Gefahr, von einem Großbetrieb oder Konzern abhängig zu werden oder gar von ihm geschluckt zu werden, demgegenüber sie nach einem rettenden Strohalm suchten. Dazu kommt, daß die kleineren Unternehmer im Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit in den Handwerkern und im Handel wertvolle Bundesgenossen finden konnten⁷⁹.

So setzt die Bildung eines neuen Bewußtseins nicht zufällig bei der Wertschätzung der Selbständigkeit an. Die Unternehmer leiten schließlich ihre gesamte soziale Existenz und Selbstrechtfertigung und ihr

persönliches Selbstbewußtsein aus der Selbständigkeit ab. Mit diesem neuen Selbstverständnis wenden sie sich an die Öffentlichkeit und an den Staat mit der Bitte und der Forderung um Hilfe und Schutz, ja letztlich mit der Drohung, daß Staat und Gesellschaft ihre eigenen Grundlagen zerstörten, wenn sie den bedrängten Selbständigen nicht helfen. Eine möglichst große Zahl von selbständigen wirtschaftlichen Existenzen, heißt es, müsse erhalten werden, nicht nur, weil ihre Vernichtung eine soziale Härte und eine wirtschaftliche Enteignung bedeute, sondern auch, weil die Gesellschaft ihrer bedürfe. Die am Markt orientierte Wirtschaft kann nicht funktionieren, so wird argumentiert, wenn nicht eine Vielzahl von selbständigen Existenzen, die Risiko und Entscheidungsfähigkeit für den ihnen anvertrauten Betrieb vereinen, in ihr zusammenwirken. Nur die Einheit von Risiko und Unternehmerinitiative könne verantwortliche Entscheidungen des einzelnen Unternehmers garantieren; nur die freie Konkurrenz einer großen Zahl von nicht an Absprachen gebundenen Anbietern, die über keine monopolisierten Marktanteile verfügen, könne die Selbststeuerung der Wirtschaft sichern, in der jeder für das Allgemeinwohl arbeitet, indem er seinen eigenen Vorteil sucht⁸⁰.

Neben dieser wirtschaftlichen Steuerungsfunktion wird ein weiteres Moment der Selbständigkeit betont, das für die Gesellschaft lebensnotwendig sei. Die selbständigen Mittelschichten werden als sozialer Stabilisierungsfaktor angesehen, der eine Gesellschaft gegen die Radikalität von links wie von rechts immunisiere und als Pufferschicht zwischen den sozialen Gegenspielern die Reibungen dämpfe⁸¹.

Die Hervorhebung der Selbständigkeit hat aber neben der Zielrichtung auf die Öffentlichkeit mit dem Zweck, gesellschaftlichen Schutz für die gefährdeten kleinen Unternehmer zu erbitten, immer auch gleichzeitig die andere Funktion, dem einzelnen Unternehmer

subjektiv die vorhandenen Schwierigkeiten erträglich zu machen und seinen Willen, die Position zu erhalten, zu stärken. Die Bedeutung der Selbständigkeit für diese Selbstrechtfertigung darf man nicht unterschätzen. Aus der Rechtfertigung der eigenen Position sich selbst gegenüber entsteht ein neues Selbstbewußtsein, das weitere Argumente auch für die Rechtfertigung gegenüber der Öffentlichkeit bietet.

Für den einzelnen Unternehmer wird die Selbständigkeit, auch wenn sie unter Umständen ökonomisch nachteilig zu werden droht, gerechtfertigt nicht nur mit der größeren sozialen Sicherheit und der Unabhängigkeit der wirtschaftlichen Entscheidungen und der gesellschaftlichen Stellung. Aus der Selbständigkeit leiten die kleinen Unternehmer nach und nach ein eigenes Ethos ab, das sie im Beruf des freien Unternehmers verkörpert sehen. In diesem Beruf und der sozialen Freiheit, die er zu bieten scheint, sehen sie eine hohe Schule des verantwortungsvollen Handelns, da das persönliche Risiko einerseits, der Anreiz des erhöhten Gewinns andererseits den Zwang zu Umsicht und Verantwortung enthalte. In der Spannung dieser Verantwortung, deren richtige Entscheidungen mit der Vermehrung des Besitzes und der Verbesserung der Position belohnt werden, für deren Fehler der Unternehmer aber mit seinem gesamten Besitz und seiner wirtschaftlichen Existenz hafte, sehen sie einen Entfaltungsraum für die persönliche Initiative des phantasiebegabten Menschen, der die nötigen Eigenschaften für diese Aufgabe besitzt. So erscheint der Unternehmerberuf als ein Schutzraum zur Entfaltung innerer Werte, als eine ideale Charakterschulung. Wollte man alle die positiven Eigenschaften zusammenstellen, die die Unternehmer speziell für ihren Beruf reklamieren, weil er wie kein anderer gerade diese Tugenden erfordere, entwickle und fördere, so würde sich eine lange Liste ergeben, in der keine der allgemein geschätzten positiven Eigenschaften der damaligen Zeit fehlen dürfte.

Zusammengefaßt wurden alle diese Eigenschaften schließlich in dem Begriff der Persönlichkeit, der zweifach mit dem Unternehmertum verbunden erschien: einerseits weil dieser Beruf wie kein anderer Persönlichkeiten verlange und daher eine Auslese der größten Persönlichkeiten bewirke, andererseits weil dieser Beruf die idealen Entfaltungsmöglichkeiten und den freien Spielraum für eigene Initiative biete, den die Persönlichkeit zur optimalen Entfaltung benötige⁸².

In dieser Apologie der Unternehmerpersönlichkeit und Unternehmerinitiative ist wiederum die Ambivalenz der Rechtfertigung gegenüber sich selbst und gegenüber der Öffentlichkeit enthalten. Die Summe der positiven Eigenschaften, die man im eigenen Beruf und seinen sozialen Zwängen sieht, erkennt man auch sich selbst zu, da man ja in diesem Beruf großgeworden und bisher noch nicht gescheitert ist, also bewiesen hat, daß man den hohen Anforderungen genügt, die an den Unternehmer gestellt sind. Schließlich sind, wie man betont, diese Fähigkeiten nicht erlernbar, sondern angeboren und schon seit Generationen in der Familie weitervererbt. Umso mehr kann man sich aber zu Unrecht bedrängt fühlen von der neuen wirtschaftlichen Entwicklung.

Die These von der besonderen Begabung und Persönlichkeit des Unternehmers kann somit einerseits dazu führen, daß der "Stand" der selbständigen Unternehmer der Öffentlichkeit vorgestellt wird als ein einzigartiger Nährboden für Begabungsreserven, den die Gesellschaft um ihrer eigenen Zukunft willen nicht aufs Spiel setzen dürfe. Diese Argumentation führt dann andererseits umso mehr den einzelnen Unternehmer zu dem bitteren, aber zugleich stolzen Gefühl, daß er in der Öffentlichkeit verkannt und von der Gesellschaft zugunsten der großen Konzerne geopfert werde. So entsteht - freilich nicht nur bei den

Unternehmern, sondern im gesamten Kleinbürgertum, das sich in der wirtschaftlichen Entwicklung von der Gefahr des sozialen Abstiegs bedroht sieht - aus dem Selbstmitleid eine Art trotziger innerer Emigration, die davon überzeugt ist, sozial verkannt zu sein, aber dennoch die besseren sozialen Eigenschaften zu verkörpern als die Masse des Volkes und ein erfüllteres Leben zu führen als diese. Man weiß, daß aus der eigenen Schicht viele, ja die meisten bedeutenden Männer des Geisteslebens hervorgegangen sind, und rechnet sich diese Tatsache als eigenes Verdienst an; man ist überzeugt, aufgrund der eigenen inneren Werte, auch wenn sie zeitweilig nicht durch äußere und materielle Anerkennung belohnt werden, die wertvollere nationale Substanz darzustellen als die "breite Masse", die nur an den Genuß materieller Güter denke⁸³.

Und wiederum gewinnt aus diesem Gefühl des Verkanntseins die Rechtfertigung vor der Gesellschaft ein neues Argument. Denn im Unternehmerberuf und seiner sozialen Realität sieht man nun nicht nur den Zwang zur Verantwortung und zu Initiativen im Interesse des einzelnen wie der Allgemeinheit, sondern dieser Beruf erscheint nun zugleich als ein gesellschaftlicher Mechanismus zur Auslese der Besten, der unbeeinflußt von subjektiven Bewertungskriterien und Prüfungsinstanzen, allein aufgrund der Bewährung an den objektiven Realitäten des Wirtschaftslebens, eine Leistungselite aus der gesamten Bevölkerung herausfiltert.

Diese Vorstellung führt nun wiederum subjektiv zu dem Bewußtsein, zwar den Ausleseprozeß erfolgreich bestanden zu haben, aber dennoch verkannt zu sein. Darauf wie auf das Bewußtsein von der eigenen nationalen Substanz baut sich schließlich der Gedanke auf, der wirtschaftliche Ausleseprozeß fördere auch die nationalen und politischen Führungsqualitäten zutage,

und die Gesellschaft mißachte zu ihrem eigenen Schaden das Potential an Führernaturen, das ihr in Gestalt der selbständigen Unternehmer angeboten werde⁸⁴.

Bis in dieses Extrem steigerte sich gewiß dieses Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer vor 1914 noch nicht, jedenfalls nicht bei einer größeren Anzahl von Unternehmern. Elitedenken und gesellschaftlicher Führungsanspruch sind vor 1914 noch weder in der "Deutschen Industrie" noch in der "Deutschen Industrie- Zeitung" des Zentralverbandes direkt ausgesprochen oder propagiert worden. Aber diese Tendenz liegt in der Entwicklung und schließt sich logisch an das neue Selbstverständnis der selbständigen Unternehmer an. Sie wurde freilich erst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg akut, als zu der Gefahr, infolge der Umstrukturierung der Wirtschaft und der Märkte verdrängt oder abhängig zu werden, auch die Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, jedenfalls zeitweilig, erheblich zugenommen hatte. Die Drohung eines gesellschaftlichen Umsturzes, die von der Sozialdemokratie ausging, war mit der russischen Revolution und den Ereignissen in Berlin im Jahre 1918 von einer Utopie einer Gruppe staats- und gesellschaftsfeindlicher Agitatoren zu einer realen, anschaulichen Gefahr geworden, die man in Rußland vorexerziert sah. Diese neue Gefahr, die nicht nur die Unabhängigkeit und den Besitz einzelner Unternehmer, sondern ihre Existenz als soziale Gruppe insgesamt gefährdete⁸⁵, steigerte deshalb auch die Verbitterung der Unternehmer und ihren Versuch, sich selbst als bessere Staatsbürger und mißverstandene Führernaturen zu interpretieren⁸⁶. Gemeinsam mit anderen Gruppen des alten Bürgertums, die in den Umschichtungen des Anfangs des 20. Jahrhunderts ebenfalls Besitz und soziale Position gefährdet sahen oder verloren hatten, steigert sich ein großer Teil von ihnen in eine nationalistisch gefärbte neue bürgerliche Innerlichkeit hinein. In der erneuten Bedrohung der Inflation,

die in noch schnellerem und größerem Umfang als alle vorherigen Umschichtungen und Spannungen den Besitz des Bürgertums zusammenschmelzen ließ, trieb viele von ihnen die Verzweiflung und der ohnmächtige Wunsch, der Gesellschaft, die sie so verkannte und so ungerecht behandelte, endlich einmal zu zeigen, wer sie wirklich waren, in die Arme des Nationalsozialismus. Viele erhofften sich von Hitler die Hilfe und den Schutz, die die bürgerliche Republik ihnen nicht bieten konnte oder wollte⁸⁷.

Es ist bezeichnend, daß auch die Großindustriellen nach 1918, also seit der Zeit, in der die Arbeiterbewegung auch ihnen als eine reale Gefahr sowohl innerhalb des Betriebes als auch für die gesamte Gesellschaftsordnung erscheinen mußte, einen Großteil der Argumente der selbständigen Unternehmer übernahmen. Auch sie erkannten nun, daß sie ihre Stellung in der Gesellschaft vor der Öffentlichkeit verteidigen mußten und daß die neue Form der Öffentlichkeit und der Demokratie sie zwang, für ihre Vorstellungen von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Öffentlichkeit zu werben. Auch sie boten sich der Nation als die geborenen - und im Wirtschaftsprozeß ausgesuchten und erprobten - Führernaturen an. Freilich ist für sie nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit, sondern die Entscheidungsbefugnis und die Initiative die Grundlage ihrer Verantwortung, ihrer gesellschaftlichen Funktion und Auslese gewesen.

F Neue Gesellschaftskonzeption

Zugleich mit diesem Versuch der kleineren Unternehmer, ihre selbständige Existenz vor sich selbst wie vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, entwickeln sie auch Ansätze für eine positive Konzeption einer Gesellschaft, in der die anstehenden Probleme gelöst

sind. Wenngleich diese Vorstellungen nirgends systematisch dargestellt oder entwickelt wurden, so läßt sich ihre Entstehung doch aus den Äußerungen in der "Deutschen Industrie" ablesen und verdeutlichen.

Die Gegnerschaft zur Großindustrie brachte eine Annäherung an andere bürgerliche Gruppen mit sich, die sich vor ähnlichen Problemen sehen wie die Fertigindustrie. Vor allem das Handwerk verteidigte ebenso verzweifelt seine Selbständigkeit, der Binnenhandel kämpfte gegen eine Entwicklung an, die ihn zum bloßen Verteilungsapparat der Produktion und den selbständigen Kaufmann zum abhängigen Handelsvertreter zu machen drohte, der die Kunden für die Produktion seiner Auftraggeber zu finden hatte. Der Exporthandel und mit ihm das Handelskapital, die Reedereien, die Hafenstädte usw. waren an einer Ausdehnung des Außenhandels und also an der Senkung der Zölle interessiert. Die Zusammenarbeit des Bundes mit diesen Gruppen im Hansabund richtete sich vor allem gegen die Zollpolitik der Landwirtschaft und der Großindustrie sowie gegen die Preispolitik der Rohstoffkartelle, mit der diese die Märkte in ihrem Sinne beeinflussten und schließlich strukturell veränderten. Unter diesen Umständen war der Bruch mit dem Centralverband unvermeidlich, der 1911 durch den Austritt Roetgers aus dem Hansabund vollzogen wurde⁸⁸. Die Gegnerschaft zur Großindustrie brachte gleichzeitig eine taktische Annäherung an die Arbeiterschaft mit sich. Die Unternehmer entdeckten im Arbeiter den Konsumenten, der mit ihnen gemeinsam an billigen Preisen interessiert sein mußte. So hofften sie, die Arbeiter, obwohl sie der sozialpolitische Gegenspieler blieben, als Konsumenten zu Bundesgenossen gegen die Großindustrie gewinnen zu können⁸⁹. Gleichzeitig waren sie an der gestiegenen Kaufkraft der Arbeiter interessiert und hofften sie durch steigende Löhne und Zugeständnisse auf sozialpolitischem Gebiet entradikalisieren und in die Konsum-

gesellschaft integrieren zu können. Diese Hoffnung verstärkte zugleich wieder ihr Bewußtsein, als mittlere Gruppe stabilisierendes Element der Gesellschaft zu sein⁹⁰.

Schließlich brachte die Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen mittelständische Gedanken in den Vordergrund des Interesses. Die Unternehmer, die an eigene Traditionen anknüpfen konnten, die ebenfalls mit dem Wort "Mittelstand" verbunden waren⁹¹, fanden dabei ein Konzept einer gesellschaftlichen Ordnung, in der der Mittelstand eine wichtige Funktion wahrnahm und einen festen Platz im sozialen Gefüge einnahm, in der die Konkurrenzwirtschaft von der Gesellschaft garantiert und die Störung der Konkurrenz ausgeschlossen wurde. Während die praktische Tätigkeit der Unternehmer bereits aus der Auflösung dieser Konkurrenzwirtschaft ihre Konsequenzen zog und an ihrer Auflösung weiter mitwirkte, indem sie die Arbeiter zu Konsumenten erzog, den Absatz durch Propaganda für nationale Produkte zu steuern begann und den Konsum durch Reklame zu forcieren versuchte, war ihr Gesellschaftskonzept eindeutig auf die Erhaltung dieses liberalen Marktes ausgerichtet. Die "organische" gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung sollte geschützt werden gegen den Einbruch der neuen Methoden der Schwerindustrie, die durch Kartelle und Monopole die Preise manipulierte und den Markt ihrem Interesse unterwarf.

Sollte nach dieser Vorstellung der mittelständischen Unternehmer die Ordnung erhalten werden und die Gesellschaft für den Schutz der Kleinen auf dem Markt und die Einhaltung der Ordnung Sorge tragen, so trat indes auch die Großindustrie im Namen der Ordnung auf. Sie wollte durch Autorität die bestehende Ordnung festigen und aufrechterhalten.

Der Unterschied in den Ordnungsvorstellungen, der sich hier zeigt, wirft ein bezeichnendes Licht auf

die neu entstehende wie auf die alte Konzeption der Ordnung. Wenn die Großindustrie von Ordnung sprach, so meinte sie ihre Ordnung, eine Ordnung, die ihr nützlich war, die der Staat mit seiner Autorität schützen sollte - ihr Staat, der ihr als Instrument diene, als Mittel ihrer Interessenpolitik⁹². Seine Autorität zu erhalten, seine Ordnung zu schützen gegen die "rote Flut" der Sozialdemokratie wie gegen die Versuche, den Markt wieder zu liberalisieren, war gleichbedeutend mit der Erhaltung der eigenen Vorteile durch die Zoll-, Handels- und Außenpolitik dieses Reiches⁹³. Die Fertigungsindustrie dagegen meinte eine "organische" Ordnung, die Ordnung der liberalen Konkurrenzmärkte des 19. Jahrhunderts, in der sie sich frei bewegen und entfalten konnte. Sie rechtfertigte ihren Anspruch auf Erhaltung bzw. Wiederherstellung dieser liberalen Ordnung quasi naturrechtlich damit, daß sie die gewachsene und natürliche Form des wirtschaftlichen Ausgleichs im Interesse der Allgemeinheit sei. Sie rief nach dem Staat als dem wachenden Beschützer des Schwachen und dem Wächter über die natürliche Ordnung. Sie forderte den Staat des "Gemeinwohls", der "mittleren Linie", wohl wissend, daß das, was sie unter diesen Worten verstand, auch ihren eigenen Interessen entsprach⁹⁴.

Ähnlich verräterisch wie die Vorstellungen von der Ordnung ist die Tatsache, daß in den Jahren 1913 und 1914 in der DI meist nicht mehr von der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, sondern von "gewerblicher" Ordnung und von "gewerblichem" Frieden gesprochen wird. Die Bezeichnung "Mittelstand" verriet mit ihrem Anklang an die mittelalterlichen Stände und Zünfte den Wunsch nach einer stabilen Gesamtordnung, in der jedem Stand sein Platz und sein Marktanteil wie sein sozialer Rang zugewiesen und gesichert ist.

Zu der neuen mittelständischen Konzeption gehört die Vorstellung, daß man selbst als stabilisierende Mitte der Gesellschaft die eigentliche staatstragende und kulturenerhaltende Schicht sei. Das neue Selbstbewußtsein führt dazu, das eigene Vorbild für alle als gültig anzusehen. So wird die Konzeption einer stabilen Gesellschaft auf der Grundlage einer breiten Mittelschicht mit freiem Handlungsspielraum und staatlicher Garantie dieser "organischen" Ordnung ergänzt durch ein Programm der "Vermittelständlichung" der Arbeiterschaft und der gesamten Gesellschaft. Wenngleich dieses Ziel erst nach 1918 explizit als sozialpolitisches Programm ausgesprochen wird, ist es doch als Konzeption bereits vor 1914 im Denken der Unternehmer angelegt.

Freilich ist eine solche "Vermittelständlichung" nicht zu verstehen im Sinne des "alten" Mittelstandes der Selbständigen. Vielmehr strebt die Vermittelständlichung mit verschiedenen Maßnahmen und Plänen das gleiche Ziel an, die Arbeiterschaft dem mittelständischen Ideal der "staatserhaltenden" und die bestehenden Verhältnisse stabilisierenden sozialen Schicht anzugleichen und jede revolutionäre Tendenz, ja darüber hinaus möglichst jeden sozialen Gegensatz abzubauen.

Von den Versuchen, den Arbeiter durch Besitz zur Verantwortung zu erziehen, ihm ein staatsbürgerliches Bewußtsein zu vermitteln und ihn zum Interesse an den bestehenden Verhältnissen zu erziehen, führt ein gerader Weg über die Vermittelständlichungspläne und den "Arbeiterbürger" der 20er Jahre, über die Arbeitersiedlungsbewegung und ähnliche Pläne bis hin zu den heutigen Versuchen, durch Volksaktien und Sparförderung den kleinen Besitz zu fördern und die unteren Volksschichten zu integrieren. Von dem Versuch, den Arbeiter durch Zugeständnisse zu entradikalisieren und zu integrieren, führt der Weg über die Vorstellung von der Werksgemeinschaft über

die Sozialpartnerschafts- und Mitarbeiter- Ideologie, mit einem Zwischenspiel der Variante der Arbeitsfront, bis hin zur Konzeption der "Formierten Gesellschaft", in der alle sich dem Gemeinwohl unterordnen. Nicht minder konsequent ist die Weiterentwicklung der Versuche, den Arbeiter als Konsumenten zum Bundesgenossen gegen die Kartellpolitik der Konzerne zu machen, über den Wunsch, ihn zum Konsumbürger zu erziehen und damit zugleich die Bildung eines gesellschaftskritischen Bewußtseins in der Arbeiterschaft zu durchkreuzen, bis hin zur heutigen Theorie der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft", in der die sozialen Statusunterschiede, am Konsum gemessen, ausgeglichen werden und dadurch die gesellschaftlichen Gegensätze beseitigt sein sollen⁹⁵.

Werner Hofmann verlangt in einem Aufsatz "Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie heute" von einem Gesellschaftsbild, daß es Antwort auf drei - freilich miteinander in Wechselwirkung stehende - Fragen gebe: erstens, unter welchen Aktionsbedingungen, Anstößen und Gesetzen die Menschen in Kommunikation zueinander treten, zweitens, wie die gesellschaftliche Rollenverteilung, die sich aus dem Wirtschaftsprozeß ergibt, geregelt ist und drittens, in welcher Entwicklung diese Gesellschaft steht⁹⁶.

Die Antworten, die sich aus der "Deutschen Industrie" für das entstehende Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer auf diese Fragen finden lassen, sind als ein Resumé des Gesagten zusammenzufassen.

Die Handlungen der Menschen sind nach Ansicht der mittelständischen Unternehmer bestimmt von ihrer Persönlichkeit. Die Eigenschaften des Handelnden, der Charakter bestimmen sein Tun. Das Individuum erscheint grundsätzlich als autonom; jedoch ist diese Autonomie auf die gesellschaftliche Situation bezogen: der Mensch hat sie im praktischen Leben zu

bewähren. In dieser Bewährung liegt die Ethik der Persönlichkeit. Persönliche Tüchtigkeit bringt den Menschen hoch, gibt ihm die Chance zu neuer Bewährung im gesellschaftlichen Ausleseprozeß. Die Verantwortung, die aus Besitz und Unternehmerrisiko für das selbständige Wirtschaften entspringt, entwickelt die Persönlichkeit und den Charakter. Der wirtschaftliche Prozeß fördert also gleichzeitig mit der Auslese die positiven Fähigkeiten, die im Individuum angelegt sind. So erweisen sich die Eigenschaften des Unternehmers in der Bewährung als vorbildlich für die gesamte Gesellschaft. Besitz und Selbständigkeit erscheinen als die Grundlagen der Gesellschaft, die nur als privatwirtschaftliche denkbar erscheint, und in der der Unternehmer eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Die Ethik dieser Wirtschaft ist die der Persönlichkeit, die ihre grundsätzlich autonomen Entscheidungen aus der Verantwortung für das Ganze dieser Gesellschaft heraus am Gemeinwohl statt an Sonderinteressen orientiert. In diesem Sinne versucht man auch den Arbeiter aus der "Gebundenheit" an die "Masse" zu befreien und zur "autonomen" Persönlichkeit zu erziehen. Die grundsätzliche Freiheit des Menschen erscheint in dieser Gesellschaftsvorstellung aufgefangen in der gesellschaftlichen Bewährung oder "Verantwortung", und die wahre Persönlichkeit zeigt sich darin, daß sie sich freiwillig in die organische Ordnung der Wirtschaft einfügt und sich so in ihr bewährt. Da es die Freiheit zur Abweichung gibt, erscheint es als persönliches Verdienst, als ethischer Wert, den Anforderungen zu entsprechen. Hofmanns Satz "Das Ideal der Persönlichkeit ist keineswegs die sich anpassende Person - es ist die Person, die der Anpassung nicht länger bedarf" gilt auch für die Gesellschaftsvorstellungen des mittelständischen Unternehmers⁹⁷.

Die mittelständischen Unternehmer wollen die horizontale Schichtung der Gesellschaft durch eine vertikale ersetzen, in der jeder Stand seinen abgegrenzten Bereich und sein Auskommen hat. Den zentralen Platz in

dieser vertikalen Ordnung nimmt der Mittelstand ein, der als mittlere Gruppe eine mittlere Politik des Ausgleichs vertritt und die sozialen Gegensätze überbrückt. Die verschiedenen Interessen sind für sie nicht antagonistischer Art, sondern gleichgerichtet, da jede Gruppe ihren materiellen Vorteil erstrebt. Als Verbraucher sind letztlich alle an einem möglichst großen Anteil am Konsum interessiert.

In der neuen ständischen Ordnung soll alles gesellschaftliche Handeln am Gemeinwohl orientiert sein, ihm sollen sich die Sonderinteressen unterordnen. Eine allmähliche Vermittelständlichung der gesamten Gesellschaft soll dann die Gegensätze beseitigen und die Integration vorantreiben.

Innerhalb der einzelnen nebeneinander stehenden sozialen Stände sowie im Staat selbst soll eine Leistungsauswahl den Einfluß der Besten sichern und die Aufgaben verteilen. Auch eine horizontale Mobilität zwischen den einzelnen Ständen erscheint für das Individuum möglich, um die Rollen leistungsgemäß zu verteilen. Die Leistungsauswahl wird als eine gleichsam automatische Nebenfunktion des wirtschaftlichen Ablaufs betrachtet, der die persönliche Tüchtigkeit mit Aufstieg belohnt. Somit erscheinen die Qualitäten der Unternehmer als vorbildlich, sie selbst als im wirtschaftlichen Kampf Auserwählte haben ihre Führerqualitäten erwiesen. Ihr Einfluß ist also, besonders in der Zeit wirtschaftlicher Störungen, unerläßlich, um die organische Ordnung zu erhalten und zu sichern.

Dieser Anspruch auf die Vormachtstellung innerhalb des eigenen Standes und darüber hinaus auf die Gesellschaft führt praktisch eine neue hierarchische Struktur in das vertikale Schichtungsbild der Ständegesellschaft ein. Diese hierarchische Gliederung ist freilich notwendig, um den Anspruch des Unternehmers auf die Herrschaft innerhalb des Betriebes, den "Herr-im-Hause"-Standpunkt zu legitimieren, der de facto weiter erhoben wird, und um vorhandene soziale Vorrechte des Unternehmers zu rechtfertigen.

In der Gesellschaftsvorstellung der mittelständischen Unternehmer unterliegt der Wirtschaftsablauf eigenen Gesetzen, die organisch geworden sind und außerhalb der menschlichen Einflußmöglichkeiten stehen. Kernpunkt dieser organischen Ordnung der Gesellschaft ist die auf der freien Marktkonkurrenz beruhende Wirtschaft. An dieser Konkurrenzwirtschaft etwas ändern zu wollen, hieße, sich gegen die Naturgesetzlichkeit des Wirtschaftsablaufes aufzulehnen. Daher bestimmt die Praxis des Lebens das Gesetz des Handelns, nicht weltfremde Theorien oder bürokratische voluntaristische Eingriffe, die den Ablauf nur stören könnten.

Diese Gesellschaftsvorstellung legt antirationalistisch und unhistorisch die Wirtschaftsabläufe auf eine bestimmte Form fest, die als naturgesetzlich und dem Gemeinwohl am besten dienlich angesehen wird; die als optimale Form erscheint, welche der Veränderungen nicht bedarf; und der Rationalität, Experimentieren und Eingriffe des Menschen nur schaden können. So hat sich die Initiative des Menschen nicht auf die rationale Erkenntnis und Verbesserung des wirtschaftlichen Prozesses und der sozialen Verhältnisse zu richten, sondern an dem optimalen Funktionieren des bestehenden Systems zu orientieren. Die Gesellschaft wird unhistorisch auf ein abstrakt gedachtes Allgemeinwohl festgelegt, das dem Wohl des einzelnen entspricht (und umgekehrt), solange die organische Ordnung ungestört funktioniert. Da der Mittelstand die zentrale und tragende Schicht dieser Ordnung und dieses Gemeinwohls ist, wird er zum Vorbild für alle, und eine Vermittelständlichung der Gesellschaft erscheint als der beste Garant für ihre Stabilität.

Solange diese Ordnung noch gestört ist durch soziale Gegensätze, und die Marktkonkurrenz durch Kartelle und Monopole zugunsten privater Sonderinteressen ausgeschaltet wird, ist es Aufgabe des Staates, den Ausgleich der Interessen herbeizuführen und die organische Ordnung wieder herzustellen, zu stabilisieren und

zu erhalten. Der Unternehmer muß daher Einfluß im Staate gewinnen, um zu sichern, daß Großindustrie, Landwirtschaft und Arbeiterbewegung ihre Sonderinteressen dem Gemeinwohl unterordnen und daß die staatliche Bürokratie nicht in innerwirtschaftliche Verhältnisse eingreift, sondern nur für die Einhaltung des Rahmens dieser organischen Ordnung sorgt.

Ist dieser Zustand erreicht, dann ist keine Entwicklung mehr nötig und sinnvoll. Da in erster Linie der gesunde Wirtschaftsablauf das Wohl aller sichert, hat die Wirtschaftspolitik den Vorrang vor der Sozialpolitik. Der Klassenkampf wird durch die nationale Solidarität aller Stände ersetzt. Interessengegensätze treten nicht mehr auf. Die öffentliche Meinung darf ebensowenig die gegebene Ordnung stören, sondern muß sich verantwortlich am Funktionieren der Wirtschaft in der gegebenen Ordnung orientieren, statt diese Ordnung zu kritisieren⁹⁸. Deshalb sind nicht die Meinungen der Mehrheit, sondern die repräsentativen Meinungsbildenden Institutionen die Träger der eigentlichen öffentlichen Meinung⁹⁹.

Während so die Gesellschaft innenpolitisch stabilisiert werden soll, soll sie außenpolitisch expansiv werden, um ihren Handel zu erweitern und ihren Wohlstand zu mehren. Da politische Macht auch wirtschaftliche Macht bedeutet, ist ein nach außen starker Staat nötig, der für die Eroberung und den Schutz neuer Märkte und neuer Kolonien sorgt.

Es zeigt sich eine erstaunliche Verwandtschaft mit dem, was Hofmann im Jahre 1959 als das Gesellschaftsbild der Volkswirtschaft ermittelte. Hofmann stellt ebenso die subjektivistisch-voluntaristische Grundauffassung mit der Einschränkung einer freiwilligen Konformität heraus¹⁰⁰; die Gruppeninteressen werden von der heutigen Volkswirtschaft als nicht antagonistisch angesehen, ein vertikales Gefüge soll integriert werden "im Sinne einer Verallgemeinerung des Unternehmertypus"¹⁰¹. Der Verwischung der Grenzen zwischen

Lohn- und Besitzeinkommen, die Hofmann in der Volkswirtschaft feststellt¹⁰², entspricht der Versuch der mittelständischen Unternehmer, die Konsuminteressen aller gleichzusetzen.

Von einer Festlegung des wirtschaftlichen Handelns auf das Gemeinwohl und von dem Mittelstand als tragender Schicht dieses Gemeinwohls und der Stabilität sagt Hofmann nichts; doch sind die Grundgedanken in den Plänen der "Formierten Gesellschaft" und in den Volksaktien in den letzten Jahren ja gerade zu politischer Aktualität gelangt¹⁰³.

Schließlich stellt auch Hofmann bei der heutigen Volkswirtschaft bewußt unhistorische Vorstellungen von einer grundsätzlich immer gleichen wirtschaftlichen Eigengesetzlichkeit fest, einen Irrationalismus, der vom kausalen zum funktionalen Denken führt¹⁰⁴. Es fehlt freilich in der heutigen Volkswirtschaft der Versuch einer Expansion der Märkte durch staatliche Macht und außenpolitische Aktivitäten.

Diese Übereinstimmungen lassen nicht ohne weiteres darauf schließen, daß die heutige Volkswirtschaft von den Vorstellungen des mittelständischen Unternehmertums bestimmt sei. Immerhin wird sich ein Einfluß wahrscheinlich nachweisen lassen. Die Unterschiede zu den Ansichten der Großindustrie vor 1914 zeigen, daß die Entwicklung den Gedanken der "Deutschen Industrie" jedenfalls mehr gefolgt ist als denen ihrer großindustriellen Konkurrentin.

Auch die Großindustriellen glaubten an ihre autonome Entscheidungsfähigkeit. Doch fühlten sie sich an keinen unabhängigen Wirtschaftsablauf gebunden, sondern fühlten sich zu Recht als Herren der Wirtschaft, die sich nicht von der Masse beeinflussen lassen wollten, sondern in patriarchalischer Pflichterfüllung die Entscheidungen allein trafen, die getroffen werden mußten. Die gesellschaftliche Rollenverteilung war für sie vorgegeben und dürfte nicht in Frage gestellt werden. Die Großindustriellen fühlten sich als Industrieführer un-

 Tabelle 44 | Handlungsdispositionen

Fertig- industrie vor 1911	Autonome Entscheidungen des Menschen. Eigeninteresse wird durch Markt- mechanismus mit Allgemeininteresse identisch.
Fertig- industrie 1911 bis 1914	Autonome Entscheidungen des Menschen, aber Persönlichkeit ist an der Praxis des (wirtschaftlichen) Lebens orientiert
Mittel- ständische Industrie 1918 bis 1933	Autonome Entscheidungen des Menschen, aber Persönlichkeit ist gebunden an die Sittlichkeit des (wirtschaftlichen) Lebens.
Groß- industrie vor 1914	Autonome Entscheidungen des Menschen uneingeschränkt. Pflichterfüllung des Unternehmers als wirtschaftlicher und kultureller Vor- kämpfer des Volkes.
Groß- industrie 1918 bis 1933	Autonome Entscheidungen des Menschen uneingeschränkt. Schöpferische Kraft der Persönlichkeit als entscheidende Führungsqualifikation.
Volks- wirtschaft heute (Hofmann)	Autonome Entscheidungen des Menschen, aber Persönlichkeit ist an die Erwar- tungen der (wirtschaftlichen) Praxis angepaßt.

Tabelle 45	Soziale Rollenverteilung
Fertig- industrie vor 1911	Interessenpluralismus. Grundsätzliche Gleichordnung, aber Verfügung über Besitz gibt Disposi- tionsgewalt auch über Arbeiter im Betrieb. Herr im Haus.
Fertig- industrie 1911 bis 1914	Kein Interessenantagonismus. Vertikales soziales Gefüge am Gemeinwohl orientiert. Als Konsumenten haben alle gleiche Interessen. Soziale Funktion und persönliche Quali- fikation des Unternehmers berechtigen zur Dispositionsgewalt im Betrieb. Mitarbeiterideologie. Vermittelstündlichkeit der Gesellschaft.
Mittel- ständische Industrie 1918 bis 1933	Interessenantagonismus muß beseitigt werden; stattdessen vertikales soziales Gefüge; am Gemeinwohl orientiert. Soziale Funktion und Führungsqualitäten des Unternehmers berechtigen ihn zur Ausübung von Autorität im Betrieb und darüber hinaus. Werksgemeinschaftsideologie. Vermittelstündlichkeit der Gesellschaft.
Groß- industrie vor 1914	Natürliche Ordnung; Interesse des einzel- nen ist untergeordneter Natur. Gesellschaftliche Rollenverteilung ist vorgegeben und unveränderbar. Industrieführer sind unentbehrlich für die Gesellschaft.
Groß- industrie 1918 bis 1933	Natürliche Ordnung; Interesse des ein- zelnen ist untergeordnet. Gesellschaftliche Rollenverteilung ist durch persönl. Qualifikation legitimiert. Industrieführer ist unentbehrlich für die Gesellschaft.
Volks- wirtschaft heute (Hofmann)	Kein Interessenantagonismus. Vertikales soziales Gefüge. Verwischung der Grenzen von Besitz- und Lohneinkommen. Partnerschaftsideologie.

Tabelle 46	Gesellschaftliche Entwicklung
Fertig- industrie vor 1911	Deutschland wird vom Agrar- zum Industrie- staat. Industrie muß agrarischen Einfluß im Staat ablösen. Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.
Fertig- industrie 1911 bis 1914	Wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit, kein historischer Fortschritt. Funktionieren des Wirtschaftssystems ist zu erstreben, nicht Verbesserung. Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.
Mittel- ständische Industrie 1918 bis 1933	Wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit, kein historischer Fortschritt. Störungsfreies Funktionieren des Wirtschaftssystems ist zu bewirken, nicht Verbesserung. Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.
Groß- industrie vor 1914	Kein historischer Fortschritt, nur technische Entwicklung. Bestehende Autoritäten und vorhandene Ordnung erhalten. Kulturelle Mission im Volk und in der Welt. Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.
Groß- industrie 1918 bis 1933	Kein historischer Fortschritt, nur technische Entwicklung. Bestehende Autoritäten und vorhandene Ordnung erhalten. Wirtschaftspolitik vor Sozialpolitik.
Volks- wirtschaft heute (Hofmann)	Wirtschaftliche Eigengesetzlichkeit, kein historischer Fortschritt, nur technische Entwicklung. Funktionieren des Wirtschaftssystems ist zu erstreben, nicht Verbesserung.

entbehrlich und als Menschen von Kultur und Bildung, als Führer und wirtschaftliche Aristokraten hoch überlegen über das einfache Volk. Auch sie wollten keine historische Entwicklung, wollten vielmehr die bestehenden Autoritäten und die vorhandene Ordnung erhalten. Für sie gab es zwar eine technische Entwicklung, die auch soziale Konsequenzen haben konnte, aber keine historische und soziale Weiterentwicklung. Ihre außenpolitische Aktivität rechtfertigten sie mit der rassistisch motivierten "Kulturellen Mission Deutschlands für die Welt".

Die Tabellen 44 bis 46 zeigen zum Vergleich eine stichwortartige Übersicht über die Stellung der mittelständischen Unternehmer zu den gleichen Fragekomplexen vor 1911 und von 1918 bis 1933 und die Stellung der Großindustrie vor und nach dem Ersten Weltkrieg.

G Gesellschaftliche Funktion

Das neue Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer bot ebensowenig wie das System der Exportprämien und Zollrückvergütungen, mit dem die Großindustrie ihre akuten Schwierigkeiten der sinkenden Preise infolge der Überkapazitäten behoben hatte, eine Lösung des wirtschaftlichen Problems, daß die Kapazitäten schneller wuchsen als die Märkte. Zwar tat die mittelständische Industrie, aus der Not heraus, in der Praxis einiges, um neue Käuferschichten zu finden und die Märkte zu manipulieren. Zwar stellte sie sich notgedrungen auf die Ausdehnung der Öffentlichkeit und die Ausweitung der Demokratie ein und begann so praktisch damit, die demokratische Öffentlichkeit umzuformen von einem Meinungsbildungsforum in einen Akklamationsmechanismus für die Politik des Besitzbürgertums. Aber die gesellschaftlichen Vorstellungen, die sie als Reaktion auf die gewandelten wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen entwickelte, waren keine Konzeption

einer neuen Gesellschaft, die diesen Bedingungen Rechnung trug, sondern eine Rückbesinnung auf Gesellschaftsformen des entstehenden Kapitalismus und der Versuch, mit diesen vor- und frühindustriellen Gesellschaftsformen zugleich die eigene Position wieder herzustellen und abzusichern. Die Forderungen, welche die sich nunmehr als "mittelständische" verstehenden Unternehmer an die Gesellschaft stellten, sind eine Flucht vor der Realität des Übergangs zum "organisierten Kapitalismus"¹⁰⁵ statt ein Beitrag zur Lösung seiner Probleme. Eine solche Lösung - die, wie wir sahen, bereits in der DI angedeutet wird¹⁰⁶ - bleibt dem Staat überlassen, der sie in ganz pragmatischer Weise und ohne ein theoretisches Konzept erreicht¹⁰⁷. Ob die Erfahrungen der Aufrüstung vor 1914, des Krieges und schließlich der Inflation hierfür ein Modell abgegeben haben oder ob sie nur die extremsten Erscheinungsformen dieser Politik der Kaufkraftschöpfung waren, sei dahingestellt. Im Ergebnis diente diese Lösung freilich zweifellos in erster Linie den Interessen der Großindustrie, nicht der Fertigindustrie, wenngleich Hofmann feststellt: "Unter den Bedingungen der eingebauten Inflation sind die Überlebenschancen der schwächeren Wirtschaftspartner größer, als sie bei Marktinge und verschärftem Absatzwettbewerb wären. Ja, eine gewisse Regeneration selbständig geführter kleinerer Unternehmungen mag gelegentlich eintreten; ... freilich bleibt auch vor dem Hintergrund der 'gemachten' Prosperität der Zug zur weiteren Konzentration bestehen"¹⁰⁸. Die mittelständischen Unternehmer müssen in dieser Entwicklung weiter in Kauf nehmen, daß die Schwerindustrie ein schnelleres Wachstum ihrer Produktionsanlagen und Kapazitäten erzielen kann¹⁰⁹ und daß ihr Übergewicht über die Fertigindustrie dadurch umso größer wird.

Die vor- und frühindustrielle Gesellschaftsform, die sich die mittelständischen Unternehmer wünschen, ohne ihre innere Widersprüchlichkeit zu durchschauen, muß, da sie eine realisierbare Lösung des strukturellen

Problems nicht bieten kann, offenbar eine andere soziale Aufgabe erfüllen. Ihre Bedeutung für den einzelnen Unternehmer wie für das kleine Unternehmertum als mittelständische Gruppe liegt in einer Doppelfunktion: einerseits enthält sie praktisch - für den einzelnen - eine Selbsttauschungsfunktion, andererseits gewinnt sie - für das Verhältnis der gesamten Gruppe zur Öffentlichkeit - große Bedeutung als ein Mittel, die eigene Position in der Gesellschaft aufzuwerten und die eigenen Zielsetzungen zu propagieren und zu fördern.

Die mittelständischen Unternehmer versuchen das Schwinden ihres wirtschaftlichen und damit auch gesellschaftlichen Einflusses durch ein Ausweichen auf die moralische Ebene, durch die ideelle Begründung ihrer Position wettzumachen. Die Hervorhebung, ja Verherrlichung der Selbständigkeit als sozialen und ethischen Wert, als Quelle der Persönlichkeit und der wahrhaft menschlichen Tugenden ermöglicht es dem selbständigen Unternehmer, vor den Widrigkeiten des wirtschaftlichen Tagesgeschehens und seinen Niederlagen in der beruflichen und gesellschaftlichen Praxis die Flucht in die Innerlichkeit anzutreten. Zwar ist er wirtschaftlich der Unterlegene, aber dennoch bleibt er moralischer Sieger, denn er allein vertritt Individualität und Verantwortlichkeit im Geschäftsleben. Er fühlt sich als der "letzte Mohikaner" der wahrhaft natürlichen und organischen Wirtschaftsordnung, einer untergehenden Kultur kaufmännischer Gesittung, innerer Rechtchaffenheit und moralischer Anständigkeit. Was nach ihm kommt, mag sich als wirtschaftlich stärker erweisen - moralisch bedeutet es Rückschritt, Entseelung der Wirtschaft, Anonymität, Verfall.

Dieses zur Weltanschauung gemachte Selbstmitleid¹¹⁰ führt weiter in zwei Konsequenzen, die in der Motivationskette dieser Vorstellungen mit Notwendigkeit angelegt sind, wenn sie auch in der Zeit vor 1914

noch nicht in ihren aus späterer Zeit bekannten kras-
sen Formen in der DI vertreten werden: in Antiratio-
nismus und Elitedenken. Der Versuch, die Öffentlich-
keit durch wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse
von einer auf den eigentlichen Zweck der Wirtschaft,
die Versorgung der Menschen mit Nahrung und Gebrauchs-
gütern, gerichteten Rationalität abzulenken und auf
ein funktionales Denken festzulegen, das sich an dem
reibungslosen Ablauf des bestehenden Wirtschaftssy-
stems orientiert¹¹¹, ist schließlich nur die Nutzen-
anwendung der Anschauung, daß die Wirtschaft ein eigen-
gesetzlicher Organismus sei, dem Eingriffe von außen
her nur schaden können¹¹². Dieser Grundhaltung gegen-
über den Produkten des menschlichen Intellekts, die
die lebendige Praxis des Unternehmers den blutleeren
utopischen Spekulationen der Theoretiker und Bürokra-
ten entgegensetzt¹¹³, neigt schließlich dazu, alle
Formen des Rationalismus und alle Leistungen des Ver-
standes als kalt, gefühllos und unnatürlich zu verwer-
fen und an ihre Stelle die warmen Urkräfte der Seele
und des Gemüts zu setzen. Die Kulturkritiker dieser
Provenienz protestieren gegen "Materialismus" und
"Nihilismus", gegen "Entseelung" und "Kulturverfall"
und meinen die geistigen, politischen, wirtschaftli-
chen und sozialen Entwicklungen der modernen Gesell-
schaft, insbesondere die Kräfte der Aufklärung und
des Rationalismus. An ihre Stelle wollen sie eine
"Wiederpersönlichung"¹¹⁴ der Wirtschaft und Gesell-
schaft setzen und proklamieren den Wert des "orga-
nisch Gewachsenen" und "naturhaft Verwurzelten" und
erheben die biedere Anständigkeit und Moral des Klein-
bürgers zum unumstößlichen ethischen Gesetz¹¹⁵. Statt
in rationalen wird in moralischen Kategorien gewertet
- wobei jeder seine eigenen moralischen Anschauungen
und Maßstäbe als natürlich gegebene und gottgewollte
Gesetze ansieht¹¹⁶. In seiner Einleitung zur Kritik
der Hegelschen Rechtsphilosophie beschreibt Marx die-
se kleinbürgerliche Moral: "Sogar das moralische
Selbstgefühl der deutschen Mittelklasse beruht nur

auf dem Bewußtsein, die allgemeine Repräsentation von der philisterhaften Mittelmäßigkeit aller übrigen Klassen zu sein."¹¹⁷

Der Übergang vom praktischen Kampf um gesellschaftlichen Einfluß zur ideellen Selbstinterpretation als wichtige soziale Gruppe führt die Unternehmer andererseits zu der Vorstellung, selbst eine gesellschaftliche Elite zu sein, die besondere Eigenschaften in sich vereint und als solche ein ideales Rekrutierungsfeld für die gesellschaftliche Führungsgruppe, ein ungenutztes Reservoir an Begabungen darstellt. Die Interpretation der eigenen Moralvorstellungen als allgemeine ethische Normen und der eigenen Eigenschaften als gesellschaftlich legitimierte und geforderte Fähigkeiten brachte sie, da sie all diese Fähigkeiten bei sich selbst am besten verwirklicht sahen, mit Notwendigkeit zu einem gehobenen Selbstbewußtsein, einem Gefühl der Überlegenheit über andere, weniger begabte und disziplinierte Schichten. Dieses Bewußtsein, einer besonders wertvollen Gruppe von Menschen anzugehören, traf mit der außenpolitisch-imperialistisch motivierten Rassenideologie zusammen und erhielt dadurch eine zusätzliche biologische Rechtfertigung als natürlichem auf vererbten Faktoren beruhenden Vorzug. Die Betonung der sozialen Führungsqualitäten, die besonders nach 1918 als hervortretender gesellschaftlicher Wert der Unternehmer erschienen, verbanden, dem Vorbild Nietzsches folgend, rassistisch motivierte Elitenvorstellungen und ein dezisionistisches Führercharisma zu einem Selbstbewußtsein, das besonders dann gefährlich werden mußte, wenn es in so krassem Gegensatz zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten in einer zwar von allen Seiten angefeindeten und behinderten, aber doch formal noch funktionierenden Demokratie stand. Antirationalismus und Elitedenken konnten so zu einer explosiven antidemokratischen Mischung werden¹¹⁸ - und das, obwohl sich vor 1930 gerade die Fertigindustriellen noch gelegentlich als Verteidiger

der Demokratie gegen den Rechtskurs einer Gruppe Großindustrieller fühlte¹¹⁹.

Dieses Überlegenheitsgefühl überdeckte jedoch in der Praxis nur die eigene Unsicherheit der Unternehmer. Es konnte die objektive Misere nur subjektiv überwinden, konnte das Krisenbewußtsein nur überdecken, aber das Wissen von der gesellschaftlichen Bedrohung nicht voll verdrängen.

In dem Versuch, das gesellschaftliche Absinken zu verhindern, bot jedoch das neue Selbstbewußtsein den Unternehmern eine zusätzliche Möglichkeit, die Öffentlichkeit zu beeinflussen, und gewann so eine zweite Bedeutung als Manipulationsinstrument für die Öffentlichkeit. Wenn der Strukturwandel der Öffentlichkeit dazu geführt hat, daß nunmehr Parteien und Interessengruppen versuchten, möglichst viele Anhänger um sich zu sammeln und sie möglichst kritiklos und dauerhaft auf die eigenen Ziele festzulegen, so bedurfte es eines publikumswirksamen und zugkräftigen Images, um in dieser Konkurrenz um die Sympathien des Volkes an Boden zu gewinnen. Die Theorie von dem soziale Gegensätze ausgleichenden und stabilisierenden Wert des Mittelstandes erwies sich hier als ein wirkungsvoller Appell an die Gesellschaft, dieser Schicht ihren besonderen Schutz zu gewähren. Die Vorstellung von der besonderen persönlichen Kraft und individuellen Leistung der kleinen selbständigen Unternehmer half ihnen, Freunde für ihren Wunsch zu finden, eine vergangene Gesellschaftsform zu restaurieren. Der Hinweis auf die verkannten Fähigkeiten, die schlummernden Begabungen und die innere Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit schließlich gab allen anderen, die sich ebenfalls verkannt oder benachteiligt fühlten, die Möglichkeit, sich mit den Unternehmern zu identifizieren.

Im Mittelstandsbegriff sind letztlich alle diese Möglichkeiten zusammengefaßt, die Öffentlichkeit zu beeinflussen und die eigenen Ziele anderen als die ihren

erscheinen zu lassen. Der Mittelstand als soziales Programm ist ein wirkungsvoller Appell an die Solidarität im Kampf um die Erhaltung schwindender Rechte und Privilegien und um die soziale Stellung der Mittelschichten. Er ist die Formel, auf der man sich mit allen anderen Gruppen trifft, die "bessere Zeiten gesehen" haben und deshalb mit der bestehenden Gesellschaft unzufrieden sind. Gleichzeitig bietet dieser Begriff den Unternehmern die Chance, sich auf alte, historisch überholte Phasen ihrer eigenen Geschichte zurückzuerinnern als jene besseren Zeiten, in die sie sich zurücksehnen und nach deren Vorbild sie die Gesellschaft reformieren möchten. Mit einer Gesellschaftskonzeption, in der der Mittelstand die entscheidende staatserhaltende Schicht darstellt, appelliert dieses Wort an den Staat, eben den Mittelstand zu erhalten. Seiner besonderen gesellschaftlichen Kräfte wegen verlangt der Mittelstand den Schutz und letztlich die Vermittelständlichung der Gesellschaft selbst. Der Mittelstandsbegriff erweist sich so zugleich als ein fiktives Gesellschaftsbild mit Rechtfertigungs- und Selbsttäuschungscharakter, als Manipulationsmittel für die Öffentlichkeit wie als gesellschaftliches Programm.

Dieses Programm enthält freilich widersprüchliche Vorstellungen von einer zu erstrebenden Gesellschaftsform. Das zeigt sich am deutlichsten, zugleich die Entwicklung von einer realistischen auf den wirtschaftspolitischen Tagesforderungen beruhenden Politik zu einer romantisch-rückwärtsgewandten Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse veranschaulichend, wenn man die Ziel- oder Idealvorstellungen von der Gesellschaft nebeneinanderstellt, die die selbständigen Unternehmer vor und nach 1911 sich wünschten.

Vor 1911 ging der Bund der Industriellen aus von dem Wunsch nach einer einigen Industrie. Rohstoff- und Fertigindustrie sollten sich gegenseitig unterstützen,

um gemeinsam den Einfluß der agrarischen Interessen abzulösen und Deutschland den Weg zum Industriestaat zu ebnen, Dazu wünschte man mehr Einfluß der Industrie in Regierung und Parlamenten.

Der Bund wollte billigere Rohstoffe durch kartellfreie Konkurrenz und Importe ermöglichen. Zölle sollten nur erhoben werden, soweit sie zur Erhaltung des Inlandsmarktes nötig waren, aber nicht zur Verteuerung der Inlandpreise. Stattdessen sollte ein nationalbewußtes Volk von sich aus deutsche Waren bevorzugt kaufen.

Die Unternehmer im Bund wünschten sich eine gute Zusammenarbeit mit ihren Arbeitern und wollten Streitfragen im Betrieb mündlich regeln. Berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft wollten sie anerkennen, verlangten aber auch von den Arbeitern die Berücksichtigung der Konkurrenzlage bei ihren Forderungen. Dabei wollten sie die Herrschaft im Betrieb nicht verlieren. Sie wollten so weit wie möglich mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten und Verständigung, Vermittlung und Versöhnung erreichen, aber sie wollten nach dem Motto "si vis pacem para bellum" gerüstet sein. Das Koalitionsrecht der Arbeiter wie der Arbeitgeber sollte anerkannt werden, jeder Koalitionszwang und "Terrorismus" der Gewerkschaften sollte aufhören, und das Recht des einzelnen Arbeiters auf Arbeit auch bei Streiks gesichert sein. Die Kampfmaßnahmen der nicht politisch argumentierenden, sondern sich auf die Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiter in Tarif- und Arbeitsfragen beschränkenden Gewerkschaften sollten in überschaubaren und geregelten Formen vor sich gehen. Tarifverträge, die für beide Seiten bindend waren, sollten die Stabilität sichern und dem Unternehmer Spielraum gewähren für seine Kalkulation.

Schließlich wurde ein positives Bild vom Unternehmer in der Öffentlichkeit gewünscht.

In diesem Idealbild erscheinen die zoll- und handelspolitischen Gegensätze der Groß- und Fertigindustrie grundsätzlich aufhebbar, also nicht antagonistisch.

Dagegen werden die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften als grundsätzliche verstanden, die man zwar durch möglichst weitgehende und dezentralisierte Zusammenarbeit dämpfen und regeln, aber nicht auflösen kann. In den Jahren nach 1911 gelten umgekehrt die Gegensätze zwischen Rohstoff- und Fertigindustrie zwar nicht als antagonistisch, da für beide das Gewinnmaximierungsinteresse gilt, aber doch als prinzipieller Natur und nicht aufhebbar¹²⁰, während die sozialpolitischen Gegensätze zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberinteressen als Mißverständnisse und Verhetzung der Arbeiter erscheinen, die durch Zusammenarbeit, durch Vertrauen in die Unternehmer, wirtschaftliche Aufklärung und sozialpolitische Beeinflussung der Unterschichten zu beseitigen sind¹²¹.

Daraus ergeben sich Wunschvorstellungen, die am Vorbild verschiedener historischer Gesellschaftsformen und Epochen orientiert sind. Die Forderung nach unbehinderter selbständiger Betätigung der wirtschaftlichen Initiative, nach gesunder Konkurrenz statt von Monopolen beherrschten Märkten und nach Aufstiegschancen für die tüchtige und risikofreudige Persönlichkeit entspricht den Idealen des Bürgertums seit der Französischen Revolution und der frühliberalen Konkurrenzgesellschaft der Gründerperiode, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. An dem Vorbild der mittelalterlichen Stadtgesellschaft mit ihrer strengen Zunftenteilung orientiert sich die Forderung nach einer staatlich geschützten horizontal gegliederten ständischen Ordnung, in der jede soziale Gruppe den ihr zugewiesenen Raum einnimmt und keiner seine wirtschaftliche Machtstellung dazu ausnutzen kann, sich auf Kosten der Interessen anderer Gruppen Marktanteile oder andere Vorteile zu sichern. Ihr Verhältnis zur Arbeiterschaft wünschen die Unternehmer hingegen eher im Sinne der vorindustriellen patriarchalischen Gesellschaft des Feudalismus geregelt, deren Sozialstruktur und Arbeitsverhältnis auf den großen

Gütern der feudalen ostelbischen Junker noch in den wesentlichen Zügen bis 1918 erhalten blieb. Der Unternehmer soll auf seinem Besitz unumschränkter Herr sein, der von seinen Untergebenen Gehorsam fordern kann, die sich für die Dauer des Arbeitsvertrages seiner Autorität unterzuordnen haben. Freilich übernimmt der Unternehmer wie der Feudalherr damit die Verantwortung für das Wohl seiner Untergebenen; jedoch rangiert die Wirtschaftspolitik vor der Sozialpolitik und das Gedeihen des Betriebes vor den Konsuminteressen der Arbeiter. Im Geiste dieses Sorgerechts des Unternehmers, das mit der These von der Zusammenarbeit im Betrieb unter Aufrechterhaltung der Herrschaft des Unternehmers nur ideologisch umkleidet, nicht aber inhaltlich gewandelt wird, steht auch die Bereitschaft zur Verhandlung mit den Gewerkschaften. Vergleichbar etwa mit der "Schülermitverwaltung" in unseren Gymnasien heute, sollen die Arbeiter zwar ihre Interessen vortragen dürfen und eine Mitverantwortung übernehmen, ohne aber auch eine Mitentscheidungsbefugnis zu erhalten¹²².

Der eigenen Zeit des Imperialismus¹²³ entspricht der Wunsch nach Ausweitung des Exports durch staatliche Machtpolitik, während das Verlangen nach Anerkennung der gesellschaftlichen und charakterlichen Werte des Unternehmertums als Vorbild für die gesamte Gesellschaft, insbesondere die Unterschicht, die durch Besitz zur Verantwortlichkeit erzogen werden und "vermittelständlich" werden soll, eine möglicherweise an handwerklichen und kaufmännischen Traditionen aus dem ausgehenden Mittelalter anknüpfende soziale Utopie ist, die gleichwohl nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik zur sozialen Maxime wurde und als weitgehend verwirklicht angesehen wird, und deren Fortführung auch weiterhin in der Zielsetzung der Bundesregierung enthalten ist¹²⁴.

Nach 1918 bleiben die Idealvorstellungen der mittelständischen Unternehmer ihrer Substanz wie ihren

historischen Vorbildern nach die gleichen. Aber die Äußerungen über die Motivierung und über die Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele werden allmählich radikaler. Viele der gewaltsamen Züge, die aus den inneren Widersprüchen dieser Ziele heraus notwendig werden, wenn man ihre Realisierung ernsthaft in Betracht zieht, werden jetzt deutlich ausgesprochen.

An die Stelle der mittelständischen Vorbildlichkeits-These tritt ein dezisionistischer Führungsanspruch, der teils kulturell, wirtschaftlich und rassisch-eli-tät begründet wird. Der Staat soll mit starker autoritärer Macht zunächst einmal Ordnung schaffen, indem er mit den vielen gegensätzlichen Interessen aufräumt und seine Bürger zu Gemeinsinn und Unterordnung zurückführt¹²⁵, Klassenkampf und internationale Solidarität der Arbeiter durch den Gedanken der nationalen Einigkeit ersetzt und einen von Kartellen und "unlauterer" Konkurrenz freien Markt reorganisiert. Eine Selbstreinigung der Wirtschaft wird dann die gesunde organische Ordnung ständischer Prägung errichten, deren wichtigste Stütze der mittelständische Unternehmer ist.

Demokratie wird als Regierungsform und gesellschaftliches Prinzip akzeptiert, aber sie soll umgeformt werden: die Teilnahme an der öffentlichen Meinung muß an bestimmte bildungsmäßige Voraussetzungen geknüpft sein, und die Wirtschaftsdemokratie soll nicht begründet sein in einem Mitspracherecht des einzelnen, sondern in der Aufstiegschance für jeden. Folgerichtig hat sich der Arbeiter als Glied des Ganzen zu fühlen und in die Werksgemeinschaft einzuordnen. Die Einheit der Interessen von Arbeitern und Unternehmern soll in der sozialen Partnerschaft und Betriebsarbeitsgemeinschaft verwirklicht werden, in der alle in Gemeinschaftsgesinnung an einem Strang ziehen. Auf die geschäftlichen und personalpolitischen Entscheidungen des Unternehmers dürfen die Arbeiter freilich keinen Einfluß ausüben; die Sozialpolitik bleibt

der Wirtschaftspolitik nachgeordnet, und die Arbeitszeit wird im Betrieb individuell geregelt. So soll durch Beseitigung der sozialen Gegensätze die im innern einige und nach außen starke nationale Leistungsgemeinschaft entstehen¹²⁶.

Die innere Widersprüchlichkeit solcher Zielsetzungen ist evident und soll nur an einigen Beispielen verdeutlicht werden:

1. Einerseits wird eine freie Wirtschaft gefordert, in der allein der Konkurrenzmechanismus den Markt regulieren, die Preise bestimmen und die gesellschaftliche Auslese der Tüchtigsten sichern soll. Andererseits verlangt der mittelständische Unternehmer eine ständisch geordnete Gesellschaft, die den Mittelstand schützt und ihm seinen Marktanteil garantiert. Dieser Schutz setzt aber erhebliche Eingriffe in die Wirtschaft voraus, die den Marktmechanismus allenfalls noch als formales Gerippe bestehen lassen können.
2. Die These von einem Gemeinwohl, in dem die Interessen und Bedürfnisse aller zusammenklingen, verträgt sich nicht mit dem frühkapitalistischen Liberalismus. Der Theorie der Marktregulierung durch Konkurrenz, in der die Interessen der einzelnen im Widerstreit auf das der Allgemeinheit zuträglichste Maß reduziert werden, entspricht auf geistigem wie politischem Gebiet der Meinungspluralismus, in dem durch Meinung und Gegenmeinung, durch Streit und Kritik und gerade nicht durch Unterordnung unter eine übergeordnete Größe der der Mehrheit am besten nützende Entschluß und die der Wahrheit am nächsten kommende Meinung gefunden werden sollen. Dem frühen Liberalismus entspricht der Rationalismus der Aufklärung und die politische Demokratie. Wenn dagegen von vornherein feststehen soll, was das Gemeinwohl ist, dann ist jede Diskussion, jedes Argumentieren und jede Abstimmung unnötig. Wer sich am Gemeinwohl orientiert, braucht nicht mehr nach Gründen oder Mehrheiten zu fragen.

So gesehen verschiebt sich die Frage dahin, wer das Gemeinwohl jeweils konkret inhaltlich bestimmt. Diese Frage aber läßt sich aus dem gesamten Komplex des beschriebenen Gesellschaftsbildes heraus wie insbesondere aus dem Führungsanspruch des Mittelstandes eindeutig beantworten.

3. Die verschiedenen gesellschaftlichen Vorbilder, die die mittelständischen Unternehmer in ihr Konzept verarbeitet haben, sind miteinander nicht vereinbar. Die Zielsetzung des Bürgertums nach der Französischen Revolution, die in Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit dem Tüchtigen eine freie Bahn zusichern sollte, ist entstanden gerade als eine Antwort auf die Gesellschaftsverhältnisse des Feudalismus und des Absolutismus und des mittelalterlichen Zunftwesens, innerhalb deren das Bürgertum die Produktivkräfte, die die technische und wirtschaftliche Entwicklung bot, nicht mehr rationell ausnutzen konnte. Das frühkapitalistische liberale Gesellschafts- und Wirtschaftssystem entwickelte sich aus der feudalistischen Gesellschaft heraus und löste sie ab. Es ist somit die Ordnung, die durch einen neuen gesellschaftlichen Rahmen die Freiheit für die Entwicklung der kapitalistischen Technik und Warenproduktion schafft¹²⁷. Es ist aber nicht möglich, zwei einander direkt widersprechende Systeme, die unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen und technischen Bedingungen das Funktionieren der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen und ermöglichen und deren eines wegen der Veränderung dieser Beziehungen das andere ablöste, einfach nebeneinander zu stellen, indem man sich aus jedem die für einen selbst vorteilhaften Bestandteile heraus sucht.

4. Ebenso wenig vertragen sich eine feudalistisch-obrigkeitliche Beherrschung einerseits und die Vermittelständlichung der Arbeiter durch Besitzförderungs- und Anpassungspolitik. Es ist unmöglich, den Arbeiter

durch Mitverantwortung zum "Kapitalisten" zu machen und zum Mitarbeiter erziehen zu wollen und gleichzeitig "Herr im Hause" zu bleiben, wirtschaftliche und personalpolitische Entscheidungen allein dem Unternehmer vorzubehalten. Man kann nicht gleichzeitig die Gesellschaft vermittelständlichen und selbst Oberschicht bleiben wollen. Solange zwischen den Interessen der Unternehmer als Oberschicht und denen der Arbeiter eine Differenz besteht - und dies ist der Fall, solange die Unternehmer sich an der Maximierung ihres Gewinns orientieren, während die Arbeiter ein Interesse haben müssen an einem möglichst hohen Grad der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung mit möglichst geringem Arbeitsaufwand -, so lange muß die Arbeiterschaft auf der Forderung nach demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft bestehen. Es sei denn, man könnte sie so weit entpolitisieren und entmündigen, daß man sie von Fall zu Fall nachträglich zu bestimmten Entscheidungen ihre Akklamation geben lassen kann, um ihr damit das Gefühl der Mitentscheidung zu geben und das Engagement für diese Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu verkaufen.

Solange die Arbeiterschaft nicht völlig angepaßt ist - und sie war es jedenfalls vor 1933 nicht - ist es unmöglich, das Programm der inneren Fazifizierung und der Verpflichtung aller Staatsbürger auf das "Gemeinwohl" mittelständischer Fassung durchzuführen, es sei denn, man wollte es mit Gewalt durchsetzen¹²⁸.

Infolge dieser (und weiterer) Widersprüche und unrealisierbaren Zielvorstellungen konnte das mittelständische Gesellschaftsbild, obwohl es als eine Reaktion auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die mittelständischen Unternehmer im Übergang vom liberalen zum "organisierten"¹²⁹ Kapitalismus ist, eine praktische Überwindung dieser Schwierigkeiten nicht erreichen. Die Kartelle gewannen sowohl in der Zeit vor 1914 als auch nach dem Weltkrieg weiter an wirt-

schaftlicher und sozialer Macht. Die Konzentration machte weitere Fortschritte¹³⁰. Die Arbeiterbewegung nahm vor 1914 zahlenmäßig weiter zu, während allerdings die revisionistischen Tendenzen sich verstärkten¹³¹. Bei Kriegsende hatte die Arbeiterbewegung vorübergehend praktisch die politische Macht in ihren Händen, die ihr dann freilich in den folgenden Jahren Stück für Stück weiter entglitt, bis der Nationalsozialismus sie auch organisatorisch auflösen konnte. Dieser Machtverlust, den vor allem die Uneinigkeit zwischen der revisionistischen Sozialdemokratie und dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung verschuldet hatte¹³², war sicherlich nicht zuletzt auch mit bewirkt durch die Umarmungstaktik der Unternehmer der Fertigindustrie und seit 1918 auch der Großindustrie. Aber auch diese Entwicklung änderte an der Lage der mittelständischen Unternehmer nichts Grundsätzliches. Nach wie vor sahen sie sich von oben wie von unten bedrängt und ihre Position gefährdet. Die Inflation von 1923 zeigte ihnen besonders deutlich die Berechtigung ihrer Furcht vor dem Absinken ins Proletariat.

Die Abwehrstellung gegenüber der Sozialpolitik der bürgerlich-demokratischen Regierungen und den Forderungen der Gewerkschaften nach mehr Einfluß und "Wirtschaftsdemokratie;¹³³ und vor allem den revolutionären Zielen des linken Flügels der Arbeiterbewegung mußten das Denken der mittelständischen Unternehmer radikalisieren, eine Entwicklung, die in der Zeit von 1918 bis 1933 deutlich zu verfolgen ist¹³⁴. Die Möglichkeit dazu ist freilich bereits im Gesellschaftsbild, das vor 1914 entsteht, angelegt. Der Widerspruch zwischen dem eigenen Anspruch und Selbstverständnis der mittelständischen Unternehmer und ihrer Stellung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit mußte zu einer permanenten Frustration führen, die die antidemokratisch-autoritären Tendenzen ihres Gesellschaftsbildes und ihre ideologische Anfälligkeit und die Neigung zu gewaltsamen Formen der Lösung verstärkten.

H Exkurs: Radikalisierung nach 1918

Im Zuge der Radikalisierung zwischen 1918 und 1933 gerät die "altkapitalistische Wirtschaftsromantik"¹³⁵ des kleineren und mittleren Unternehmertums zunehmend in die Nähe anderer kleinbürgerlich- mittelständischer Ideologien. "Je heftiger das mittlere und kleine Eigentum bedroht ist, - durch Wirtschaftskrisis oder dadurch, daß die Expansion des Großkapitals den Kleinbesitz an Produktionsmitteln in der Hand des Eigentümers entwertet - desto eifersüchtiger und fanatischer wird der Eigentumsgedanke verteidigt", schrieb Theodor Geiger im Jahre 1932¹³⁶. Dieser Satz gilt nicht nur für die Besitzer kleiner Industriebetriebe, er läßt sich auf die Zwischenschichten des "alten Mittelstandes", die sich gegen die anonyme Herrschaft des Großkapitals ebenso verzweifelt wehren wie gegen ihr Aufgehen im Proletariat, allgemein beziehen.

Auf der anderen Seite stehen auch die Angestellten und Beamten, der sogenannte "neue Mittelstand", in einer Abwehrstellung gegen das Proletariat, von dem sie sich abzuheben und zu distanzieren wünschen. Als typische Vertreter des hierarchischen Denkens, das sich aus dem hierarchischen Aufbau ihrer Berufswelt und den Aufstiegschancen innerhalb dieser Hierarchie ebenso ableitet wie aus der traditionellen autoritären Erziehung zu Unterordnung und Pflichterfüllung im Dienst, sind sie vor allem für autoritäre Ideologien zugänglich, die versprechen, mit allen revolutionären und staatsfeindlichen Kräften aufzuräumen, die die gesellschaftliche Ordnung stören. Auch sie wollen dem einzelnen einen festen Platz in einer gesicherten Ordnung zuweisen und an die Stelle der Sonderinteressen das Wohl des Ganzen stellen. Auch in diesen Schichten lösten die Ereignisse von 1918/1919 erhebliche Unruhe aus¹³⁷. Sie fühlten sich in ihrer sozialen Sicherheit ebenso bedroht wie in ihren Aufstiegschancen. Die Arbeiterbewegung erschien für sie vor allem

als eine Bedrohung ihres beruflichen Aufstiegs wie der Ordnung, von der sie sozial abhängig waren¹³⁸. Andererseits war ihnen die bestehende bürgerlich-demokratische Republik, ihrer aristokratisch-autoritären Tradition gemäß, auch kein sicherer Garant der antisozialistischen und nationalen Ordnung, die sie sich wünschten, zumal die Republik durch eine Revolution der Sozialisten entstanden war und die Regierung dieser Republik durch ihre Unterschrift unter den Versailler Vertrag die nationalen Interessen verraten zu haben beschuldigt wurde¹³⁹. Die Dolchstoßlegende und Regierungs- wie politische Krisen taten ein weiteres, das Vertrauen in den Staat und die Ordnung zu zerstören¹⁴⁰.

So sehnten sich diese Schichten nach einer festen nationalen Ordnung sozialer Gerechtigkeit in ihrem Sinne, die alle Gegensätze beseitigte und alle Teile der Gesellschaft väterlich umschloß und beschützte. Sie lehnten die moderne Welt in allen ihren Erscheinungsformen als dekadent und krank ab.

"Gesund und organisch ist eine Ordnung, in der der mit der Scholle verwachsene Bauer die Samen in die Furchen streut und der Mittelstand das Rückgrat der Gesellschaft bildet ... Jede Form von Emanzipation - sei es die geistige der Aufklärung, die politische der Demokratie, die soziale der Juden und der Arbeiter, sei es die Emanzipation der Frau - bedeutete Dekadenz und Verfall. Je machtloser der Kleinbürger wird, umso stärker das Verlangen nach der Autorität des starken Staates, der machtvoll auftreten und die Spießler-Ideologie in die Praxis umsetzen soll."¹⁴¹

Was Baran für die Entwicklungsländer heute beschreibt, galt damals ebenso in Deutschland: "In den Köpfen derer, die Eigentum besaßen, bildete sich die tödliche Furcht vor der Enteignung und dem Umsturz ... alle mehr oder weniger Privilegierten und alle mehr oder weniger Gutwilligen innerhalb der bestehenden Gesellschaft wurden in die 'gegenrevolutionäre' Koalition

gedrängt. Die Differenzen, ja Gegensätze zwischen den Eigentümern großer und kleiner Länderien, zwischen der monopolkapitalistischen und der konkurrenzwirtschaftlichen Geschäftswelt ... wurden zugedeckt von einem neuen, gemeinsamen Vorhaben: der Abwehr des Sozialismus."¹⁴²

In diesen sozialen Schichten fand der Nationalsozialismus seine Anhängerschaft mit einem Programm, das den Wünschen der Kleinbürger entsprach und ihrer Sehnsucht nach einer Veränderung, nach einer kraftvollen Bewegung, in die sie sich einordnen und in der sie endlich einmal zeigen konnten, wer sie wirklich waren¹⁴³, die Verwirklichung anbot.

"Der Faschismus ist die Protestbewegung der in ihrem sozialen Status gefährdeten und deshalb radikalisierten Kleinbürger. Sie erheben Protest gegen die geistigen, politischen und sozialen Erscheinungsformen der modernen Gesellschaft, das heißt gegen Aufklärung und Rationalismus, gegen Demokratie und Sozialismus, gegen die Industriegesellschaft, den 'Materialismus' und den 'Nihilismus'. Als Gegenideologie proklamieren sie die Werte des 'Gefühls' und der 'Seele', des 'Blutes' und des 'Bodens', des 'organisch Gewachsenen' und des 'naturhaft Verwurzelten', - eine Flucht zugleich in die vermeintliche Innerlichkeit und in eine romantisch verklärte vorindustrielle Welt."¹⁴⁴

Dieses Programm des Faschismus weist so viele Ähnlichkeiten mit dem Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer auf, das sich im Bund der Industriellen vor 1914 entwickelte, daß es verständlich erscheint, daß die meisten dieser Unternehmer, soweit sie nicht bereits vorher den Faschismus als eine Hilfe gegenüber der Großindustrie wie gegenüber der Arbeiterbewegung begrüßt und unterstützt hatten¹⁴⁵, sich im Jahre 1933 willig oder gar freiwillig einordnen ließen¹⁴⁶. Daß freilich der Nationalsozialistische Staat dann doch den entscheidenden Einfluß auf die Wirt-

schaftspolitik den Führern der Großindustrie überließ und so die mittelständischen Unternehmer in ihrer Fronstellung nach unten, nicht aber auch nach oben unterstützte¹⁴⁷, wurde den mittelständischen Unternehmern erst viel später bewußt¹⁴⁸.

I Ideologische Struktur

Wie schon die Darstellung der widersprüchlichen historischen Vorbilder zeigte, ist das neu entstehende Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer keine gedankliche Einheit, sondern ein Konglomerat aus verschiedenen, aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen entstandenen und differ—ierenden Bedürfnissen dienenden Vorstellungen. Eine kurze Analyse der geistigen Struktur soll die wichtigsten dieser verschiedenen Züge deutlich machen.

Zunächst fällt eine große Zahl von stereotyp wiederkehrenden Formulierungen auf, deren Anwendbarkeit im konkreten Fall nicht mehr rational geprüft wird, sondern die als Leerformeln¹⁴⁹ verwandt werden. Die Bezeichnung einer bestimmten Ordnung als "organisch", "gesund" und "natürlich" ist ebenso inhaltlich unbestimmt wie die Charaktersisierung eines wirtschaftlichen Verhaltens als "unlauter" oder "unsauber". Hier werden Worte, die einen allgemeinen positiven oder negativen Akzent besitzen, aber inhaltlich völlig unbestimmt sind, dazu benutzt, einen Sachverhalt in der Meinung der Öffentlichkeit emotional zu qualifizieren, ohne ihn sachlich zu beurteilen. Ebenso wirkt die Disqualifizierung bestimmter Verhaltensweisen als "Agitation", "Terrorismus", "Verhetzung" oder als "parteipolitisch". Mit jedem beliebigen, freilich immer positiv getönten Inhalt lassen sich Eigenschaften wie "Scharfblick, Umsicht, Wagenut", "Charakterstärke", "geistige Energie", "schöpferische Phantasie", "Verantwortungsfreude" usw., die die Unterneh-

mer sich selbst bescheinigen, konkret anfüllen. Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Das bedeutsamste Beispiel ist wohl das Wort "Gemeinwohl", dessen Funktion im Gesellschaftsbild des Mittelstandes vor allem darin besteht, zu sichern, daß jeder seine eigenen Interessen und Wünsche in ihm vertreten glaubt und sich mit diesem Programm identifizieren kann. Außer der Ausschaltung der Gegensätze gibt es keine inhaltliche Bestimmung dieses Wortes, es sei denn, man wollte das bloße Funktionieren der Wirtschaftsordnung darin ausgedrückt sehen - was aber sofort die Frage nach der Qualität dieser Wirtschaftsordnung herausfordern müßte, die unbeantwortet bliebe.

Ein weiterer auffälliger Zug ist die Wertung nach subjektiven, interessen gebundenen Kategorien. Wenn etwa die Arbeitersolidarität bei Streiks als "brutaler Massenwille" interpretiert wird, dem man das Ideal des freien Individuums entgegensetzen müsse, so tritt hier offensichtlich die moralische Verurteilung an die Stelle der sachlichen Auseinandersetzung. Ähnliche Züge der Inadäquatheit moralischer Beurteilung lassen sich bei den meisten genannten Leerformeln nachweisen. Von den Interessen ausgehende inadäquate Urteile enthält beispielsweise auch die These von dem Primat der Wirtschaftspolitik vor der Sozialpolitik, ist doch die möglichst rationelle Versorgung der Bevölkerung der Zweck der industriellen Produktion, nicht aber ein Abfallprodukt des autonomen, seinen Wert in sich tragenden Wirtschaftsablaufs.

Daneben zeigen sich tautologische Scheinbeweise wie die Argumentation, daß das Eigentumsrecht geschützt werden müsse, weil nur das Eigentum vor dem Abbau des Eigentumsrechts durch die Arbeiterschaft schützen könne.

Die antirationalistischen Züge, wie sie sich in dem Ethos arationaler "lebensnaher" Moralität zeigen,

wurden bereits verdeutlicht¹⁵⁰, ebenso die anachronistischen Rückwendungen in die Geschichte der mittelalterlichen Stadt, des Feudalismus und des frühen Liberalismus.

Schließlich erweist sich bei genauerem Hinsehen die Behauptung, daß die Unternehmer über überlegene Intelligenz und besondere Eigenschaften verfügten, die sie zur Menschenführung besonders qualifizierten, als ein Beispiel für Topitsch's Typus einer Ideologie, die gesellschaftlichen Zwang mit Eigenschaften der Unteren legitimiert, die diesen erst durch den Zwang selbst aufgezwungen wurden¹⁵¹. Zwar kann man den höheren Bildungsstand sehen, den die Unternehmer - verglichen mit den Arbeitern - erreichten; zwar kann man sehen, daß sie sich zu höheren Positionen qualifiziert haben. Aber auf der gleichen Ebene der Verwechslung von Ausbildung und Intelligenz, von Entwicklung und Entwicklungsfähigkeit ließe sich belegen, daß Frauen ungleich dümmer sind als Männer; und Schulstatistiken ließe sich entnehmen, daß Katholiken dümmer sind als Protestanten¹⁵².

Die Unternehmer hypostasieren partiale Erkenntnisse, schließen von Erfahrungen in ihrem unmittelbaren Lebensbereich auf andere nur scheinbar analoge Verhältnisse. Ein Beispiel für diese Form ideologischen Denkens ist die Absolutsetzung der Theorie vom Primat der Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik ebenso wie die Vorstellung, daß die Unternehmerinitiative nur aus der Einheit von Besitz, Risiko und Verantwortung entspringen könne und also allein diese Einheit verantwortungsbewußte Entscheidungen erwarten lasse. Das Argument der Großindustrie, daß auch in Kapitalgesellschaften verantwortlich entschieden werde und der Generaldirektor eines Großkonzerns mehr Entscheidungsräume für verantwortungsbewußte Entscheidungen habe als ein Gemüsehändler oder Kleinunternehmer, zeigt die Unhaltbarkeit solcher Hypostasierungen. Vollends absurd wäre es, wollte man dieses

Prinzip auf eine Armee übertragen, die ja in besonders hohem Maße auf verantwortungsvolle Entscheidungen angewiesen ist.

Die nationalistischen und chauvinistischen Züge, die der Nation einen absoluten Eigenwert geben und das nationale Interesse höher ansetzen als das Lebensinteresse des Individuums, brauchen nicht noch einmal näher beschrieben und belegt zu werden.

Unter dem Blickwinkel ihrer Wirkung für den einzelnen wie für die Gesellschaft zeigt sich eine andere Reihe von typischen ideologischen Zügen in dem Gesellschaftsbild der mittelständischen Unternehmer, die noch kurz zu betrachten sein wird. Einer der wichtigsten davon ist die Legitimierung der herrschenden Besitzverhältnisse. Vor allem die Theorie, daß allein der persönliche Besitz und das daraus erwachsende Risiko verantwortungsvolle Unternehmerentscheidungen sichere, aber auch das gesamte Ethos der Selbständigkeit und der Persönlichkeit, das auf den Besitz als wesentlichsten Faktor begründet ist, die Verteidigung des Eigentumsrechtes als natürliches Recht und als Grundlage der Freiheit und Entfaltung der Individualität - die dann auch dem Arbeiter mit dem Eigentum zugleich gegeben werden soll - sind letztlich Versuche, die vorhandenen Besitzverhältnisse und besonders den eigenen Besitz zu rechtfertigen und zu stabilisieren.

In ähnlicher Weise werden die vorhandenen Standesunterschiede legitimiert, indem sie nicht als Besitz-, Macht- und Interessenunterschiede, sondern lediglich als Unterschiede der Begabung und Leistung und der Funktion im wirtschaftlichen Ablauf interpretiert werden. Die Unternehmer vertreten die Ansicht, Wirtschaftsführer sei kein erlernbarer Beruf, sondern beruhe auf ererbten Begabungen, und allein die Leistungsauswahl sei maßgeblich dafür, welchen Personen diese Arbeit für das Volk übertragen werde. Daher nähmen

sie selbst aufgrund der erwiesenen Leistung zu Recht ihren gesellschaftlichen Platz ein. Die Funktion dieser Thesen ist eindeutig. Ihre Fragwürdigkeit erweist sich freilich, wenn man sich die Leistungsauswahl genauer betrachtet und nach den Voraussetzungen fragt, die die angehenden Unternehmer in Gestalt von Besitz, Ausbildung und Beziehungen mitbringen, und die in der "Leistungsauswahl" von vornherein nur Leuten aus ihrer Schicht eine reale Chance geben. Die einzelnen Beispiele von Männern, die sich, wie etwa Carnegie, vom Tellerwäscher zum Millionär heraufarbeiteten, werden zwar weidlich ausgenutzt, diese These der allgemeinen Aufstiegschance zu belegen¹⁵³, können aber nicht ernsthaft darüber hinwegtäuschen, daß der normale Weg zum Unternehmerberuf vom Familienerbe vorherbestimmt ist und vom Vater bereitet wird. Schon die Frage nach den Kriterien, welche Leistungen diese Auswahl durch Aufstieg zum Unternehmer belohnt, bleibt durchwegs unbeantwortet bzw. wird mit Leerformeln wie "Charakterstärke" und "schöpferische Phantasie" usw. umgangen. Daß sich eine wirkliche Leistungsauswahl mit dem Prinzip des Besitzes als Voraussetzung für verantwortungsvolles Handeln nicht verträgt, oder daß dieses Prinzip jedenfalls die Besitzlosen von der Leistungsauswahl ausschließt, bleibt unerörtert.

Mit diesen legitimierenden mischen sich verschleiernde Züge, die vor allem die vorhandenen Herrschaftsstrukturen überdecken sollen. Dieser Zweck vor allem steckt in der Verpflichtung der Gesellschaft auf das "Gemeinwohl", die vergessen machen soll, daß es bestimmte soziale Gruppen sind, die die Geschicke der Gesellschaft beherrschen und nicht ein abstraktes Prinzip die Verteilung der Güter und der Rechte lenkt. Eine ganz entsprechende Wirkung hat die Zielsetzung der "Mittelstandsgesellschaft". Innerhalb des Betriebes wird dieser Gegensatz am deutlichsten ausgesprochen. Hier verdecken die Proklamation des "Wirtschaftsfriedens", der "Zusammenarbeit" und der "Betriebs-

arbeitsgemeinschaft" und die These von dem gemeinsamen Interesse an der Produktion den festen Willen des Unternehmers, Herr im Hause zu bleiben und sich die Herrschaft im Betrieb nicht nehmen zu lassen.

Eng verbunden mit der Verschleierungstendenz ist die Integrationsfunktion dieser Gesellschaftsvorstellungen. Die auf das Gemeinwohl verpflichtete Mittelstandsgesellschaft soll alle Interessengegensätze neutralisieren; die Betriebsarbeitsgemeinschaft soll dem Arbeiter das Gefühl der Zugehörigkeit zum Betrieb geben und ihn so aus der Gewerkschaftssolidarität lösen. Am deutlichsten zielt wohl in diese Richtung jenes Argument, der Unternehmer müsse vor allem jetzt erreichen, daß die Arbeiter glauben, daß er für sie arbeitet, wenn er scheinbar nur seinem eigenen Interesse nachgeht, und einsehen und anerkennen, was er alles schon für sie tut. Hier wird versucht, über das gemeinsame Interesse an der Erweiterung der Produktion die unterschiedlichen Interessen bei der Verteilung des Produzierten vergessen zu machen.

Damit wird zugleich eine direkt manipulatorische Absicht deutlich. Man will die Arbeiter von bestimmten Verhaltensweisen, etwa von solidarischen Aktionen gegen die Unternehmer, ja von jeder gewerkschaftlichen Solidarität überhaupt fernhalten und sie zu williger Arbeit im Betrieb ohne Widerspruch oder gar Widerstand bereit machen. Diesem Zweck dienen ebenso die nationalen Parolen, mit denen die Solidarität ersetzt werden soll, wie das Individualitätsbewußtsein, das man an die Stelle des "brutalen Massenwillens" der organisierten Arbeiterschaft setzen will.

Darüber hinaus hat aber das neue Gesellschaftsbild auch für die Unternehmer selbst eine handlungsdisponierende Funktion. Die allgemeinen Gefühle und Tendenzen, die das Gesellschaftsbild im einzelnen erzeugt,

lassen ihn auch für sein praktisches Handeln gewisse Präferenzen setzen, die dann im konkreten Fall einer praktischen Entscheidung bereits vorgelagert sind und eine auf die Sache bezogene zweckrationale Entscheidung erschweren oder unmöglich machen können. So mag - um nur einige einfache Beispiele zu nennen - die Ablehnung der Zügellosigkeit und Dekadenz der modernen Welt ^{von Hakenlöcher} zu einem Rückzug in den privaten Bereich, in Familie und Heim, veranlassen. Die Ablehnung der Gewerkschaften und die Vorstellungen von einer Interessenharmonie wird ihn besonders empfindlich reagieren lassen auf alle Forderungen, die den Gedanken an eine Dichotomie von Interessen erkennen lassen etc. In seinem Verhalten anderen Menschen gegenüber, in ihrer Einschätzung, in seinem wirtschaftlichen, politischen und auch in seinem privaten Verhalten müssen solche Vorentscheidungen umso größeren Einfluß ausüben, je stärker er an die Vorstellungen seiner Gruppe gebunden ist. Einer der stärksten und bis heute am weitesten wirksam gewordenen handlungsdisponierenden Komplexe ist der Antisozialismus und Antikommunismus, der gleichzeitig vereinfachende, klischeehafte Züge und integrative Funktionen enthält.

Das Moment der Selbstbestätigung ist besonders stark in dem neu entstehenden Gesellschaftsbild enthalten. Das Argument, der Unternehmer diene dem Volk, er schaffe die Grundlagen für die Existenz des Volkes, Arbeitsbeschaffung, Versorgung der Bevölkerung und Verbesserung der Lebenshaltung seien seine Leistungen für das Ganze, dienen ebenso diesem Zweck wie die Betonung der Persönlichkeit des Unternehmers. Auch die Berufung auf die Aufbauleistung der Unternehmer, an der man ihre Notwendigkeit ablesen könne, und auf die Praxis des Lebens, der man sich verpflichtet fühlt gegenüber theoretischem Übereifer der Intellektuellen und Bürokraten, hat offenbar den Sinn, die eigene Position bestätigt und sich selbst in ihr gerechtfertigt zu sehen.

Die Vorstellung von der Leistungsauswahl enthält dazu ein Moment der Selbsttäuschung, die dem Unternehmer das Bewußtsein gibt, daß er persönlich etwas gelte und einen Wert habe, auch wenn er in seiner praktischen wirtschaftlichen Tätigkeit keinen Erfolg hat. Ein solcher kompensatorischer Effekt liegt in der Betonung der individualistischen Persönlichkeit des Unternehmers und in seiner Bewertung als gesellschaftliches Vorbild usw.

Schließlich erfüllt dieses Gesellschaftsbild eine apologetische Aufgabe, wenn es feststellt, daß der Unternehmerberuf die volle Entfaltung der Persönlichkeit erlaube und daß man deshalb diesen Stand erhalten und die Wirtschaft verpersönlichen müsse. Oder wenn der Pioniertyp Unternehmer hervorgehoben wird und verlangt wird, er müsse eine Chance und einen Entfaltungsraum haben. Diese Forderungen sind offenbar dazu geeignet, den Unternehmerberuf in der öffentlichen Meinung aufzuwerten und mit einer Aura der Größe und Ehrfurcht zu umgeben. Solange die Art der Entfaltung der Persönlichkeit nicht näher bestimmt und der gesellschaftliche Wert des "Pioniertyps" im 20. Jahrhundert nicht genauer definiert ist, bleibt die Argumentation rein personalistisch auf das einzelne Individuum bezogen und sagt nur, daß man ihm eine Chance geben müsse, um zu sehen, was er daraus macht. Solche formalen Vollmachten, die inhaltlich leer bleiben, lassen sich für jeden Menschen verlangen. Statt "Unternehmer" läßt sich in den zweiten Satz ohne weiteres das Wort "Politiker" oder "Militär" oder "Revolutionär" einfügen, da es ja völlig unbestimmt bleibt, wer dieser "Pioniertyp" ist und welche Eigenschaften und Fähigkeiten ihm zu entfalten die Chance geboten werden müsse. In der Politik haben wir erlebt, wohin es führen kann, wenn man einem Pioniertyp einen Entfaltungsraum gibt. Und das Argument, der Unternehmerberuf erlaube die Entfaltung der Persönlichkeit, er-

innert ebenso fatal an Ernst Jüngers Verherrlichung des Krieges als hohe Schule der menschlichen Größe und der Mannestugend ¹⁵⁴. Wenngleich diese Parallelen natürlich nicht von den Unternehmern gemeint sind, so zeigen sie doch, wie formal und unbestimmt solche Vorstellungen sind, und daß ihr einziger praktischer Zweck eine Apologie des Unternehmers ist.

K Zeitpunkt der Veränderungen

Zu der Frage, warum sich diese Veränderung des Denkens der selbständigen Unternehmer gerade in den Jahren 1911 bis 1913 vollzog, sind noch einige Überlegungen anzutragen. Kapitel III und IV hatten gezeigt, daß sich weder die Stellungnahme der Unternehmer im Bund der Industriellen zu den wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen noch ihre Haltung gegenüber anderen sozialen Gruppen in der Zeit zwischen 1905 und 1914 wesentlich veränderten. Es ist daher nicht möglich, eine brauchbare Hypothese über die auslösenden Faktoren der Veränderungen aus der Wirtschaftspolitik selbst abzuleiten. Das läßt die Vermutung zu, daß die Veränderung des Bewußtseins dieses Teiles der Unternehmer und die Entstehung ihres spezifisch mittelständischen Gesellschaftsbildes ein subjektiver Vorgang ist, der nicht durch die Änderung der sozialen oder politischen Situation als solcher bedingt ist, sondern vielmehr durch das Bewußtwerden dieser Situation.

Es läßt sich in der Zeit von 1905 bis 1914 auch kein einzelnes wirtschaftlich oder politisch wichtiges Ereignis feststellen, das geeignet gewesen wäre, eine grundsätzliche Wandlung dieser Art zu erzwingen. Zwar zeigt sich der Prozeß dieser Veränderung besonders deutlich in der jeweiligen Reaktion der Unternehmer auf einzelne Ereignisse, wie etwa die beiden großen Wehrvorlagen, die Zolltarifverhandlungen, den Aus-

tritt des Cantralverbandes aus dem Hansabund. Aber mit keinem dieser Ereignisse ist die Veränderung selbst direkt verbunden. Auch in den Konjunkturschwankungen der Vorkriegsperiode läßt sich ein Auslöser für den Bewußtseinswandel nicht finden, wenn auch wiederum zu bemerken ist, daß die Jahre des Konjunkturrückganges, 1908 und 1913, gleichzeitig die Jahre besonderer Vorstöße in Richtung auf eine neue Bewußtseinsstruktur sind. Nach der Depression von 1901 - 02 begann im Jahre 1904 wieder eine günstige Entwicklung¹⁵⁵, die 1906 in einer Hochkonjunktur kulminierte¹⁵⁶. 1908 folgte eine Depression¹⁵⁷, der sich eine erneute Aufwärtsentwicklung bis zu dem Konjunkturjahr 1912¹⁵⁸ anschloß. Mitte 1913 begann ein langsamer neuer Rückgang der Wirtschaftsentwicklung, der bis zum Übergang in die Kriegswirtschaft 1914 anhielt¹⁵⁹.

Jedoch zeigen Tabelle 36 bis 40 deutlich, daß eine direkte Verbindung zwischen diesen Konjunkturen und den Veränderungen des Gesellschaftsbildes nicht herzustellen ist. Es ist nicht entscheidend, daß einzelne Autoren wie Stresemann und O.B. gerade die Perioden der Depression zum Anlaß für grundsätzliche Überlegungen nahmen, die in die Richtung auf ein neues Gesellschaftsbild zielten. Denn es geht in dieser Untersuchung nicht um die Autorenschaft und die Urheber dieses Bewußtseins, sondern um seine gesellschaftliche Relevanz. Wenn einzelne Unternehmer auch schon früher ein mittelständisches Gesellschaftsbild entworfen haben, so ist doch für das Bewußtsein einer sozialen Gruppe allein maßgebend, wann diese Ideen "die Massen ergreifen".

So lassen sich nur wenige Anhaltspunkte zur Begründung dafür geben, warum das neue Gesellschaftsbild sich gerade in der Zeit zwischen 1911 und 1913, in so kurzer Zeit, durchsetzte, obwohl die Verhältnisse ja seit 1871 in den wesentlichen Zügen die gleichen geblieben sind.

Das wichtigste Ereignis in dieser Hinsicht ist sicherlich die Ablösung der Gründergeneration in den führenden Positionen des Bundes, die mit den jüngeren Leuten zugleich eine neue verbandspolitische Konzeption, aber auch neue gesellschaftspolitische Gesichtspunkte bringt. Warren beschreibt diese neue Verbandspolitik als den Versuch Stresemanns, eine effektive nationale Vertretung (lobby) der Kleinindustrie zu schaffen¹⁶⁰. Jedoch reicht Warrens Erklärung für Stresemanns Implikationen, die davon ausgeht, daß man nach Bismarck nicht mehr gewußt habe, wer im Reich die Entscheidungen fälle¹⁶¹, nicht aus. Warren sieht weder eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Situation¹⁶² noch der Ideologie¹⁶³, und beschreibt lediglich den Versuch Stresemanns, mithilfe der wirtschaftlichen Interessenorganisation die politischen Gewalten zu beeinflussen. Daß diese Politik eine Reaktion auf eine Strukturwandlung der Gesellschaft ist und sehr wohl ideologische Konsequenzen hat, kann er von dieser personalistischen Sicht her nicht in den Griff bekommen. Seine Erklärung greift zu kurz, denn obwohl Stresemanns Einfluß zweifellos eine wichtige Rolle in dem Wandel der unternehmerischen Gesellschaftsvorstellungen spielt, wird man sicher nicht behaupten können, daß ihm allein dieser Wandel zu verdanken sei, und daß Stresemanns Streben nach Einfluß auf die Regierung das Gesellschaftsbild der Unternehmer reformiert habe. Obwohl mit Stresemann und Schneider zwei junge Männer des "linken" Flügels ab 1908 die politische und ab 1911 auch die publizistische Tätigkeit des Bundes stark beeinflussen, ist die Veränderung vorwiegend erst in den Jahren 1912 und 1913 vor sich gegangen. Das läßt darauf schließen, daß weder Stresemann noch Schneider mit einem neuen Programm auf die Chance gewartet haben, im Bund die entscheidenden Positionen übernehmen zu können, daß sie vielmehr in diese Positionen kamen und dann aufgrund einer geänderten

gesellschaftlichen Situation, die der alte Vorstand nur noch nicht zur Kenntnis genommen hatte, und aufgrund ihrer neuen Verbandspolitik dazu gedrängt wurden, sich Gedanken über die gesellschaftliche Situation und die Orientierung des Bundes in ihr zu machen. Die neuen Männer sind also keine Erklärung für die Veränderung und ihren Zeitpunkt, sondern nur ein Faktor, der sich freilich beschleunigend ausgewirkt haben mag. Daneben ist die durch den Hansabund erzwungene Gemeinsamkeit und nähere Fühlungnahme mit Landel, Gewerbe und Handwerk ein weiterer Faktor, der zur Neuorientierung zwang und die kleineren Unternehmer stärker mit mittelständischen Gedanken in Berührung brachte. Die direkte Wendung gegen die Großindustrie im Zuge der Vorbereitung auf die Wahlen von 1912, die bis zu der Behauptung ging, man wolle lieber Sozialdemokraten als Konservative im Reichstag sehen, führte den kleinen Unternehmern zum Bewußtsein, daß sie nicht mehr zu dem maßgebenden Teil der Industrie gehörten, und brachte sie zu engerer Anlehnung an mittelständische Vorstellungen. Daneben spielte eine große Rolle die Erkenntnis der Notwendigkeit, die öffentliche Meinung als politischen Machtfaktor anzuerkennen und zu berücksichtigen. Um wirksamere Öffentlichkeitsarbeit treiben zu können, um Verständnis und Sympathie im Volk zu werben, Wähler für sich zu mobilisieren und Einfluß zu gewinnen, mußte man ein Image entwickeln, das möglichst viele Menschen ansprach. Diese Notwendigkeit, von Stresemann seit Beginn seiner Tätigkeit im Verband Sächsischer Industrieller im Jahre 1902 immer wieder betont, zwang zur Reflexion der eigenen Lage und zum Bewußtsein der Tatsache, daß die kleineren Unternehmer unaufhaltsam aus der Schicht der Träger der wirtschaftlichen Macht heraussanken und zu einer eigenen Gruppe machtloser Kleinproduzenten und Kleinbesitzer wurden, deren Selbständigkeit ständig in Gefahr war.

Diese Erkenntnis führte zwangsläufig zur Rechtfertigung und Apologie der eigenen Stellung für die Öffentlichkeit wie für sich selbst, zur Betonung des Wertes der Selbständigkeit und der persönlichen Verantwortung. Der Druck der neuen Vermögenszuwachssteuer im Zuge der Wehrvorlage von 1913, die vor allem zu Lasten der kleinen Betriebe ging, denen sie fast jede Chance, doch noch bis in den Kreis der Großen durchzustößen, endgültig raubte, ließ diese Tendenz vollends durchbrechen.

Die Neuorientierung der selbständigen Unternehmer war noch nicht voll ausgebildet und durchgesetzt, als der Krieg die weitere Entwicklung unterbrach. Wie weit sich die Vorstellungen, die vor 1914 entstanden, und die sich so deutlich gegenüber denen der Jahre vor 1910 abheben, durchgesetzt hätten, wenn der Krieg nicht dazwischengetreten wäre, ist schwer zu sagen. Zwar entsprechen die neuen Gedanken bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen, sie boten sich zur Selbstrechtfertigung der kleineren Unternehmer gegenüber den übermächtig werdenden Gegnern in der Gesellschaft geradezu an. So ist zu vermuten, daß sie sich auch ohne den Krieg in den Auseinandersetzungen mit anderen Interessengruppen weiter durchgesetzt hätten. Andererseits greift die mittelständische Industrie jedoch nach 1918 den Faden nicht nur dort wieder auf, wo sie ihn 1914 fallen ließ, sondern stellt sich zugleich auf die neue gesellschaftliche Situation ein, die sie nach dem Kriege vorfindet.

Die Antwort auf die Revolution, die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten und den gestiegenen Einfluß der Arbeiterbewegung konnte nur sein, zu beweisen, daß der Unternehmer notwendig ist, soziale Partnerschaft anzubieten und den Arbeiter als gleichberechtigten Partner und Mitarbeiter statt als Untergebenen anzusprechen, ihn aber dabei doch in den Betrieb zu integrieren und so der Herrschaft des Unternehmers unterzuordnen.

Die Integrationsideologie und der Nachweis der Unentbehrlichkeit der selbständigen Unternehmer in Staat und Gesellschaft und ihrer schöpferischen und integrierenden Leistungen war aber schon vor 1914 die Politik der mittelständischen Unternehmer gewesen. Im intensiven Fortfahren auf dem beschrittenen Wege mußten sie daher ihre einzige Chance erblicken.

Dagegen sahen die Großindustriellen sich gezwungen, ihr patriarchalisches Weltbild aufzugeben oder zumindest zu verschleiern. Daher nahmen sie Argumente auf, die sie vor 1914 noch bekämpften und die damals als typisch mittelständisch gelten durften. Die kontinuierliche Annäherung der Großindustrie an die Vorstellungen und Argumente der mittelständischen Unternehmer hat dazu geführt, daß bis heute bei wachsender Konzentration in der Wirtschaft das Bewußtsein des industriellen Mittelstandes zunehmend zur herrschenden Vorstellung ausgebaut worden ist. Freilich zeigt die Gegenüberstellung der gesellschaftlichen Zielvorstellungen¹⁶⁴, daß die grundsätzlichen Gesichtspunkte im Gesellschaftsbild der Großindustrie auch nach 1918 die gleichen geblieben sind. Damit erweist sich die Übernahme mittelständischer Argumente als eine Rücksichtnahme auf die sozialen Veränderungen gegenüber 1914, nicht als eine grundsätzliche Änderung. Die Großindustrie mußte Rücksicht nehmen auf die Öffentlichkeit, sie mußte ihre Stellung in der Gesellschaft nun ebenso vor der Öffentlichkeit rechtfertigen wie die mittelständischen Unternehmer, und sie tat es mit deren erprobten Argumenten. Dazu hatte die Großindustrie durchaus ein Interesse an der Ausbreitung und Erhaltung mittelständischen Denkens in der Gesellschaft, da dieses Denken dazu geeignet erscheinen mußte, den Einfluß der Arbeiterbewegung zu vermindern, und da es die an wirtschaftlichem Einfluß und sozialer Stellung verlierenden Gruppen daran hindern konnte, sich linken Strömungen anzuschließen.

Auch die mittelständische Industrie mußte die neue gesellschaftliche Situation in ihr Konzept einbeziehen. Das Bewußtsein der Zeit nach 1918 konnte nicht einfach die bruchlose Fortsetzung dessen sein, was sich vor 1914 im Bund der Industriellen entwickelt hatte. Wenn es dennoch wie eine Ausführung dessen aussieht, was vor 1914 als Entwurf entstand, so kann das nur bedeuten, daß dieser Entwurf tatsächlich die Entstehung eines Gesellschaftsbildes der mittelständischen Unternehmer war, das auch durch den Krieg seine Geltung nicht verlor, da Krieg und Revolution die gesellschaftliche Rolle des deutschen Mittelstandes und die Stellung insbesondere der mittelständischen Industrie im gesamtgesellschaftlichen Gefüge nicht grundsätzlich verändert hat, sondern lediglich endgültig die Situation offenbar werden ließ, die seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die kleineren Unternehmer unaufhaltsam in den Mittelstand absinken ließ.

Anmerkungen zu I: Methodische Vorüberlegungen

- 1 Vgl. u.a. Heintz, Peter: Artikel "Vorurteile und Minoritäten" in: Fischer Lexikon Soziologie, Frankfurt 1958, S. 303 - 307: "... wobei in unseren Gesellschaften, wie es scheint, vornehmlich die Werte der Mittelstandsmoral als Maßstab verwendet werden, Werte, die gleichzeitig gesamtgesellschaftliche Geltung beanspruchen." (S. 304);
vgl. auch Lütken, Charlotte: Die Schule als Mittelklasseninstitution, in: Soziologie der Schule, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln/Opladen 1959, S. 22-39.
- 2 Vgl. Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Köln/Düsseldorf 1965, S. 332, 340;
Schelsky, Helmut: Industrie- und Betriebssoziologie, in: Gehlen/Schelsky: Soziologie, Düsseldorf/Köln 1955, S. 157 - 197, S. 171;
kritisch dazu Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 146-150.
- 3 Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932;
Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln 1949
- 4 Richter, Johannes Karl: Mittelstandspolitik, in: Fischer Lexikon Staat und Politik, Frankfurt (1960), S. 183 - 186, S. 184;
vgl. auch Marbach, Fritz: Theorie des Mittelstandes, Bern 1942, S. 137;
Gablentz, Otto v.d.: Mittelstand, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 392 - 395;
Grünberg, Emil: Der Mittelstand in der kapitalistischen Wirtschaft, Leipzig 1932, Kapitel Begriffsbestimmung, S. 9 - 75;
Artikel "Mittelstand" im Großen Brockhaus, 15. Aufl. 1932, 12. Bd. S. 633 - 634 und 16. Aufl. 1955, Bd 8 S. 70 - 71 und andere.

- 5 Richter, Mittelstandspolitik, S. 184 - 185
- 6 v.d. Gablentz, Mittelstand, S. 392
- 7 v.d. Gablentz, Mittelstand, S. 393 - 394;
vgl. Marbach, Mittelstand, S. 137
- 8 Vgl. Marbach, Mittelstand, S. 119, 137;
Meusel, Alfred: Bürgertum, in: Handwörterbuch der
Soziologie, (Vierkandt), Stuttgart 1931, S. 90 -
99, S. 91 - 92;
Bolte, Karl Martin: Schichtung, in: Fischer-Lexi-
kon Soziologie, Frankfurt/Main 1958, S. 244 - 253,
S. 249;
Brockhaus, Mittelstand, 16. Aufl. 1955, Bd 8, S.
70 u.a.
- 9 Richter, Mittelstandspolitik, S. 185;
vgl. Brockhaus, Mittelstand, 16. Aufl. 1955, Bd 8;
Bolte, Schichtung, S. 249;
Heydte, Friedrich August v.d.: Formen der Gesamt-
gliederung und Ordnung der Gesellschaft, in: Hand-
buch der Soziologie (Ziegenfuss), Stuttgart 1956,
S. 815 - 840, bes. S. 836;
Abel, Wilhelm und Schlotter, Hans Günther: Mittel-
standspolitik, in: Handwörterbuch der Sozialwissen-
schaften, Bd 7, S. 395 - 402;
vgl. auch die im folgenden näher erörterten Unter-
suchungen von Geiger, Marbach, Grünberg, Schelsky.
- 10 Marbach, Mittelstand, S. 89
- 11 Marbach, Mittelstand, S. 150 - 169
- 12 Marbach, Mittelstand, S. 119, 143
- 13 Grünberg, Mittelstand (vgl. Anm. 4), S. 66
- 14 Grünberg, Mittelstand, S. 66
- 15 Grünberg, Mittelstand, S. 73;
vgl. auch Bolte, Schichtung (vgl. Anm. 8), S. 249
- 16 Grünberg, Mittelstand, S. 129
- 17 Grünberg, Mittelstand, S. 140 - 142, 160

- 18 Grünberg, Mittelstand, S. 164, 165
- 19 Grünberg, Mittelstand, S. 165, 166
- 20 Grünberg, Mittelstand, S. 180
- 21 Grünberg, Mittelstand, S. 181
- 22 Grünberg, Mittelstand, S. 185;
vgl. auch Meusel, Bürgertum (vgl. Anm. 8), S. 91
- 23 Brüning auf der Reichshandwerkswoche vom 15. bis
22. März 1931, lt. Frankfurter Zeitung vom
18. 3. 31 - zit. nach Grünberg, Mittelstand, S. 188
- 24 Grünberg, Mittelstand, S. 211, 215
- 25 Jungblut, Michael: Ausverkauf des Mittelstandes.
Portrait Horst Angermann, in: Die Zeit, Nr. 28
v. 8. 7. 1966
- 26 Vgl. Hofmann, Werner: Industriesoziologie, Vorle-
sung in Marburg SS 1966
- 27 Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen
Volkes, Stuttgart 1932, S. 136
- 28 Geiger, Schichtung, S. 106
- 29 Geiger, Schichtung, S. 107
- 30 Geiger, Schichtung, S. 136
- 31 vgl. die Dissertation von Kühnl, Reinhard: Die
nationalsozialistische Linke 1925 - 1930, Meisenheim
1966;
Hallgarten, George W.F.: Hitler, Reichswehr und
Industrie, Frankfurt 1962
- 32 Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmelz-
tiegel, Köln 1949, S. 163
- 33 Geiger, Klassengesellschaft, S. 167 - 168
- 34 vgl. v.d. Gablentz, Mittelstand (vgl. Anm. 4),
S. 393;
Richter, Mittelstandspolitik (vgl. Anm. 4), S. 184;
Geiger, Klassengesellschaft, S. 164

- 35 Vgl. Richter, Mittelstandspolitik, S. 185;
v.d. Gablentz, Mittelstand, S. 392 - 393;
Heintz, Vorurteile, S. 304;
v.d. Heydte, Formen, S. 836
- 36 Heintz, Peter: Technik, in: Fischer Lexikon Sozio-
logie, Frankfurt 1958, S. 291 - 296
- 37 Richter, Mittelstandspolitik, S. 185
- 38 Brockhaus, Mittelstand, 16. Aufl. 1955, Bd 8, S. 70
- 39 Richter, Mittelstandspolitik, S. 184 - 185
- 40 v.d. Gablentz, Mittelstand, S. 392 - 393
- 41 Heintz, Vorurteile, S. 304
- 42 Richter, Mittelstandspolitik, S. 185
- 43 vgl. Anm. 2
- 44 v.d. Gablentz, Mittelstand, S. 392
- 45 vgl. etwa die Anfrage von Lenz, CDU, an die Bun-
desregierung, was sie zur Förderung des Mittelstan-
des durch bevorzugte Vergabe von Bundesaufträgen
an mittelständische Betriebe tue und ob das Bei-
spiel der Bundeswehr, die seit längerer Zeit mit-
telständische Betriebe bei der Vergabe von Aufträ-
gen bevorzuge, auf andere Bundesstellen übertrag-
bar sei. (Hessischer Rundfunk, Rundschau aus dem
Hessenland, am 27. 7. 1966)
- 46 Vgl. Richter, Mittelstandspolitik
- 47 vgl. hierzu und im folgenden: Sombart, Werner:
Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert
und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954
(8. Aufl.), bes. S. 444 - 464; vgl. auch
Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, München-
Leipzig 1928 (8. Aufl.), (1. Aufl. 1902).
- 48 Vgl. Sombart, Volkswirtschaft, S. 445, 450
- 49 vgl. Sombart, Volkswirtschaft, S. 450, 464

- 50 vgl. Sombart, Volkswirtschaft, S. 463. "Während man nämlich, wie wir sahen, bis in die Mitte des Jahrhunderts unter Mittelstand die Bourgeoisie und das gebildete Bürgertum verstand, und zwar unter Ausschluß der Arbeiterklasse, ... ist es seitdem Mode geworden, gerade die Handwerkerklasse in Stadt und Land als Mittelstand anzusprechen und zu verherrlichen."
- 51 vgl. Kapitel III, Abschnitt C
- 52 Jungblut, Ausverkauf (vgl. Anm. 25)
- 53 Die Schreibweise ist nicht einheitlich: der Centralverband selbst schreibt sich in seinem Organ von 1897 bis 1901 mit Z, ab 1901 bis 1914 mit C. Der Bund schreibt das Wort meist mit Z. In der Literatur werden beide Schreibweisen verwandt.
- 54 vgl. Der Weg zum industriellen Spitzenverband, ("Herle-Festschrift"), Darmstadt 1956, bes. S. 70 - 73
- 55 Die seit 1882 erscheinende Zeitung "Die Industrie. Zugleich Deutsche Konsulats-Zeitung", herausgegeben von Arnold Steinmann-Bucher, wird im Mai 1897 vertraglich zum Organ des Centralverbandes erklärt und erhält den neuen Titel "Deutsche Industrie-Zeitung"; ab 1899 erscheint sie wöchentlich statt vierzehntägig.
vgl. Bueck, Henry Axel/ Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876 bis 1901, Berlin 1902 (Bd I), 1905 (Bd II und III), Bd I, S. 273 - 275
- 56 vgl. Berger, Horst: Dokumentationsanalyse, in: Jentschmann u.a.: Einführung in die soziologische Forschung, Berlin (Ost) 1966, S. 77 - 80
- 57 König, René: Massenkommunikation, in: Fischer Lexikon Soziologie, S. 172 - 180, S. 178;
Maletzke gibt eine Zusammenstellung der verschiedenen Möglichkeiten der Inhaltsanalyse: Maletzke, Gerhard: Psychologie der Massenkommunikation, Hamburg 1963, S. 59 - 66

- 58 König, Massenkommunikation, S. 175 - 176
- 59 Die Lasswell'sche Formel wird in der deutschen Ausgabe von Katz, E. und Lazarsfeld, P.D.: Persönlicher Einfluß und Meinungsbildung, München 1962 (Orig. Titel: Personal Influence, Glencoe 1955) zweifellos irreführend übersetzt mit "Wer sagt etwas zu wem und mit welchem Erfolg". (S. 7) (Unterstreichung: S.P.) Berelson zitiert sie in der Form "who says what to whom, how, with what effect" (Berelson, Bernard: Content Analysis in Communication Research, Glencoe Ill. 1952, S. 13) (Unterstrichenes im Original kursiv). Silbermann nennt die gleiche Fassung wie König (Silbermann, Alfons: Systematische Inhaltsanalyse, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Stuttgart 1962, Bd 1, S. 570 - 600, S. 571).
- 60 Berelson, Content Analysis, S. 18
- 61 Berelson, Content Analysis;
Lasswell, Harold D., Lerner, Daniel and Pool, Ithiel de Sola: The Comparative Study of Symbols, Stanford 1952. Da das Buch von Lasswell, Lerner und Pool auf eine spezifische Untersuchungsreihe bezogen ist, soll hier das allgemeine Werk von Berelson zur Grundlage der Darstellung genommen werden und Lasswell Lerner und Pool nur bei abweichenden Ansichten, soweit erforderlich, zitiert werden.
- 62 Berelson, Content Analysis, S. 16
- 63 Berelson, Content Analysis, S. 17
- 64 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 115 - 133;
Zit. S. 116
- 65 Berelson, Content Analysis, S. 19
- 66 Berelson, Content Analysis, S. 18 - 20
- 67 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 29 - 34,
Zit. S. 29
- 68 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 29 - 32,

- 69 Lasswell, Harold D.: Why Be Quantitative? in:
Berelson, B. and Jannowitz, Morris: Reader in Public
Opinion and Communication Research, Glencoe Ill.
1950, S. 265 - 277, S. 271
- 70 Lasswell, Why Be, S. 277
- 71 George, Alexander L.: Quantitative and Qualitative
Approaches to Content Analysis, in: Pool, Ithiel de
Sola; Trends in Content Analysis, Urbana 1959,
S. 7 - 32
- 72 Pool, Trends in Content Analysis, S. 193
- 73 George, Qualitative, S. 9 - 10
- 74 George, Qualitative, S. 15, 17
- 75 George, Qualitative, S. 23
- 76 George, Qualitative, S. 17; 14
- 77 George, Qualitative, S. 24
- 78 Maletzke, Psychologie, S. 70 - 73 und
George, Qualitative, S. 24
- 79 Berelson, Content Analysis, S. 27, 72;
vgl. auch Silbermann, Inhaltsanalyse (vgl. Anm. 59)
S. 572;
Maletzke, Psychologie, S. 64
- 80 Katz, Elihu und Lazarsfeld, Paul F.: Persönlicher
Einfluß und Meinungsbildung. München 1962 (Origin.
Titel: Personal Influence, Glencoe 1955), S. 22
- 81 Beispiele finden sich bei Berelson, George u.a.
- 82 Lazarsfeld, Paul F./ Berelson, Berard/ Gaudet,
Hazel: The Peoples Choice, New York 1944
- 83 Silbermann, Inhaltsanalyse, S. 573
- 84 Berelson, Content Analysis, S. 29
- 85 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 37 - 38
- 86 Berelson, Content Analysis, S. 136
- 87 Berelson, Content Analysis, S. 135 - 146

- 88 Die Ausführungen zur Content- Analyse bei Silbermann, Alphons: Bildschirm und Wirklichkeit, Berlin-Frankfurt-Wien 1966, S. 44 - 49, zeigen freilich ein schwieriges Problem beim Vergleich verschiedener Medien nach Längeneinheiten. Silbermann setzt Zeitung, Rundfunk und Fernsehen gleich, indem er Bilder in Zeilen und Zeilen in Sprechzeiten umsetzt. Beim Fernsehen addiert er bei stehenden Bildern die halbe, bei bewegten Bildern die doppelte Zeiteinheit, ohne diese Setzung genauer zu begründen etwa durch einen Vergleich der informativen Wirkung von Bildern.
- 89 vgl. auch Silbermann, Inhaltsanalyse, S. 573; König, Massenkommunikation, S. 176
- 90 Berelson, Content Analysis, S. 147 - 168
- 91 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 29
- 92 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 58
- 93 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 34
- 94 Berelson, Content Analysis, S. 132
- 95 Berelson, Content Analysis, S. 133
- 96 vgl. hierzu auch Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 46 - 47
- 97 Berelson, Content Analysis, S. 129 - 131
- 98 Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 36
- 99 Berelson, Content Analysis, S. 169 - 195;
vgl. auch Lasswell, Why Be, S. 268 - 270
- 100 George, Qualitative, S. 24 - 25
- 101 George, Qualitative, S. 26 - 28
- 102 George, Qualitative, S. 29
- 103 George, Qualitative, S. 29, 32
- 104 Silbermann, Inhaltsanalyse, S. 590 - 592;
Maletzke, Psychologie, S. 64 - 66

- 105 Institut für Sozialforschung (Adorno, Th.W. u.a.): Sozialforschung, empirische. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HDSW), Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd 9, S. 419 - 435, S. 431
- 106 Die genannten Jahrgänge sind in den öffentlichen Bibliotheken, einschließlich derer in der DDR und in den USA, nicht nachweisbar, ebenso wenig in den Bibliotheken der Industrie- und Handelskammern, in den Weltwirtschaftsarchiven, im Westfälischen Wirtschaftsarchiv in Dortmund, im Deutschen Industrie-Institut. Inserate im "Volkswirt" und im "Arbeitgeber" und verschiedenste Nachfragen erbrachten auch keinen Hinweis auf mögliche private Bestände.
- 107 Bei einer letzten Überprüfung der Ergebnisse erfahre ich, daß die bisher in der Krupp'schen Fachbibliothek in Essen vorhanden gewesenen Bände 1905 und 1906 inzwischen leider makuliert worden sind, so daß nunmehr die Zeitschrift nur noch ab 1907 zugänglich ist.
- 108 vgl. Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit, München 1961, besonders die Aufsätze: Elemente einer Theorie des Konflikts, S. 197 - 235; Die Funktion sozialer Konflikte, S. 112 - 131; Struktur und Funktion. Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie, S. 49 - 84; Soziologie und industrielle Gesellschaft, S. 13 - 26;
vgl. auch die Anwendung dieser Theorie in Dahrendorfs kritischen Beiträgen zur deutschen Soziologie, in: Gesellschaft und Freiheit (s.o.); Bildung ist Bürgerrecht, Hamburg 1965; Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965
- 109 Dahrendorf, Struktur und Funktion, bes. S. 77, 80 - 81
- 110 Dahrendorf, Funktion sozialer Konflikte, S. 130

- 111 Dahrendorf, Elemente einer Theorie, S. 213, 214, 220
- 112 Dahrendorf, Elemente, S. 216
- 113 Dahrendorf, Elemente, S. 227
- 114 Dahrendorf, Elemente, S. 226
- 115 Dahrendorf, Elemente, S. 235
- 116 vgl. Dahrendorf, Elemente, S. 212 - 220
- 117 Das gleiche gilt auch für die "Theorie sozialer Konflikte", die L.A. Coser entwickelt. Da Cosers Arbeit in den hier relevanten Fragen nicht grundsätzlich über den Entwurf Dahrendorfs hinausgeht, kann hier darauf verzichtet werden, näher auf sein Buch einzugehen. Erwähnt sei immerhin, daß der starke Rückgriff Cosers auf Georg Simmel eine Beziehung zu der "formalen Soziologie" deutlich macht, die bei Dahrendorf nicht so ausdrücklich hergestellt wird, die sich aber der Sache nach ebenso nachweisen ließe.
Vgl. Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte, Neuwied-Berlin 1965.
- 118 vgl. Dahrendorf, Ralf: Sozialwissenschaft und Werturteil, in: Gesellschaft und Freiheit, S. 27 - 48, bes. S. 47
- 119 Vgl. Dahrendorf, Elemente, S. 231, 233, 235
- 120 Dahrendorf, Sozialwissenschaft, S. 46 - 47
- 121 Maus, Heinz: Einige Notizen zum Begriff der sozialen Klasse. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP), Bd 46, 1960, Nr. 1; S. 115 - 126, S. 124
- 122 Habermas, Jürgen: Von den kritischen und konservativen Aufgaben der Soziologie, in: Wissenschaft und Verantwortung. Universitätstage der Freien Universität Berlin, 1962, S. 157 - 171, S. 169
- 123 Habermas, Von den, S. 169 - 170
- 124 Lenk, Kurt: Ideologie, Neuwied 1964 (2. Aufl.), S. 17 - 59

- 125 Lenk, Ideologie, S. 37
- 126 Marx, Karl: Das Kapital, Bd I (Marx-Engels: Werke, Bd 23), Berlin 1962, S. 85 - 98
- 127 Lieber, Hans Joachim: Ideologie, in: Fischer Lexikon Staat und Politik, Frankfurt 1960, S. 120 - 123, S. 121
- 128 Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Frankfurt 1952, S. 36, 49 - 65, 86 - 94, 169 - 184
- 129 Mannheim, Ideologie, S. 58
- 130 Mannheim, Ideologie, S. 169 - 182; Zit. S. 178
- 131 Mannheim, Ideologie, S. 229; 228
- 132 Mannheim, Ideologie, S. 129 - 131
- 133 Mannheim, Ideologie, S. 132
- 134 Mannheim, Ideologie, S. 135 - 138
- 135 Mannheim, Ideologie, S. 141, 258
- 136 Mannheim, Ideologie, S. 166 - 167, 258
- 137 Mannheim, Ideologie, S. 85
- 138 Geiger, Theodor, Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens. Stuttgart-Wien 1953
- 139 Geiger, Ideologie, S. 177
- 140 Geiger, Ideologie, S. 180
- 141 Geiger, Ideologie, S. 181 - 185
- 142 Lieber, Ideologie, S. 123
- 143 Lieber, Hans Joachim: Intelligenz, in: Fischer Lexikon Staat und Politik, Frankfurt 1960, S. 124 - 128, S. 126
- 144 Lieber, Ideologie, S. 123
- 145 Lenk, Ideologie, S. 372
- 146 Lenk, Ideologie, S. 44
- 147 Lenk, Ideologie, S. 40

- 148 Lenk, Ideologie, S. 38
- 149 Lenk, Ideologie, S. 56
- 150 Topitsch, Ernst: Begriff und Funktion der Ideologie, in: Topitsch, Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft. Neuwied 1961, S. 15 - 52
- 151 vgl. Topitsch, Ideologie, S. 34 - 35
- 152 Topitsch, Ideologie, S. 32 - 33
- 153 Topitsch, Ideologie, S. 33
- 154 Topitsch, Ideologie, S. 39 - 40
- 155 Topitsch, Ideologie, S. 35, 37 - 39, 45 - 46
- 156 Topitsch, Ideologie, S. 41

Anmerkungen zu II: Historische Einleitung

- 1 Vgl. Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin (Dietz) 1947 - unveränderter Neudruck der 1. Auflage von 1910, S. 263 - 338, 425 - 435.
- 2 vgl. Sombart, Werner; Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts, Darmstadt 1954 (8. Aufl.), S. 447;
Maus, Heinz: Imperialismus, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HDSW), Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd 5, S. 185 - 191, S. 189-190;
vgl. auch Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus, München-Leipzig 1928 (8. Aufl.) (1. Aufl. 1902), Bd II, 2
- 3 vgl. Hallgarten, George W.F.: Imperialismus vor 1914. Soziologische Darstellung der deutschen Außenpolitik bis zum Ersten Weltkrieg, München 1951, Bd I, S. 179;
Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft 1870 bis 1940, Stuttgart 1950, S. 42;

Bueck, Centralverband, Kapitel Handels- und Zollpolitik, Bd I, S. 307 - 610 sowie Bd I, S. 115 - 120. 188, 255;

Nipperdey, Thomas: Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., H. 3 (Sept.1961), S. 262 - 280, S. 265;

Gruntzel, Josef: Die Industrie, in: Handbuch der Politik, Berlin-Leipzig 1921, S. 262 - 263

- 4 vgl. Warren, Donald: Gustav Stresemann as Organizer of German Business Interests, 1901 - 1914, Diss. Columbia Univ. 1959, S. 9 - 10, 49 - 50;
Bueck, Centralverband, Bd I, S. 108 - 109;
vgl. auch Stolper, Wirtschaft
- 5 vgl. Warren, Stresemann, S. 10 - 12
- 6 vgl. Warren, Stresemann, a.a.O., S. 14 - 15
- 7 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 470;
Hallgarten, Imperialismus, S. 179;
Stolper, Wirtschaft, S. 41;
Nipperdey, Interessenverbände, S. 264
- 8 Bueck, Centralverband, Bd I, S. 119;
vgl. hierzu und im folgenden: Hauenstein, Fritz:
Die ersten Zentralverbände, in: Der Weg zum industriellen Spitzenverband ("Herle-Festschrift"), Darmstadt 1956, S. 1 - 73;
Bueck, Centralverband Bd I, S. 1 - 391, bes. S. 232, 268;
Nipperdey, Interessenverbände
- 9 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 413 - 423
- 10 Hilferding, Finanzkapital, S. 414;
vgl. auch Brentano, Lujo: Schutzzoll und Freihandel, in: Handbuch der Politik, Berlin-Leipzig 1921, S. 292 - 313
- 11 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 420 - 421
- 12 Bräntano, Schutzzoll, S. 308 - 309
- 13 vgl. Warren, Stresemann, S. 10

- 14 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 423 - 424, 476;
Hallgarten, Imperialismus, S. 366
- 15 vgl. Hauenstein, Zentralverbände, S. 38 - 41
- 16 Hilferding, Finanzkapital, S. 469;
vgl. Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen
von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn
der Industrialisierung, in: Politische Vierteljahres-
schrift, 2. Jg H.2 (Juni 1961), S. 124 - 154, S. 139
- 17 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 502
- 18 vgl. Kuczynski, Jürgen, Studien zur Geschichte des
deutschen Imperialismus, Bd I: Monopole und Unter-
nehmerverbände, Berlin (Dietz) 1948, S. 211;
Bueck, Centralverband, Bd III, S. 685 - 687
- 19 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 502 - 503
- 20 Nipperdey, Interessenverbände, S. 275
- 21 vgl. Hauenstein, Zentralverbände, S. 41
- 22 vgl. Hauenstein, Zentralverbände, S. 51 - 52
- 23 Stolper, Wirtschaft, S. 50
- 24 vgl. Kuczynski, Imperialismus, I, S. 228 - 232
- 25 vgl. Deutsche Industrie, Jg 15, H. 12, Juli 1913,
(2), S. 178
- 26 vgl. Kapitel IV, Tab. 15; Kapitel III B
- 27 Zum Verwandten Ideologiebegriff siehe Kapitel I,
Methodische Vorüberlegungen, Abschnitt C
- 28 Stolper, Wirtschaft, S. 43
- 29 Sartorius von Waltershausen, A.: Deutsche Wirtschafts-
geschichte 1815 - 1914, 2. Aufl., Jena 1923, S. 380
- 30 Hobson, John H.: Imperialismus, 1902 (o.O.);
vgl. Hallgarten, Imperialismus, S. 17
- 31 Sternberg, Fritz: Der Imperialismus, Berlin 1926;
vgl. Hallgarten, Imperialismus, S. 21
- 32 Hilferding, Finanzkapital; vgl. Hallgarten S. 23
- 33 Hilferding, Finanzkapital, S. 425

- 34 Hilferding, Finanzkapital, S. 433 - 435
- 35 Hilferding, Finanzkapital, S. 436, 440 - 441
- 36 Maus, Imperialismus (s. Anm. 2), S. 185 - 191
- 37 Maus, Imperialismus, S. 189
- 38 Maus, Imperialismus, S. 185 - 186, S. 190/91
- 39 Hauenstein, Zentralverbände, S. 55 - 56
- 40 Maus, Imperialismus, S. 190 - 191
- 41 Hilferding, Finanzkapital, S. 454
- 42 Hilferding, Finanzkapital, S. 456 - 458;
vgl. Fischer, Fritz: Der Griff nach der Weltmacht,
Düsseldorf 1961, 3. Aufl. 1964, S.15 - 58.
Fischer gibt eine Randnotiz Wilhelms II. auf einem
Brief des Staatssekretärs des Äußeren, Graf Kiderlen-
Waechter aus dem Jahre 1907 wieder: "Neid und immer
wieder Neid bei allen anderen gegen uns. Aber beson-
ders muß den Galliern kein Zweifel gelassen werden,
daß sie sich nicht unterstehen sollen, auf die
britische Entente gestützt, sich damit zu amüsie-
ren zu versuchen, uns im Orient aus dem Sattel zu
heben. Das sind vitale Interessen, bei deren Ver-
teidigung es aufs Ganze geht. Dafür schlage ich
mich eventuell." S. 57
- 43 Hallgarten, Imperialismus, S. 463 - 464
- 44 Hilferding, Finanzkapital, S. 464
- 45 Hilferding, Finanzkapital, S. 465 - 466
- 46 Sartorius von Waltershausen, Wirtschaftsgeschichte,
S. 238
- 47 vgl. Weymar, Ernst: Die "Deutsche Sendung" als
Leitgedanke im Geschichtsunterricht der höheren
Schulen (19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahr-
hunderts), in: Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis
des Judentums, 5. Jg. H. 17, 1966, S. 1820 - 1830,
1831 - 1836;
Schumann, Hans Gerd: Integrationsfunktion der Vor-
urteilsstereotype vom "Unternehmertum", in:
Tribüne, 5. Jg. H. 17, 1966, S. 1831 - 1836

- 48 Hauenstein, Zentralverbände, S. 68 - 69;
vgl. Horn, Karl-Heinz: Der Hansa-Bund. Ein Beitrag
zur Auseinandersetzung um die wirtschaftlichen
Interessen in Deutschland am Anfang dieses Jahrhun-
derts, Dipl. Arb. (unveröff.), Berlin 1961
- 49 Hauenstein, Zentralverbände, S. 67
- 50 vgl. Horn, Hansabund, S. 57 - 58
- 51 Horn, Hansabund, S. 60;
Hauenstein, Zentralverbände, S. 68 - 69
- 52 vgl. Hauenstein, Zentralverbände, S. 70;
Nipperdey, Interessenverbände, S. 277
- 53 Hilferding, Finanzkapital, S. 480 - 481
- 54 vgl. Hauenstein, Zentralverbände, S. 48 - 51;
vgl. Warren, Stresemann, S. VI - VII, S. 209 - 212;
Warren überschätzt allerdings zweifellos Stresemanns
Rolle, wenn er meint, Stresemann habe durch Drama-
tisierung der Unterschiede zwischen Leicht- und
Schwerindustrie den Bund der Industriellen davor be-
wahrt, vom Centralverband absorbiert zu werden.
- 55 Warren, Stresemann, S. 209 - 214; Zit. S. 213;
Fischer, Weltmacht, S. 19
- 56 Deutsche Industrie, Jg. 15 H. 12, Juli 1913 (2), S. 178
- 57 "Deutsche Industrie", Jg 9/1907, S. 26
Der mit O.B. zeichnende Autor spricht bereits 1906
und 1907 Gedanken aus, die im Bund erst nach 1911
allgemein anerkannt werden; genaueres dazu ist in
Kapitel III, Abschn. C und G ausgeführt.
- 58 "Deutsche Industrie", Jg 10/1908, S. 268
- 59 Nipperdey, Interessenverbände, S. 264
- 60 Warren, Stresemann, S. III
- 61 Nipperdey, Interessenverbände, S. 264, 265
- 62 Warren, Stresemann, S. VI
- 63 Hauenstein, Zentralverbände, S. 53 - 56
- 64 Hauenstein, Zentralverbände, S. 56 - 57
- 65 Hauenstein, Zentralverbände, S. 50

- 66 Hilferding, Finanzkapital, S. 408, 409
- 67 vgl. Habermas, Hürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied 1962, 2. Aufl. 1965, S. 68
- 68 Habermas, Öffentlichkeit, S. 140
- 69 Habermas, Öffentlichkeit, S. 196
- 70 Habermas, Öffentlichkeit, S. 198
- 71 Habermas, Öffentlichkeit, S. 194
- 72 Nipperdey, Interessenverbände, S. 270 - 271
- 73 Habermas, Öffentlichkeit, S. 195
- 74 Habermas, Öffentlichkeit, S. 218
- 75 Habermas, Öffentlichkeit, S. 226
- 76 Warren, Stresemann, S. 249 - 250, 252
- 77 Nipperdey, Interessenverbände, S. 267;
zur Doppelwährung vgl. Bueck, Centralverband, S. 204

Anmerkungen zu III: Darstellung

- 1 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 147: "Since the categories contain the substance of the investigation, a content analysis can be no better than its system of categories."
- 2 vgl. Hofmann, Werner: Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht. Die Werturteilsfrage - heute. Berlin-München 1961
- 3 vgl. Hofmann, Gesellschaftslehre, S. 16 - 19
- 4 Hofmann, Gesellschaftslehre, S. 20, Anm. 3
- 5 "Befindet sich das richtige Seinsurteil im logischen Verhältnis der Übereinstimmung mit dem Sachverhalt, so ist das richtige Werturteil richtig vom Sachverhalt abgeleitet. Auch das einschätzende Urteil ist daher nachprüfbar." Hofmann, Gesellschaftslehre, S. 24 (Unterstrichenes ist im Original kursiv gedruckt)

- 6 Der Begriff "Berufsstand" wird hier noch nicht im Sinne einer ständischen Gesellschaftsgliederung gebraucht, sondern ist gleichbedeutend mit "Berufsgruppe"; vgl. auch den Abschnitt zum Selbstbewußtsein der Unternehmer.
- 7 vgl. unten den Abschnitt über die Stellung des Bundes zu anderen gesellschaftlichen Gruppen.
- 8 vgl. dazu auch Stresemanns Aufsatzsammlung "Wirtschaftspolitische Zeitfragen", Dresden 1911, insbes. den Vortrag über "Industriepolitik" aus dem Jahre 1908, S. 162 - 189.
- 9 Zur Einschätzung der Unternehmereigenschaften und -Leistungen vgl. den Abschnitt über das Selbstbild.
- 10 vgl. unten die Abschnitte zur Stellung gegenüber anderen Gruppen und über wirtschaftspolitische Fragen.
- 11 vgl. hierzu Most, Otto: Wirtschaft und Persönlichkeit. (Sonderdruck aus: "Die Tatwelt", H. 10/12, 1929) Langensalza 1929, S. 13 - 14;
Funk, Walter: Sozialpolitik gegen die Wirtschaft, in: Berliner Börsen-Zeitung, Nr. 181 v. 19.4.1925;
Freese, Heinrich: Meine Werksgemeinschaft, in: Deutsche Bergwerks-Zeitung, Düsseldorf, Nr. 281 v. 17.9.1929
- 12 vgl. Herle, Jakob: Zehn Jahre Einheitsfront, in: Der Reichsverband der Deutschen Industrie. Sonderbeilage der Kölnischen Zeitschrift Nr. 515 v. 20.9.1929
- 13 vgl. "Reichsverband der Deutschen Industrie, Berlin", Sonderdruck des Archivs für Industrie und Handel, Berlin (o.J.) (vermutlich 1929)
- 14 vgl. Duisberg, Karl: 10 Jahre RDI, in: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 441 v. 21.9.1929;
Die Frankfurter Zeitung spricht im Jahre 1929 von großen Anstrengungen der Industrie, "der Führung der staatlichen Wirtschafts- Sozial- und Finanz-

politik eine Kursänderung in ihrem Sinne aufzunötigen". "Zur Finanz- und Wirtschaftslage", Frankfurter Zeitung Nr. 927 v. 13.12.1929

- 15 vgl. "Gleichschaltung im Reichsverband der Deutschen Industrie", Deutsche Bergwerks- Zeitung, Düsseldorf, Nr. 80 v. 4.4.1933
- 16 vgl. Herle, Einheitsfront (s. Anm. 12);
 "Ein Aufruf des Reichsverbandes der Deutschen Industrie", in: Eisen- und Stahlwaren- Industrie, Barmen, Nr. 48 v. 29.11.1930;
 "Reichsverband der Industrie gegen die 'Flucht in den Mittelstand', Berliner Tageblatt Nr. 119 v. 13.3.1933;
 "Schwer- und Fertigindustrie", in: Kölnische Zeitung Nr. 264 v. 9.4.1927;
 "Die wirtschaftspolitische Stellung des 'mittleren' Unternehmers", Deutsche Bergwerks- Zeitung, Düsseldorf, Nr. 182 v. 6.8.1930 u.a.
- 17 vgl. dazu Herle, Jakob; Der Weg zum Reichsverband der Deutschen Industrie. Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts Nr. 1 v. 2.1.1956
- 18 vgl. "Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 20. und 21.9.1929". Veröffentlichungen des RDI Nr. 18, Oktober 1929; für die Großindustrie vgl. außerdem Duisberg, 10 Jahre RDI (s. Anm. 14);
 Weber, August: Unternehmertum und Kapitalismus, in: Berliner Börsen- Zeitung Nr. 442 v. 21.9.1929
- 19 vgl. Duisberg, 10 Jahre RDI:
- 20 Herle, Jakob: Der Individualismus in der modernen Industriewirtschaft. Sonderdruck aus: Der deutsche Volkswirt - Zeitschrift für Politik und Wirtschaft Nr. 48 v. 31.8.1928, S. 4 - 6, 9
- 21 Wichterich, Richard: Stirbt der deutsche Unternehmer aus? Für Wiederverpersönlichung der Wirtschaft, in: Kölnische Volkszeitung Nr. 465 v. 2.10.1931
- 22 Herle, Einheitsfront (s. Anm. 12);

Winschuh, Josef: Unternehmer und öffentliche Meinung,
in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, Nr. 298/
299 v. 2.7.1929

- 23 Duisberg, 10 Jahre RDI
- 24 Most, Persönlichkeit (s. Anm. 11), S. 5
- 25 vgl. dazu etwa die Nachrufe auf Walter Eucken
in der "Welt" Nr. 70 v. 23.3.1950 und in der Deut-
schen Zeitung und Wirtschafts- Zeitung Nr. 24 v.
25.3.1950 ("Denken und Handeln in Ordnungen");
Eucken, Walter: Die Ordnung der Wirtschaft, Frank-
furter Allgemeine Zeitung Nr. 303 v. 31.12.1951;
Oppenheimer, Franz: Zu Franz Oppenheimers 70. Ge-
burtstag, Neue Freie Presse, Wien, Nr. 24980 M.
v. 30.3.1934;
Röpke, Wilhelm: Nachruf auf Franz Oppenheimer, Neue
Züricher Zeitung Nr. 28 v. 6.1.1944;
Prechtel, Robert: Franz Oppenheimers Lebenswerk, o
in: Der Tagesspiegel, Berlin, Nr. 304 v. 29.12.1946
- 26 vgl. Troß, E.: Der Arbeitgeber, in: Frankfurter Zei-
tung Nr. 679 v. 12.9.1930 (geschrieben 1928)
- 27 vgl. Düssel, Carl: Unternehmer oder Beamter? Berlin
1931, S. 5
- 28 vgl. Herle, Einheitsfront;
"Reichsverband ..." (s. Anm. 13)
- 29 vgl. "Brüning über das deutsche Lebensschicksal",
in: Berliner Börsen- Zeitung Nr. 449 v. 26.9.1931
- 30 vgl. Duisberg, 10 Jahre RDI;
Kalle, F. W.: Die Aufgaben der Industrie im öffent-
lichen und kulturellen Leben der Nation, in: Mit-
gliederversammlung ... (s. Anm. 18);
Bericht der Kölnischen Zeitung von der Tagung des
Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Köln, in:
Nr. 460 v. 24.6.1925
- 31 "Gegen den Reichsverband der Deutschen Industrie", in:
Deutsche Bergwerks- Zeitung, Essen, Nr. 280 v.
30.11.1927

- 32 vgl. Mitgliederversammlung (s. Anm. 30);
Herle, Einheitsfront (s. Anm. 12)
- 33 vgl. Weber, Unternehmertum (s. Anm. 18)
- 34 Duisberg, 10 Jahre RDI;
"Die geistige Entscheidung des Unternehmertums", in:
Frankfurter Zeitung Nr. 650 v. 1.9.1930
- 35 "Industriepolitik", in: Frankfurter Zeitung Nr. 720
v. 23.9.1929
- 36 Wichterich, Unternehmer (s. Anm. 21)
- 37 vgl. Mitgliederversammlung (s. Anm. 18);
Weber, Unternehmertum (s. Anm. 18)
- 38 vgl. für die Großindustrie: Duisberg, 10 Jahre RDI;
Weber, Unternehmertum;
"Brüning über das" (s. Anm. 27);
für die mittelständische Industrie: Kalle, Aufgaben
(s. Anm. 30);
Düssel, Unternehmer (s. Anm. 27);
Schumpeter, Josef: Ökonomie und Psychologie des
Unternehmers, Leipzig 1929, S. 15;
Winschuh, Josef: Unternehmer und öffentliche Meinung,
(s. Anm. 22);
Salin, Edgar: Unternehmer und Wissenschaft, in:
Deutsche Bergwerks- Zeitung, Essen, Nr. 159 v.
10.7.1929
- 39 Daß der Lohndruck in Kleinbetrieben stärker ist als
in Großunternehmen, da diese lohnintensiver sind und
die Großindustrie mehr Machtmittel gegenüber ihren
Arbeitern hat, und daß deshalb die kleinen Betriebe
sich selbst stärker von der Sozialdemokratie be-
droht fühlen als die Großen, kommt z.B. in DI 12/298
zum Ausdruck. Siehe auch Hilferding, Finanzkapital,
S. 502
- 40 So wird etwa eine strengere Fassung der Gesetze ge-
gen Nötigung gefordert, die auch gegen den Zwang
zum Kartell gerichtet sein sollte (DI 14/55-6). Noch
deutlicher tritt diese Tendenz nach 1918 hervor: vgl.
"Anonymes Herzogtum", in: Frankfurter Zeitung Nr. 233
v. 29.3.1927;

- Düssel: Unternehmer oder Beamter? (s. Anm. 27);
 Wichterich: Stirbt der Unternehmer aus? (s. Anm. 21)
- 41 vgl. nach 1918: Duisberg: 10 Jahre RDI (s. Anm. 14);
 Düssel: Unternehmer...;
 Most: Wirtschaft und Persönlichkeit (s. Anm. 11),
 S. 10 - 12);
 Wichterich, Stirbt der ...
- 42 Die Wertschätzung der Individualität, die sich in der
 Unternehmertätigkeit verwirkliche, ist in den bereits
 angeführten Stellen (DI 8/171 - 2, 10/232 - 3, 12/
 114 - 6, 13/177 - 8 usw.) sinngemäß enthalten; die
 Notwendigkeit des Schutzes der individuellen Rechte
 und Freiheiten wird ebenso im Zusammenhang mit den
 Forderungen nach "Schutz der Arbeitswilligen"
 (siehe weiter unten) verlangt. Expressis verbis
 wird freilich erst nach 1918 das "Individualitäts-
 prinzip" dem "Sozialprinzip" entgegengestellt;
 vgl. Herle, Individualismus (s. Anm. 20)
- 43 Deutlich ausgesprochen wird diese Verbindung der Be-
 gründung der Position durch den Charakter und des
 Charakters durch die Position erst nach 1918: vgl.
 etwa Siemens, Carl von: Entgötterung, in: Deutsche
 Allgemeine Zeitung, Berlin, Nr. 433/434 v. 16.9.1932;
 Most, Wirtschaft und Persönlichkeit (s. Anm. 11), S.8
- 44 vgl. Düssel, Unternehmer (s. Anm. 27), S. 10
- 45 Brettner, Hans; Die Organisation der industriellen
 Interessen, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin,
 Nr. 350 v. 1.8.1923
- 46 Wichterich, Stirbt der Unternehmer aus? (s. Anm. 21)
- 47 Schumpeter, Josef: Ökonomie und Psychologie des
 Unternehmers, in: Industrie- und Handels- Zeitung,
 Berlin, Nr. 117 v. 23.5.1929 (nicht identisch mit
 dem in Anm. 38 zitierten Aufsatz!);
 "Wirtschaftspolitische Stellung" (s. Anm. 17)
- 48 "Gegen den Reichsverband" (s. Anm. 31)
- 49 Schumpeter, Josef: Der Unternehmer in der Volkswirt-
 schaft von heute, in: Strukturwandlungen der deutschen

- Volkswirtschaft, Bd 1/1928, S. 195 - 312, S. 299, 300, 305, 311
- 50 Herle, Individualismus, (S. Anm. 20)
- 51 Gegen die Demokratisierung im Betrieb übernimmt dieses Argument: Duisberg, 10 Jahre RDI, (s. Anm. 14)
- 52 "Die wirtschaftspolitische Stellung ...", (s. Anm. 16)
- 53 Kalle: Aufgaben der Industrie, (s. Anm. 30)
- 54 Most: Wirtschaft und Persönlichkeit, (s. Anm. 11), S. 7 - 8
- 55 Schumpeter: Ökonomie ... (s. Anm. 38)
- 56 Most: Wirtschaft und Persönlichkeit, S. 16
- 57 Schumpeter, Ökonomie ... (vgl. Anm. 38), S. 14
- 58 Siemens, Entgötterung, (s. Anm. 43)
- 59 Dieses Argument entstammt in dieser Form einem Aufsatz aus dem Jahr 1925 (Funk: Sozialpolitik ... s. Anm. 11) - es könnte aber dem Inhalt nach auch aus den Jahren vor dem Weltkrieg stammen, wie weitere Beispiele zeigen werden.
- 60 Funk, Sozialpolitik ... (s. Anm. 11)
- 61 Most, Wirtschaft ... (vgl. Anm. 11), S. 8, 10 - 14; Funk, Sozialpolitik
- 62 Funk, Sozialpolitik;
Freese, Werkgemeinschaft (s. Anm. 11);
Geheimrat Kastl auf der Tagung des RDI in Köln 1925, vgl. Kölnische Zeitung Nr. 460 v. 24.6.1925
- 63 vgl. Weber, Unternehmertum und Kapitalismus (s. Anm. 18)
- 64 Weber, Unternehmertum ...
- 65 Freilich ist schon 1905 diese Ansicht nur in der Großindustrie noch rein vertreten, (vgl. IZ 5/451, 7/474), während die Fertigindustrie schon damals hoffte, durch Zugeständnisse die Arbeiter für sich zu gewinnen (vgl. DI 5/123, 5/138 u.a.)

- 66 vgl. für die Zeit nach 1918: Schumpeter, *Ökonomie* (s. Anm. 38);
Siemens, *Entgötterung* (s. Anm. 57)
- 67 vgl. etwa Herle, *Zehn Jahre Einheitsfront*, (s. Anm. 12); "*Reichsverband der deutschen Industrie*" (s. Anm. 13)
- 68 Troß, *Arbeitgeber*, (s. Anm. 26)
- 69 Freese, *Werksgemeinschaft*, (s. Anm. 11)
- 70 Schumpeter, *Ökonomie*, (s. Anm. 38), S. 13
- 71 vgl. den Abschnitt zur *Gesellschaftsordnung*
- 72 Diese Gruppe der Selbständigen, die dem sogenannten "alten Mittelstand" entspricht, weiß sich auf der anderen Seite durch die gemeinsame Front gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung mit den Beamten und dem Besitzbürgertum verbunden sowie einem Teil der Angestellten, die den "neuen Mittelstand" ausmachen. Vgl. Grünberg, Emil: *Der Mittelstand in der kapitalistischen Wirtschaft*, Leipzig 1932
- 73 Duisberg, Karl: *Führertum und Wirtschaft*, in: *Industrie- und Handels- Zeitung*, Berlin, Nr. 205 v. 2.9.1927;
Weber, *Unternehmertum*, (s. Anm. 18);
vgl. auch Most, *Wirtschaft*, (s. Anm. 11), S. 8, 10, 11, 15 - 16
- 74 Duisberg, *Führertum*;
Brettner, *Organisation*, (s. Anm. 45)
- 75 vgl. Düssel, *Unternehmer*, (s. Anm. 27), S. 10
- 76 vgl. "*Die Wirtschaft braucht Ruhe*", in: *Deutsche Bergwerks- Zeitung*, Düsseldorf, Nr. 278 v. 26.11.1932
- 77 Most, *Wirtschaft*, (s. Anm. 11), S. 9 - 16
- 78 Duisberg, *10 Jahre RDI*, (s. Anm. 14)
- 79 vgl. Weber, *Unternehmertum*, (s. Anm. 18);
Krupp von Bohlen und Halbach: *Selbstreinigung der Wirtschaft! Eine Kundgebung der Wirtschaftsverbände*, in: *Berliner- Bösen- Zeitung* Nr. 255 v. 28.11.31

- 80 Krupp, Selbstreinigung
- 81 vgl. Most, Wirtschaft, S. 8, 10 - 16;
Schumpeter, Unternehmer, (s. Anm. 49), S. 299,
309, 311
- 82 "Der Reichsverband wünscht Aktivität und polemisiert gegen die Gewerkschaften." in: Frankfurter Zeitung Nr. 303 v. 23.4.1932
- 83 vgl. Hofmann, Werner: Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht, Berlin 1961, S. 26 - 30
- 84 vgl. Hofmann, Gesellschaftslehre, S. 29, 150
- 85 vgl. Topitsch, Ernst: Begriff und Funktion der Ideologie, in: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1961, S. 15 - 52
- 86 "Anonymes Herzogtum", (s. Anm. 40)
- 87 "Gegen den Reichsverband der deutschen Industrie", in: Deutsche Bergwerks- Zeitung, Essen, Nr. 280 v. 30.11.1927
- 88 "Gegen den Reichsverband der Industrie", (s. Anm. 31)
- 89 vgl. den Bericht der Kölnischen Zeitung (s. Anm. 30);
Freese, Werksgemeinschaft, (s. Anm. 11);
Brettner, Organisation, (s. Anm. 45);
für die Großindustrie: Herle, Einheitsfront, (s. Anm. 12);
Weber, Unternehmertum, (s. Anm. 18);
"Reichsverband", (s. Anm. 13)
- 90 vgl. Herle, Einheitsfront;
"Reichsverband"
- 91 vgl. Freese, Werksgemeinschaft;
Troß, Arbeitgeber, (s. Anm. 26)
- 92 "Das Ringen der mittleren Industrie um ihren wirtschaftspolitischen Einfluß", in: Berliner Tageblatt Nr. 509 v. 27.10.1927
- 93 vgl. Matz, Johann: Die Privatwirtschaft sind wir, Berlin 1902;

- "Abschaffung der Gewerbefreiheit. Forderungen des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes.", in: Hamburger Fremdenblatt, Nr. 141 v. 23.5.1933;
 "Berufsstand Industrie!" in: Die mitteldeutsche Industrie, Frankfurt, v. 1.6.1933
- 94 vgl. "Reichsverband der Industrie gegen die 'Flucht in den Mittelstand'", (s. Anm. 16);
 "Hilfe beim Wiederaufbau", Berliner Börsen- Zeitung Nr. 141 v. 24.3.1933;
 "Gleichschaltung im Reichsverband der deutschen Industrie", (s. Anm. 15)
- 95 Stresemann, Gustav: Wirtschaftspolitische Zeitfragen, Dresden 1911, bes. der aus dem Jahre 1908 stammende Aufsatz "Industriepolitik", S. 162 - 189

Anmerkungen zu IV: Zum Problem der quantitativen Verifizierung

- 1 Berelson, Bernard: Content Analysis in Communication Research, Glencoe / Ill. 1952, S. 17
- 2 Berelson, Content Analysis, S. 18 (Übers. S.P.)
- 3 Lasswell, Lerner und Pool: The Comparative Study of Symbols. Stanford 1952, S. 34 (Übers. S.P.)
- 4 Berelson, Content Analysis, S. 125, 126
- 5 Berelson, Content Analysis, S. 123
- 6 Berelson, Content Analysis, S. 133
- 7 vgl. die Abschnitte über die Stellung zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und zu wirtschaftspolitischen Fragen in Kapitel III
- 8 Baumgärtner, Alfred Clemens Die Welt der Comics. Probleme einer primitiven Literaturform. (Kamps Pädagogische Taschenbücher), Bochum o.J. (1965)
- 9 vgl. auch Adornos Kritik an der quantitativen Methode der content analysis, die in Kapitel I Abschn. E dargestellt wurde. Adorno sieht die content analysis

für Massenkommunikationsmittel als anwendbar an (im Gegensatz zum Kunstwerk, bei dem sie sinnlos sei). Im vorliegenden Fall ist zwar das Ausgangsmaterial, eine Zeitung, relativ unkompliziert und unzusammenhängend und entspräche insofern Adornos Angaben für die Möglichkeit der quantitativen Analyse. Aber wegen des komplexen und differenzierten Untersuchungsgegenstandes erweist sich die Technik ebenso schwierig anwendbar.

- 10 "Deutsche Industrie", Jg 7 / 1905, S. 89 - 91
- 11 vgl. Lasswell, Lerner, Pool, Symbols, S. 46 - 47
- 12 vgl. "Deutsche Industrie", Jg. 7 / 1905, S. 27, 196 - 15, 17, 27, 232 etc.
- 13 vgl. "Deutsche Industrie", Jg. 7 / 1905, S. 254
- 14 vgl. Kapitel I, Abschn. E
- 15 vgl. Kapitel I, Abschn. E; vgl. auch Tab. 36 und Kapitel III, Abschn. C, d
- 16 Berelson, Content Analysis, S. 16, 171 - 174
- 17 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 135 - 146
- 18 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 16 - 17; auch Kapitel I, Abschn. C
- 19 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 19; vgl. auch Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 32
- 20 vgl. Berelson, Content Analysis, S. 29
- 21 Berelson wie Lasswell betonen, daß die Zählung nicht mit den genauesten möglichen, sondern mit den im Verhältnis zum Ergebnis am wenigsten Aufwand erfordernden Mitteln vorgenommen werden sollte. Vgl. Berelson, Content Analysis, S. 129 - 132; Lasswell/ Lerner/ Pool, Symbols, S. 34
- 22 Warren, Donald: Gustav Stresemann as Organizer of German Business Interests, 1901 - 1914. Diss. Columbia Univ. 1959 (masch.) Vorwort S. VI, S. 209 und 213

- 23 vgl. Warren, Stresemann, S. 49, 211 - 212, 252
- 24 vgl. Warren, Stresemann, S. 213

Anmerkungen zu V: Die gesellschaftliche Bedeutung
des neuen Bewußtseins

- 1 Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital, Berlin 1947
(Neudruck der 1. Aufl. von 1910), S. 414
- 2 Hilferding, Finanzkapital, S. 413 - 423
- 3 Hilferding, Finanzkapital, S. 413
- 4 vgl. Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen
Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1962,
S. 164 - 166
- 5 vgl. Hallgarten, George W.F.: Imperialismus vor 1914.
Soziologische Darstellung der deutschen Außenpoli-
tik bis zum Ersten Weltkrieg, München 1951 (2 Bde),
Bd I, S. 177
- 6 vergl. Hallgarten, Imperialismus, I, S. 107 - 117
- 7 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 417
- 8 vgl. Hallgarten, Imperialismus, I, S. 123
- 9 vgl. Hallgarten, Imperialismus, I, S. 140
- 10 vgl. Hallgarten, Imperialismus, I, S. 177 - 179;
Zit. S. 179
- 11 vgl. Hallgarten, Imperialismus, I, S. 180 - 181;
Hilferding, Finanzkapital, S. 413 - 414
- 12 Hofmann, Werner; Die säkulare Inflation, Berlin 1962
- 13 Hofmann, Inflation, S. 33 - 37;
vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 412 - 423
- 14 vgl. Hofmann, Werner: Ideengeschichte ..., S. 165
- 15 vgl. Hofmann, Inflation, S. 20 - 21
- 16 Hofmann, Inflation, S. 38: "Das Letztliche Haupt-
problem der Wirtschaftserweiterung unserer Epoche
ist, einem preisstarren Angebot die zahlungskräftige

Endnachfrage zur Seite zu stellen, welche das Angebot absorbiert, die Renditeerwartungen bestätigt und die Unternehmungen aller Wirtschaftsbereiche expandieren läßt."

- 17 vgl. Hofmann, Inflation, S. 18, 24 - 26;
vgl. dazu auch Hallgarten, Imperialismus, bes.
Bd II, S. 62 ff;
Hilferding, Finanzkapital;
Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Neuwied 1962
- 18 vgl. etwa die ausführliche Rechtfertigung deutscher "Weltpolitik" in "Deutsche Industrie", 8. Jg. 1906, S. 64 - 66, die formuliert, Deutschland müsse Weltpolitik betreiben, weil es angewiesen sei auf die Weltwirtschaft. Daher sei Deutschland gezwungen, "seine Hand auf so große Landmassen zu legen wie immer möglich ..." (S. 65) Daher müsse Deutschland stark sein auf See. Auch der Bevölkerungsüberschuß erzwingt Weltpolitik: "Damit jährlich eine Million mehr Proletarier in Deutschland leben, müssen wir jährlich etwa 10 Millionen neuer Kunden außerhalb der Reichsgrenzen finden." (S. 65) In einem anderen Aufsatz über die Kolonien heißt es: "In demselben Maße aber, in dem diese Länder ihre Produktion steigern, also uns die nötigen Rohprodukte liefern, wird ihre Bevölkerung aufnahmefähig für die Erzeugnisse unserer Industrie ..." DI 11. Jg. 1909, S. 54 - 55. Im gleichen Sinne auch 11. Jg. 1909, S. 66 - 69
- 19 Das Ziel der Kolonialverwaltungen sei es, so heißt es beispielsweise in einem Aufsatz in der DI, möglichst vielen Menschen eine selbständige Existenz in den Kolonien zu sichern, weshalb auch den Ansiedlern eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung eingeräumt werden müsse. (DI, 9. Jg. 1907, S. 7)
- 20 vgl. "Deutsche Industrie", 7. Jg. 1905, S. 15: Die DI übt hier Kritik am Centralverband, der die

Flottenvergrößerung ablehne.

- 21 Schon Anfang des Jahres 1907 wird in der DI betont, daß es nicht mehr nötig sei, die Berechtigung der Erweiterung der Kolonien zu verteidigen, da kein Deutscher mehr, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, einen negierenden Standpunkt dazu einnehme. (DI 9. Jg 1907, S. 7)
- 22 vgl. Hallgarten, Imperialismus; Hilferding, Finanzkapital, S. 455
- 23 Mit der Aufforderung "Gedenke, daß du ein Deutscher bist!" wollte man die deutschen Kunden zur Bevorzugung deutscher Produkte gewinnen. In besonderem Maße richteten sich solche Aufforderungen freilich nicht nur an die Öffentlichkeit, sondern auch speziell auch an die staatlichen Behörden als Großabnehmer. Vgl. DI, 13. Jg. 1911, S. 318 - 319, 14. Jg 1912, S. 311, 15. Jg. 1913, S. 40; vgl. auch 8. Jg. 1906, S. 158
- 24 DI, 13. Jg. 1911, S. 173
- 25 DI, 14. Jg. 1912, S. 344 - 346
- 26 DI, 10. Jg. 1908, S. 257 - 258
- 27 Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München-Leipzig 1936, engl. Orig. 1935, S. 97 - 112, 311, 314 - 324
- 28 vgl. Hofmann, Inflation, S. 36 - 38, 50 - 52
- 29 DI, 10. Jg., 1908, S. 257
- 30 DI, 10. Jg. 1908, S. 257 - 258; vgl. Keynes, Theorie, S. 311
- 31 vgl. Packard, Vance: The Hidden Persuaders, New York 1957
- 32 vgl. auch Hofmann, Ideengeschichte, S. 165
- 33 vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 413 - 423, 474 - 481; Hofmann, Inflation, S. 22, 47, 56 - 58

- 34 Diese Tendenz ist freilich im System der zollgeschützten Rohstoffkartelle bereits angelegt; doch kann das System nur funktionieren, solange es die Möglichkeit bietet, die Marktanteile und damit die Gewinnmöglichkeiten anderer Industrien im Ausland wie im Inland zu beschneiden. Vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 421 - 461, 467, 476; Hofmann, Ideengeschichte, S. 177 - 182
- 35 Vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 413 bis 423; 474-476; Hofmann, Inflation, S. 22-23; Anm. 26 S. 23; S. 47-52, 56-58
- 36 Vgl. Hilferding, Finanzkapital, S. 502
- 37 Vgl. Kap. III S. 9, 10, 15, 16 und Kap. IV Tab. 27.
Im folgenden wird bei der Rückbeziehung auf die Zusammenstellung der Gesellschaftsvorstellungen der Unternehmer, wie sie in Kap. III und IV dargestellt wurden, nicht mehr jeweils auf die entspr. Stellen dieser Kapitel zurückverwiesen. Die Tendenzen, die dort herausgearbeitet wurden, werden vielmehr vorausgesetzt und nur auf einzelne Beispielstellen aus der DI verwiesen, wo dies zusätzlich notwendig erscheint.
- 38 Vgl. Deutsche Industrie- Zeitung Jg. 1912, S. 59, 204
- 39 IZ 27. Jg. 1908, S. 215, 216
- 40 IZ 27. Jg. 1908, S. 217
- 41 Dafür zeugt das zunehmende Eintreten führender Unternehmer für Öffentlichkeitsarbeit und ihre Kritik am Unternehmerbild in der Öffentlichkeit. Vgl. auch Anm. 43.
- 42 Vgl. DI 8. Jg. 1906 S. 225
DI 10. Jg. 1908 S. 185
- 43 DI 13. Jg. 1911 S. 76 - 78
DI 14. Jg. 1912 S. 114 - 116, 227 - 230
DI 15. Jg. 1913 S. 3-4, 19 - 20, 130 - 131, 86 - 88
91 - 92, 97 - 98, 145 - 148, 232 - 234, 314 - 317
DI 16. Jg. 1914 S. 21-24, 80 - 84, 128 - 129
- 44 Habermas, Öffentlichkeit (s. Anm. 17)
- 45 Vgl. Habermas, Öffentlichkeit S. 86-91, 117 - 123
- 46 Vgl. Abendroth, Wolfgang: Einführung in die Wissenschaft von der Politik, Bern (erscheint demnächst) (1968)

- 47 Vgl. Habermas, Öffentlichkeit, S. 140 -141, 91-101
- 48 Vgl. Kap. II Abschn. G
- 49 Vgl. Habermas, Öffentlichkeit, S. 179 -183, 192, 194 - 198, 211, 218, 220 - 226, 257 - 265
- 50 Vgl. Pausewang, Siegfried: Zur Kritik der Öffentlichen Meinung, in: Gesellschaft - Staat - Erziehung, Heft 5/ 1966, S. 395 - 410, bes. S. 403 - 404
- 51 Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, E. Ludw. Reiss und Nachfolger, München, Jg. 1905, München 1906, S. 333 - 334 und Jg. 1906, München 1907, S. 452
- 52 Vgl. DI Jg. 14 1912 S. 194, 276, 333; 15. Jg. 1913 S. 338; 16. Jg. 1914 S. 19, 130, 176; IZ 31. Jg. 1912 S. 334, 666, 778
- 53 Die X. ord. Generalversammlung des Bundes der Industriellen im Jahre 1905 verabschiedete folgende Erklärung:
 " Die Generalversammlung des Bundes der Industriellen spricht sich für die obligatorische Erteilung der Rechtsfähigkeit an Arbeiterberufsvereine aus unter der Voraussetzung, daß ihnen keine Ausnahmestellung vor anderen Vereinen eingeräumt werde, und daß außer ihrer zivilrechtlichen Haftbarmachung der Schutz der Minderheit und in Streikfällen Repressionsmaßregeln gewährleistet werden." DI 7. Jg. 1905, S. 226
 Vgl. auch DI 7. Jg. 1905 S. 31, 138
- 54 Die Unternehmer kritisieren etwa die "Hetze der Gewerkschaften " gegen die Zusammenarbeit, die gegen die Interessen der Arbeiter verstoße (DI 14/19); die Arbeiter könnten ihre Interessen im Betrieb viel besser ohne die Gewerkschaften wahrnehmen (DI 12/267). Eine besondere Form der Zusammenarbeitsideologie stellt die Theorie der " konstitutionellen Fabrik" dar, in der die Arbeiter gewisse Selbstverwaltungs- und Mitsprachefunktionen ausüben dürfen. Diese "konstitutionelle Fabrik" wird ausdrücklich als ein Mittel gegen die Gewerkschaft empfohlen, die aus solchen Fabriken ferngehalten werden soll. (DI 14/130)
- 55 Vgl. den Bericht über die Propagandaveranstaltung der Berliner Werkvereine. DI 14/35-36.

In einem Bericht über "Die gelben Arbeitervereine" in DI 8/211 wird ausgeführt, der Wert dieser Vereine bestehe darin, daß sie die Arbeiter dazu erziehen, in "...Ablehnung sozialistischer Theorien - also politischer Tendenzen- im rein wirtschaftlichen Streben ihre Lebenslage zu verbessern! Und in Verbindung damit ... (zu der) Erkenntnis, daß die Hebung der Lebenslage nur möglich ist im Einvernehmen mit den Arbeitgebern! Das schließt jeden Streik als Druckmittel von selbst aus." (Unterstrichenes gesperrt gedruckt.)

56 Vgl. IZ 7/74; Schumpeter, Josef: Ökonomie und Psychologie des Unternehmers, Leipzig 1929, S. 15

57 Im Zusammenhang heißt es bei Marx: " Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein, ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst." Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. Zit. nach: Die Heilige Familie, Berlin 1953, S. 11 - 27, S. 20

58 Zit. nach Lenz, Friedrich: Werden und Wesen der Öffentlichen Meinung, Ein Beitrag zur politischen Soziologie, München 1956, S. 185

59 Zit. nach Lenz, Werden und Wesen, S. 61

60 vgl. Lenz, Werden und Wesen, S. 61 - 62

61 Vgl. Hennis, Wilhelm: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, Tübingen 1957

62 Vgl. Hennis, Meinungsforschung;
siehe auch Diskussion der "Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik" im Jahre 1961, in: Löffler, Martin (Hrsg.) : Öffentliche Meinung, München/Berlin 1962

63 Vgl. Pausewang, Kritik, S. 408 - 410

64 Vgl. Plessner, Helmuth: Das Problem der Öffentlichkeit und die Idee der Entfremdung, Göttingen 1960

- 65 Vgl. Schumpeter, Josef: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950;
 Downs, A.: An Economic Theory of Democracy, New York 1957;
 Littmann, Konrad: Wirtschaftswissenschaft und Verantwortung, in: Wissenschaft und Verantwortung, Universitätstage der Freien Universität Berlin, 1962, S.132-144
- 66 Bis Anfang dieses Jahrhunderts war Reklame für Firmen, die auf einen honorigen Ruf Wert legten, noch eine unseriöse, unter ihrer Würde liegende Angelegenheit. So versucht noch im Jahre 1913 eine Zigarren-Firma aus Gießen eine Anzeige in der "Deutschen Industrie" zu rechtfertigen mit der Feststellung, es sei eine "verkehrte Ansicht", daß Reklame für mangelnde Qualität eines Erzeugnisses spreche.
- 67 Vgl. Packard, Persuaders
- 68 Vgl. Abendroth, Einführung (s.Anm. 46), bes. die Kapitel über Öffentliche Meinung und Wählerverhalten
- 69 Vgl. Hallgarten, Imperialismus, S. 177 - 179;
 Hilferding, Finanzkapital, S. 418 - 423
- 70 Vgl. Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt 1964, S. 38 - 39;
- 71 Vgl. Abendroth, Aufstieg, S. 38 - 39;
 DI 14. Jg. 1912, S. 20 - 21
 IZ 31. Jg. 1912, S. 59 - 60
 Schulthess' (s.Anm. 51) 1912 S. 543;
 Egelhaaf, Gottlob: Politische Jahresübersicht für das Jahr 1912, Stuttgart 1913, S. 18 - 20
- 72 Abendroth, Aufstieg, S. 27
- 73 Vgl. DI 8.Jg. 1906 S. 225, 10. Jg. 1908 S. 185
- 74 Vgl. Stresemanns Äußerungen in der DI 16.Jg. 1914, S. 21. Stresemann führt dort aus, daß der Öffentlichkeit eine zunehmende Bedeutung zukomme, seit jedes Ereignis in Windeseile bekannt werde. Ein Gegen-Einfluß der Unternehmer gegen die negativen Einflüsse auf die Öffentliche Meinung sei daher dringend erforderlich.

- 75 Stresemann, Gustav: Probleme der deutschen Industrieentwicklung, Vortrag am 11.9.1913 in Leipzig, wiedergegeben in : Deutsche Industrie, 15. Jg. 1913, S.314-317, Zit. S. 316
- 76 Nach den Wahlen von 1912 schrieb beispielsweise die IZ: " ...Was nun kommen wird, weiß niemand; aber das eine ist sicher, daß, wenn die schaffenden Teile des Volkes sich nicht ihrer Aufgaben und Pflichten gegenüber dem Staat und dem Volke selbst bewußt werden und wenn die Regierung nicht stark wird und bleibt, die rote Flut weiter um sich fressen wird." IZ 31. Jg. 1912 S. 60.- Zu einem für die Unternehmer siegreich ausgegangenen Streik der Bergarbeiter an der Ruhr im Jahre 1912 schreibt die IZ, es sei eine " ... erfreuliche Tatsache, daß der Vorstoß der drei politischen Kampfverbände (d.h. der Gewerkschaften - Anm.S.P.) auf der ganzen Linie zurückgewiesen, daß der machtlüsternen Sozialdemokratie eine Niederlage beigebracht ist , deren Nachwirkungen sie hoffentlich noch lange und recht unsanft zu spüren haben wird." IZ 31. Jg. 1912 S. 204 (Unterstrichenes gesperrt gedruckt)
- 77 " In diesen Sphären der Kleinproduktion herrscht die erbittertste Konkurrenz, ist die Profitrate am niedrigsten. Jede neue Sozialreform, jeder gewerkschaftliche Erfolg macht einer Reihe dieser Existenzen den Garaus. Hier finden die Arbeiter ihre wütendsten Gegner, hier aber auch das Großkapital und das Großrentnertum ihre beste Schutztruppe." Hilferding, Finanzkapital, S. 480
Vgl. auch Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932, S. 107
- 78 Vgl. IZ 12/204, 13/221, 14/177
- 79 Die Zusammenarbeit mit diesen Gruppen im Hansabund trug daher auch sicherlich zur beschleunigten Herausbildung eines neuen, auf Selbständigkeit beruhenden Selbstbewußtseins der kleinen und mittleren Unternehmer bei. Vgl. die Reaktionen auf den Austritt des Centralverbandes aus dem Hansabund in der DI

- 80 Eine EntschlieÙung auf der 17. ordentlichen Generalversammlung des BDI fordert beispielsweise den Staat zur Schaffung "ungehinderter Konkurrenz" in der Elek-trischen Industrie auf (DI 13/281 - 292). Eine Rück-besinnung auf die Zeiten freier ungehemmter Initiative als die Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung stellt Stresemann im Mittelstand fest (DI 12/114). Daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit die politische Freiheit des einzelnen Arbeiters und kleinen Mannes sichere, betont Dr. Kapp in einem Referat (DI 12/ 363 -364). Siehe im übrigen die angegebenen Stellen in Kap. IV Tab. 1, 2,7,8,26,31,
- 81 Das gewerbliche Bürgertum habe seine gefährlichsten Gegner auf der extremen Rechten wie auf der extremen Linken (DI 13/298), die eine "vernünftige Lösung" (in diesem Falle die Erbschaftssteuer) unmöglich machten (DI 13/247-249). Der industrielle Mittelstand erscheint als die Schicht, die nicht durch ihre riesigen Ver-mögen soziale Gegensätze schafft, aber doch " in der Aufschichtung kleiner Vermögen den Grund bildet für eine gesunde Fortentwicklung unserer sozialen Ver-hältnisse..." (DI 13/178). Siehe auch die angegebenen Stellen in Kap. IV, Tab. 1,2,4,8.
- 82 Eine erste frühe Zusammenfassung dieser Gedanken gibt der Aufsatz von O.B. über "Die Industrie als Schöpferin einer neuen nationalen Gesamtpersönlichkeit" in DI 8/110 - 112. Siehe auch die angegebenen Stellen in Kap. IV , Tab. 8.
- 83 In einem Aufsatz zu der von Alexander Tille geplanten Gründung einer Arbeitgeberpartei heißt es in DI 8/182: " ... sie alle haben schließlich dasselbe Interesse daran, daß die politische Macht nicht ausschließlich in die Hände der Handarbeiterschaft hinübergleitet, welche keine Freude am Boden und am Besitz überhaupt hat, sondern verbraucht, was sie einnimmt, und nur da-rum auf der untersten Stufe der Gesellschaft stehen bleibt."

- 84 "Richtig ist, daß ohne Führer kein Volk gedeihen kann," heißt es in einem Aufsatz von Otto Most über "Wirtschaft und Persönlichkeit" aus dem Jahre 1929, "ebenso richtig aber auch, daß es Dauererfolge des Führers nur gibt, wenn ihm Resonanz und lebendige Mitwirkung bei der Gesamtheit nicht fehlen." Daß es freilich gerade an dieser Resonanz fehlt, davon sind die Unternehmer überzeugt. Wunschuh schrieb z.B. ebenfalls 1929, daß die Mißachtung des Unternehmers ihn fast in eine nationale Isolierung geführt habe und er als Führentyp in eine Art Verteidigungszustand gedrängt sei, und seinen gesellschaftlichen Wert wie seine soziale Notwendigkeit selbst erst beweisen müsse(Unternehmer und Öffentlichkeit, Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, v.2.7.29)
- 85 Vgl. Geiger, Schichtung (S. Anm.77)
Hilferding, Finanzkapital , S. 480;
Grünberg, Emil: Der Mittelstand in der kapitalistischen Wirtschaft. Leipzig 1932, S. 180 - 181
- 86 Den gleichen Prozeß, der vor allem im Hinblick auf die russische Oktoberrevolution " alle mehr oder weniger Privilegierten und alle mehr oder weniger Gutwilligen innerhalb der bestehenden Gesellschaft" eint und in eine "gegenrevolutionäre Koalition" drängt, beschreibt Paul Baran auch für den Bereich der Entwicklungsländer und ihrer Problematik. Vgl. Baran, Paul A.: Über die politische Ökonomie unterentwickelter Länder, in: Unterdrückung und Fortschritt, Frankfurt 1966, S. 107.
- 87 Vgl. den Antrag des Reichsverbandes der deutschen Metallwarenindustrie, das Dritte Reich möge die kleinen und mittleren Industriebetriebe einbeziehen in das neugeschaffene Reichskommissariat für den gewerblichen Mittelstand. Siehe "Reichsverband der Industrie gegen die 'Flucht in den Mittelstand'", in : Berliner Tageblatt Nr. 119 v. 13.3.1933; " Die mittelständische Industrie will nicht dem Mittelstandssekretariat zugeteilt werden. "in: Frankfurter Zeitung Nr. 197 v. 14.3.1933

- 88 Vgl. DI 11/128, 145, 157; IZ 443-445, 459-461, 479-481, 481-483, 527-529
- 89 Vgl. insbesondere die Polemiken gegen den Centralverband in den Jahren 1911 und danach. Hier wird in der DI immer wieder betont, daß man die Arbeiter als Konsumenten zu Bundesgenossen gegen die großindustrielle Preis- und Zollpolitik gewinnen müsse. Vgl. DI 11/221, 13/ 314, 13/ 298
- 90 Stresemann bezeichnet die Politik des Bundes der Industriellen als eine "Politik der mittleren Linie", die auch mit den Angestellten und Arbeitern durch Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen zur Zusammenarbeit kommen will. "Damit glaubt er den Interessen der Industrie mehr gedient zu haben als diejenigen, die in der Forderung abhängiger Klassen lediglich einen Ausfluß von sozialistischen Forderungen sehen." (DI 11/ 222).
- Siehe auch 13/177 - 178: "Gerade der industrielle Mittelstand, der vielleicht wertvollste Teil unserer Volkswirtschaft, der nicht Riesenvermögen besitzt und durch den Gegensatz dieser Vermögen zu der Klasse der Besitzlosen die sozialen Gegensätze schafft, der in der Aufschichtung kleinerer Vermögen den Grund bildet für eine gesunde Fortentwicklung unserer sozialen Verhältnisse, wird hierdurch am meisten geschädigt."
- 91 Vgl. Kap. I Abschn. B
- 92 Vgl. auch Hofmann, Werner : Notstandsplanung - Wirtschaft- Arbeitnehmerschaft. Referat auf dem Kongreß "Notstand der Demokratie" in Frankfurt /M. am 30.10.1966 in: Sozialistische Hefte, Hamburg, Nr. 11/ Nov. 1966 S. 32 - 36
- 93 "Der Kampf gegen die sozialdemokratischen Organisationen ist ein vaterländisches Rettungswerk der deutschen Arbeitgeber." ist ein Artikel in IZ 12/498 - 499 überschriften. Die Schuld an dem Wahlerfolg der Sozialdemokraten im Jahre 1912 gibt die IZ dem Hansabund; Die schaffenden Teile des Volkes müßten sich wieder mehr ihrer Pflichten und Aufgaben gegenüber dem Staat

bewußt werden und die Regierung stärken, damit die rote Flut nicht weiter um sich fressen könne. (IZ 12/59). Es sei "das Gegenteil von politischer Moral", heißt es, wenn eine Partei vom Staat etwas fordere, aber ihm nicht geben wolle, wessen er bedürfe; deshalb müsse man das nationale Gewissen schärfen und den Unterschied zwischen vaterländischem Pflichtbewußtsein und sozialdemokratischer Pflichtvergessenheit zum Bewußtsein bringen. (IZ 12/344)

94 Der Bund der Industriellen trete für Schutzzölle ein, wird z.B. im Jahre 1913 betont, aber er sei für eine "mittlere Linie", die sich nicht hemmend auf den Außenhandel auswirke (DI 13/298).

95 Vgl. auch Kap. I S. 1

96 Hofmann, Werner: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie heute, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1959, S. 682 - 698, S. 683

97 Hofmann; Gesellschaftsbild, S. 686

98 Wiederholt fordern die Unternehmer, man solle volkswirtschaftliche Kenntnisse vermitteln, um in der öffentlichen Meinung Verständnis für den Wirtschaftsablauf zu wecken. So wird sogar eine "Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung" gegründet, deren Ziel die "Klärung der wirtschaftlichen Vorgänge und damit die Weckung des Verständnisses für viele ihrer Lebensbedingungen" ist. Die Aufgabe dieser Vereinigung ist eindeutig nicht wissenschaftlicher, sondern publizistischer Natur, darin vergleichbar mit dem "Deutschen Industrieinstitut" in Köln, das heute eine entsprechende Funktion erfüllt. Vgl. DI 14/ 118 -119

99 Vgl. Hennis, Meinungsforschung (s.Anm. 48)
Löffler, Öffentliche Meinung (S. Anm. 49)

100 Hofmann, Gesellschaftsbild, S. 683 - 686

101 Hofmann, Gesellschaftsbild, S. 687

102 Hofmann, Gesellschaftsbild, S. 689

103 Vgl. zur "Formierten Gesellschaft":

Andreae, Clemens August: Formierte Gesellschaft und Gemeinschaftswerk, Sonderdruck aus : Civitas, Jg. 1965, Bd.4;

Unland/ Winkler: Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben:Deutsches Gemeinschaftswerk.Bonn o.J. (1965)

Altmann, Rüdiger: Das Erbe Adenauers, München 1963;

Protokolle der Parteitage und der Wirtschaftstage der CDU;

Opitz, Reinhard: Der große Plan der CDU: die Formierte Gesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln , Jg. 1965, H.9 , S. 750 - 777;

Opitz, Reinhard: Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft, in: Blätter..Jg. 1966 H.3, S. 190 - 197.

Zur Volksaktie:

Ferrari, Hilger: Das amerikanische Beispiel, Bad Godesberg 1960;

Ferrari, Hilger : Volksaktie - Ausdruck der Zeit.

Bad God. 1961

104 Hofmann, Gesellschaftsbild, S. 690- 694

105 Das Wort "organisierter Kapitalismus" stammt, soweit ich sehen kann, von Hilferding, der auf dem Kieler Parteitag der SPD im Jahre 1927 den Übergang von der Ära der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus beschrieb. Vgl. Hofmann, Ideengeschichte, S. 180-81; vgl. auch Dobb, Maurice: Organisierter Kapitalismus, Frankfurt/M. 1966

106 Vgl. den bereits zitierten Aufsatz über die Rolle der Kaufkraftvergrößerungen zur Sicherung des Wachstums in DI 10.Jg. 1908, S. 257 - 258

107 Vgl. Hofmann, Inflation (s.Anm. 12) S. 24 - 38, bes. S. 32 - 33

Keynes, Beschäftigung, S. 110 - 112

108 Hofmann, Inflation , S. 49

109 - da ja die Auslastung der Überkapazitäten zugleich der Rohstoffindustrie weitere Gewinne zuführt, die als neues Anlagekapital bereitstehen, und die nicht in

anderen Branchen investiert werden, solange die Eigeninvestition und Erweiterung der Produktionskapazität infolge der gegenwärtigen Auslastung noch rentabel erscheinen muß. Vgl. Hofmann, Inflation, S. 50

- 110 Vgl. etwa auch bereits den Fortsetzungsaufsatz "Die Kreditansprüche der deutschen Industrie" von O.B. im Jahre 1907, DI 9.Jg. 1907, S. 16 - 17, 26 - 28, 39 - 41
- 111 Vgl. Anm. 98
- 112 Vgl. z. B. Windschuh, Unternehmer und öffentliche Meinung, in : Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin Nr. 298-299, v. 2.7.1929; siehe auch Tab. 1,2,15 in Kap. IV
- 113 Bei der Übertragung der idealen Bestrebungen des Heimatschutzes in die Praxis solle man nicht die Lebensinteressen der Industrie vergessen; "Aber wir, wir leben, und der Lebende hat Recht!" heißt es in DI 13/319. Stresemann bezeichnet als eine der drei Fronten der Fertigindustrie die gegen den Geist der Bürokratie in der deutschen Gesetzgebung. Die gesamte Gesetzgebung sei "ein fortgesetzter Kampf zwischen gutgemeinten Bestimmungen und der Praxis des Lebens"; und die Gewerbeinspektion sei ein "Kampf des praktischen Lebens gegen die Anforderungen theoretischen Übereifers" (DI 12/ 114 - 116)
- 114 Das Wort stammt aus dem Aufsatz von Richard Wichterich: Stirbt der deutsche Unternehmer aus? Für Wiederverpersönlichung der Wirtschaft, in : Kölnische Volkszeitung Nr. 465 v. 2.10. 1931 ; seinem Inhalt nach ist es aber bereits in der Zeit vor 1914 eine gängige Forderung der Unternehmer im Bund der Industriellen.
- 115 Vgl. Kühnl, Reinhard: Die NPD. Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik. In: Frankfurter Hefte, Januar 1967, S. 22 - 30, S.28
- 116 Vgl. Topitsch, Ernst: Begriff und Funktion der Ideologie, in: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, S. 15- 52, S. 30
- 117 Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: Die heilige Familie, Berlin 1953 S. 11 - 27, S. 24 - 25

- 118 Vgl. etwa "Zur Finanz- und Wirtschaftslage" in:
Frankfurter Zeitung Nr. 927 v. 13.12. 1929
- 119 Vgl. hierzu "Industriepolitik " in : Frankfurter
Zeitung Nr. 710 v. 23.9. 1929;
"Die geistige Entscheidung des Unternehmertums " in:
Frankfurter Zeitung Nr. 650 v. 1.9.1930
- 120 Daß die Preispolitik des Kohlensyndikats die Fertig-
industrien schädige, wird wiederholt scharf heraus-
gestellt (DI 12/212, 307, 328, 270). Deutlicher wird
der Angriff vorgetragen gegen die Politik der Agrarier,
mit der jedoch die Schwerindustrie und der Centralver-
band wiederholt identifiziert wird. Ein Bündnis der
Industrie (gemeint ist hier deutlich : die Fertigin-
dustrie, die sich und ihre Interessen als "die" In-
dustrie setzt) mit dem Bund der Landwirte sei "contra
naturam", heißt es (DI 13/314). Vgl. auch Tabelle 26,
29, 31, 33 in Kap. IV
- 121 Die Hetze sozialdemokratischer Führer gegen die Zusam-
menarbeit der Arbeiter mit den Unternehmern verstoße
gegen die eigenen Interessen der Arbeiter, wird in der
DI betont. " Es gibt keinen größeren Widersinn, keine
krassere Irrlehre, als die, daß der Kapitalismus not-
wendigerweise der Feind des Arbeiters sei, daß der
Kapitalist und Unternehmer vom Arbeiter bekämpft wer-
den müsse." (DI 14/19). Und Dr. Schneider empfiehlt
dem Bund der Industriellen ein "Zusammengehen nicht
mit den Landwirten (und den ebenso hochschutzzöllne-
rischen Großindustriellen, unausgesprochenerweise- Anm.
S.P.) sondern mit den Erwerbständen und den Industrie-
arbeitern". (DI 14/50)
- 122 Wie man sich diese Art der Zusammenarbeit vorstellt,
zeigen etwa die Vorschläge für eine "konstitutionelle
Fabrik". Arbeiterausschüsse sollen die Wohlfahrtsein-
richtungen des Betriebes verwalten und ein Mitsprache-
recht bei der Aufstellung von Tarifverträgen haben;
gleichzeitig werden alle Sozialdemokraten entlassen,
ebenso Arbeiter, die am 1. Mai fehlen, da der

Betriebsleiter sich nicht verpflichtet fühlt,
 "haßerfüllte Feinde meines Standes in meinem Betriebe
 zu beschäftigen". (DI 14/130 - 133 , Zit.S. 132)

- 123 Vgl. Maus, Heinz: Imperialismus, in : Handwörterbuch
der Sozialwissenschaften, Stuttgart/Tübingen/Göttingen
1956, Bd. 5 S. 185 - 191
- 124 Vgl. Bundestagsdrucksache IV/2861 v. 18.12.1964 über
die VEBA- Privatisierung ; und die Regierungserklärungen
seit 1949.
Vgl. auch die Bundestagsdebatten zu Fragen der Eigentums-
politik sowie die Protokolle der Wirtschaftstage
und Parteitage der CDU.
- 125 Zum folgenden vergleiche die Darstellung der gesellschaft-
lichen Vorstellungen mittelständischer Unternehmer in
Kap. III und die dazugehörigen Tabellen in Kap. IV.
- 126 Die Parallelen zu den Vorstellungen der heutigen
mittelständischen Unternehmer werden deutlich, wenn man
die Zeitschriften der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger
Unternehmer, "Die Aussprache " und "Junge Wirtschaft"
zum Vergleich heranzieht. Auch zu dem Plan der
formierten Gesellschaft ergeben sich deutliche Parallelen.
Vgl. dazu die Literaturangaben in Anm. 103.
- 127 Vgl. Habermas, Öffentlichkeit S. 86 - 101
- 128 Vgl. Kühnl, NPD, S. 26
- 129 Vgl. Hilferding, Kieler Parteitag der SPD 1927 (s. Anm.
105)
- 130 Hofmann, Inflation S. 56- 58
- 131 Vgl. Abendroth, Aufstieg und Krise, S. 37 - 49;
Abendroth, Sozialgeschichte, S. 51 - 86;
Hofmann, Ideengeschichte, S. 170 - 177
- 132 Vgl. Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer
Republik, Frankfurt/M. 1961
- 133 Vgl. Naphtali, Fritz, Wirtschaftsdemokratie, Berlin 1928
- 134 Vgl. Kap. III Abs. B S. 27 - 31
- 135 Geiger, Soziale Schichtung, S. 107

vgl. Kap. I S. 8 - 9 und Anm. 26 -28

136 Geiger, Soziale Schichtung, S. 107

137 Vgl. Geiger, Soziale Schichtung S. 102 - 137;
Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer
Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls
in der Demokratie. Düsseldorf/ Stuttgart 1955, S.153
154, 159 - 165

138 Vgl. Geiger, Soziale Schichtung, S. 107;
Grünberg, Mittelstand, S. 180, 211

139 Bracher, Auflösung S. 153, 154

140 Bracher, Auflösung S. 150 - 173

141 Vgl. Kühnl NPD, S. 28

142 Baran, Paul A: Über die politische Ökonomie unterent-
wickelter Länder , In : Unterdrückung und Fortschritt,
Frankfurt/M. 1966 S. 99- 128, S.106 - 107

143 Nach dem Modell des autoritätsgebundenen Charakters,
das Wilhelm Reich, Erich Fromm, Max Horkheimer und
Theodor W. Adorno in den 30-er Jahren entwickelten,
verinnerlicht der autoritätsgebundene Mensch den von
der repressiven Gesellschaft verlangten Triebverzicht
und Gehorsam und macht ihn zu seiner eigenen Sache,
indem er sich bedingungslos einordnet in die autoritäre
Hierarchie der Gesellschaft. Vgl. Abendroth, Einführung,
Einleitung zu Teil III : subjektive Strukturen öffent-
licher Herrschaft.

144 Kühnl, NPD S. 28

145 Vgl. das Begehren der mittelständischen Industrie
nach Unterordnung unter das Reichskommissariat für
den gewerblichen Mittelstand (siehe Anm. 87)

146 Vgl. "Gleichschaltung im Reichsverband der Industrie",
in: Deutsche Bergwerkszeitung, Düsseldorf, Nor. 80 v.
4.4. 1933

147 Vgl. Hallgarten, George: Hitler, Reichswehr und Indus-
trie, Frankfurt/M. 1962
vgl. auch Kühnl, NPD, S. 26

- 148 Vgl. etwa Krumm, Heinrich: Tagebuch eines deutschen Unternehmers 1937 bis 1947, Frankfurt/M. (Privatdruck) 1956
- 149 Zum Begriff Leerformel siehe Kap. I Abschnitt G S.38-39 und Anm. 150 - 156
vgl. auch Topitsch, Ideologie, S. 39 - 40
- 150 Vgl. Kap. III Abschn. G S. 74
- 151 Vgl. Kap. I Abschn. G S. 39 und Anm. 155;
vgl. auch Topitisch , Ideologie S. 45 -46
- 152 Schulstatistiken zeigen, daß in katholischen Gebieten ein geringerer Prozentsatz der Schüler das Abitur ablegen als in evangelischen Gebieten.
- 153 siehe z. B. Carnegie, Andrew: Wie ich meine Lehre bestand. Abdruck der Selbstbiographie aus: " Das Evangelium des Reichtums und andere Zeit- und Streitfragen", Leipzig 1906 in: DI 8.Jg. 1906, S. 175 - 177
- 154 Jünger, Ernst: Der Kampf als inneres Erlebnis, Berlin 1926, bes. S. 3., 33, 76, 78
- 155 Vgl. Schultheß' europäischer Geschichtskalender, Neue Folge 20.Jg. 1904, München 1905, S. 368
- 156 Vgl. Schultheß' 1906, S. 453 und DI 7/28
- 157 Vgl. Schultheß' 1908, S. 469 und DI 8/257
- 158 Vgl. Schultheß' 1909 S. 696, 1910 S. 696, 1912 S. 550 und DI 13/130 - 132, IZ 13/3
- 159 Vgl. Schultheß' 1913 S. 788 und Di 13/ 314 - 317
- 160 Warren, Donald: Gustav Stresemann as Organizer of German Business Interests, 1901 -1914. Diss. Columbia Univ. 1959 (Masch.) Vgl. Vorwort S. VI
- 161 Warren, Stresemann, Vorwort S.III
- 162 Vgl. Warren, Stresemann S. 49: " In short, the manager-owner subscribed to the vague code of beliefs which has been called small business fundamentalism, an intense emotional attachment to the steadfast virtues of hard work and individual enterprise. The bourgeois tradition of honest work...was just like that of the

the noble born; it had been created over the centuries and would be passed on to later generations ..."

163 Vgl. Warren, Stresemann, S. 212: " Significant as the economic differences between heavy and light industry were, it must be borne in mind that they were only marginal. On important social and political issues, there was a consensus of business."

164 Vgl. Kap. V Abschn. G

LITERATURVERZEICHNIS

I. Quellen

A. Ausgangsmaterial für die Inhaltsanalyse

1. Deutsche Industrie. Zeitschrift des Bundes der Industriellen
1899-1903: Hand in Hand. Zeitschrift für die Gesamtvertretung der Interessen von Industrie und Handel. Amtliches Organ des Bundes der Industriellen. Berlin, (1. Jg. 1899 bis 4. Jg. 1902).
1903-1911: Deutsche Industrie ("Hand in Hand"), Zeitschrift für die Gesamtvertretung der Interessen von Industrie und Handel. Amtliches Organ des Bundes der Industriellen. Berlin, (5. Jg. 1903 bis 13. Jg. 1911).
1912-1914: Deutsche Industrie. Zeitschrift des Bundes der Industriellen. Berlin, (14. Jg. 1912 bis 16. Jg. 1914).
Analysiert: 7. Jg. 1905 bis 16. Jg. 1914
2. Deutsche Industrie-Zeitung. Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, Berlin, 16. Jg. 1897 bis 33. Jg. 1914
(ab 1914: Mitteilungen des Kriegsausschusses der deutschen Industrie
ab 1919: Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie
ab 1920: Deutsche Industrie. Herausgegeben vom Reichsverband der deutschen Industrie, erschienen bis 1921)
Analysiert: 24. Jg. 1905 bis 33. Jg. 1914
3. Analysierte Veröffentlichungen nach 1918
(Kontroll-Sample aus dem Weltwirtschaftsarchiv Kiel)
 1. Herle, Jakob: Der Weg zum Reichsverband der deutschen Industrie. Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts Nr. 1 vom 2. Januar 1956
 2. Duisberg, Carl: Zehn Jahre Reichsverband der Deutschen Industrie. Mitgliederversammlung des RDI in Düsseldorf 1929. In: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 441 vom 21.9.1929

3. Mitgliederversammlung des RDI am 20. und 21.9.1929.
Veröffentlichungen des RDI Nr. 48/Okttober 1929
4. Mitgliederversammlung des RDI in Düsseldorf 1929.
Weber, August: Unternehmertum und Kapitalismus.
In: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 442 vom 21.9.1929.
5. Krupp von Bohlen zum Vorsitzenden des Reichsverbandes gewählt. In: Deutsche Bergwerkszeitung, Düsseldorf, Nr. 226 vom 26.9.1931
6. Kehl, Werner: Die Bedeutung des internationalen Kapitalmarktes für Deutschland.
Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 20. und 21.9.1929.
7. Reichsverband der Deutschen Industrie. Tagung in Köln 1925. In: Kölnische Zeitung Nr. 460 vom 24.6.1925
8. Exportförderung. Zur Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. In: Hamburger Fremdenblatt Nr. 97 vom 8.4.1929.
9. Der Reichsverband der Deutschen Industrie. In: Kölnische Zeitung Nr. 515 vom 20.9.1929
10. Reichsverband der Deutschen Industrie, Berlin. Sonderdruck aus: Archiv für Industrie und Handel, Berlin o.J. (vermutlich 1925).
11. Duisberg, Carl: Führertum und Wirtschaft. In: Industrie- und Handels-Zeitung, Berlin, Nr. 205 vom 2.9.1927.
12. Industriepolitik. In: Frankfurter Zeitung Nr. 710 vom 23.9.1929
13. Ein Aufruf des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. In: Eisen- und Stahlwaren-Industrie, Barmen Nr. 48 vom 29.11.1930
14. Zur Finanz- und Wirtschaftslage. Außerordentliche Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. In: Frankfurter Zeitung Nr. 927 vom 13.12.1929.
15. Krupp von Bohlen Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. In: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 448 vom 25.9.1931

16. Brüning über das deutsche Lebensschicksal. In:
Berliner Börsen-Zeitung Nr. 449 vom 26.9.1931
17. Selbstreinigung der Wirtschaft! Eine Kundgebung der
deutschen Wirtschaftsverbände. Programmatistische Rede
Dr. Krupp von Bohlen und Halbachs. In: Berliner
Börsen-Zeitung Nr. 555 vom 28.11.1931
18. Der Reichsverband wünscht Aktivität und polemisiert
gegen die Gewerkschaften. In: Frankfurter Zeitung
Nr. 303 vom 23.4.1932
19. Die Proklamation des Reichsverbandes der Deutschen
Industrie. In: Wirtschaftsdienst, Hamburg, Nr. 26
vom 1.7.1932
20. Die Wirtschaft braucht Ruhe. Der RDI für stabiles
Regierungsfundament. In: Deutsche Bergwerks-Zei-
tung, Düsseldorf Nr. 278 vom 26.11.1932
21. Reichsverband der Deutschen Industrie zur wirt-
schaftlichen und politischen Lage. In: Berliner-
Börsen-Zeitung Nr. 83 vom 18.2.1933
22. Reichsverband der Industrie gegen die "Flucht in
den Mittelstand". In: Berliner Tageblatt Nr. 119
vom 13.3.1933
23. Die mittelständische Industrie will nicht dem Mit-
telstandssekretariat zugeteilt werden. In: Frank-
furter Zeitung Nr. 197 vom 14.3.1933
24. Hilfe beim Wiederaufbau. Reichsverband der Deut-
schen Industrie hinter der Reichsregierung. In:
Berliner Börsen-Zeitung Nr. 141 vom 24.3.1933
25. Gleichschaltung im Reichsverband der Deutschen In-
dustrie. In: Deutsche Bergwerkszeitung, Düsseldorf
Nr. 80 vom 4.4.1933
26. Reichsverband der Deutschen Industrie (Hrsg.):
Aufstieg oder Niedergang? Berlin 1929
27. Reform der Industrieverbände. In: Vossische Zeitung
Berlin Nr. 283 vom 27.11.1929
28. Görnandt, Rudolf: Bilanz unserer Rohstoff- und Kar-
tellpolitik. Rede auf der Tagung der Metallwaren-
industrie. In: Berliner Tageblatt Nr. 506 vom
26.10.1927

29. Das Ringen der mittleren Industrie um ihren wirtschaftspolitischen Einfluß. Zur Tagung der Metallwarenindustrie. In: Berliner Tageblatt Nr. 509 vom 27.10.1927
30. Verband der mitteldeutschen Industrie. Notkundgebung: "Die mitteldeutsche Industrie braucht Export". In: Berliner Tageblatt Nr. 250 vom 28.5.1932
31. Blumrath, F.: Schwer- und Fertigindustrie. In: Kölnische Zeitung Nr. 264 vom 9.4.1927
32. "Einige" Industrielle? Links und Rechts im Reichsverband. In: Berliner Tageblatt Nr. 449 vom 23.9.1929
33. Die wirtschaftspolitische Stellung des "mittleren" Unternehmers. In: Deutsche Bergwerks-Zeitung Düsseldorf Nr. 182 vom 6.8.1930
34. Exportindustrie in Not. Musterbeispiele aus Franken. In: Frankfurter Zeitung Nr. 273 bis 274 vom 13.4.1932
35. Anonymes Herzogtum. In: Frankfurter Zeitung Nr. 233 vom 29.3.1927
36. Außenhandelsmonopol für Deutschland? In: Hamburger Anzeiger Nr. 76 vom 1.4.1932
37. Gegen den Reichsverband der Deutschen Industrie. In: Deutsche Bergwerks-Zeitung Essen Nr. 280 vom 30.11.1927
38. Gegen den Reichsverband der Industrie. In: Kölnische Zeitung Nr. 185 vom 3.4.1930
39. Walter Eucken† In: Die Welt, Hamburg Nr. 70 vom 23.3.1950
40. Denken und Handeln in Ordnungen. Der große deutsche Nationalökonom Walter Eucken ist gestorben. In: Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung, Stuttgart Nr. 24 vom 25.3.1950
41. Die Ordnung der Wirtschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 303 vom 31.12.1951
42. Walter Rathenau. Angaben zur Person im Weltwirtschaftsarchiv Kiel. 310 k 12 M 3

- 43.Nölting, Erik: Zu Franz Oppenheimers 60. Geburtstags. In: Frankfurter Zeitung Nr. 242 vom 30.3.1924
- 44.Franz Oppenheimer† in: Neue Zürcher Zeitung Nr.28 vom 6.1.1944
- 45.Oppenheimer, Franz: Zu Franz Oppenheimers 70. Geburtstag. In: Neue Freie Presse, Wien Nr. 24980 M vom 30.3.1934
- 46.Franz Oppenheimer Lebenswerk. Wissenschaftliche Grundlagen der Bodenreform. In: Der Tagesspiegel Berlin Nr. 304 vom 29.12.1946
- 47.Götz Briefs. Angaben zur Person im Weltwirtschaftsarchiv Kiel. 310 k 12 M 3
- 48.Briefs, Götz: Demokratismus als Weltanschauung. Die Fragwürdigkeit der "Wirtschaftsdemokratie". In: Rundschreiben der Vereinigung mittelhheinischer Unternehmerverbände Koblenz Nr. 42 vom 28.11.1952
- 49.Düssel, Carl: Unternehmer oder Beamter? Grundzüge eines Gesinnungsbildes unternehmerischer Wirtschaft. Berlin 1931
- 50.Most, Otto: Wirtschaft und Persönlichkeit. Vortrag, gehalten auf der 10jährigen Haupttagung des Eucken-Bundes am 26.10.1929 in Jena. Sonderabdruck aus "Die Tatwelt" Heft 10/12, 1929. Langensalza 1929
- 51.Schumpeter, Josef: Ökonomie und Psychologie des Unternehmers. Leipzig 1929
52. Schumpeter, Josef: Der Unternehmer in der Volkswirtschaft von heute. In: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Band 1/1928, Seite 295-312
- 53.Herle, Jakob: Der Individualismus in der modernen Industriegewirtschaft. Sonderdruck aus: Der deutsche Volkswirt. Zeitschrift für Politik und Wirtschaft Nr. 48 vom 31.8.1928
- 54.Funk, Walther: Sozialpolitik gegen die Wirtschaft. Lohnpolitik als Ding an sich. - Lohn und Rente. - Die Verantwortung zum Werk. In: Berliner Börsen-Zeitung Nr. 181 vom 19.4.1925

55. Freese, Heinrich: Meine Werksgemeinschaft. In: Deutsche Bergwerks-Zeitung, Düsseldorf Nr. 218 vom 17.9.1929
56. Siemens, Carl F. von: Entgötterung. In: Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin Nr. 433-434 vom 16.9.1932
57. Wichterich, Richard: Stirbt der deutsche Unternehmer aus? Für Wiederverpersönlichung der Wirtschaft. In: Kölnische Volkszeitung Nr. 465 vom 2.10.1931
58. Die geistige Entscheidung des Unternehmertums. In: Frankfurter Zeitung Nr. 650 vom 1.9.1930
59. Jubiläums-Tagung des Arbeitgeberverbandes der Nord-westlichen Gruppe. Prof. Salin: Vortrag über Stellung und Bedeutung des Unternehmers in der Wirtschaft der Gegenwart. In: Industrie- und Handels-Zeitung, Berlin Nr. 152 vom 3.7.1929
60. Winschuh, Josef: Unternehmer und öffentliche Meinung. In: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin Nr. 298/299 vom 2.7.1929
61. Schumpeter, Josef: Ökonomie und Psychologie des Unternehmers. In: Industrie- und Handelszeitung, Berlin Nr. 117 vom 23.5.1929
62. Torß, E.: Der Arbeitgeber. In: Frankfurter Zeitung Nr. 679 vom 12.9.1930
63. Salin, Edgar: Unternehmer und Wissenschaft. In: Deutsche Bergwerks-Zeitung Essen Nr. 159 vom 10.7.1929
64. Spengler, Oswald: Industrie. In: 25 Jahre Deutsche Bergwerks-Zeitung Essen. Jubiläumsausgabe Nr. 1 vom 28. Juli 1924
65. Der Typ des deutschen Unternehmers. In: 25 Jahre Deutsche Bergwerks-Zeitung Essen. Jubiläumsausgabe Nr. 1 vom 28. Juli 1924
66. Brettner, Hans: Die Organisation der industriellen Interessen. In: Deutsche Allgemeine Zeitung Berlin Nr. 350/351 vom 1.8.1923

67. Matz, Johann: Die Privatwirtschaft sind wir! Lebenswichtige Forderungen des selbständigen Mittelstandes an die Reichsgesetzgebung, beschlossen in der Kundgebung der Vorstände und Vertrauensleute der Fachverbände des selbständigen Mittelstandes am 16. Oktober 1932 im Plänarsaal des preußischen Herrenhauses. Berlin 1932
68. Abschaffung der Gewerbefreiheit. Forderungen des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes. In: Hamburger Fremdenblatt Nr. 141 vom 23.5.1933
69. Berufsstand Industrie! In: Die mittelständische Industrie, Frankfurt/Main vom 1.6.1933

(Die analysierten Veröffentlichungen nach 1918 werden in Kapitel III und IV in der hier angegebenen Reihenfolge nach den laufenden Nummern zitiert.)

B. Weitere Quellen

1. Selbstaussagen mittelständischer Unternehmer

a) bis 1918

Bueck, Henry Axel: Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876 bis 1901. Berlin 1902-1905
(3 Bde.)

Bund der Industriellen: Jahresberichte für die Berichtsjahre 1895/96 bis 1908/9, Berlin (die späteren Jahresberichte sind in den Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen enthalten)

Bund der Industriellen: Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen. Heft 1: Harms, Bernhard: Weltwirtschaftliche Aufgaben Deutschlands./Jahresbericht 1910/11 Berlin 1912

Heft 2: Industriepolitische Zeitfragen. Berlin 1912

Heft 3: Jahresbericht 1911/12 / Erklärungen des BdI, Berlin 1912

Heft 4: Bericht über die Sitzung des Nahrungsmittel Ausschusses. Berlin 1912

Heft 5: Stresemann, Gustav und Weber, A.: Zur Wehr- und Deckungsvorlage. Berlin 1913

Heft 6: Jahresbericht 1912/13 / Stresemann, Gustav:
Probleme der deutschen Industrieentwicklung. Berlin 1913

Heft 7: Umgestaltung des Wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge, Berlin 1913

Heft 8: Mitgliederverzeichnisse. Körperschaften und Einzelfirmen / Satzungen. Vertretungen. Berlin 1916

Heft 9: Bericht über die 18. Generalversammlung des BdI am 24.10.1916 in Berlin. (Enthält Jahresbericht 1913/14) Berlin 1916

Heft 9 b: Zur Frage der Übergangswirtschaft. Bericht über die Sitzung des Großen und Handelspolitischen Ausschusses des BdI am 17.3.1917. (Streng vertraulich / nicht für die Presse!) Berlin April 1917

Bund der Industriellen: Bericht über die Sitzung des ständigen Ausschusses der Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Interessenten im BdI am 16.11.1912 in Berlin.

Bund der Industriellen: Bund "Neues Vaterland" - vertrauliches Mitgliederzirkular. Enthält: Eingaben der sechs großen wirtschaftlichen Organisationen betr. Annexion westlicher und östlicher Grenzgebiete nach Kriegsende 20.7.1915 Berlin

Bund der Industriellen: Kriegsausschuß der Deutschen Industrie. Bericht über die gemeinsame Sitzung von BdI und Centralverband der Deutschen Industrie, Berlin 1915

Bund der Industriellen: Bericht über die 18. Generalversammlung des BdI am 24.10.1916 in Berlin

Freese, Heinrich: Die konstitutionelle Fabrik. Jena 1909, 4. Aufl. 1922

Stresemann, Gustav: Wirtschaftspolitische Zeitfragen. Dresden 1911

b) 1918 bis 1945

Bund der Industriellen: Bericht über die Gründungsversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12.4.1919. Berlin 1919

Bund der Industriellen: Ansprache und Rückblick. Der Vorsitzende des Präsidiums des BdI, Kommerzienrat Heinrich Friedrichs. Berlin 1920

Gerstner, Paul: Vom Unternehmer zum Betriebsführer. Wesen und Persönlichkeit im Lichte der Rechte und Pflichten des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit. Berlin 1935

Görnandt, Rudolf: Das Ende der deutschen Fertigungsindustrie? Berlin 1932

Herle, Jakob: Der Persönlichkeitsgedanke im deutschen Unternehmertum. In: 50 Jahre Verein der Industriellen des Regierungsbezirkes Köln e.V. Köln 1931, S. 66-71

Herle, Jakob: Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. In: Deutsche Bergwerkszeitung, Düsseldorf vom 20.9.1929

Die Neuordnung der deutschen Industrie auf berufsständischer Grundlage. Ein Verordnungsentwurf. In: Werk und Beruf, Berlin-Charlottenburg, Nr. 7 Juli 1932

Reichsverband der deutschen Industrie: Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Zur Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Düsseldorf 1929

Vorwerck, Karl: Berufsständischer Aufbau der deutschen Industrie. In: Werk und Beruf Nr. 4 April 1932

Weyermann, Moritz Rudolf: Der Mittelstand als Träger einer eigenen Wirtschafts- und Kulturanschauung. Berlin 1926

Winschuh, Josef: Der Betrieb als Lebensgemeinschaft. In: Reichsarbeitsblatt Jg. 24/1944, T.5 S. 212-217

Winschuh, Josef: Gerüstete Wirtschaft. Berlin 1939

Winschuh, Josef: Männer - Traditionen - Signale.
Berlin 1940

Winschuh, Josef: Das neue wirtschaftliche Weltbild.
Berlin-Wien 1941

Winschuh, Josef: Der Unternehmer in Europa. Berlin
1941

c) Nach 1945

Albrecht, Karl: Dem Mittelstand eine Chance.
Frankfurt/Main 1959

Die Aussprache. Zeitschrift der Arbeitsgemein-
schaft selbständiger Unternehmer e.V. Bonn 1951
(1. Jg.) ff

Deutsches Industrieinstitut (Hrsg.): Wohlstand
auch morgen. Leistung und Leistungsgrenzen der
deutschen Wirtschaft. Köln 1965

Freudenberg, Hans Erich: Jeder hat nur eine Stimme.
Von den Mandaten und Spielregeln der Macht. Stutt-
gart 1963

Friedrich, Otto A.: Das Leitbild des Unternehmers
wandelt sich. Eine gedankliche Zusammenfassung ver-
schiedener Vorträge. Stuttgart 1959

Gruber, Karl: Grenzen politischer Eingriffe in
die Wirtschaft. In: Wirtschaftliche Entwicklung
und soziale Ordnung. Festschrift für Ferdinand
Degenfeld-Schonburg. Hrsg.: Lagler-Messner.
Wien 1952, S. 264-267

Hayek, F.A.: Individualismus und wirtschaftliche
Ordnung. Erlenbach-Zürich 1952

Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittli-
ches Unternehmertum. Hrsg.: Junge Unternehmer der
ASU. Bad Godesberg 1953 (1. Jg.) ff.

Krumm, Heinrich: Tagebuch eines deutschen Unter-
nehmers 1937-1947. Frankfurt/Main (Privatdruck)
1956

Röpke, Wilhelm: Die deutsche Frage. Erlenbach-Zürich 1948, 3. Aufl.

Röpke, Wilhelm: Gegenhaltung und Gegengesinnung der Freien Welt. In: Hunold, Albert (Hrsg.): Die Freie Welt im Kalten Krieg. Erlenbach-Zürich 1955, S.183-211

Röpke, Wilhelm: Zentralisierung und Dezentralisierung als Leitlinien der Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Festschrift für Ferdinand Degenfeld-Schonburg. Wine 1952, Seite 11-26

Rüstow, Alexander: Wie können wir den Kalten Krieg gewinnen? In: Hunold, Albert (Hrsg.): Die Freie Welt im Kalten Krieg. Erlenbach-Zürich 1955, Seite 213-230

Veil, Klaus Friedrich: Das Wesen von Unternehmung und Unternehmer. Baden-Baden und Frankfurt/Main 1956

Winschuh, Josef: Die Abwehr der kommunistischen Gefahr. In: Vortragsreihe des deutschen Industrie-Instituts. Nr. 12 vom 19.3.1956

Winschuh, Josef: Die Aufgaben des jungen Unternehmers. Referat am 8.10.1953 vor Junioren der ASU. Frankfurt 1950

Winschuh, Josef: Die Chance des Unternehmers. Votr.R. d. DII Nr. 17 vom 25.4.1961

Winschuh, Josef: Freiheit und Planung in der Wirtschaft. Votr.R. d. DII Nr. 43 vom 26.10.1953

Winschuh, Josef: Gedanken zu einem Unternehmer-Programm. Frankfurt/Main - Bonn 1951

Winschuh, Josef: Der gemeinsame Markt als Unternehmernaufgabe. In: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Jg. 1/1958, Nr. 21, S. 410-420

Winschuh, Josef: Das neue Unternehmerbild. Unternehmerbrief des DII Nr. 2 vom 13.1.1955

Winschuh, Josef: Das neue Unternehmerbild. Grundzüge einer Unternehmerpolitik. Baden-Baden/Bonn/Frankfurt 1954

Winschuh, Josef: Die Politik ist das Schicksal.

In: Industriekurier Nr. 71 vom 12.3.1953

Winschuh, Josef: Selbständig-sein und Staat. In: Bericht über die Jahreshauptversammlung der ASU Bonn 1955

Winschuh, Josef: Die Situation des deutschen Unternehmers. In: Die Neue Zeitung. München Nr. 186 vom 10.8.1951

Winschuh, Josef: Zur Soziologie des Unternehmers. In: Das ganze Deutschland. Stuttgart Nr. 26 vom 23.6.1951

Winschuh, Josef: Die Stunde des Geistesarbeiters. In: Die Aussprache. Bonn, Februar 1954

Winschuh, Josef: Der Unternehmer in Gesellschaft und Politik. In: Votr.R. d. DII Nr. 12/2 vom 9.1.1962

Winschuh, Josef: Um das Unternehmerbild. In: Der Arbeitgeber, Düsseldorf, Heft 23, Dezember 1951, S. 24-27

Winschuh, Josef: Ohne Unternehmerfestigkeit keine wirtschaftliche Freiheit. In: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer. Aschaffenburg, 1. Jg. Nr. 15/1953 vom 5.8.1953

Winschuh, Josef: Unternehmertum und Bürgertum. In: Votr.R. d. DII Nr. 2 vom 2.7.1951

Winschuh, Josef: Unternehmertum und Verbandstradition. In: Vortragsreihe des DII Nr. 8 vom 23.2.1959

Winschuh, Josef: Zuviel und zu wenig Staat. In: Industriekurier vom 20.6.1953

Winschuh, Josef: Vier Thesen zum neuzeitlichen Unternehmerbild. In: Die Aussprache. 5. Jg. Nr. 3, März 1953

Winschuh, Josef: Der Volks- und Betriebswirt als Unternehmer. Baden-Baden / Frankfurt/Main 1957

Winschuh, Josef: Vortrag vor dem Verband der Pfälzischen Industrie in Köln am 15.4.1962. In: Kurznachrichten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vom 19.4.1962

Winschuh, Josef: Wesen und Struktur des Unternehmertums. In: Vortr.R. d. DII Nr. 35 vom 2.9.1957

Winschuh, Josef: Der Wille zum Selbst. In: Vortr.R. d. DII Nr. 25 vom 20.6.1955

Winschuh, Josef: Die Wirtschaftsdemokratie. In: Frankfurter Allgemeine Nr. 113 vom 15.5.1952

Zum 65. Geburtstag von Josef Winschuh am 3. April. In: Unternehmerbrief des DII vom 29.3.1962

Zweihundert Jahre Kolb und Schüle A.G. 1760- Kirchheim unter Teck - 1960

2.) Zeitgenössische Darstellungen, Untersuchungen, Dokumente

a) bis 1918

Brentano, Lujo: Der Unternehmer. Vortrag. Berlin 1907

Bueck, Henry Axel: Weshalb die Industrie der Rießerschen Parole "Kampf gegen rechts" nicht folgen soll. Berlin 1911

Günther, Adolf: Zur Frage der Lebenshaltung des Mittelstandes. In: Schmollers Jahrbuch 1913, S. 1783

Pohle, Ludwig: Der Unternehmerstand. In: Vorträge der GEHE-Stiftung, Dresden, Bd. 3 1911

Salz, Arthur: Der Unternehmer unserer Zeit. Vortrag Heidelberg 1912

Schmoller, Gustav: Demokratie und soziale Zukunft. In: Zwanzig Jahre deutscher Politik (1897-1917). Aufsätze und Vorträge. München und Leipzig 1920, S. 103-112

Schmoller, Gustav: Die einhundertzehn Sozialdemokraten im Deutschen Reichstage. In: Zwanzig Jahre.. S. 97-102

Schmoller, Gustav: Friedrich List als praktischer Volkswirt. Vortrag. In: Schriften des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes, Bd. III, H. 1, Berlin 1909

Schmoller, Gustav: Graf Posadowsky als Sozialpolitiker. In: Zwanzig Jahre ... S. 57-61

Schmoller, Gustav: Der Verein für Sozialpolitik und die soziale Reform. In: Zwanzig Jahre... S. 43-50

Wiedenfeld, Kurt: Das Persönliche im modernen Unternehmertum. Leipzig 1911

b) 1918-1945

Bernstein, Grete: Die Argumentation der Unternehmer im Wirtschaftskampf. Heidelberg (Diss.) 1930

Gablentz, Otto Heinrich v.d.: Industriebürokratie. In: Schmollers Jahrbuch 1926, S. 50

Jünger, Ernst: Der Kampf als inneres Erlebnis. Berlin 1926

Müller-Armack, Alfred: Staatsidee und Wirtschaftsordnung im neuen Reich. Berlin 1933

Röpke, Wilhelm, Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik. Gutachten auf Anforderung der Bundesregierung. Stuttgart 1950

Schumpeter, Josef: Unternehmer. In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 8, S. 476-487

Schwiedland, Eugen: Zur Soziologie des Unternehmertums. Beiheft 2 zu Sociologus, Leipzig, 1933

c) nach 1945

Altmann, Rüdiger: Das Erbe Adenauers, München 1963

Andreae, Clemens-August: Formierte Gesellschaft und Gemeinschaftswerk. Sonderdruck aus Civitas - Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung. 4. Band 1965

Bendix, Reinhard: Herrschaft und Industriearbeit. Frankfurt/Main 1960

Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode Bd. 1 1949 ff.

Bundestags-Drucksache III/2012, 3. WPBericht über die Lage der Mittelschichten.

Bundestags-Drucksachen IV/2861, 4. WP betr. Zustimmung des Deutschen Bundestages zur Teilprivatisierung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktionsgesellschaft (VEBA) gemäß § 47 Abs. 3 und 4 der Reichshaushaltsordnung

CDU. Protokoll des 12. Bundesparteitages am 14.-17. März 1964 in Hannover

CDU. Protokoll des 13. Bundesparteitages am 28.-31. März 1965 in Düsseldorf. Niederschrift. Bonn 1965

CDU. 14. Bundesparteitag am 21.-23. März 1966 in Bonn

CDU. Wirtschaftstag der CDU am 8.-9.7.1965 in Düsseldorf. Protokoll. Bonn 1965

CDU: 20 Jahre CDU. Bonn o.J. (1965)

Deutsche Kontinuität. In: Vorwärts vom 28.3.1962

Das Dossier. Hintergründe aus Wirtschaft und Politik. Nr. 1 vom 2.1.1962. Idar-Oberstein 2, Postfach 2631. Hrsg.: Georg Schneider

Einer der ihren. In: Vorwärts vom 4.4.1962

Erhard, Ludwig: Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt. Düsseldorf 1953

Erhard, Ludwig: Deutschlands Weg in die Zukunft. Rede des Bundeskanzlers vor dem Parteitag 1964 der CDU. Bonn 1964

Erhard, Ludwig: Rede auf dem 13. CDU-Bundesparteitag. Düsseldorf, 31.3.1965. Niederschrift Bonn 1965 S. 700-721

Erhard, Ludwig: Rede auf dem 14. Bundesparteitag der CDU. Bonn 23.3.1966, Niederschrift Bonn 1966, S. 87-108

Erhard, Ludwig: Regierungserklärung 1965. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11.11.1965

Erhard Ludwig und Arnold, Karl: Wohlstand für alle-
Eigentum für jeden. hrsg. vom Landespräsidium der
CDU Nordrhein-Westfalens. Düsseldorf 1957

EKiD: Eigentumsbildung in sozialer Verantwortung.
Denkschrift zur Eigentumsfrage der EKID. Bad
Boll 1962

Ferrari, Hilger: Das amerikanische Beispiel. Bad
Godesberg 1960

Ferrari, Hilger: Volksaktie - Ausdruck der Zeit.
Bad Godesberg 1961, 2. Aufl.

Gablentz, Otto Heinrich v.d.: Politische Parteien
als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte. Schriften-
reihe der Deutschen Hochschule für Politik. Berlin
1952

Hagemann, Friedhelm: Der Beruf des Lebensmittel-
Einzelhändlers.

Hochhuth, Rolf: Der Klassenkampf ist nicht zu Ende.
In: Der Spiegel Nr. 22/1965 vom 26.5.1965, S.28-
44

Hofmann, Werner: Notstandsplanung - Wirtschaft -
Arbeitnehmerschaft. Referat auf dem Kongreß
"Notstand der Demokratie" in Frankfurt/Main am
30.10.1966. In: Sozialistische Hefte Nr. 11,
November 1966, S. 32-36

Institut für Demoskopie, Allensbach: Unternehmer
und Öffentlichkeit. Vertrauliche Untersuchung im
Auftrag von Dr. Adolf Schleusner, o.J. (1950)

Kassler, Erhard: Die Wirklichkeit der Betriebsver-
fassung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 16/3,
März 1965, S. 145-147

Katzer, Hans: Eigentum, Freiheit, soziale Sicher-
heit. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 16/3, März
1965, S. 129-132

Kiesinger, Kurt Georg: Regierungserklärung vom
13.12.1966. In: Bulletin des Presse- und Informati-
onsamtes der Bundesregierung vom 14.12.1966, S.
1265-1270

Klö~~n~~ne, Arno: Bundesrepublik - Am Ende der Nachkriegszeit. In: Sozialistische Hefte, Hamburg Nr. 11/November 1966, S. 3-7

Kühnl, Reinhard: Die NPD. Analyse rechtsradikaler Entwicklungen in der Bundesrepublik. In: Frankfurter Hefte, Januar 1967, S. 22-30

Loesch, Achim v.: Die Grenzen einer breiten Vermögensbildung. Zur Problematik der Eigentumspolitik. Frankfurt/Main 1965 (Sammlung "res novae" 40)

Mills, C. Wright: Menschen im Büro. Ein Beitrag zur Soziologie der Angestellten. Köln-Deutz 1955 (Orig. Titel: White collar, Oxford Univ. Press 1951)

Müller-Arnack, Alfred: Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft. In: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Festschrift für Ferdinand Degenfeld-Schonburg. Wien 1952, S. 27-38

Müller-Arnack, Alfred: Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. Hamburg 1944

Nell-Breuning, S.J.; Oswald von: Das Subsidiaritätsprinzip als wirtschaftliches Ordnungsprinzip. In: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Festschrift für Ferdinand Degenfeld-Schonburg, Wien 1952, S. 81-92

Opitz, Reinhard: Elf Feststellungen zur Formierten Gesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Köln, Nr. 3/1966, S. 190-197

Opitz, Reinhard: Der große Plan der CDU: Die "Formierte Gesellschaft". In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Köln 9/1965, S. 750-777

Popitz, - Bahrdt - Jüres - Kesting: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957

Pfützko~~l~~eit, Kurt: Gott erhält die Mächtigen. Düsseldorf 1963

Rexhausen, Felix: Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung. Berlin 1960

Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit.
Köln-Düsseldorf 1965

Schuler, Michael: Zur Sozialstruktur der Bundes-
republik. In: Stimme der Gemeinde

Spiegel-Bericht: Die deutschen Manager. In: Der
Spiegel Nr. 25/1965 vom 16.6.1965, S. 44-63

Stiller, Axel-Bernd: Probleme der Investivlohnre-
gelung. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 16/3,
März 1965, S. 133-139

Unland, H.J. und Winkler, H. (Hrsg.): Der Erhard-
Plan für Gemeinschaftsaufgaben: Deutsches Gemein-
schaftswerk. Bonn o.J. (1965)

Utz, A.F. (Hrsg.): Der Mittelstand in der Wirt-
schaftsordnung heute. Akten des Internationalen
Mittelstandskongresses in Madrid 1958. Heidelberg
1959

Woischnik, Bernhard (Hrsg.): Grundlagen der Pri-
vatisierungspolitik. Dokumente. Bad Godesberg 1961

II. A. Handbücher, Nachschlagewerke

Der Große Brockhaus. 16. völlig neu bearbeitete
Auflage, 12 Bde. + ein Erg.-Bd., F.A.Brockhaus,
Wiesbaden 1952-1958

Deutsche Wirtschaftsführer. Ein "Gotha" des Unter-
nehmertums. hrsg. von Wenzel, G., Hamburg 1929

Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschich-
te. 8. vollst. neu bearb. Aufl. 1954, 2. verb.
Nachdruck 1956. hrsg. von Herbert Grundmann, Stutt-
gart. Bd. III: von der Französischen Revolution bis
zum ersten Weltkrieg. Bd. IV: Die Zeit der Welt-
kriege. Von Karl Dietrich Erdmann (Stuttgart 1959)

Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. von
René König unter Mitwirkung von Heinz Maus.
Stuttgart 1952

Handbuch der Soziologie. hrsg. von Werner Ziegen-
fuß, Stuttgart 1955

Handbuch der Politik. 3. Aufl. hrsg. von G. Anschütz, G. v. Schanz, F. Benzheimer, E. Schiffer, G. Jellinek, A. Wach, M. Lenz, F. von Liszt, Berlin, Leipzig 1920-1922, 5 Bde., Bd. 4: Wirtschaftlicher Wiederaufbau, 1921

Handwörterbuch der Staatswissenschaften. hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser. 8 Bde., Jena 1923-1928

Der Große Herder. Nachschlagewerk für Wissen und Leben. 5. Neubearb. Aufl. von Herders Konversationslexikon. Verlag Herder, Freiburg, 1956-1958, 10 Bde.

Politisches Lexikon. hrsg. von Hans Frederik. Buhl/Baden 1959

Soziologie. Fischer Lexikon. hrsg. von René König. Frankfurt/Main 1958, 2. Aufl. 1959

Staat und Politik. Fischer Lexikon. hrsg. von Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher. Frankfurt a. Main 1957, Neubearb. 1959, 5. Aufl. 1960

Volkswirtschaftliches Handbuch. Ein Führer durch alle Gebiete des neuzeitlichen Organisationswesens zur Vertretung wirtschaftlicher und verwandter allgemeiner Interessen. hrsg. von H.E. Krueger und H. Sudermann. Schriften des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes. Berlin 1909

B. Periodika

Die Aussprache. hrsg. von der ASU Bad Godesberg (1. Jg. 1951) 13. Jg. 1963 bis 16. Jg. 1966

Bundestag: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode Bd. I 1949 ff

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1951 ff.

Centralverband deutscher Industrieller: Verhandlungen, Mitteilungen, Berichte. 1876-1905

Deutsche Industrie. ("Hand in Hand") Zeitschrift für die Gesamtvertretung der Interessen von Industrie und Handel. Amtliches Organ des Bundes der Industriellen. (ab 1912: Deutsche Industrie. Zeitschrift

des Bundes der Industriellen, Jg. 7 (1905) bis 16 (1914)

Deutsche Industrie-Zeitung. Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Berlin 24. Jg. 1905 bis 33. Jg. 1914

Deutsche Industrie. Zeitschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie. 1920 bis 1921

Egelhaaf, Gotthelf: Politische Jahresübersicht für das Jahr 1908, Stuttgart 1909, bis 1914, Stuttgart 1915

Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik. Hrsg. von Walter Dirks und Eugen Kogon. Frankfurt/Main, 1. Jg. 1946 ff.

Gewerkschaftliche Monatshefte. Hrsg. vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Köln-Deutz, 1. Jg. 1950 ff.

Junge Wirtschaft. Zeitschrift für fortschrittliches Unternehmertum. Hrsg.: Junge Unternehmer in der ASU. Bonn 1953 ff.

Keesings Archiv der Gegenwart. Siegler Verlag für Zeitgeschichte. Bonn-Wien-Zürich

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Hrsg. von René König. Köln, 1. Jg. 1949 ff.

Schmollers Jahrbuch = Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Hrsg. von Gustav Schmoller. München-Leipzig. Jg. 35, 1911, bis 38, 1914; Jg. 54, 1930 und 50, 1926

Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ludwig Rieß. Neue Folge 17. Jg. 1901, München 1902, bis 30. Jg. 1914, München 1917

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Verlag Kohlhammer, Stuttgart.

Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmer-Biographie. Baden-Baden 1956 ff.

Uns. Unternehmerspiegel. Magazin einer freien Gesellschaftsgruppe. Hrsg. von Manfred Fischer. Bühl/Baden, 1. Jg. 1964 f.

Zeitschrift für Politik. Im Auftrag der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik. Hrsg. von Adolf Grabowsky, Alexander Rüstow und Otto Suhr. Berlin-Zürich-Wien, 1. Jg. N.F. 1954 ff

III. Zu einzelnen Problemkreisen

A. Geschichte, allg.

Bismarck, Otto von: Gedanken und Erinnerungen, 3 Bde., Stuttgart 1898 und 1919

Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart-Düsseldorf 1955

Bracher-Sauer-Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln 1960

Egelhaaf, Gotthelf: Politische Jahresübersicht für das Jahr 1908, Stuttgart 1909, bis 1914, Stuttgart 1915

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914-1918. Düsseldorf 1961, 3. Aufl. 1964

Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte. Hrsg. von Herbert Grundmann. Bd. 3: von der französischen Revolution bis zum ersten Weltkrieg, Stuttgart 1956.

Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege. Von Karl Dietrich Erdmann, Stuttgart 1959

Rosenberg, Arthur: Entstehung der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1961

Rosenberg, Arthur: Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1961

Schultheß: Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. von Ludwig Rieß. N.F. 17. Jg. 1901, München 1902 bis 1914, München 1917

B. Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Volkswirtschaft

Abendroth, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt/Main 1964

Abendroth, Wolfgang: Sozialgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Frankfurt/Main 1965

- Baran, Paul A.: Unterdrückung und Fortschritt. Frankfurt/Main 1966
- Bendix, Reinhard: Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalismus und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung. Frankfurt/Main 1960
- Böhme, Helmut: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881. Köln-Berlin 1966
- Born, Karl Erich: Akten zur staatlichen Sozialpolitik in Deutschland 1890-1914. Historische Forschung Bd. 3, Wiesbaden 1959
- Born, Karl Erich: Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz. Historische Forschung Bd. 1, Wiesbaden 1957
- Brentano, Lujo: Schutzzoll und Freihandel. In: Handbuch der Politik. Berlin-Leipzig 1921, Bd. IV, S. 292-313
- Dobb, Maurice: Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie. Frankfurt 1966
- Engels, Friedrich: Konspekt über "Das Kapital". Berlin 1953
- Gruntzel, Josef: Die Industrie. In: Handbuch der Politik. Berlin-Leipzig 1921, Bd. IV, S. 254-265
- Hallgarten, George W.F.: Hitler, Reichswehr und Industrie. Frankfurt/Main 1962
- Hallgarten, George W.F.: Imperialismus vor 1914. Soziologische Darstellung der deutschen Außenpolitik bis zum ersten Weltkrieg. 2 Bde., München 1951
- Hauser, Arnold: Sozialgeschichte der Kunst und Literatur. München 1953
- Hilferding, Rudolf: Das Finanzkapital. Berlin 1947 (Neudruck der Ausgabe von 1910)
- Hock, Wolfgang: Deutscher Antikapitalismus. Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Frankfurt/Main 1960

Hofmann, Werner: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie heute. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11. Jg. 1959, S. 682-698

Hofmann, Werner: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Berlin 1962

Hofmann, Werner: Die Säkulare Inflation. Berlin 1962

Keynes, John Maynard: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. München-Leipzig 1936 (engl. Orig.: The General Theory of Employment, Interest and Money. London 1935)

Kollmann, Paul: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes nach der Berufszählung vom 12. Juni 1907. In: Schmollers Jahrbuch 1914, S. 583 (1. Teil), S. 1179 (2. Teil)

Kuczynski, Jürgen: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Bd. I Monopole und Unternehmerverbände, Berlin 1948 (Ost)

Lederer, Emil: Das ökonomische Element und die politische Idee im modernen Parteiwesen. In: Zeitschrift für Politik, 5. Bd., 1912, S. 535-557

Littmann, Konrad: Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik. In: Wissenschaft und Verantwortung. Universitätstage 1962 der FU Berlin, S. 132-144

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1962

Marx, Karl: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (Ost) 1958

Marx, Karl: Lohnarbeit und Kapital. Berlin (Ost) 1955

Marx, Karl: Lohn, Preis und Profit. Berlin (Ost) 1955

Mauersberg, Hans: Deutsche Industrien im Zeitgeschehen eines Jahrhunderts. Eine historische Modelluntersuchung zum Entwicklungsprozeß deutscher Industrien von ihren Anfängen bis zum Stand von 1960. Stuttgart 1966

- Maus, Heinz: Imperialismus. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd. 5, S. 185 bis 191
- Morf, Otto: Das Verhältnis von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie bei Karl Marx. Frankfurt/Main (Diss.) 1961
- Napthali, Fritz (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Berlin 1928
- Pritzkeleit, Kurt: Gott erhält die Mächtigen. Düsseldorf 1963
- Pross, Helge: Manager und Aktionäre in Deutschland. Untersuchungen zum Verhältnis von Eigentum und Verfügungsmacht. Frankfurt/Main 1965. Frankfurter Beiträge zur Soziologie 15
- Reif, Hans: Liberalismus. In: Staat und Politik. Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1960, 5. Aufl., S. 169-176
- Rexhausen, Felix: Der Unternehmer und die volkswirtschaftliche Entwicklung. Berlin 1960
- Sartorius von Waltershausen, A.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815-1914. 2. Aufl. Jena 1923
- Sombart, Werner, Der Bourgeois. München-Leipzig 1902
- Sombart, Werner: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts. 8. Aufl. Darmstadt 1954
- Sombart, Werner: Der moderne Kapitalismus. München-Leipzig, 8. Aufl. 1928 (1. Aufl. 1902)
- Stolper, Gustav: Deutsche Wirtschaft 1870 bis 1940. Kaiserreich - Republik - Drittes Reich. Stuttgart 1950
- Strachey, John: Kapitalismus heute und morgen. Düsseldorf 1957
- Weber, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung. München - Leipzig 1928
- Weber, Adolf: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Versuch einer systematischen Darstellung mit besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen deutschen Verhältnisse. Tübingen 1910

Interessenorganisationen

Bueck, Henry Axel: Der Centralverband Deutscher Industrieller 1876-1901, Berlin 1902/1905 (3 Bde.)

Bueck, Henry Axel: Die Organisation der Arbeitgeber. Berlin 1904

Herle-Festschrift = Der Weg zum industriellen Spitzenverband. Darmstadt 1956

Hondrich, Karl Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse. Öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1963

Horn, Karl-Heinz: Der Hansa-Bund. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung um die wirtschaftspolitischen Interessen in Deutschland am Anfang dieses Jahrhunderts. Diplom-Arbeit (unveröff. Ms.) Berlin 1961

Kuhlo, A.: Die Organisation der deutschen Industrie. Berlin 1928

Leckebusch, Roswitha: Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden. Untersuchungen über Gruppen und Verbände Bd. 3, Berlin 1966

Nipperdey, Thomas: Parteien und Verbände vor 1914. In: Politische Vierteljahresschrift, 2. Jg., H. 3, September 1961, S. 262-280

Raabe, Benno: Zur geschichtlichen Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände von den Anfängen bis zur Auflösung im Jahre 1933. Unter besonderer Berücksichtigung der Periode von 1913-1933. Diplom-Arbeit (unveröff. Ms.). Berlin 1962

Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland, seit Beginn der Industrialisierung. Habil. Vortrag 1960 Berlin. In: Politische Vierteljahresschrift 1960/61, Bd.II, S. 124-154

Sörgel, Werner: Zur Soziologie industrieller Interessenorganisationen. Am Beispiel der eisen-schaffenden und eisenverarbeitenden Industrie in Deutschland bis 1935. Diplom-Arbeit (unveröff. Ms.), Frankfurt/Main 1961

Tschierschky, Siegfried: Die Organisation der industriellen Interessen in Deutschland. Göttingen 1905

Volkswirtschaftliches Handbuch. Ein Führer durch alle Gebiete des neuzeitlichen Organisationswesens zur Vertretung wirtschaftlicher und verwandter allgemeiner Interessen. Berlin 1909

Warren, Donald: Gustav Stresemann as Organizer of German Business Interests, 1901-1914. Diss. Columbia Univ. 1959

D. Theorie des Mittelstandes

Daheim, Hansjürgen: Die Vorstellungen vom Mittelstand. Sonderdruck aus: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 12. Jg. 1960, H. 2, S. 237-277

Gablentz, Otto Heinrich von der: Mittelstand. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VII, Göttingen 1961

Grünberg, Emil: Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung. Leipzig 1932

Jungblut, Michael: Ausverkauf des Mittelstandes. Porträt: Horst Angermann. In: Die Zeit Nr. 28 vom 8.7.1966

Marbach, Fritz: Theorie des Mittelstandes. Bern 1942

Maus, Heinz: Vorwort zur deutschen Ausgabe von C. Wright Mills: Menschen im Büro. Köln-Deutz 1955

Mills, C. Wright: Menschen im Büro. Ein Beitrag zur Soziologie der Angestellten. Köln-Deutz 1955. Orig. Titel: White Collar. New York 1951

Pieper, Margret: Mittelständisches Elite-Denken. Referat (unveröff. Ms.), Marburg 1963

Richter, Johannes Karl: Mittelstandspolitik. In: Staat und Politik. Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1960 (5. Aufl.), S. 183-186

Schwiedland, E.: Zur Soziologie des Unternehmertums. Sociologus, Beiheft 2 1933

Utz, A.F.(Hrsg.): Der Mittelstand in der Wirtschaftsordnung heute. Akten des Internationalen Mittelstandskongresses in Madrid (1958). Heidelberg 1959. Sammlung Politeia Bd. XII

E. Inhaltsanalyse

Berelson, Bernard: Content Analysis in Communication Research. Glencoe Ill. 1952

Berger, Horst: Die Dokumentationsanalyse. In: Einführung in die sozialologische Forschung. hrsg. von Jentschmann/Kallabis/Schulz/Taubert. Berlin (Ost) 1966, S. 77-80

George, Alexander L.: Quantitative and Qualitative Approaches to Content Analysis. In: Pool, Ithiel de Sola: Trends in Content Analysis, Urbana 1959, S. 7-32

Institut für Sozialforschung: Sozialforschung, empirische. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, Bd. 9, S. 419-435

Lasswell, H.D. - Lerner, D. - Pool, I.: The Comparative Study of Symbols. Stanford 1952

Lasswell, Harold D.: Why Be Quantitative? In: Berelson/Jannowitz: Reader in Public Opinion and Communication. Glencoe Ill. 1950, S. 265-277

Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel: The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York 1944, 5. Aufl. 1960

Pool, Ithiel de Sola (ed.): Trends in Content Analysis. Urbana 1959

Silbermann, Alphons: Bildschirm und Wirklichkeit. Über Presse und Fernsehen in Gegenwart und Zukunft. Berlin - Frankfurt/M. - Wien 1966

Silbermann, Alphons: Systematische Inhaltsanalyse. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Stuttgart 1962, S. 570-600

F. Ideologiekritik, Wissenssoziologie

Chatelet, Francois: Idéologie et vérité. In: Les cahiers du centre d'études socialistes, Paris, Nr. 20 vom 15.10.1962, S. 17-26

Degenkolbe, Gert: Logische Struktur und gesellschaftliche Funktion von Leerformeln. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 17. Jg. 1965, H. 2, S. 327-338

Dreitzel, H.P.: Selbstbild und Gesellschaftsbild. In: Europäisches Archiv für Soziologie, Jg. 3/1962, S. 181-232

Geiger, Theodor: Ideologie und Wahrheit. Eine soziologische Kritik des Denkens. Stuttgart - Wien 1953

Hofmann, Werner: Zum Gesellschaftsbild der Nationalökonomie heute. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. 1959, S. 682-698

Lenk, Kurt: Ideologie. Soziologische Texte. Neuwied 1961, 2. Aufl. 1964

Lepsius, M. Rainer: Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 14. Jg. 1962, S.449-458

Lieber, Hans-Joachim: Ideologie. In: Staat und Politik. Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1960, 5. Aufl., S. 120-123

Lieber, Hans-Joachim: Intelligenz. In: Staat und Politik. Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1960, 5. Aufl., S. 124,128

Löwenstein, Karl: Das Verhältnis von politischen Ideologien und politischen Institutionen. In: Zeitschrift für Politik, Jg. 2 (N.F.), H. 3, Oktober 1955. S. 191-210

Peter, Heinz: Vorurteile und Mentalitäten. In: Soziologie. Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1959, 2. Aufl., S. 303-307

Rüschemeyer, D.: Mentalität und Ideologie. In: Soziologie, Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1959, S. 180-184

Rüschemeyer, D.: Wissen. In: Soziologie, Fischer Lexikon 1959, S. 320-327

Topitsch, Ernst: Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft. Neuwied 1961

G. Öffentlichkeit

Arbeitsgemeinschaft der Öffentlich-Rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) (Hrsg.): Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Eine Materialsammlung. Frankfurt/Main 1965, 4 Bde.

Baumert, Gerhard: Meinungsbildung und öffentliche Meinung in der modernen Gesellschaft. In: Die politische Urteilsbildung in der Demokratie. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1961, S. 13-28

Berelson, Bernard: Communications and Public Opinion. In: Berelson/Jannowitz: Reader in Public Opinion and Communication. Glencoe/Ill. 1950, S. 448-462

Berelson, Bernard/ Jannowitz, Morris: Reader in Public Opinion and Communication. Glencoe/Ill. 1950

Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger e.V.: Pressefreiheit und Fernsehmonopol. Beiträge zur Frage der Wettbewerbsverzerrung zwischen den publizistischen Mitteln. Bad Godesberg 1964

- Dovifat, Emil: Öffentliche Meinung. In: Staat und Politik, Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1960, S. 207-211
- Dovifat, Emil: Publizistik. In: Staat und Politik, Fischer Lexikon, Frankfurt/Main 1960, S. 248-251
- Enzensberger, Hans Magnus: Bewußtseinsindustrie. In: Einzelheiten. Frankfurt/Main 1962, S. 7-15
- Enzensberger, Hans Magnus: Einzelheiten, Frankfurt-Main 1962
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die politische Urteilsbildung in der Demokratie. Hannover 1961
- Glaser, Hermann: Spießerideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert. Freiburg 1964
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neuwied 1962
- Hennis, Wilhelm: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie. Tübingen 1957
- Institut für Demoskopie, Allensbach: Unternehmer und Öffentlichkeit, o.J. (1950)
- Katz, E. und Lazarsfeld, Paul F.: Persönlicher Einfluß und Meinungsbildung. München 1962. (Orig. Titel: Personal Influence. Glencoe/Ill. 1955)
- König, René: Massenkommunikation. In: Soziologie, Fischer Lexikon. Frankfurt/Main 1959, S. 172-180
- Krüger, Herbert: Die öffentlichen Massenmedien als notwendige Ergänzung der privaten Massenmedien. Über die Eignung des Modells "Wettbewerb" zur Sicherung des gebotenen Leistungsstandards der Massenkommunikationsmittel. In: Rundfunkanstalten und Tageszeitungen. Frankfurt 1965, Bd. 3, S. 207-310
- Lenz, Friedrich: Werden und Wesen der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur politischen Soziologie. München 1956

Löffler, Martin: (Hrsg.) Öffentliche Meinung.
München-Berlin 1962

Löffler, Martin: Der Verfassungsauftrag der Presse-
Modellfall Spiegel. Karlsruhe 1963

Lukacs, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Neu-
wied 1962. 1. Aufl. Berlin 1935

Maletzke, Gerhard: Psychologie der Massenkommuni-
kation. Hamburg 1963

Packard, Vance: The Hidden Persuaders. New York
1957

Pausewang, Siegfried: Zur Kritik der öffentlichen
Meinung. In: Gesellschaft, Staat, Erziehung Nr.5/
1966, S. 395-410

Plessner, Helmuth: Das Problem der Öffentlichkeit
und die Idee der Entfremdung. Göttingen 1960

Raddatz/Wiegenstein (Hrsg.): Interview mit der
Presse. Zwölf internationale Zeitungen stellen
sich. Hamburg 1964

Schmidtchen/Noelle-Neumann: Die Bedeutung reprä-
sentativer Bevölkerungsumfragen für die Offene
Gesellschaft. In: Politische Vierteljahresschrift,
Jg. 4/1963, S. 168-195

Schumann, Hans-Gerd: Integrationsfunktion der Vor-
urteilsstereotype vom "Untermenschentum". In: Tri-
büne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums.
5. Jg., H. 17/1966, S. 1831-1836

Silbermann, Alphons: Bildschirm und Wirklichkeit.
Über Presse und Fernsehen in Gegenwart und Zukunft.
Berlin-Frankfurt-Wien 1966

Tönnies, Ferdinand: Kritik der öffentlichen Mei-
nung. Berlin 1922

Weymar, Ernst: Die "deutsche Sendung" als Leitge-
danke im Geschichtsunterricht der höheren Schulen
im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts.
In: Tribüne, 5. Jg. 1966, H. 17, S. 1820-1830

H. Soziologie und Politische Wissenschaft

Abendroth, Wolfgang (Hrsg.): Einführung in die Politische Wissenschaft. Bern (1968) (erscheint demnächst)

Abendroth, Wolfgang: Die soziale Struktur der Bundesrepublik Deutschland. In: Stimme der Gemeinde, 1964, Nr. 1

Abendroth, Wolfgang: Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik. Frankfurt/Main 1965

Coser, Lewis A.: Theorie sozialer Konflikte, Neuwied-Berlin 1965

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965

Dahrendorf, Ralf: Elemente einer Theorie des sozialen Konflikts. In: Gesellschaft und Freiheit. München 1961, S. 197-235

Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Freiheit. München 1961

Eschenburg, Theodor: Staatsautorität und Gruppenegoismus. Düsseldorf 1955

Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmalztiegel. Köln 1949

Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932

Habermas, Jürgen: Von den kritischen und konservativen Aufgaben der Soziologie. In: Wissenschaft und Verantwortung. Universitätstage der FU Berlin 1962, S. 157-171

Habermas, Jürgen: Theorie und Praxis. Neuwied 1963

Habermas, Jürgen: Verwissenschaftlichte Politik und öffentliche Meinung. In: Humanität und politische Verantwortung. Hrsg. von Richard Reich. Zürich-Stuttgart 1964

Hofmann, Werner: Gesellschaftslehre als Ordnungsmacht. Die Werturteilsfrage - heute. Berlin 1961

Hofstätter, Peter R.: Die Selbstdeutung des Menschen in der modernen Gesellschaft. In: Wissenschaft und Verantwortung, Universitätstage der FU Berlin 1962, S. 187-202

Jentschmann-Kallabis-Schulz-Taubert (Hrsg.): Einführung in die soziologische Forschung. Berlin (Ost) 1966

Kolakowski, Leszek: Der Mensch ohne Alternative. München 1960

Kühnl, Reinhard: Die Nationalsozialistische Linke 1925-1930. Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft. Meisenheim/Glan 1966

Mallet, Serge: Sozialismus und die neue Arbeiterklasse. In: Neue Kritik Nr. 32, Oktober 1965, S. 10-20

Französisches Original in: Revue Internationale de la Socialisme Nr. 8/1965, S. 161-184

Marx, Karl: Die deutsche Ideologie. Berlin 1953 (Ost)

Marx-Engels: Die Heilige Familie. Berlin (Ost) 1953

Maus, Heinz: Geschichte der Soziologie. In: Handbuch der Soziologie. Stuttgart 1956, S. 1-120

Maus, Heinz: Einige Notizen zum Begriff der sozialer Klasse. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP) Bd. 46/1 1960, S. 115-126

Maus, Heinz: Die Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Stuttgart 1952, S. 18-37

Parsons, Talcott: An Analytical Approach to the Theory of Social Stratification

A Revised Analytical Approach to the Theory of Social Stratification

In: Essays in Sociological Theory. Revised Edition Glencoe/Ill. 1954 und 1959, S. 69-88 und ~~384-439~~

Parsons, Talcott: Social Classes and Class Conflict in the Light of Recent Sociological Theory. In: Essays in Sociological Theory. Revised Edition Glencoe/Ill. 1954 und 1959, S. 323-335

Parsons, Talcott: Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied 1964

Pross, Harry: Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871-1933. Hrsrg. und kommentiert von Harry Pross. Frankfurt/Main 1959

Rationalität und Vorurteil. Protokoll einer Tagung des Studienkreises für politische Bildung vom 2. bis 7.1.1964 in Steinkimmen. Steinkimmen 1964

Schelsky, Helmut: Industrie- und Betriebssoziologie. In: Arnold Gehlen/Helmut Schelsky: Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde. Düsseldorf-Köln 1955, S. 157-197

Schumpeter, Josef: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1950

Shaw, George Bernard: Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus. Berlin 1928

Sonthheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1962

Valjavec, Fritz: Die Entstehung des europäischen Konservativismus. In: Ostdeutsche Wissenschaft. Jahrbuch des ostdeutschen Kulturrates Bd. 1/1954 S. 255-277

Weber, Max: Wissenschaft als Beruf. München-Leipzig 1921

Weischedel, Wilhelm: Grenzen des kritischen Fragens? In: Wissenschaft und Beantwortung. Universitätstage der FU Berlin 1962, S. 5-15

Wissenschaft und Verantwortung. Universitätstage der FU Berlin 1962

NACHTRAG

Zu I B 2 a

Dohm, Richard: Das Submissionswesen und seine Reform. In: Schmollers Jahrbuch 1913, S. 679-692

Eckert, Christian: Staatsbürgerliche Erziehung. Eine Rundschau. In: Schmollers Jahrbuch 1912, S. 1321 - 1363

Lenz, Friedrich: Zur Frage der sozialen Belastung unserer Industrie. In: Schmollers Jahrbuch 1911, S. 1131-1142

Mitcherlich, Waldemar: Der Nationalismus und seine Wurzeln. In: Schmollers Jahrbuch 1912, S. 1285-1320

Rathgen, Karl: Deutschland und England auf dem Weltmarkte. In: Schmollers Jahrbuch 1913, S. 1-15

Tönnies, Ferdinand: Die neuesten Angriffe gegen den Verein für Sozialpolitik. In: Schmollers Jahrbuch 1912, S. 6-9

Wenckstern, Adolf von: Unternehmer und Arbeiter in Staat und Gesellschaft unserer Zeit. In: Schmollers Jahrbuch 1911, S. 1807-1833

Zu I B 2 b

Meusel, Alfred: Bürgertum. In: Handwörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1931, S. 90-99

Nell-Breuning, S.J.: Börsenmoral. Freiburg 1928

Zu I B 2 c

Abel, Wilhelm und Schlotter, Hans-Günther: Mittelstandspolitik. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 7, 1961, S. 395-402

Zu II A

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Hrsg.
von E. v. Beckerath u.a., Stuttgart-Tübingen-
Göttingen, 12 Bde. 1956-1965

Handwörterbuch der Soziologie. Hrsg. von Alfred
Vierkandt, Stuttgart 1931

Zu III F

Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie. Frankfurt/
Main 1952

Zu III H

Heydte, Friedrich August Freiherr von der: For-
men der Gesamtgliederung und Ordnung der Gesell-
schaft. In: Handbuch der Soziologie, Stuttgart
1956, S. 815-840

Lebenslauf

Am 2. Februar 1937 wurde ich in Wichstadt in der ČSR (Sudetenland) als viertes von sechs Geschwistern geboren. Meine Mutter, Elfriede Pausewang geb. Müller, ist Jugendleiterin, mein Vater Siegfried Pausewang war Diplomlandwirt und Landwirtschaftslehrer und ist im Februar 1943 in Rußland gefallen. Im Herbst 1943 trat ich in die zweiklassige Volksschule in Wichstadt ein, die ich bis zum Frühjahr 1945 besuchte. Nach unserer Flucht ging ich zunächst in Lübz in Mecklenburg und in Winsen an der Luhe, ab Frühjahr 1947 in Wiesbaden-Bierstadt in die Volksschule. Im Herbst 1947 bestand ich die Aufnahmeprüfung in die Oranienschule, Gymnasium für Jungen in Wiesbaden, an der ich Ostern 1957 das Abitur ablegte.

Ab Sommer 1957 studierte ich in Marburg, dann in Bonn und Berlin die Fächer Germanistik, Geographie und Politik, um Lehrer zu werden. Nach Marburg zurückgekehrt, entschloß ich mich 1961 zu einem Studienwechsel und begann das Hauptfachstudium der Soziologie, um zu promovieren und anschließend Journalist zu werden.

Meine akademischen Lehrer waren in Germanistik die Herren Professoren Klein, Sengle, von Wiese, Emmerich, Szondi, Kunz; in Politik Prof. Abendroth, Bracher, Matthias, Lenk; in Soziologie Prof. Maus und Prof. Lieber.

Seit November 1963 bin ich wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für wissenschaftliche Politik in Marburg. Hier habe ich u.a. mitgearbeitet an einer Einführung in die politische Wissenschaft (Kapitel über öffentliche Meinung und Massenmedien), die demnächst erscheinen wird und einen Aufsatz "Zur Kritik der öffentlichen Meinung" in "Gesellschaft - Staat - Erziehung" veröffentlicht.

